Dienstag, 22. April 1986 - D ✱✱✱

Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64. 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 93 - 17.W.- Preis 1,20 DM - 7109 A

Belgien 38,00 bfr, Frankreich 7,00 F, Griechenland 150 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1500 L, Jugoslawien 400,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,20 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 14 öS, Portugal 150 Esc, Schweden 5,00 skr, Schweiz 2,00 sfr, Spanien 170 Pts, Kanarische Inseln 185 Pts, Türkei 750 TL

exklusiv in der WELT:



Boykott und Blockade

„Ein Flugzeugträger ist nicht die ideale antiterroristische Waffe." Auf diese Kurzform bringt in einem WELT-Interview der international renommierte Terrorismus-Experte Professor Walter Laqueur seine Kritik an den amerikanischen Luftangriffen auf Tripolis und Bengasi. „Wenn man eine Nuß knacken will, dann braucht man dazu das richtige Instrument und nicht eine riesige, komplizierte Maschine, die dann möglicherweise die Aufgabe gar nicht löst", meint Laqueur, der zur Zeit Vorsitzender des „International Research Council" an der Georgetown Universität in Washington ist. Im Gespräch mit WELT-Korrespondent Fritz Wirth nennt Laqueur als möglicherweise geeignetere Mittel gegen den Terrorismus einen wirtschaftlichen Boykott bis hin zur Blockade. Diese Alternative sei jedoch durch die Haltung der europäischen Staaten erheblich erschwert worden. Für den Fall einer größeren terroristischen Kampagne Khadhafis erwartet Laqueur einen wieder engeren Zusammenschluß des atlantischen Bündnisses. Seite 3

POLITIK

Experimente: Ein Verbot von Versuchen an noch lebenden abgetriebenen Föten sieht der Diskussionsentwurf für ein Embryonen-Schutzgesetz vor, der vom Bundesjustizministerium in Absprache mit dem Forschungsministerium erarbeitet worden ist.

„Verführt": Der Mangel an qualifizierten Arbeitskräften ist nach Auffassung des Hauptgeschäftsführers von Gesamtmetall, Kirchner, eine „Spätfolge der falschen Bildungspolitik in der ersten Hälfte der 70er Jahre". Damals seien zu viele Jugendliche, die Facharbeiter hätten werden können, zum Studium „verführt" worden.

Zumutbar: Kriegsbeschädigte müssen eine zumutbare berufliche Tätigkeit ausüben. Geschieht dies nicht, so bleibt der dadurch eintretende finanzielle Schaden auch bei der späteren Hinterbliebenen-Versorgung unberücksichtigt. (AZ.: Bundessozialgericht 9 RV 18/84.)

Neuwahlen: Der sozialistische spanische Regierungschef Gonzales will offenbar am 22. Juni vorzeitig Parlaments-Neuwahlen anberaumen. Jüngste Umfrageergebnisse signalisieren – auch nach dem erfolgreichen NATO-Referendum – für die Sozialisten erneut eine absolute Mehrheit.

Geheimtreffen: Der libanesische Drusenführer Dschumblatt und der israelische Verteidigungsminister Rabin haben sich insgeheim in der Schweiz getroffen. Dschumblatt hatte bislang den direkten Kontakt mit führenden Israelis strikt abgelehnt.

SDI: Der erste amerikanisch-israelische Vertrag über eine Zusammenarbeit im Bereich der Strategischen Verteidigungsinitiative ist in Tel Aviv unterzeichnet worden. US-Experten zeigten sich sehr überrascht vom Niveau der israelischen Forschung vor allem bei der Lasertechnik und den Früherkennungssystemen.

WIRTSCHAFT

Fernsehen: Der italienische Fernsehpapst Silvio Berlusconi ist dabei, seine Aktivitäten im europäischen Fernsehgeschäft auszudehnen. Dabei spielt auch die Einsicht eine Rolle, daß Italien für das hauseigene Privatfernsehen zu eng zu werden beginnt. Sinkende Preise für einzelne Spots mindern die Einnahmen. (S. 14)

Börse: An den deutschen Aktienmärkten setzte sich die Tendenz zu Gewinnmitnahmen fort. Der Rentenmarkt war etwas leichter. WELT-Aktienindex 313,95 (315,39). BHF Rentenindex 108,493 (108,545). BHF Performance Index 105,341 (105,392). Dollarmittelkurs 2,2053 (2,2240) Mark. Goldpreis pro Feinunze 341,40 (342,75) Dollar.

Aktienindex der WELT
31.12.1964 = 100
320 / 310 / 300
14 15 16 17 18 21 22 23 24 25
April '86
DIE WELT

KULTUR

Baukunst: Die Sehnsucht nach Weite und Unversehrtheit – Das Frankfurter Architekturmuseum zeigt vier Ausstellungen von der Antike bis zur Gegenwart; eine geradezu abenteuerliche Zusammenstellung. (S. 23)

Trivialliteratur: Was man schon immer ahnte, ist jetzt auch wissenschaftlich untermauert: Frau Doktor liest genauso viel und gern Heftchenromane wie ihre Putzhilfe. Der schicke Liebesroman mit Sex ist „in". (S. 23)

SPORT

Tennis: Beim internationalen Damen-Tennisturnier in Amelia Island (USA) bezwang Steffi Graf aus Heidelberg im Finale die Saarbrückerin Claudia Kohde mit 6:4, 5:7 und 7:6. (S. 3)

Eishockey: Bei der Weltmeisterschaft in Moskau bezwang die deutsche Nationalmannschaft Polen mit 4:1. Es war der zweite Sieg nach dem Erfolg gegen Titelverteidiger CSSR. (S. 10)

AUS ALLER WELT

Camorra: Die neapolitanische Verbrecher-Organisation floriert weiter, obwohl der oberste Boß im Gefängnis sitzt. Seine 49 Jahre alte Schwester soll jetzt als „graue Eminenz" die Fäden erfolgreich in Händen halten. (S. 24)

Menuhin: „Mit Bewunderung, Dankbarkeit und herzlicher Mitfreude" haben Bundespräsident Richard von Weizsäcker und Bundeskanzler Helmut Kohl dem Geiger Jehudin Menuhin gratuliert, der heute 70 Jahre alt wird. (S. 24)

Die FDP hat Sorgen um Resonanz bei den Wählern

Koalitions-Gerangel über Gesetze / Schlechte Umfrage-Ergebnisse in Niedersachsen

DIETHART GOOS, Bonn

Im Kanzleramt werden mit zunehmender Sorge die Reibereien zwischen CSU und FDP beobachtet. Die Profilierungsbemühungen angesichts wichtiger Landtags- (Bayern und Niedersachsen) und des näherrückenden Bundestags-Wahltermins sorgen offensichtlich noch für eine zusätzliche Verschärfung des koalitionsinternen Tonfalls.

Neuester Streitpunkt ist wieder die Auseinandersetzung um die Sicherheitsgesetze: Die Union verlangt für Donnerstag die erste Lesung des Gesetzes über die Zusammenarbeit der Sicherheitsdienste (ZAG), für die FDP meldete Generalsekretär Haussmann nach einer Sitzung seines Parteipräsidiums Widerstand an. Die CDU/CSU war überrascht, sie erfuhr davon aus Agenturmeldungen. Die Koalitionsrunde heute hat damit ein weiteres Problem zu bewältigen.

Nach Darstellung von Haussmann ist es zu früh, bereits jetzt den Entwurf der Bundesregierung zum ZAG im Bundestag zu behandeln. Vielmehr gelte der Koalitionsfahrplan, wonach die Bundesländer zunächst Stellungnahmen zum ZAG abzugeben haben und, wo erforderlich, ihre Landespolizeigesetze ändern. Außerdem habe der Regierungsentwurf noch nicht den Fraktionen zur eingehenden Beratung vorgelegen.

Im FDP-Präsidium wurden neue scharfe Angriffe von der CSU auf die Freien Demokraten mit großer Verärgerung registriert. So hatte der Leiter der Bayerischen Staatskanzlei, Edmund Stoiber, gestern morgen in einem Rundfunkinterview der FDP im Zusammenhang mit der Behandlung der Sicherheitsgesetze unverantwortliches Verhalten vorgeworfen. Besonders attackierte Stoiber Außenminister Genscher. Dieser habe dem ZAG im Bundeskabinett zugestimmt, der Bundesrat habe sich damit bereits beschäftigt, und die Stellungnahmen der Länder lägen bereits vor. Doch die FDP drücke dem ZAG einen „Stempel der Saumseligkeit" auf.

Auf Stoibers Attacken antworteten postwendend die Experten für innere Sicherheit der FDP-Bundestagsfraktion, Burkhard Hirsch und Gerhart Baum. Die Öffentlichkeit werde Zeuge eines bedauerlichen Machtkampfes innerhalb der CSU um die Nachfolge von Ministerpräsident Strauß. Stoiber selbst sei das größte Hindernis bei der sachgerechten Beratung der anstehenden Sicherheitsgesetze.

Sorgen bereiten der FDP-Führung aber nicht nur Streitigkeiten in der Koalition. Die Ausgangslage der Liberalen für die Schlußphase des niedersächsischen Landtagswahlkampfes bietet nach jüngsten Umfrageergebnissen (3,9 Prozent) keinen Anlaß zum Optimismus. Gemeinsam mit den Spitzenvertretern der niedersächsischen FDP wurde vereinbart, in den Wochen bis zum Wahlsonntag am 15. Juni eine spektakuläre FDP-Offensive mit allen maßgeblichen Bundespolitikern in Niedersachsen zu veranstalten. Es sei das Ziel der FDP, erklärte ihr Spitzenkandidat Walter Hirche nach der Präsidiumssitzung, mit der CDU in Hannover eine Koalition einzugehen, um so die Bundesratsmehrheit zu verteidigen. Ein Zusammengehen mit der SPD lehnt Hirche ab. Ihr Spitzenkandidat Gerhard Schröder verfechte eine Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, die für Liberale unannehmbar sei.

Berlin präsentiert sich als Hauptstadt

Diepgen: 750-Jahr-Feier ist auch Standortbestimmung / Gemeinsamkeiten mit Ostteil

BERNT CONRAD, Bonn

Berlin will sich bei der 750-Jahr-Feier der Stadt im kommenden Jahr nach Angaben seines Regierenden Bürgermeisters Eberhard Diepgen als „Hauptstadt Deutschlands im geistig-kulturellen Sinne", als weltoffene Metropole und als ein Zukunftszentrum präsentieren. Der bevorstehende Geburtstag sei zugleich nachdenkliche Erinnerung und Standortbestimmung und erfordere Antworten für die Zukunft, sagte Diepgen vor der Presse in Bonn.

Der Bürgermeister dankte der Bundesregierung, vor allem dem Kanzler, für das Geschenk des Deutschen Historischen Museums, dessen Grundstein am 28. 10. 1987 gelegt werden soll. Mit der gestern vorgestellten Grundkonzeption der Sachverständigenkommission trete die Planung in ihre entscheidene Phase.

Wenn es wohl auch keine gemeinsamen Veranstaltungen beider Hälften der geteilten Stadt geben werde, könne und dürfe die 750-Jahr-Feier kein Fest der Trennung werden, betonte Diepgen. „Wir wollen soviel gegenseitige Information, Gedankenaustausch und Abstimmung, gegenseitige Hilfe und Rücksichtnahme wie möglich. Fest steht, daß es immerhin Konzerte und Gastspiele geben wird, die an einem Abend im Westteil und am anderen im Ostteil Berlins stattfinden." Er rufe dazu auf, durch möglichst viele Besuche in West- und Ost-Berlin persönlich die Gemeinsamkeit und die Einheit der Stadt zu demonstrieren.

Der Regierende Bürgermeister wies darauf hin, daß es angesichts der Interessenlage der „DDR", besonders der Inanspruchnahme Ost-Berlins als „Hauptstadt der DDR", Grenzen der Zusammenarbeit gebe. Deshalb dürfe man sich keine Illusionen machen, sondern müsse pragmatisch an die Fragen des Zusammenwirkens herangehen. Diepgen äußerte die Hoffnung, daß vom kommenden Jahr an die Möglichkeiten zum Besuch von Veranstaltungen in Ost-Berlin verbessert werden könnten. Eigentlich müßte es im Interesse der „DDR" liegen, den Besucherverkehr von Ost nach West und von West nach Ost zu erleichtern.

Nachdrücklich plädierte der Berliner CDU-Politiker für einen „Dialog mit Substanz" zwischen Bonn und Ost-Berlin, der auf ganz konkrete Projekte gerichtet sein sollte. Zugleich wiederholte er seine schon im Bundestag ausgesprochene Warnung, es dürfe weder im innerdeutschen Bereich noch in der Außenpolitik einen „Dialog an Berlin vorbei" geben.

Einen Besuch des „DDR"-Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker in Bonn bezeichnete Diepgen als „möglich", hob jedoch hervor: „Die Deutschlandpolitik rankt sich nicht nur um die Frage, ob Herr Honecker heute oder morgen in die Bundesrepublik Deutschland kommt." Insgesamt bestehe ein Interesse der „DDR"-Führung an der Reise. Sie könne auch mit Fortschritten im deutsch-deutschen Verhältnis verbunden sein. Die Diskussion jedoch, wann Herr Honecker komme, sei „völlig müßig".

Honecker gab seine Wahl selbst bekannt

Politbüro um vier Mitglieder vergrößert / Häber wieder Berater des SED-Chefs

DIETER DOSE, Berlin

Die geballte Faust gereckt und die „Internationale" auf den Lippen – so ließ sich Erich Honecker (73) feiern. Der „DDR"-Staatsratsvorsitzende gab seine Wiederwahl als Generalsekretär der SED selbst bekannt. Zum vierten Mal seit 1971 ist Honecker gewählt worden. Er wurde damals der Nachfolger von Walter Ulbricht. Einstimmig erfolgte auch jetzt die Wahl Honeckers.

Der 11. SED-Parteitag endete dennoch mit einer kleinen Überraschung, denn das Politbüro als höchstes Gremium der Partei wurde von 18 auf 22 Mitglieder vergrößert. Erich Honecker hat damit seine Basis erweitert. Neben Verteidigungsminister Heinz Kessler kamen die drei Parteichefs aus den „DDR"-Bezirken in das Politbüro: Hans-Joachim Böhmes (Halle), Werner Eberlein (Magdeburg) und Siegfried Lorenz (Karl-Marx-Stadt/Chemnitz). Für die beiden letzteren eine steile Parteikarriere. Erst im November vergangenen Jahres waren sie zu Kandidaten des Politbüros berufen worden. Lorenz und Kessler kommen zudem – wie Honecker – aus dem Führungskader der FDJ.

Auf dem SED-Parteitag ist überraschend wieder der ehemalige Bonn-Experte und Berater Honeckers in deutschlandpolitischen Fragen, Herbert Häber, aufgetaucht. Er hatte im vergangenen Jahr seinen Sitz im Politbüro aus gesundheitlichen Gründen verloren. Häber, der Mitarbeiter an der Akademie für Gesellschaftswissenschaft des Zentralkomitees der SED ist, saß im Präsidium des Parteitages. Auch der ehemalige SED-Parteichef von Ost-Berlin, Konrad Naumann, war noch als Delegierter dabei. Er war bei Honecker in Ungnade gefallen und mußte ebenfalls 1985 das Politbüro verlassen. Den Schlußtag ihres Parteitages hatte die SED bewußt auf den 21. April gelegt. An diesem Tag vor 40 Jahren fand die Zwangsvereinigung zwischen KPD und SPD zur SED statt.

SEITE 4:
Gorbatschow grüßt

Beim Besuch des Werkzeugmaschinenkombinats „7. Oktober" im Ostberliner Stadtteil Weißensee nahm der sowjetische Parteichef Michail Gorbatschow, der am Sonntag seine Bereitschaft zu einem Gipfeltreffen mit US-Präsident Reagan bekräftigt hatte, vor Arbeitern noch einmal zur weltpolitischen Situation Stellung. Gorbatschow plädierte für die Auflösung der Militärblöcke in Europa und betonte, Ost und West sollten nicht versuchen, sich gegenseitig ihre Systeme aufzuzwingen. „Wir werden uns von niemandem überrumpeln lassen, auch nicht bei einem neuen Gipfeltreffen," sagte Gorbatschow. Denn oft sei er in letzter Zeit gefragt worden, ob der Westen nicht versuche, die Länder des sozialistischen Lagers zu betrügen. Die Sowjetunion und die mit ihr verbündeten Staaten des Warschauer Paktes „haben eine feste und zuverlässige Verteidigung".

Kölner dürfen nicht zu Hause spielen

DW. Bonn

Seit bei Zuschauerkrawallen am Rande des Europacup-Finales zwischen dem FC Liverpool und Juventus Turin am 29. Mai 1985 in Brüssel 38 Menschen den Tod fanden, reagiert der europäische Verband UEFA auf Zwischenfälle mit drastischen Strafen. Das bekam nun der Bundesliga-Klub 1. FC Köln zu spüren. Die Kontroll- und Disziplinarkommission der UEFA hat unter Vorsitz des Italieners Alberto Barbe das Kölner Stadion für das Rückspiel im UEFA-Cup-Finale am 8. Mai gegen Real Madrid gesperrt. Grund dieser Maßnahme waren Ausschreitungen Kölner Fans beim Halbfinal-Rückspiel gegen den belgischen Klub KSV Waregem am letzten Mittwoch in Kortrijk.

Der 1. FC Köln, der gemäß dem UEFA-Reglement für das Verhalten seiner Anhänger verantwortlich ist, muß sein Final-Rückspiel nun in einem Stadion austragen, das 350 Luftkilometer von Köln entfernt ist. In Frage kämen Stuttgart, Hamburg, Hannover und das Münchner Olympiastadion. Das Hinspiel in Madrid findet am 30. April statt.

Der 1. FC Köln hat gegen diese Entscheidung Berufung eingelegt. Die Frist dafür läuft am kommenden Mittwoch um 24 Uhr ab.

Bisher hatte die UEFA noch keine Mannschaft für das Verhalten ihrer Fans bei einem Auswärtsspiel derart drakonisch bestraft wie jetzt die Kölner. Ein im weitesten Sinne vergleichbares Urteil hat das unter demselben Kommissions-Vorsitzenden Alberto Barne allerdings schon einmal gegen eine deutsche Mannschaft verhängt.

1971 mußte Borussia Mönchengladbach nach dem Büchsenwurf gegen Roberto Boninsegna im Achtelfinal-Hinspiel um den Landesmeister-Pokal gegen Inter Mailand den Bökelberg verlassen und das neuangesetzte Spiel im Berlin austragen. Die Gladbacher konnten an das 7:1 aus der ersten Begegnung nicht anknüpfen. Die Wiederholungs-Partie endete torlos und bedeutete das Aus.

Im Falle der randalierenden Fans aus Köln in Kortrijk sprach die UEFA von „äußerst schwer wiegenden Vorkommnissen". Der zuständige Abteilungsleiter verwies auf drei vergleichbare Fälle: Manchester United (1977), Trabzonspor (1978) und Westham United (1980). Auch hier mußten Gastvereine für ihre randalierenden Fans mit Stadionsperren und Nachholspielen in einem für Zuschauer nicht zugängigen Stadion büßen.

Einer dieser Präzedenzfälle kann als Warnung dienen. Westham United war nach schweren Ausschreitungen englischer Fans in Madrid beim FC Castilla zunächst mit einer Platzsperre für zwei Heimspiele belegt worden, in der Berufung wurde das Urteil jedoch in ein Heimspiel unter Ausschluß der Öffentlichkeit geändert.

Für den 1. FC Köln würde eine solche Verschärfung einen Einnahmeverlust bis zu drei Millionen Mark bedeuten.

DER KOMMENTAR

Gegängelte Kultur

GÜNTER ZEHM

Ideologische Lockerungsübungen gab es auf dem Ostberliner Parteitag nicht einmal im Ansatz, stattdessen Aufrufe zur „Geschlossenheit" und bärbeißige Ermahnungen, die Partei- und Staatsmacht „nicht anzutasten". Das läßt nichts Gutes für die Kulturpolitik der SED erwarten.

„Wer nicht direkt gegen uns ist, der ist schon für uns", verkündete einst der ungarische Parteisekretär Kádár. In Ost-Berlin regiert jetzt eher die entgegengesetzte Losung: „Wer nicht ausdrücklich für uns ist, der ist im Grunde schon gegen uns". Literaten und Künstler müssen sich sagen lassen, daß ihre Gleichgültigkeit und ihr „Nihilismus" angesichts der sozialistischen Errungenschaften nicht mehr lange geduldet werde. „Positive Helden" sind wieder gefragt, kernige Porträts von hochgebildeten Betriebs-Parteisekretären für das angepeilte Computerzeitalter.

Die naturwissenschaftlich-technische Intelligenz ist zum erklärten Lieblingskind des Zentralkomitees geworden. Mit ihrer Hilfe soll der „Durchbruch" geschafft werden, sollen die Innovationen sprießen. Dafür ist man sogar bereit, Ballast aus dem Kernbestand der Theorie über Bord zu werfen. „Soziale Differenzierungen sind kein Unfall, sondern Voraussetzung für technologische Effizienz", verkündete soeben Star-Ökonom Prof. Kuczynski.

Die Frage ist freilich, ob dies so ohne weiteres möglich ist: Die technische Intelligenz streicheln und die kulturelle Intelligenz gleichzeitig gängeln. Der Umgang mit den neuen Medien erfordert von Haus eine gewisse Liberalisierung des geistigen Lebens, individuelle Verantwortung, horizontale Vernetzung. Und die soziale Differenzierung erzeugt spontan differenzierte kulturelle Bedürfnisse, die schwerlich von einer gegängelten Kultur befriedigt werden können. Wer A sagt, der muß letztlich auch B sagen. Die SED wird um diese unbequeme Erkenntnis nicht herumkommen.

Diskriminierung für Ausreisende

A.Z. Bern

Die Aussiedlungen deutscher Volkszugehöriger aus den Ostblockländern sind in den letzten Jahren stark zurückgegangen. Ausreisen aus der Sowjetunion haben 1985 einen Tiefstand erreicht. Gleichzeitig nimmt die Diskriminierung von Antragstellern zu. Dies berichtete der deutsche Delegationsleiter Ekkehard Eickhoff vor dem Plenum der KSZE-Expertentagung in Bern. Relativ günstig entwickele sich die Familienzusammenführung aus der „DDR".

Seite 5: KSZE

Kanzler schreibt an Gorbatschow

Co. Bonn

Bundeskanzler Helmut Kohl hat dem sowjetischen Parteichef Michail Gorbatschow in zwei vertraulichen Briefen Vorschläge für eine Verbesserung der Beziehungen zwischen Bonn und Moskau übermittelt. Dies gab Regierungssprecher Friedhelm Ost gestern bekannt, ohne Einzelheiten des Inhalts mitzuteilen oder auch nur anzugeben, ob Gorbatschow die Briefe inzwischen beantwortet hat.

Die Bekanntgabe von Kohls Initiative war in einer ausführlichen, bemerkenswert positiven Stellungnahme zu jüngsten Äußerungen des sowjetischen Generalsekretärs über ein noch in diesem Jahr wünschenswertes zweites Gipfeltreffen mit Ronald Reagan und zu den Vorschlägen Gorbatschows über eine konventionelle Abrüstung enthalten. Der Regierungssprecher sagte, der Kanzler habe schon früher konkrete Ergebnisse des nächsten Gipfeltreffens als notwendig bezeichnet.

Mit seinen Anregungen für eine Reduzierung der konventionellen Streitkräfte habe Gorbatschow Sorgen der Westeuropäer aufgegriffen. Dies sei ein Schritt nach vorn, fuhr Ost fort. Allerdings seien die Vorschläge sehr allgemein gehalten und müßten nun konkretisiert werden.

Brandt sprach mit Südafrikas Premier

DW. Kapstadt

Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt ist gestern zum Abschluß seiner einwöchigen Reise durch Südafrika mit Staatspräsident Botha zusammengetroffen. Er bezeichnete die einstündige Unterredung in Kapstadt als „ziemlich ausführlich und sehr unbefriedigend". Botha habe bekannte Standpunkte vertreten. Ein Besuch bei dem inhaftierten Schwarzen-Führer Nelson Mandela wurde Brandt nicht gestattet.

Seite 12: Botha wehrt Kritik ab

Früherkennung mit Computer

DW. Bonn

Der Lungenkrebs ist wegen seiner geringen Heilungschance von nur fünf Prozent eine der bedrohlichsten Tumorformen. Besserung verspricht jetzt ein neues Computer-unterstütztes Diagnoseverfahren, das an der Universität Aachen entwickelt worden ist. Es hilft, den Tumor früher zu erkennen, und kann auch für die Routineuntersuchung von Risikogruppen – vor allem also von Rauchern – eingesetzt werden.

Seite 8: Erfahrung zählt

Flick-Aktie geht an den Markt

J. G. Düsseldorf

Als größte Neuemission am deutschen Aktienmarkt der Nachkriegszeit startet die Deutsche Bank am 24. April den Gesamtverkauf des industriellen Kernbereichs aus dem früheren Flick-Konzern zum Stückpreis von 285 Mark für die sieben Millionen Aktien der neuen Konzernholdig Feldmühle Nobel AG. Der Gesamtbetrag für die Placierung dieser offensichtlich gut fundierten Aktie liegt bei knapp zwei Milliarden Mark.

Seite 15: Größte Neuemission

Tokio mobilisiert für Gipfel alle Sicherheits-Reserven

Jeder Polizist ist im Einsatz / Bomben-Werkstatt ausgehoben

DW. Tokio

Angesichts der weltweiten Terrorwelle haben die japanischen Polizeibehörden für die vom 4. bis 6. Mai in Tokio stattfindende Gipfelkonferenz der sieben wichtigsten westlichen Industriestaaten die schärfsten Sicherheitsvorkehrungen der japanischen Geschichte getroffen. „Auf die eine oder andere Weise ist jeder unserer 250 000 Beamten an dem Einsatz beteiligt", sagt ein Beamter der japanischen staatlichen Polizei. Die Zahl der Beamten, die direkt mit dem Schutz des Tagungsortes und der sieben Staats- und Regierungschefs betraut sind, wird auf etwa 30 000 Mann geschätzt.

Andere Polizisten werden jedoch in der Nähe des Tagungsortes, einer Burg aus dem 17. Jahrhundert, sowie an der Zufahrtsstraßen jedes Haus gründlich unter die Lupe nehmen. Außerdem gilt es, die 200 000 Besitzer von Schußwaffen sowie die Benutzer von Sprengstoff und gefährlichen Chemikalien zu überprüfen.

Die Wachsamkeit der Polizei zeigt bereits jetzt erste Erfolge: Die Ordnungshüter entdeckten eine Bombenwerkstatt. Wie die Polizei gestern in Tokio gestern mitteilte, fanden Beamte am Sonntag bei einem Einsatz gegen die ultralinke Chukaku-Hu-Gruppe in Zentraljapan 40 Kilo Schwarzpulver, einen nahezu fertig gestellten Zeitzünder und zwei Stahlröhren. Ähnliche Gegenstände waren bei Anschlägen mit selbstgebauten Geschossen in der jüngsten Vergangenheit verwendet worden. Die Chukaku-Hu hatte sich zu einem Anschlag auf das Hauptquartier der Polizei in Osaka am 28. März bekannt. Linksradikale Gruppen haben wiederholt mit Anschlägen während des Gipfels und während der parallel veranstalteten Feierlichkeiten zum 60. Jahrestag der Thronbesteigung Kaiser Hirohitos gedroht.

„Die Lage ist diesmal weit ernster als bei der Gipfelkonferenz 1979 in Tokio", sagt Shinji Suda von der Sicherheitsabteilung der Polizei Tokios. Während des Gipfels 1979 waren 25 000 Polizisten im Einsatz. Diesmal werde die Zahl, so Suda, beträchtlich höher sein.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Das Dreiecksverhältnis

Von Peter Ruge

Was die deutsch-französischen Beziehungen der Nachkriegszeit auszeichnet, das ist das Phänomen, daß sich zwischen den politischen Repräsentanten beiderseits des Rheins ein geradezu partnerschaftliches Verhältnis einstellte. Ein Verhältnis, das nicht selten in Freundschaft mündete: Adenauer mit de Gaulle, Schmidt mit Giscard, Kohl mit Mitterrand.

Nun hat ein Machtwechsel an der Seine stattgefunden: Seit fünf Wochen regieren die Bürgerlichen, angeführt von Premierminister Chirac – im Elysée-Palast sitzt aber weiter der Sozialist Mitterrand, gespannt wartend oder sogar darauf lauernd, ob der Gaullist an seiner Seite Fehler macht oder etwa Vorrechte des Präsidenten antastet. Darunter versteht Mitterrand den Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik, also auch die deutsch-französischen Beziehungen. Das war bisher seine Domäne, bis Jacques Chirac letzte Woche allein nach Bonn reiste.

Unterhörtes geschieht da für französische Verhältnisse, denn das hat es bisher in der V. Republik nicht gegeben: Alleingänge eines Ministerpräsidenten. Und wie um den Verdacht eines bloßen Seitensprungs zu nähren, beeilt sich der Elysée-Palast mit der Mitteilung, der Staatschef werde den Bundeskanzler zum Tête-à-tête treffen – eine Woche nach Chirac, am Donnerstag in Trier.

Die Pariser Salons haben ein neues Gesprächsthema: Was sich da zwischen Deutschen und Franzosen anbahnt, ist unzweifelhaft ein Dreiecksverhältnis. Die herzliche Atmosphäre, die das Bundeskanzleramt nach dem Chirac-Besuch betonte, hat bereits französische Gefühle sensibilisiert. Doch wie immer bei einer Partnerschaft, in die sich ein Dritter hineindrängt, gibt es nun auch Unruhe, Zweifel, Eifersucht – sollte dies Mitterrands Haltung bestimmen?

Helmut Kohl darf sich von Frankreichs politischer Spitze umworben fühlen. Er muß jetzt doppelt achtgeben, daß er seine Gunst richtig verteilt. Das Porzellan steht in Paris buchstäblich sprung-bereit.

Herz für Mauer-Hunde

Von Michael Jach

Einsatz für den Tierschutz, für den Schutz der Kreatur vor dem sittenvergessen-willkürlichen Zugriff roher Menschen, ist ja gewiß aller Ehren wert. Bei uns indes scheint da einiges in Unordnung geraten zu sein, was die Rangfolge der Schutzwürdigkeit angeht. Am Wochenende erst hat der Bundeskanzler vor dem Evangelischen Arbeitskreis der Union in Hannover beklagt, es erreichten ihn neunfach mehr Sorgenbriefe von Bundesbürgern in Sachen Tierschutz als zum unvergleichlich viel wichtigeren Schutz unserer Kinder (einschließlich der ungeborenen).

Dazu fügt sich einen Tag später die Meldung aus Göttingen, die Welttierschutzorganisation „Mobilization for Animals" habe bei SED-Chef Erich Honecker Protest eingelegt gegen die alltägliche Quälerei an jenen etwa fünfhundert Hunden, die an der mitteldeutschen Grenze ihren Teil zur Verletzung des Menschenrechts auf Freizügigkeit beitragen müssen. Für jeden Tierfreund herzbewegend wird ausgemalt, wie die nächst den Versuchshunden in manchen Labors wohl ärmsten unter den deutschen Schäferhunden zwischen Lübeck und Coburg „in ihrem Bewegungsdrang eingeschränkt", „ohne Bezugspersonen" und von Minenexplosionen bedroht dahinvegetieren.

Es sei gern eingeräumt, daß solch rücksichtsloser Umgang mit dem animalischen Leben für sich allein schon beredtes Zeugnis ablegt von der sittlichen Qualität des Historischen Materialismus, der eben auch die Hundelaufanlagen hervorgebracht hat. Doch bei allem Respekt vor der Tierliebe: Zuerst wohl müßte der Protest gegen die Quälerei der Menschen, *gegen die millionenfache Freiheitsberaubung und den Schießbefehl* kommen.

Dem aber ist nicht so; Tierschützer, die bei Honecker ein Wort riskieren (?) zur tierrechtlichen Situation der Grenzhunde, lassen den Zusammenhang mit der Verweigerung von Menschenrechten „zuständigkeitshalber" außen vor. Die „DDR" indes, nun in Kenntnis des Mißfallens grün engagierter Kreise, wird wohlwollend prüfen, wie dem kleineren Übelstand im Sinne ihrer Grenzkosmetik abzuhelfen sei. Der Hinterland-Signalzaun könnte es möglich machen.

Ein Fuß in Libanon

Von Jürgen Liminski

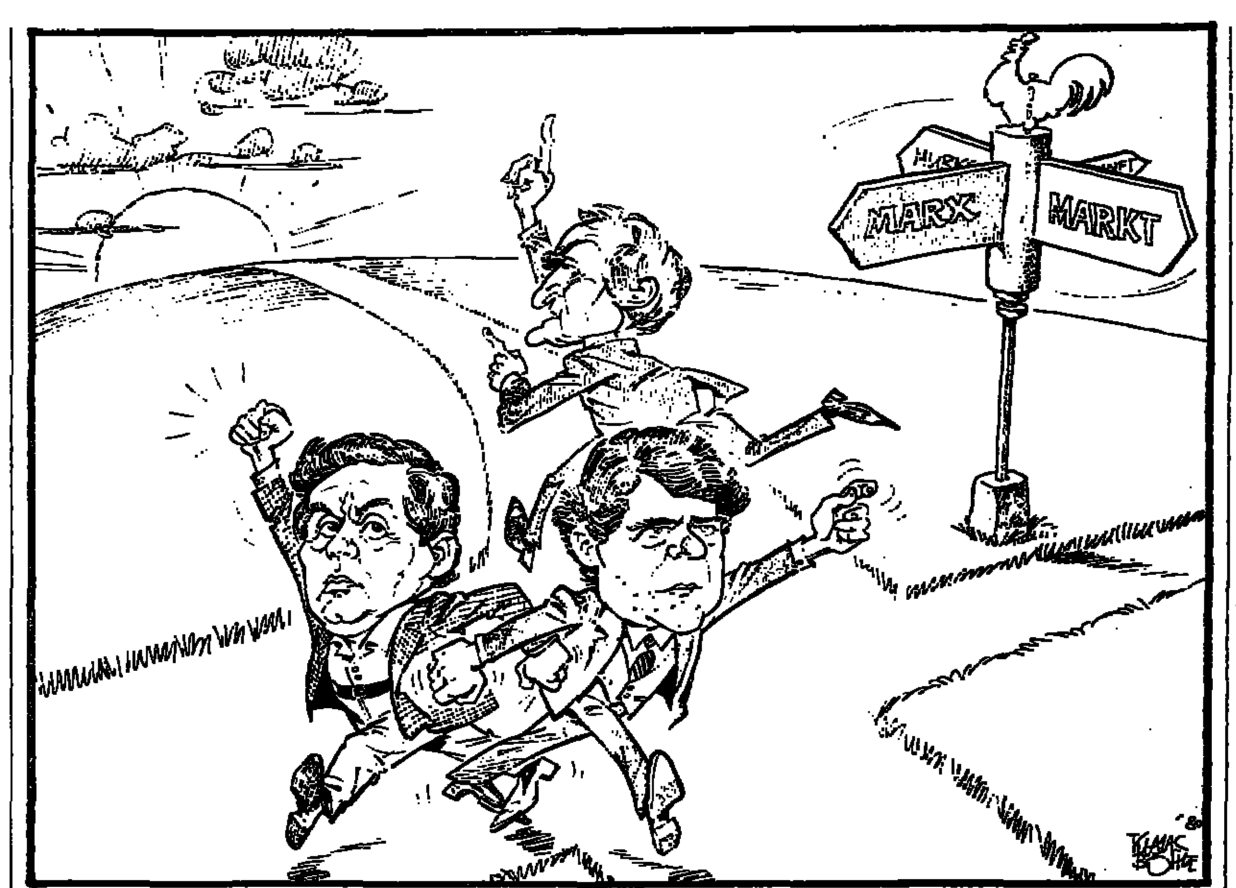
Die Sowjetunion hat erstmals für die Verlängerung des Mandats der in Südlibanon stationierten UNO-Truppe (Unifil) gestimmt und damit für seltene Einmütigkeit im Sicherheitsrat gesorgt. Aber die freundliche Geste hat einen für den Westen weniger erfreulichen Hintersinn. Moskau sucht konkrete Möglichkeiten der Mitsprache in Nahost – für den Fall, daß die syrischen Stricke reißen.

Eine Möglichkeit bietet sich durch den Entschluß Frankreichs, über die zwei Verlängerungsmonate hinaus nicht mehr im Libanon zu bleiben und das gesamte Kontingent aus der Unifil abzuziehen. Die Gefahr besteht, daß dann auch die anderen an der Unifil beteiligten Länder ihre Soldaten nicht mehr im südlibanesischen Granathagel stehen lassen wollen, zumal da Paris auch Logistik und Material zurückholen will. Eine Auflösung der Unifil kann da nur eine materialstarke Macht verhindern. Zum Beispiel die Sowjetunion.

Die Sowjets sind Legalisten. Sie fassen Fuß, wenn sie gerufen werden – notfalls helfen sie ein wenig nach, wie in Afghanistan – oder sonst eine vorzeigbare Grundlage haben. Die wird jetzt gezimmert. Der erste Schritt ist die Beteiligung an der Finanzierung der Unifil. Der zweite könnte die Entsendung einiger roter Einheiten unter dem blauen Helm sein.

Das sowjetische Engagement enthüllt auch eine Sorge. Der syrische Verbündete hat ernste interne Schwierigkeiten, deren Folgen vorerst nicht abzusehen sind. Offiziell ist von Bombenanschlägen mit ein paar Todesopfern die Rede. Es handelt sich um ein knappes Dutzend Attentate innerhalb von sechs Wochen mit rund zweihundert Toten. In Damaskus wird es unruhig. Schon hat das Regime mehrere Panzer- und Eliteverbände aus Libanon zur Verstärkung der regimetreuen Truppen in die Heimat zurückbeordert. Da ist an Nachrücken in die Stellungen der Franzosen nicht zu denken.

Und schließlich: Eine legale sowjetische Präsenz in Libanon oder auch nur der Schatten davon ist ein Trumpf mehr bei diskreten Gesprächen mit Israel, diversen PLO-Gruppen und auch mit Syrern oder Libanesen. Den Franzosen traut man eine Puffer- und Schutzfunktion wohl zu. Den Sowjets aber einiges mehr.



Wenn wir schreiten Seit' an Seit' . . . KLAUS BÖHLE

Der Papier-Krieg

Von Hans-Jürgen Mahnke

Wer die wirtschaftspolitische Diskussion innerhalb der SPD verfolgt, fühlt sich an Parkinson erinnert. Nach den Lehren dieses britischen Historikers können sich Organisationen von einer bestimmten Größe an ausreichend mit sich selbst beschäftigen, sie benötigen nicht mehr die Außenwelt. Diesem Hang, häufig beschönigend als Grundsatzdiskussion umschrieben, unterliegen auch Parteien. Für die SPD, die nun einmal eine Programm-Partei ist, gilt dies in besonderem Maße.

Fatal an dem, was sich zur Zeit wirtschaftspolitisch zwischen Sozialdemokraten abspielt, ist nicht nur der mangelnde Realitätssinn bei einigen der Diskutanten. Schwerer wiegt, daß innerhalb der Partei die gleiche Auseinandersetzung wieder abläuft, die eigentlich mit dem Godesberger Programm von 1959 beendet worden sein sollte. „Konservative und Wirtschaftsliberale" gäben sich der Illusion hin, moniert die Kommission Wirtschafts- und Finanzpolitik der SPD (die unter Leitung des wirtschaftspolitischen Sprechers Wolfgang Roth einen Entwurf für eine Art Fortschreibung des Godesberger Programms vorgelegt hat), „mit der Wachstumspolitik der fünfziger Jahre die Krise in den achtziger Jahren überwinden zu können". Und die SPD? Sie legt den Grundsatzstreit von damals neu auf.

Zwar wird in dem Roth-Papier schlicht konstatiert, die SPD habe „keinen Bedarf nach blutleeren Diskussionen über die Marktwirtschaft". Aber die innerparteilichen Realitäten sind doch andere. Die Kritik aus sozialdemokratischen Reihen an dem Entwurf, ob sie nun von Friedhelm Farthmann kommt, dem nordrhein-westfälischen Fraktionsvorsitzenden, der sich mit seinem Ministerpräsidenten und Kanzlerkandidaten Johannes Rau nicht immer grün ist, oder vom Frankfurter Kreis der SPD-Linken oder von den Jungsozialisten – sie konzentriert sich auf die Frage nach der Rolle des Marktes. Darüber kann auch Farthmanns jüngste Beteuerung nicht hinwegtäuschen, daß auch für ihn die Steuerungskräfte des Marktes durch *keinen anderen gleichwertigen Mechanismus* ersetzt werden könnten.

Aber warum soll der Markt dann eingeschränkt werden? Die gleichzeitig propagierte Erhöhung der Staatsquote läuft darauf hinaus, daß ein immer größerer Teil eben diesen Spielregeln entzogen werden soll. Und Hans-Jürgen Krupp, Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin und wirtschaftspolitischer Vordenker der SPD, hat nachdrücklich darauf hingewiesen, daß dieses unfehlbar dazu führen muß, daß die Abgabenbelastung für die kleineren und mittleren Einkommensbezieher steigt. Ist dieses nicht gerade die Klientel, die die Sozialdemokraten sonst im Auge haben? Krupp spricht von einer Umverteilung von unten nach oben.

Der vordergründige Charme der Linken, gerade für die SPD, liegt wie bei allen sozialistischen Utopisten der letzten zweihundert Jahre darin, daß Ziele festgeschrieben werden, gegen die niemand etwas haben kann – Wunschträume. Wer will Farthmann schon widersprechen, wenn er die Arbeitslosigkeit in den nächsten vier Jahren um mindestens die Hälfte abzubauen fordert, um auf absehbare Zeit die Vollbeschäftigung wieder herzustellen? Entscheidend, und daran muß sich ein Wirtschaftspolitiker messen lassen, ist der Weg, wie die hehren Ziele angesteuert werden sollen. Wenn eine „durchgreifende Umverteilung von Einkommen und Vermögen, des Arbeitsvolumens, von Chancen und von individuellen und kollektiven Rechten" empfohlen und dazu ein starker Staat gefordert wird, weil der Markt die Aufgaben nicht lösen



Welche Wirtschaftspolitik der SPD? Welches Vertrauen in die SPD? Wolfgang Roth FOTO: DPA

könne (Farthmann), dann schwindet nicht nur das Vertrauen bei dem SPD-Ökonomen Krupp.

Sicher, Krupp ist Partei – in doppeltem Sinne. Er hat an dem Roth-Papier mitgearbeitet und trägt es auch mit. Aber das Papier liegt jedenfalls – einmal abgesehen von einigen zweifelhaften Forderungen und Instrumenten – auf der Linie des Godesberger Programms der SPD. In dem Entwurf wird für eine pluralistische Wirtschaftsordnung gestritten, in der der Markt ein unersetzbares Element ist, dem das Sozialstaatsprinzip und die Mitbestimmung an die Seite gestellt werden. Es wird auch ein starker Staat gefordert, nicht nur zur Beseitigung von Funktionsstörungen, sondern auch für einen funktionsfähigen Wettbewerb. Die Grundüberzeugung von Godesberg, mit der die SPD wirtschaftspolitisch salonfähig wurde – Marktwirtschaft so weit wie möglich, staatliche Eingriffe, wenn nötig –, scheint gewahrt. Das ist zwar nicht mehr als eine Handlungsmaxime, aber die Beweislast bei interventionistischen Eingriffen ist klar. Nur: was bedeutet das jetzt?

In der SPD wird erst einmal geredet. Anfang Mai auf einem Kongreß in Hamburg, dann auf dem Nürnberger Parteitag im August und über die längerfristigen Perspektiven erst nach den Bundestagswahlen im nächsten Jahr. In dieser Hinsicht ist für Beschäftigung gesorgt. Wirtschaftspolitisches Profil kann die SPD damit aber kaum gewinnen. Die Frage, was nun eigentlich gilt, muß unbeantwortet bleiben. Dabei geht es nicht nur um programmatische Bekundungen, sondern auch um Personen. Mit Heinrich Deist, Karl Schiller und auch mit Helmut Schmidt verfügte die SPD über Wirtschaftspolitiker an der Spitze, an deren Grundüberzeugung kaum Zweifel aufkommen konnten. Sie konnten auch die Partei in die Pflicht nehmen – bis Schmidt es eben nicht mehr konnte. Bei Roth, der dieses auch möchte und mit Geschick mögliche Widersacher austaktiert hat, ist das anders, wie allein schon die gegenwärtigen Kontroversen zeigen. Die SPD befindet sich nicht nur auf einer programmatischen Suche zu sich selber, sondern auch nach jemandem, der dies verkörpern kann. Beides kann viel Zeit in Anspruch nehmen und viel Vertrauen kosten.

IM GESPRÄCH Manuel Marin

Künftiger Außenminister?

Von Volker Stahr

Der in diesem Jahr neu ernannte EG-Kommissar für „Soziales, Beschäftigung, Bildung und Berufsausbildung", Manuel Marin, mit 35 Jahren der mit Abstand jüngste unter den *„Europa-Ministern"*, gilt in seiner spanischen Heimat als eine der großen Hoffnungen der Sozialisten für die Zukunft. Zugleich aber kann er als veritabler Europäer bezeichnet werden. Marin, Lizentiat der Rechtswissenschaften an der Universität Madrid, studierte auch in Nantes und am Europa-Kolleg in Brügge. Dort schloß er sich 1974 der im Exil agierenden Sozialistischen Partei des Felipe Gonzáles an. Deswegen wurde er 1975 auf die „schwarze Liste" des Franco-Regimes gesetzt, doch wurde er nach dem Tode des Caudillo noch im selben Jahr amnestiert. Marin kehrte nach Spanien zurück und zog 1977 als jüngster Abgeordneter in das erste demokratische Parlament seines Landes ein. Dort machte er sich einen Namen als leidenschaftlicher, zuweilen hitziger Debattenredner.

Nach dem Sieg der Sozialisten 1982 berief ihn der neue Premier Gonzáles zum Staatssekretär und beauftragte ihn mit der Verhandlungsführung über den *Beitritt des Landes zur EG*. In den folgenden drei Jahren bestimmten Orangenplantagen und Olivenhaine, ungezählte Nachtsitzungen und zentnerweise Aktenordner sein Leben – bis zu jenem historischen 12. Juni 1985, an dem Gonzáles in Madrid die Beitrittsurkunde unterzeichnete.

Der Höhepunkt in der Laufbahn Marins? Wohl eher eine Station – der 35jährige steht nach Meinung vieler erst am Anfang einer großen Karriere. Mancher in Madrid sieht ihn jetzt schon zumindest als künftigen Außenminister. Dieser Posten wurde auch kurz nach der Vertragsunterzeichnung durch das Ausscheiden *Moráns* frei. Doch vorerst war das Thema EG abgehakt, und der nächste dicke Brocken – die Festigung der NATO-Mitgliedschaft – stand an.

Gonzáles entschied sich für Fernández Ordóñez. Marin ging nach Brüssel, wo er sich weiter bewähren kann und soll. Zwischen Brüssel und Madrid hat sich der impulsive Redner schon als unorthodoxer Unterhändler erwiesen. Ohne diplomatische Floskeln kam er stets gleich zur Sache, um sich dann stundenlang an Details festzubeißen. Ein hoher italienischer EG-Beamter damals: „Der kennt *in* seinen Dossiers wohl die letzte Fußnote auswendig und in Spanien jede Orange persönlich."

Was kann er an Sozialzuweisungen herausschlagen? Marin FOTO: CAMERA PRESS

Nun muß zu diesen Fähigkeiten des Energiebündels Marin auch noch Dauerhaftigkeit kommen. Waren seine bisherigen Etappen (die Wege Spaniens in die Demokratie, der Linken *an die Macht und des Landes in die* Gemeinschaft) Kurzstrecken mit überschaubarem Ziel, so kann er in Brüssel die Wunder der Bürokratie studieren. In sein Ressort fällt überdies der Sozialfonds der EG.

Auf diese Kompetenzzuweisung soll die Regierung in Madrid großen Wert gelegt haben, sind doch rund zwanzig Prozent der Iberer arbeitslos. Was er hier erreicht, daran wird er gemessen werden. Brüssel – für viele ein Abstellgleis – könnte für ihn zum Sprungbrett werden.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Nordwest-Zeitung

Die Oldenburger Zeitung schreibt zu Brandts Südafrika-Reise:

(Er hat) ausschließlich Repräsentanten der außerparlamentarischen Opposition konsultiert. Willy Brandt sprach nur mit zahlreichen schwarzen, weißen und braunen Kritikern Pretorias, die aus politischen Gründen massive Wirtschaftssanktionen befürworten, persönlich aber durch einen Boykott keine materiellen Nachteile zu befürchten haben. Aus dem Weg gegangen ist Brandt (bisher) hingegen Gesprächen mit Regime-Kritikern, die deshalb dringend vor Wirtschaftssanktionen warnen, weil Strafmaßnahmen dieser Art Arme ärmer machen und darüber hinaus auch zum Kummer der weißen Reformer konservative Buren in die reformunwillige Wagenburg zurücktreiben.

AUGSBURGER ALLGEMEINE

Sie kritisiert Strauß' Kritik an Genscher:

Die Kritik, die der CSU-Chef über das Bonner Auswärtige Amt wegen dessen Haltung im Konflikt USA – Libyen geäußert hat, ist schon ziemlich scharfer Tobak. Nur der Verweis, daß Genschers Partei die Arbeit der Bonner Koalition erschwere oder gar lähme, erinnert daran, *daß* CSU und FDP eigentlich im selben *Regierungsbündnis sind*. Strauß *mag* ja recht haben, wenn er das Taktieren des Bundesaußenministers – aber auch der anderen EG-Partner – vor und nach den amerikanischen Bombenangriffen rügt. Die Äußerung aber, daß es zu dieser US-Aktion erst gar nicht gekommen wäre, wenn die Europäer mit den Amerikanern „gemeinsam rechtzeitig solidarisch gehandelt" hätten, erscheint so lange als reichlich kühn, wie der CSU-Chef sich selbst darüber ausschweigt, in welchen Handlungen sich diese Solidarität hätte ausdrücken sollen.

STUTTGARTER ZEITUNG

Sie geht auf die Neue Heimat ein:

Eigentlich konnte man schon erwarten, was der Hamburger Untersuchungsbericht jetzt zu Tage gefördert hat: Die Führung des Wohnungsbaukonzerns hat wirklich keinen Trick, und sei er auch noch so fragwürdig, ausgelassen, wenn es darum ging, Bilanzen zu schönen und Freunde mit Spenden zu bedenken. Daß die Prüfer der Neuen Heimat bei dem Spiel auch noch mitgewirkt haben, macht den Skandal noch größer.

Eßlinger Zeitung

Sie meint zum SED-Parteitag:

So marschiert die DDR mit Hilfe ihrer neuen Leitsätze schon wieder einmal direkt ins sozialistische Paradies: Menschenwürdige Wohnungen für alle, mehr Autos und Motorräder, modernisierte Produktionsstätten, phantastische Produktionssteigerungen – wenn dies alles gelingt, könnte man ein neues deutsches Wirtschaftswunder feiern, und zwar diesmal ein planwirtschaftliches. In Wirklichkeit besteht dagegen erneut Anlaß zur Prognose, daß die sozialistische Realität weiterhin beträchtlich von den Planzielen abweichen wird.

Wie Sanktionen gegen Südafrika Reformen verhindern

Buthelezis Warnungen vor der Aufhetzung der Jugend / Gastkommentar von Heinz-Dietrich Ortlieb

Das Präsidium der Sozialistischen Internationale hat soeben unter Vorsitz Willy Brandts in Gabarone (Botswana) Wirtschaftssanktionen gegen Südafrika befürwortet. Was man in der westlichen Welt nicht zu begreifen vermag, ist, daß in Südafrika eine von der weißen Regierung selbst eingeleitete Reform nur Erfolg haben kann, wenn diese Regierung volle moralische und wirtschaftliche Unterstützung von außen erfährt und nicht durch feindselige Sanktionen bedrängt wird.

Da der Westen in Südafrika zunehmend den Eindruck hinterließ, daß die Mehrheitsregierung der Schwarzen so oder so in wenigen Jahren ein Fait accompli sein dürfte, vernichtete er die Kompromißbereitschaft der meisten Gruppen. Denn wer verhandelt über das, was so oder so bald sein wird? Die reformbereite Regierung steht da ohne Verhandlungspartner und ohne Handlungsspielraum.

Abgesehen davon, daß damit auch die Uneinigkeit im weißen Lager zunimmt, wirkt sich dies in erster Linie auf die schwarzen Politiker aus. Für die weiße Regierung können als Verhandlungspartner nur diejenigen in Frage kommen, die auf Gewalt verzichten und anerkennen, daß ihre Machtbeteiligung die wirtschaftliche Entwicklung nicht behindern darf. Die Revolutionsfreundlichkeit des Westens belastet aber gerade solche schwarzen Politiker wie etwa den Zulu-Chief Buthelezi, der den bewaffneten Kampf ablehnt und sich für die Erhaltung und Weiterentwicklung der Wirtschaft einsetzt.

Um im Kampf gegen seine revolutionären Konkurrenten in der veröffentlichten Meinung bestehen zu können, muß er wie jene eine schwarze Mehrheitsregierung verlangen. Andererseits weiß er genau, daß eine baldige Beseitigung der weißen Regierung – wenn so etwas überhaupt ohne Bürgerkrieg möglich wäre – eine bewaffnete Auseinandersetzung innerhalb der schwarzen Mehrheit herbeiführen würde. Dabei müßte auch die wirtschaftliche Entwicklung auf der Strecke bleiben. Aus diesem Grunde kann er sich auch keine schwache weiße Regierung wünschen, die mit dem schwarzen Terrorismus nicht fertig wird. Seine Situation findet selbstverständlich kein Verständnis im Westen.

Die bei uns vorherrschende revolutionsfreundliche Manie hat auch zum Andauern der Unruhen in Südafrika beigetragen. Es ist Naivität oder revolutionärer Zweckoptimismus, wenn behauptet wird, es läge nur am guten Willen der Regierung, die Unruhen durch Reformen zu beseitigen.

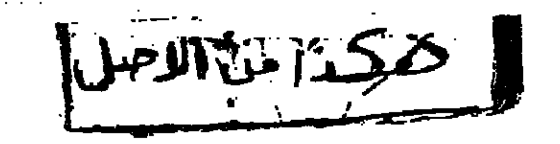
Die einzig wirkungsvollen Mittel wären zügige Vermehrung der Ausbildungs- und Arbeitsplätze und Beseitigung der Wohnungsnot. Das aber verlangt Wirtschaftswachstum, was durch Sanktionen und mangelnde Investitionsbereitschaft verhindert wird. Die besondere Brisanz der südafrikanischen Verhältnisse beruht derzeit auf Fakten, die wenig oder nichts mit der Apartheid zu tun haben und darum auch kaum durch deren Abschaffung beseitigt werden können: Bevölkerungswachstum, Jugendarbeitslosigkeit und Generationenkonflikt in der schwarzen Bevölkerung.

Mit dem Bevölkerungswachstum hat die Wirtschaft in Südafrika schon nicht Schritt halten können, ehe es zu Weltwirtschaftskrise, Dürrejahren und Wirtschaftsboykott gekommen ist. Da das Bevölkerungswachstum zu einer Änderung der Altersstruktur geführt hat – mehr als 50 Prozent sind heute unter 16 Jahre alt –, trifft die Arbeitslosigkeit besonders die jüngeren Jahrgänge. Dies muß den Generationenkonflikt verstärken, der sich bei den Schwarzen mit schwindendem Analphabetismus und wirtschaftlichem Fortschritt aus dem unterschiedlichen Erfahrungs- und Bildungshorizont der Generationen ergibt.

Die Differenz zwischen den Lebensanschauungen der Generationen ist bei den Schwarzen Südafrikas viel größer als bei uns. Denn dort beruht sie meist auf dem Bildungssprung der Jungen in die Vorstellungen einer halbverdauten fremden Kultur und entsprechender Arroganz gegenüber den ungebildeten Eltern. Daß sich solche jungen Menschen von Terroristen gegen die ältere Generation und die Weißen aufhetzen lassen, ist kein Wunder. Da sie nicht die Schwierigkeiten sehen, mit der Macht auch die Funktionen der Weißen von heute auf morgen zu übernehmen, sind sie geeignete Rekrutierungsmasse für Alles-oder-nichts-Revolutionäre.

Buthelezi hatte darum allen Grund, die Welt vor der Raffinesse der Terroristen zu warnen, die Jugend gegen die Eltern aufzuwiegeln. Weder das Bandenwesen Jugendlicher, das dadurch gefördert wird und, einmal entstanden, sich selbst unablässig verstärkt, noch die Ablenkung von der Notwendigkeit, sich auf konstruktive Aufgaben der Neuordnung ausreichend vorzubereiten, kann Reformen förderlich sein, die der schwarzen Bevölkerung eine bessere Welt sichern sollen.

Professor Ortliebs (des früheren HWWA-Leiters) Buch „Was wird aus Südafrika?" (Fromm, Osnabrück) erscheint in zweiter Auflage



Die Aktien der Firma „Graf und Graf“ steigen

Sie ist erst 16 Jahre jung, aber in der Tenniswelt ist sie schon ein alter Hase. Jetzt gewann Steffi Graf ihr zweites großes internationales Tennisturnier. Doch nicht nur das. Sie zeigte auch, daß sie in Deutschland Nummer eins ist, denn ihre Gegnerin hieß Claudia Kohde, die sie 6:4, 5:7, 7:6 besiegte.

Von PETER LIEBELT

Sie hat einmal gesagt: „Immer, wenn du in Amerika gegen Chris Evert-Lloyd spielst, wirst du ein paarmal betrogen. Aber wenn man es weiß, ist es nicht mehr ganz so schlimm.“ Kürzlich hat Steffi Graf, die erst 16jährige, die große Amerikanerin besiegt. Sie, die Nummer drei der Weltrangliste, Deutschlands erfolgreichste Tennisspielerin aller Zeiten.

Klaus Hofsäß, der ehemalige Bundestrainer, sagt deshalb über sie: „Steffi ist ein Tennis-Juwel mit Killerinstinkt. Sie steuert direkt auf eine Wachablösung an der Spitze zu. Sie kann eigentlich gar nicht mehr schlecht spielen. Physisch ist sie schon jetzt die stärkste Spielerin der Welt.“ Eine Einschätzung, die Hofsäß vor vier Wochen von sich gab, und an der sich erst recht nicht in den letzten Wochen etwas geändert hat.

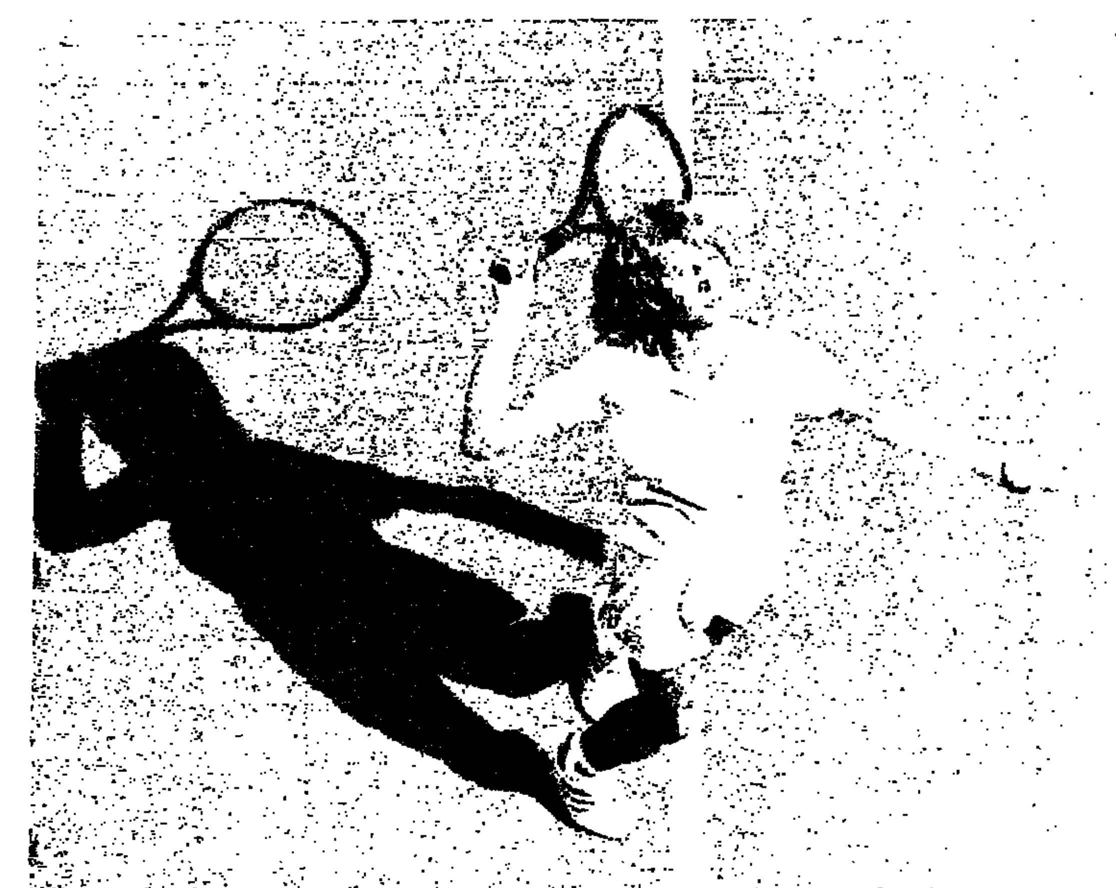
Im März 1982 schrieb der frühere Davis-Cup-Spieler Hans-Jürgen Pohmann „Steffi Graf, zwölf Jahre alt, stellt im Moment so ziemlich alles auf den Kopf, was zumindest im deutschen Tennis bis jetzt die Norm war. Als Weltmeisterin in ihrer Altersklasse startete sie in der Gruppe der 18jährigen. Sie erreichte, so etwas gab es noch nie, das Finale.“

Das war zu einer Zeit, als die Münchnerin Sylvia Hanika in der damals aktuellen Weltrangliste immerhin schon die Nummer sechs war, als sich Bettina Bunge als Neunte plaziert hatte und Claudia Kohde als 20. gerade ihren unaufhaltsamen Weg in die Weltspitze begonnen hatte. Steffi Graf hat sie inzwischen alle überholt, die meisten längst in den Schatten gestellt.

Im Mai 1984 schrieb Pohmann dann in der WELT: „Ich war auf Fuerteventura zufällig im gleichen Hotel wie Steffi Graf. Für sie sollten es Ferien vom Tennis sein. Sie spielte trotzdem jeden Tag drei Stunden, lief dann – verbissen konzentriert – den Strand entlang. Ich behaupte: Hier rannte eine künftige Weltklassespielerin.“

Pohmann irrte sich nicht: Im Juni wird Steffi Graf aus Heidelberg 17 Jahre alt – als Nummer drei der Weltrangliste ist sie bereits absolute Weltklasse. Ihr Vater Peter Graf (47) – gewissermaßen (auf Boris Becker bezogen) Trainer Günter Bosch und Manager Ion Tiriac in einer Person – hat seine Tochter vom vierten Lebensjahr an zielstrebig dorthin geführt. In jenem Alter schlug sie mit einem extra für sie verkürzten Tennisschläger die Filzbälle an die Wand des elterlichen Wohnzimmers. Mit sechs bestritt sie ihr erstes Turnier. Mit 16 sagt sie: „Ich will die Nummer eins werden.“

Chris Evert-Lloyd ist davon überzeugt. Sie sagt es auch: „Steffi ist nicht mehr aufzuhalten.“



Steffi Graf spielt sich aus dem Schatten der Großen FOTO SVEN SIMON

Als Steffi Graf kürzlich in Estepona in Andalusien war, ließ sie sich von Dragan Tancic durchchecken. Tancic ist Fitneß-Trainer einer spanischen Hotelkette und Betreuer des deutschen Hochsprung-Olympiasiegers Dietmar Mögenburg. Tancic kam zu dem Ergebnis: „Gesamt-Zustand hervorragend, Bauch- und Rückenmuskeln super. Noch kein Tennisspieler ist so durchtrainiert hier angekommen wie Steffi Graf.“

Wenn sie 17 ist, im Juni, wird sie ihre erste Million an Preisgeldern zusammen haben. Hinzu kommen Verträge mit den Ausrüstern – Steffi Graf verbraucht bis zu 50 Schläger im Jahr – und mit Werbepartnern. Aber nicht jeder ist dabei willkommen. Als ein Hersteller von Büstenhaltern auf sie zukam, lehnte sie ab: „Das hätte gerade noch gefehlt.“

Eine Million Mark an Preisgeldern wird sie im Juni zusammengespielt haben. Ihr Vater sagt dazu: „Wenn du bei uns in Deutschland Erfolg hast, dann kommen die Nörgler, stochern herum und machen dich madig. So was gäb's in Amerika nicht. Da kannst du's sagen, wenn du viel verdienst – die Leute sind da stolz auf dich.“ Ein Rabenvater, der sein eigen Fleisch und Blut hemmungslos vermarktet?

Steffi Graf: „Er ist die wichtigste Person in meinem Leben.“ Wer auch sonst? Einen festen Freund hat sie nicht, will sie nicht. Der „Spiegel“ gab mal ein Gespräch zwischen Vater und Tochter wieder: Vater: „In zwei Jahren hast du sowieso einen festen Freund, und dann ist dir alles andere egal.“ Tochter: „Nein, bestimmt nicht.“ Vater: „Und mit 20 bist du verheiratet.“ Tochter: „Auf keinen Fall.“ Vater: „Und dann willst du Kinder . . .“ Tochter: „. . . ich will keinen Freund, ich will nicht heiraten, und ich will keine Kinder. Bestimmt nicht.“

Sie hat sich entschieden: In diesem Jahr wird sie 15 bis 17 Turniere spielen. Zuerst in Amerika, ab Mai ist Europa an der Reihe – der Höhepunkt wird Wimbledon sein. Dafür wird sie kämpfen und die Aktien der kleinen, feinen Firma Graf und Graf Woche für Woche immer mehr in die Höhe treiben. Und sie wird Tennis spielen, aus nur einem einzigen Grund: „Ich will die Nummer eins werden und nicht, weil eine den Spitzenplatz geräumt hat, sondern weil ich dann wirklich so gut bin.“

„Man kann auf Dauer keine Weltmacht provozieren“

Nicht aus moralischen Erwägungen, sondern aus Gründen der Effektivität hält der Terrorismus-Experte Professor Walter Laqueur den militärischen Schlag der USA gegen Libyen für verfehlt. Fritz Wirth interviewte Laqueur in Washington.

WELT: Eine Woche ist verstrichen. Die ersten politischen Folgen des amerikanischen Bombenangriffs auf Ziele in Libyen sind erkennbar. War dieser Angriff die richtige Antwort an Khadhafi?

Laqueur: Ich bin nicht sehr glücklich über diese Antwort. Nicht aus irgendwelchen moralischen Gründen, die hier überhaupt nicht zutreffen, sondern aus Gründen der Effektivität. In kürzester Form würde ich sagen: Ein Flugzeugträger ist nicht die ideale antiterroristische Waffe. Das Problem Amerikas ist, daß das, was man hierzulande „Covert Actions“ oder „Active Measures“ nennt, nie sehr gut war und dann nach Vietnam kaputtgemacht wurde. Das heißt also, daß heute die amerikanische Regierung vor der Alternative steht, entweder gar nichts zu tun, was manchmal politisch nicht tragbar ist, oder aber nicht überzureagieren, sondern mit ungeeigneten Mitteln zu versuchen, ein Problem zu lösen. Ich vergleiche es immer mit einem Nußknacker. Wenn man eine Nuß knacken will, dann braucht man dazu das richtige Instrument und nicht eine riesige, komplizierte Maschine, die dann möglicherweise die Aufgabe gar nicht löst.

WELT: Was wäre die adäquate Lösung gewesen?

Laqueur: Es gibt da kein Wunderrezept, aber unter „Active Measures“ versteht man alles mögliche, beginnend bei intensiver Propaganda, einschließlich Boykott. Ferner die selektive Vernichtung gewisser Ziele.

WELT: Boykotts sind nur wirksam, wenn sie lückenlos sind und sie niemand durchbricht. Die Europäer haben sich beispielsweise einem Wirtschaftsboykott widersetzt. Brachte das nicht die Amerikaner in einen Zugzwang?

Laqueur: Ja, durchaus. Ich muß mich verbessern. Wenn ich Boykott sagte, meinte ich damit Blockade, zu der man nicht unbedingt Alliierte braucht. Blockade ist eine kriegsähnliche Handlung, aber dabei kommen nicht unbedingt Menschen um.

WELT: Meinen Sie eine Lösung, wie sie Zbigniew Brzezinski anbot? Er hatte kürzlich vorgeschlagen, Libyen für eine bestimmte Zeit von der Außenwelt abzuriegeln, die See- und Flughäfen zu sperren und das Land von allen elektronischen Telekommunikationen abzuschneiden. Das alles für zunächst zehn Tage und dann zu drohen: Macht ihr weiter, wird die nächste Blockade länger dauern.

Laqueur: Der Gedanke Brzezinskis ist nicht schlecht, nur darf man eben in solche Dinge nie einen Zugzwang, einen Zeitfaktor reinbringen, denn sonst geht die gegnerische Seite für zehn Tage in Urlaub und die Absicht wird verfehlt. Aber im Prinzip: Was er gesagt hat, hätte durchaus Sinn.

WELT: Wie geht es weiter? Präsident Reagan sagte: Wenn nötig, werden wir es noch einmal tun. Sind damit nicht die Terroristen in der Lage, Tempo und Intensität einer Eskalation zu bestimmen?

Laqueur: Ich weiß nicht. Im Prinzip ist die Eskalation notwendig und von vornherein einkalkuliert, denn ohne eine Eskalation ist nicht anzunehmen, daß Khadhafi oder irgend jemand anderes, weil es nun einmal einen Luftangriff gab, deswegen schon erklären wird: Ich werde es nicht wieder tun. Das ist Unsinn. Infolgedessen wird es wahrscheinlich schlechter werden, bevor es besser wird. Andererseits scheint mir, daß das Endresultat feststeht. Denn ein kleines, ein winziges Land, das wahrscheinlich nicht einmal hinter den riesigen Ambitionen seines Führers steht, kann auf die Dauer nicht mit Erfolg eine Weltmacht provozieren. Es wird schlecht ausgehen für Khadhafi. Ich vergleiche ihn manchmal mit einem Kind, einem unartigen Kind, das sieht, daß es sich den Erwachsenen gegenüber gewisse Dinge erlauben kann und das immer wieder versucht, sich mehr herauszunehmen, bis es dann eines Tages bestraft wird. Und wenn diese Strafe wiederholt erfolgt und hoch genug ausfällt, dann wird dieses Kind im allgemeinen, wenn auch nicht immer, eine gewisse Lehre daraus ziehen.

WELT: Sie sagten kürzlich einmal, daß zur Erforschung der Handlungsweisen und Motive dieses Mannes kein politischer Analytiker, sondern ein Kinderpsychologe der richtige Mann sei. Besteht da nicht die Gefahr, daß man ihn leicht unterschätzt?

Laqueur: Ich denke trotzdem, daß man ihn überschätzt, was zum großen Teil die Schuld der Medien ist. Aber auch die amerikanische Regierung und die anderen sind dabei nicht unschuldig. Natürlich, die kleinsten Ursachen können irgendwelche größeren politischen Folgen haben. Doch ich glaube nicht, daß die Krise im Bündnis nachhaltig ist, und ich glaube nicht, daß irgend jemand Anti-Amerikaner geworden ist, der es nicht schon vorher war. Man sollte unterscheiden zwischen der Rhetorik von Khadhafi und dem, was er tut. Deswegen mein Vergleich mit der Kinderpsychologie. Hier, glaube ich, gibt es im Westen Unklarheiten. Man nennt ihn einen islamischen Fundamentalisten und Fanatiker. Stimmt nicht. Denn wenn man sich seine Politik ansieht: Seine Feinde, die er die ganze Zeit angreift, sind gerade die islamischen Brüder. Er macht darüber hinaus Dinge, die im krassen Gegensatz zum Koran und den Prinzipien des Islam stehen. Zum Beispiel, daß er Frauen zum Militär einzieht und viele andere Dinge. Man spricht davon, daß er ein eingeschworener Feind Israels sei. Wenn man sich anschaut, wer durch ihn und seine Helfershelfer umgebracht wurde, dann findet man, daß für jeden Israeli wahrscheinlich 50 Araber umgebracht wurden. Man muß also sehr genau unterscheiden zwischen seinem Gerede und dem, was er wirklich tut.

WELT: Diese amerikanische militärische Aktion gegen Libyen war ein Wendepunkt. Zum ersten Mal wurde mit militärischer Gewalt gegen Staatsterrorismus vorgegangen. Was bedeutet das für die Zukunft des Terrorismus und der Terrorbekämpfung?

Laqueur: Ob es ein Wendepunkt war, das wird man erst in ein oder zwei Jahren besser feststellen können. Aber es bedeutet, daß eine Weltmacht wie Amerika sich nicht ungestraft auf die Dauer provozieren lassen will. Ich weiß, in Europa hat es – eine psychologisch verständliche – Einstellung gegeben, und es gibt sie immer noch, daß man seine Ruhe haben will und daß man nicht in irgendwelche Querelen hineingezogen werden will, mit denen man im Grunde gar nichts zu tun hat. Daß man aber infolgedessen ausländische Terroristen, die etwas tun, sofort abschiebt oder sie nach zwei Jahren freiläßt – das paßt den Amerikanern nicht. Und hier ist möglicherweise der Unterschied zwischen einer Weltmacht, die sich nicht herumschubsen lassen will, und kleineren Ländern, die gelegentlich ein oder zwei Augen zudrücken.

WELT: Es gibt Spannungen und Meinungsverschiedenheiten im Bündnis. Auf amerikanischer Seite hört man immer häufiger, daß die europäischen Partner „Schönwetter-Freunde“ seien. Glauben Sie, daß das, was hier geschehen ist, längerfristige Folgen haben wird?

Laqueur: Es könnte sie haben, doch im Augenblick bin ich da skeptisch. Denn es gibt ja auch Differenzen innerhalb des Bündnisses. Da sind beispielsweise die Franzosen, die ja im Grunde gar nicht gegen eine Aktion sind, die aber sagen: Wir sind eurem Beispiel in Libanon gefolgt, und ihr Amerikaner habt euch bei der ersten Gelegenheit verzogen. Wir haben ja auch eingegriffen, beispielsweise in Tschad, und werden es auch wieder tun, aber wir sind für eine Gegenaktion mit geeigneten Mitteln, und uns scheinen diese Mittel nicht geeignet. Oder beispielsweise Craxi, der sagte, daß er beim nächsten Mal, wenn die Libyer wieder italienische Ziele angreifen sollten, nicht mit einer Rede antworten wird. Also, ich glaube doch, daß es auch in Europa eine Grenze der Geduld gibt. Was Europa tun wird, wird im wesentlichen davon abhängen, was Khadhafi tut. Wird es nur gelegentliche kleine Nadelstiche geben, wird man wahrscheinlich sagen: Ach, damit können wir leben. Wenn dagegen eine systematische größere Kampagne kommt, dann wird zweifellos das Bündnis wieder gestärkt werden.

WELT: Könnte man deshalb sagen: Wenn diese amerikanische Aktion gegen den Staatsterrorismus auch nur einen begrenzten Erfolg hatte, so hatte sie doch immerhin die Wirkung, den europäischen Partnern einen stärkeren Realitätssinn zu geben und den Denkprozeß auf europäischer Seite im Umgang mit dem Terrorismus anzuregen?

Laqueur: Ja, durchaus. Die europäischen Länder haben ja sehr stark reagiert und gelegentlich auch manchmal überreagiert, wenn es sich um Terrorismus im eigenen Land handelte. Man braucht ja nur an die Bundesrepublik zu denken. Sobald die Dinge sich nicht im eigenen Land abspielen, dann ähneln die Reaktionen häufig der des österreichischen Bauern, der zum heiligen Florian betete: „Lieber Florian, laß' den Blitz doch bitte beim Nachbarn einschlagen.“ Diese Psychologie ist keineswegs neu.

WELT: Einer Ihrer Kollegen von der Georgetown Universität, Ray Cline, stellte in seinem Buch über den Staatsterrorismus fest: „Nicht die SS-20-Raketen, sondern der mit Sprengstoff vollbeladene Lastwagen, gesteuert von einem Selbstmord-Terroristen, könnte sich als die gefährlichste Waffe unserer Zeit herausstellen.“ Haben wir uns zu lange auf potentielle Gefahren und zu wenig auf reale Konflikte konzentriert?

Laqueur: Ja, ich bin mit dem zweiten Teil dieser Feststellung einverstanden. Man hat jahrelang die Einzelheiten von allen möglichen nuklearen Situationen diskutiert, die mit Gottes Hilfe nie eintreten werden, doch man hat vernachlässigt, sich mit der realen Welt und den realen Drohungen zu beschäftigen. Andererseits glaube ich nicht, wie Ray Cline, daß die mit Dynamit beladenen Autos wirklich eine so große Gefahr darstellen. Es hat in den letzten zwei Jahren nicht mehr solche Fälle gegeben. Die Zahl der Kandidaten, die Selbstmord begehen wollen, ist sehr gering. Man hat die Dinge mal nachträglich sehr genau untersucht, und dabei stellte sich heraus, daß es nur in drei oder vier Fällen wirkliche Selbstmordkandidaten gab. Dagegen gibt es viel häufiger Fälle wie jetzt in London, daß jemand einem Mädchen etwas mitgibt.

WELT: Wie sehen Sie die Rolle des Ostblocks während der letzten acht Tage in diesem Konflikt?

Laqueur: Die konnte vorhergesehen werden. Die russische Einstellung zum Terrorismus ist immer ambivalent gewesen. Im Prinzip ist man gegen den Terrorismus. Er ist eine schreckliche Sache, eine imperialistische Erfindung. Andererseits aber hat man seine Helfershelfer. Man will gar nicht genau wissen, was diese Helfershelfer tun, aber man ist durchaus an der Destabilisierung der Gegner interessiert. Ich weiß nicht, ob die Sowjetunion sehr glücklich war über Khadhafi. Sie ist es eigentlich nie gewesen. Er ist unberechenbar und schwer kalkulierbar, und das ist überhaupt vom sowjetischen Standpunkt aus gesehen das Problem des internationalen Terrorismus: Wenn man einmal losläßt, weiß man nie genau, was da passieren kann. Die Russen haben ungern eine Kraft, die sie nicht voll beherrschen und über deren Aktionen sie keine volle Kontrolle haben. Was sie aber nicht gehindert hat, ihr immer wieder indirekte Unterstützung zu geben.

WELT: Wie beurteilen Sie die Reaktion der amerikanischen Öffentlichkeit in diesem Konflikt?

Laqueur: Sie war überwältigend für Reagan. Man hätte sagen können, daß Reagan vielleicht noch etwas hätte warten können. Noch ein paar solcher Terrorakte, dann wäre die Unterstützung wahrscheinlich noch etwas größer gewesen. Man kann darüber streiten, ob die Zeit und die Gelegenheit die richtige waren. Diese Entscheidung muß man dem Präsidenten überlassen. Er hat Informationsquellen, die wir nicht besitzen.





Für Walter Laqueur, Professor an der Georgetown-Universität und Autor des Standardwerks „Terrorismus“, ist der Libyer Khadhafi weniger ein Fall für den politischen Analytiker als für den Kinderpsychologen. Laqueur: „Man nennt ihn einen islamischen Fundamentalisten und Fanatiker. Stimmt nicht.“

FOTOS: TEUTOPRESS/DIE WELT

Haiti wird vor seiner Freiheit bange

„Unser Volk war noch nie so frei wie heute“, sagt Regierungssprecher Anbelin Jolicoeur. Es ist eine Freiheit, die Haiti nach langen Jahren der Diktatur auskostet. Doch mit dieser Freiheit kamen Hoffnungen, Forderungen und Ungeduld an die Oberfläche, die besorgte Beobachter bereits als erste Anzeichen von Anarchie werten.

Von WERNER THOMAS

Das Grabmal des Despoten liegt in Trümmern. Es ist an jenem denkwürdigen 7. Februar von einer wütenden und zugleich jubelnden Menschenmenge demoliert worden, die mit ihrem Zerstörungswerk das Ende der fast dreißigjährigen Diktatur symbolisieren wollte. Die Gebeine „Papa Docs“ wurden zertrampelt und verbrannt. Auf den unbeschädigt gebliebenen grauen Mauern Slogans. Einer lautet: „Es lebe die Freiheit.“

Das „Neue Haiti“ bietet ein krasses Kontrastprogramm zur Gewaltherrschaft der Duvaliers. Die Leute staunen und bangen. Kann das möglich sein? Wie lange kann das möglich sein? Es wird gestreikt, kritisiert und demonstriert. Der blütenweiße Nationalpalast, der das Zentrum der Hauptstadt Port-au-Prince dominiert, erlebt täglich Protestaktionen. Jugendliche rotten sich vor dem gewaltigen Gebäude zusammen, skandieren Sprechchöre oder entfalten Transparente. Letzte Woche führte ein „Marsch gegen die Putschisten“ zum Palast. Das Gerücht machte die Runde, Duvalier-Anhänger würden einen Umsturz planen.

Als „Papa Doc“ (François Duvalier) und „Baby Doc“ (Jean-Claude Duvalier) noch regierten, konnte niemand den Gehweg der Avenue de la République vor dem Präsidenten-Sitz betreten. Wer das wagte, wurde von einem grimmigen Soldaten davongescheucht. Heute klettern Kinder über das Gitter. Das Volk darf zeremoniellen Ereignissen beiwohnen, wie dem Empfang des Ex-Präsidenten Paul Magloire durch den General Henry Namphy, dem neuen Staatschef. Der einst sauber gepflegte Rasen wächst wild. Aus der Duvalier-Zeit stammen allerdings noch die beiden Kanonen, die Konspirateure abschrecken sollten.

Viele Konspirateure sind zurück. Auch Bernard Sansaricq, der 1980 den letzten erfolglosen Invasionsversuch organisiert hatte. Er gehört zu den bevorzugten Interview-Partnern der Medien. René Theodore, der Generalsekretär der Kommunistischen Partei, erregt noch mehr Aufsehen. Nach 21 Exil-Jahren in Paris entfaltet der Mathematiker und Physiker seine politischen Aktivitäten wieder an der Heimatfront. Er beeindruckt das Fernsehpublikum durch eine attraktive Erscheinung, kultiviertes Auftreten und kühle Lage-Analysen. Viele Haitianer nennen ihn neben dem ehemaligen Finanzminister Marc Bazin als Schlüsselfigur der politischen Szene.

Wir besuchen Theodore (46) in seiner neuen Parteizentrale an der Rue du Champs de Mars, die kein Hinweisschild aufweist. Er berichtet: „Wir stecken noch im Organisationsprozeß.“ Er könne ungehindert arbeiten, nur: „Telefonate nach Havana, Moskau, Ost-Berlin und Prag kommen nicht zustande.“

Plötzlich schießen die Parteien wie Pilze aus dem Boden. Ein verwirrendes Panorama. Die Linke ist mit mindestens zehn Bewegungen vertreten. Nach letzten Zählungen gibt es mehr als 60 erklärte Präsidentschafts-Kandidaten. Der humorvolle Staatschef Namphy scherzte kürzlich: „Die sollten eine Gewerkschaft gründen.“ Niemand weiß freilich, wann einmal Wahlen stattfinden werden. Namphy denkt an einen Zeitraum von zwei bis drei Jahren.

Der Oberst William Regala (45), neben General Namphy und Außenminister Jacques François der dritte Vertreter des nationalen Regierungsrates, beklagt die „übertriebenen Erwartungen“. Der Innen- und Verteidigungsminister erklärt: „Die Leute verlangen zuviel. Sie wollen alles auf einmal erledigt haben. Sie müssen sich gedulden.“

Die Ungeduld mündet in Demonstrationen, Streiks, Straßenblockaden oder Landbesetzungen. Überall in Port-au-Prince stehen junge Männer zusammen. Sie warten oder diskutieren. Wer sie mobilisiert hat, weiß oft niemand. Regierungssprecher Jolicoeur meint, es handle sich manchmal um bezahlte Demonstranten. „Für ein paar Gourdes (die Landeswährung) lassen sich diese Burschen leicht manipulieren.“ Der tägliche Mindestlohn eines Arbeiters im ärmsten Land des amerikanischen Kontinents beträgt 15 Gourdes, drei Dollar.

Jolicoeur, ein haitianisches Faktotum, der in Graham Greenes Haiti-Roman aus der „Papa Doc“-Zeit „Die Stunde des Komödianten“ eine Hauptrolle spielte und noch heute wie damals weiße Anzüge trägt, einen Spazierstock schwingt und das urig-idyllische Oloffson-Hotel belebt, erläutert die Probleme mit dem Stichwort Geld. „Uns fehlt das Geld zur Lösung der Probleme.“

Diplomatische Beobachter schätzen den Anteil der Haitianer ohne festen Job auf 80 bis 90 Prozent. Fast 90 Prozent sind Analphabeten. Ein riesiges explosives Potential. Port-au-Prince scheint noch verschmutzter und verwahrloster zu sein als zuvor. An den Kreuzungen der Innenstadt lauern noch mehr blinde und verkrüppelte Bettler. Schon riefen Demonstranten „Nieder mit dem Imperialismus“ und „Es lebe der Kommunismus“, warnt Jolicoeur, der auch die Tourismus-Behörde leitet. Die Vertreter der Washingtoner Botschaft registrieren jedoch „keinen besorgniserregenden Antiamerikanismus“.

Die Spuren der düsteren Diktatur werden zwar verwischt: Der internationale Flughafen, Ortschaften, Straßen, Plätze und Märkte heißen nicht mehr nach Duvalier. Das Grab des „Papa Doc“ und Denkmäler wurden zerstört, Bilder des geschaßten „Präsidenten auf Lebenszeit“ und seiner schönen Frau Michelle vernichtet. Rot-blaue Fahnen, die an den bunt bemalten Kleinbussen flattern, ersetzen die rot-schwarzen Banner der früheren Herrschaft. Es gibt jedoch noch Duvalier-Anhänger, die das politische Klima belasten.

Die Profiteure des alten Systems genießen nach wie vor ihren gewohnten Luxus. Die mit Parabol-Antennen ausgerüsteten Paläste an den kühlen Abhängen der Bergstadt Petionville erinnern an ihre Präsenz. Schon holen sie wieder ihre BMW, Mercedes und Audis aus den Garagen. Berichte kursieren, daß sie Kontakte zu den untergetauchten Repräsentanten der Diktatur knüpfen, den Mitgliedern der berüchtigten Miliz-Organisation „Tontons Macoutes“. So kommen die Putschgerüchte zustande.

Tausende „Macoutes“ sollen sich mit Waffen versteckt halten, aus Angst um ihr Leben. In den ersten Tagen nach dem Sturz waren Dutzende gelyncht worden. Max Beauvoir, der prominenteste Vertreter des Voodoo-Kultes, erzählt, daß auch seine Priester (Hougans) Opfer solcher Vergeltungsaktionen geworden seien. An einem Tag hätten allein 130 von ihnen sterben müssen. Beauvoir absolviert Fernseh-Auftritte. Er versucht der weit verbreiteten Meinung entgegenzuwirken, der Voodoo-Kult habe die Duvaliers unterstützt. Er vermutet die katholische Kirche hinter dieser „Verleumdungs-Kampagne“, greift aber einen Appell der Bischöfe auf: Versöhnung. „Laßt uns vergessen und vergeben.“ Ähnliche Losungen sind auf Häuserwände geschrieben.

T-Shirts „made in China“, drei Dollar das Stück, preisen euphorisch das „Freie Haiti“. Die meisten Leute äußern sich jedoch nüchterner. In vielen Gesprächen ist eine Stimmung der Ungewißheit spürbar. Viele Gesprächspartner bitten: „Bitte keinen Namen nennen.“ Ein deutscher Restaurant-Besitzer äußert eine oft gehörte Meinung: „Es wird noch viel auf uns zukommen.“

Sichtbares Ende einer Diktatur: Das zerstörte Grabmal des François Duvalier FOTO: AFP

Kritik von Exil-Russen an den Europäern

lz. München

Der Handlungsspielraum des Kreml-Führers Gorbatschow wird nach Ansicht sowjetischer Emigranten von westlichen Politikern weit überschätzt. Zum Abschluß eines Emigranten-Symposiums, zu dem die CSU-nahe Hanns-Seidel-Stiftung Exil-Russen aus Europa und den USA nach Wildbad Kreuth geladen hatte, erklärte Professor Michael Voslensky, es bestehe die Gefahr, daß die Sowjetunion vor einem „aufgeklärten Stalinismus" stehe, einem Überzentralismus ohne den unter Stalin praktizierten Massenterror des KGB.

Wohl habe es in der fast 70jährigen Geschichte des Sowjetregimes immer wieder Zyklen der Dezentralisierung gegeben, die aber stets an der zentralistischen Grundhaltung des Systems scheiterten. Augenblicklich strebe Gorbatschow zwar einige Reformen an, um die Unproduktivität zu überwinden und mehr Effektivität zu erzielen, ihm stünden aber wichtige Kreise gegenüber, die Reformen als Gefahr für das System strikt ablehnen.

Für die Emigranten wird der Weg der Sowjetunion zur demokratischen Freiheit, so war die allgemeine Meinung, erst in Jahrzehnten, wenn nicht in Jahrhunderten vollendet sein. Wohl wird in naher Zukunft aus Emigrantenkreisen ein neues Programm erwartet, das der Opposition in und außerhalb der UdSSR seine Basis bieten soll, doch sinnvolle Reformen seien erst nach der Beseitigung des derzeitigen Systems möglich.

Harte Vorwürfe erhoben die Exil-Russen gegenüber europäischen Politikern, von denen sie sich weniger Gutgläubigkeit im Umgang mit Gorbatschow wünschen. Auf ein Lenin-Zitat anspielend, verglich Vladimir Maximov die Westeuropäer mit Kälbern, die ihrem Metzger den Strick nicht nur verkaufen, sondern ihn auch noch auf Kredit überlassen.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

An der Stätte des alliierten Triumphs grüßt Gorbatschow die Westdeutschen

Der sowjetische Generalsekretär zu Besuch in Potsdam / Spontanes Interview für die ARD

Hans-R. KARUTZ, Potsdam

Seit Marschall Stalin am Morgen des 2. August 1945 mit seinem Sonderzug wieder in Richtung Moskau dampfte, hielt sich kein sowjetischer Parteichef mehr an der Stätte des alliierten Triumphes über Deutschland auf. Am Wochenende sah sich nun Michail Gorbatschow in dem acht Millionen Goldmark teuren Landhaus des ehemaligen Thronerben um. Im Musiksalon von Kronprinzessin Cecilie sprach der Kreml-Chef über den Frieden.

Er stand mit dem Rücken zur Mauer, die nur hundert Meter vom Schloß entfernt am Seeuferrand den Blick hinüber nach West-Berlin verschließt. Gorbatschow erlebte die Realitäten der Deutschen näher als alle seine Vorgänger.

Viele Neugierige

Den Ausflug des mächtigsten Mannes der östlichen Welt an diesem eisigen Frühlingstag flankierte, wie immer in der äußerlich so lauten „DDR", das Getöse der Fanfarenzüge und Trommler, die die ersten gefiederten Frühlingsboten vom preußischen Rasen scheuchten. Im „Neuen Garten", vom Nachfolger des Alten Fritz in die Berlin-Potsdamer Parklandschaft gewoben, wimmelte es von Neugierigen. Nur Gorbatschows Landsleute, die Tausende von Sowjetsoldaten in den Potsdamer Kasernen, hatten keinen Ausgang – der Gruppe der „Sowjetischen Soldaten in Deutschland" steht Gorbatschows väterlicher Segen noch bevor.

So stand nur der Chef dieser Truppen, Armeegeneral Pjotr Luschew, mit seiner rangmäßig besonders ausgeprägten Tellermütze wie eine Statue neben Gorbatschow, als das Westfernsehen den „DDR"-Medien rundweg die Show stahl: Denn der Moskauer ARD-Korrespondent Lutz Lehmann verfuhr nach amerikanischer Manier. Als Gorbatschow nach einem Rundgang wieder aus der Tür der Stätte des Potsdamer Abkommens trat, rief er – wie es US-Reporter mit Ronald Reagan zu tun pflegen – einfach auf russisch nach dem Chef: „Generalsekretarkij ...!"

Gorbatschow horchte auf und machte dann lässig eine „Rechtsschwenkt"-Bewegung mit seiner gesamten Begleitung: „Odin!", rief er auf russisch – eine Frage, bitte schön, mehr nicht. Frau Gorbatschowa im schwarzen Haute-couture-Mantel von ihrem vormittäglichen Damenprogramm im Park von Sanssouci leicht erschöpft, stand neben dem KP-Generalsekretär. Zur Verblüffung der „DDR"-Augenzeugen hob der Gast aus Moskau dann aus dem Stegreif zu einem Statement an, das abends die „Aktuelle Kamera" des Ostberliner Fernsehens vor erhebliche Probleme stellte. Denn Gorbatschow signalisierte nicht nur nach Washington, daß er trotz Atomversuche und Libyen noch im Sommer an den Potomac reisen wolle, sondern verabschiedete sich auch ausdrücklich mit einem freundlichen Gruß. „Doswidanje" (Auf Wiedersehen), sagte er, und fügte hinzu: „Grüßen Sie die Menschen in der Bundesrepublik!"

Dieser Schlußsatz blieb im Ostberliner Fernsehen zwar als Ton vorhanden, aber man mochte soviel Höflichkeit in Richtung Westen doch lieber nicht übersetzen ...

Soldat als Geschenk

Als die Moskauer Equipe längst wieder in der Wagenkolonne Richtung Ost-Berlin saß, kehrte im „Neuen Garten" wieder der „Eindruck des idyllischsten Landlebens" ein, wie ihn ein Zeitgenosse vor 200 Jahren beschrieb. In dieser Idylle blieb noch etwas zurück: Im Empiresalon der Kronprinzessin hatte der Gast sein Geschenk aufgebaut: Die Bronceplastik eines friedenbringenden Soldaten, der von drei Kindern umringt wird.

Villa Vigoni: Bringt die „Erblast" jetzt doch noch ideellen Gewinn?

KLAUS J. SCHWEHN, Bonn

Mit der Vereinbarung über die gemeinsame Förderung eines deutsch-italienischen Kulturzentrums in der Villa Vigoni oberhalb des Comer Sees, gestern von Außenminister Hans-Dietrich Genscher und seinem italienischen Amtskollegen Giulio Andreotti in Bonn unterzeichnet, ist für Bundesregierung und Bundestag endlich das leidige Haushaltskapitel 3102, Titel 547 01, aus dem Etat 1985 abgehakt.

Damit kann dieses Anwesen in Menaggio nach mancherlei Hin und Her zwischen Bildungsministerium, Bundesrechnungshof und Haushaltsausschuß für kulturelle Begegnungen genutzt werden – so wie es sich der frühere Besitzer, der 1983 gestorbene Mailänder Adlige Ignazio Medici de Matignano, gewünscht hatte.

Er hatte Villa, Nebengebäude und 23 Hektar Land – Gesamtwert etwa zwölf Millionen Mark – der Bundesrepublik Deutschland vererbt mit der Maßgabe, dort eine deutsch-italienische Begegnungsstätte zu schaffen. In der Folge wurde dieses Geschenk jedoch fast zur Erblast.

Der Haushaltsausschuß des Bundestages monierte, daß Bundeskanzler Helmut Kohl 1984 das Erbe angenommen hatte, ohne mit dem Parlament Rücksprache zu nehmen und die Folgekosten zu bedenken. Der Rechnungshof rügte, die Villa Vigoni und einige dazugehörende Landhäuser seien baufällig, was zu hohen Renovierungskosten führen müsse, und so gab es bis in das Jahr 1985 hinein auch Überlegungen, sich „von dem Vermächtnis und seinen Auflagen zu befreien".

In den Diskussionen der Bonner Haushaltsexperten über den Bundesetat 1985 klärte sich dann einiges. So hatten auch sprachliche Fehlinterpretationen zu Irritationen geführt: Baufällig waren und sind lediglich zwölf zum Anwesen gehörende Ställe mit Behelfswohnungen ohne Licht und Wasser, die im Italienischen rustici heißen; funktionsfähig dagegen sind die fünf für eine Tagungsstätte wichtigen Landhäuser (case rustiche). Außerdem, so das Ministerium, soll sparsam gewirtschaftet werden. Von den vier dort angestellten Gärtnern wird einer in diesem Jahr pensioniert und damit diese Planstelle gestrichen ... Trotzdem aber belaufen sich die jährlichen Unterhaltungskosten auf rund 900 000 Mark, und die langfristigen Renovierungsfolgekosten werden auf etwa 10,3 Millionen Mark geschätzt.

Die jetzt von Genscher und Andreotti unterzeichnete Vereinbarung besagt, daß sich der italienische Staat in jener Höhe an den jährlichen Unkosten der kulturellen Begegnungen beteiligt, die von Bonn aufgewendet werden – nicht aber an der Unterhaltung des Besitzes. Träger soll künftig ein Verein sein. Eine erste Probe hat die Villa Vigoni im vergangenen Jahr bestanden, als dort der Stifterverband der Deutschen Wissenschaft eine Tagung veranstaltete. Auch Bundesbildungsministerin Dorothee Wilms hat das teure Erbe schon genutzt. Am 8. Juli 1985 eröffnete sie dort eine Veranstaltung mit 25 Wissenschaftlern aus beiden Ländern.

So wird die Hoffnung genährt, daß die „Erblast" des Mailänders Ignazio Medici de Matignano doch noch zum ideellen Gewinn wird. Schließlich war das Anwesen mit seiner überreich ausgestatteten Bibliothek schon früher Bindeglied zwischen deutscher und italienischer Kultur. Einen der Vorfahren des Ignazio, den 1769 in Frankfurt geborenen Kaufmann Heinrich Mylius, hatte es an den Comer See gezogen, wo er als Wohltäter und Förderer der Künste hervortrat. Zu seinen Freunden zählte Johann Wolfgang von Goethe, dessen italienische Reise sich in diesem September zum 200. Male jährt.



Geerbte Idylle zwischen Pinien und Zypressen: Das deutsch-italienische Kulturzentrum oberhalb des Comer Sees. FOTO: DIE WELT

Telefonieren nach Übersee wird billiger

ARNULF GOSCH, Bonn

Insgesamt rund 330 Millionen Mark pro Jahr werden die Kunden der Bundespost mit der 29. Verordnung zur Änderung der Fernmeldeordnung sparen. Dem Papier hat der Postverwaltungsrat gestern in Bonn zugestimmt. Neben den Gebührensenkungen enthält die neue Verordnung auch Regelungen über die Einführung neuer Dienstleistungen und neuer Endgerätetypen für Fernmeldedienste.

Zu den wichtigsten Gebührensenkungen zählt die Verlängerung des Zeittaktes für den Telefonverkehr nach außereuropäischen Ländern, die am 1. Juli in Kraft tritt und zu jährlichen Entlastungen von 180 Millionen Mark führt. Zum gleichen Zeitpunkt wird auch der Zeittakt für den Telefonverkehr mit Spanien und Portugal verlängert.

Zum 1. Dezember treten Gebührenänderungen im Telexdienst in Kraft. So verringert sich die Minutengebühr für internationale Fernschreiben nach USA, Kanada, Australien und Israel, in die Länder des Nahen Ostens und der sogenannten „übrigen Welt". Das bringt jährliche Einsparungen von 58 Millionen Mark. Dagegen wird die Telexgrundgebühr von 65 auf 80 Mark angehoben.

Die Zuschläge für Tastwahlapparate werden zum 1. Dezember von 2,50 auf 0,60 Mark bzw. von 3,00 auf 0,70 Mark gesenkt. Das kostet die Post 80 Millionen Mark im Jahr. Zu den weiteren wichtigen Gebührenmaßnahmen zählt die Anhebung der seit 14 Jahren unveränderten Wortgebühren im Telegrammdienst von 0,60 auf 0,80 Mark. An neuen Fernmeldediensten wird der seit August 1984 im Probebetrieb laufende Teleboxdienst zum 1. Juli als Regeldienst eingeführt. Zum gleichen Zeitpunkt schafft die Post die Voraussetzungen für die Einführung des Temexdienstes.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat gestern schwere Vorwürfe gegen die Postpolitik von Minister Schwarz-Schilling erhoben. Die Postexperten Peter Paterna und Karl Liedtke erklärten, daß die Kostenrechnung der Post für 1986 eine Kostenunterdeckung aufweise.

Initiative gegen Antisemitismus

DW. Berlin

Der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, Heinz Galinski, hat die Bundesländer aufgefordert, „neue Formen" der Untersuchung und Bekämpfung des Antisemitismus zu entwickeln, weil die bisherigen Reaktionen auf besorgniserregende Vorgänge der letzten Zeit nicht ausreichten. Dazu schlug Galinski vor, spezielle Arbeitsgruppen aus „erfahrenen und engagierten Bürgern" zu bilden. Der Regierende Bürgermeister Diepgen hat die Berufung eines solchen Gremiums schon zugesagt.

In einer Gedenkstunde zum 43. Jahrestag des Aufstandes im Warschauer Getto beklagte Galinski eine zunehmende Tendenz des Antisemitismus. Im Jüdischen Gemeindehaus in Berlin sagte er, seit 1945 seien Juden nicht mehr einer solcher Feindseligkeit wie heute begegnet. Neu sei, daß Antisemitismus heute offen geäußert werde, besonders auch von politischen Mandatsträgern.

Von den Illusionen der SPD über Entspannung

WELT-Gespräch mit der Historikerin Gesine Schwan

Von ULRICH REITZ

Kurt Schumacher, der erste Vorsitzende der SPD im Nachkriegs-Deutschland, empfahl im Februar 1946 seinem Parteifreund Otto Grotewohl, die SPD in der Sowjetzone aufzulösen. Doch Grotewohl gab sich der Illusion hin, eine Vereinigung mit der KPD zur SED könne vor dem Hintergrund wachsenden sowjetischen Drucks retten, was zu retten sei: Die SPD sollte der SED demokratischen Charakter verleihen. Doch dieser scheinbare Schachzug, der mit dem historischen Händedruck Grotewohls und Wilhelm Piecks am 21. April 1946 besiegelt wurde, entpuppte sich als verhängnisvolle Fehleinschätzung.

Das Problem der Illusion gegenüber dem Kommunismus ist vor dem Hintergrund des Rufes der SPD-Spitze nach einer „zweiten Phase der Entspannungspolitik" und der Bereitschaft, auf die Herausstellung der Unterschiede zwischen östlichen Diktaturen und westlichen Demokratien zu verzichten, wieder aktuell geworden.

Die Einstellung vieler Sozialdemokraten gegenüber der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg ist heute nach Auffassung von Gesine Schwan, der unbequemen Mahnerin in der SPD, „offenkundig zwiespältig". Dies hänge damit zusammen, so die Historikerin in einem Gespräch mit der WELT, daß sich in den vergangenen 40 Jahren das Verhältnis von Kommunisten und Sozialdemokraten mehrfach wandelte. Der historische Bogen reiche von der Phase des Antikommunismus während des Kalten Krieges „bis zum jetzigen Zusammenwirken von Teilen der SPD mit der KPD sowie zur Etablierung engerer Parteibeziehungen mit der SED und mit den übrigen kommunistischen Parteien in West- und Ost-Europa".

Historischer Händedruck: Wilhelm Pieck (l.) und Otto Grotewohl FOTO: ULLSTEIN

Die Hinwendung zur Entspannungspolitik resultierte aus der Erfahrung des Mauerbaus. Führende Sozialdemokraten zogen daraus den Schluß, eine „zukünftige Deutschland- und Europa-Politik (dürfe) sich nicht mehr in erster Linie auf die Stärke der Vereinigten Staaten stützen, sondern (müsse) auf eine Kooperation mit der Sowjetunion angelegt werden". Doch weder das Ziel, mit Hilfe der Enspannungspolitik zu einer gleichgewichtigen Abrüstung zu kommen, noch das einer Demokratisierung in den Ostblock-Staaten sei erreicht worden.

Gesine Schwan sieht in der SPD zwei Formen der Illusion gegenüber dem Kommunismus:

1. Der „Gaullismus von links". Dieser bestehe in der Annahme, die Sowjets würden sich unter der Voraussetzung eines Abzugs der Amerikaner aus West-Europa ihrerseits aus Ost-Europa zurückziehen.

2. Die Fehleinschätzung, mit regierenden Kommunisten zu einer gleichgewichtigen Kooperation kommen zu können, „wenn man seinerseits auf das Aussprechen und Verfolgen der eigenen Werte und Ziele verzichtet".

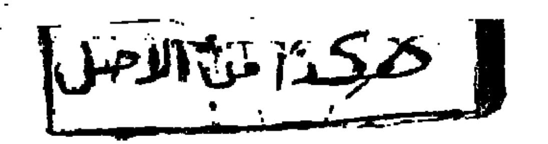
Dabei unterschätzten SPD-Politiker das Ziel des Ostens, seine Regime als „normal" zu festigen. In diesem Zusammenhang stellt Gesine Schwan der Berliner SPD ein Armutszeugnis aus. Diese „überbietet sich geradezu in der Forderung, Ost-Berlin endgültig und ohne politischen Vorbehalt als Hauptstadt der DDR anzuerkennen," und füge so „der Sache Berlins und (der) der Freiheit schweren Schaden zu".

Die Überbetonung der Notwendigkeit, den Frieden zu sichern, habe nicht nur innerparteiliche Folgen: „Da die Parteiführung der SPD uns Mitgliedern auf dem ideologischen Feld gleichsam einen Maulkorb aufzuerlegen versucht, indem sie die ideologische Auseinandersetzung als ‚friedensgefährend' diskreditiert, ablehnt und selbst seit Jahren nicht mehr praktiziert, hat sie der genau kalkulierenden Macht- und Realpolitik (der Kommunisten) nichts entgegenzusetzen."

Es bestehe die Gefahr, „ins Schlepptau des Gegners" zu geraten. Aus dem Entgegenkommen, Systemunterschiede im Verkehr mit kommunistischen Regierungen auszuklammern, folge auch die Bereitschaft, die für den Ostblock heikle Diskussion über die Situation der Menschenrechte hintanzustellen.

Die SPD-Politikerin sieht die Illusionen in der SPD in einer Überschätzung der eigenen Stärke gegenüber den Kommunisten begründet. Die SPD-Politiker „glauben an ihren persönlichen Einfluß und verweigern sich einer realistischen Analyse jener Bedingungen und Mittel, mit denen Kommunisten gewöhnlich ihre Macht erwerben und erhalten." In „Wahrheit" ermögliche erst das Aussprechen der ideologischen Konflikte, Mißverständnisse abzubauen.

Die Schlußfolgerung Gesine Schwans, die zugleich den Bogen zu der Erfahrung der Zwangsvereinigung von KPD und SPD schlägt, lautet: „Das Klären dieser Konflikte und das Propagieren der westlichen Demokratie stellen keine Friedensgefährdung, sondern eine Friedensförderung dar ... Unser Beitrag zur Entspannung muß darin liegen, darauf hinzuarbeiten, daß die kommunistischen Regierungen den Menschen in ihren Ländern mehr Freiheiten und Rechte gewähren." Die Voraussetzung für den Dialog, die Gesine Schwan hier markiert, schließt den wirtschaftlichen, technischen und kulturellen Austausch mit kommunistischen Regimen nicht aus. Die SPD-Politikerin ordnet dem pragmatischen Aspekt der Beziehungen aber die ethische Dimension über.



Hohe Verluste bei Rebellen in Afghanistan

rtr, Islamabad

Große Verluste haben die afghanischen Rebellen bei schweren Kämpfen an der Grenze zu Pakistan erlitten. In der Provinz Paktier seien mindestens 300 Widerständler getötet worden, meldete der staatliche Rundfunk in Kabul. Exilanten in Pakistan berichteten, daß der Rebellen-Stützpunkt Zhawar unter andauerndes sowjetisches Bombardement geriet. Aus der Stadt Kandahr berichteten Durchreisende, die Rebellen hätten mindestens 170 Mann bei dem Versuch verloren, einen Belagerungsring sowjetischer und afghanischer Truppen zu sprengen. Reisende und Verwundete, die aus Khandahr kamen, berichteten, dort tobe in der Altstadt ein Häuserkampf, an dem rund 5000 Widerständler beteiligt seien.

Beamten-Mord auf den Philippinen

dpa, Manila

Ein unbekannter Schütze hat den amtierenden Bürgermeister einer Kleinstadt auf der philippinischen Insel Mindanao getötet. Es ist der erste Mord an einem von der neuen Präsidentin Corazon Aquino ernannten Beamten. Vor einem der Familie von Frau Aquino gehörenden Baugebäude hat die Polizei von Manila gestern eine Bombe entschärft. Wenig später meldete sich ein anonymer Anrufer, der sich im Namen einer moslemischen Untergrundorganisation „Moro Lel Fatah" zu dem mißglückten Anschlag bekannte.

Bombenanschlag auf US-Botschaft

AFP, Lima

Eine Autobombe ist gestern hinter dem Gebäude der amerikanischen Botschaft in Lima explodiert, wie die peruanische Polizei ohne weitere Einzelheiten meldete. Im Umkreis des Tatorts gingen an mehreren Gebäuden die Fensterscheiben zu Bruch. Die scharf bewachte Botschaft war bereits zweimal Ziel von Attentaten.

KSZE: Bonn klagt über „bedrückenden Rückgang" deutscher Aussiedler

Mehr als 200 000 wird Recht auf Ausreise verwehrt / Schikanen gegen Antragsteller

ALFRED ZÄNKER, Genf

Die Ereignisse in Libyen haben das Konferenzklima auf der Berner KSZE-Expertentagung über menschliche Kontakte kaum getrübt. Zwar wurde die amerikanische Aktion von den Delegationen des Warschauer Paktes scharf verurteilt, doch wurden die USA als Angreifer nicht ausdrücklich genannt. Konferenzteilnehmer bezeichnen die Atmosphäre der noch bis zum 26. Mai dauernden Tagung als „entspannt" und „sachlich".

In einem Plenarbeitrag zum Thema Familienzusammenführung beschrieb Botschafter Ekkehard Eickhoff, Leiter der deutschen Delegation, gestern die schwierige Lage vieler deutscher Aussiedler in den Ostblockstaaten. In den vergangenen Jahren sei ein „bedrückender Rückgang" der genehmigten Aussiedlungen aus diesen Ländern eingetreten, so daß mehr als 200 000 Menschen ihr Recht auf Ausreise nicht hätten ausüben können.

Zwischen 1975 und 1980 hatten eine Viertelmillion Menschen die Genehmigung zur Ausreise in die Bundesrepublik Deutschland erhalten. Danach seien die Bewilligungen zurückgegangen. „Sorge macht uns insbesondere, daß die Zahl der Ausreisen aus der Sowjetunion schon seit 1977 kontinuierlich abgesunken ist", sagte Eickhoff. 1985 hätten nur noch 460 Personen ausreisen können, verglichen mit fast 10 000 im Jahr unmittelbar nach der Unterzeichnung der Schlußakte von Helsinki.

Dem Deutschen Roten Kreuz seien Ende 1985 allein 65 000 Personen in der Sowjetunion bekannt gewesen, die ihren Ausreisewillen seit 1981 bekundet hätten. „Eine viel größere Zahl von Personen, die sich früher beim Deutschen Roten Kreuz als ausreisewillig hat registrieren lassen, hat nach Jahren ihre vergeblichen Bemühungen eingestellt oder aufgeschoben", so Eickhoff.

Einen „wesentlichen Beitrag" habe dagegen die „DDR" geleistet. 1984 und 1985 konnten Zehntausende Deutsche in die Bundesrepublik übersiedeln. Diese Zahlen seien in den vergangenen Wochen noch weiter gestiegen. Allerdings gebe es immer noch viele unerledigte Anträge und wer sich zur Ausreise aus der „DDR" entschließt, dürfe nicht befürchten müssen, hierfür strafrechtlich belangt zu werden.

Insgesamt bleibe festzustellen, daß im Bereich der Familienzusammenführung die Praxis vielfach hinter den von allen Teilnehmerstaaten geweckten Erwartungen ganz erheblich zurückgeblieben sei. Zu den Benachteiligungen, denen Ausreisewillige ausgesetzt seien, gehörten Entlassungen und Diskriminierungen am Arbeitsplatz, Drängen der Behörden, den Antrag zurückzuziehen oder die Wohnung zu räumen und in andere Gebiete umzuziehen. Manchmal werde den Kindern Weiterbildung und Zulassung zur Universität verweigert. Antragsteller würden gezwungen, sich auf Betriebsversammlungen und bei staatlichen Organisationen zu rechtfertigen oder würden in den Medien diffamiert.

Die Bundesrepublik erstrebe nicht die Ausreise ganzer Volksgruppen. Sie ermuntere keineswegs zur Ausreise. „Wir sind aber verpflichtet, den Menschen, die den Willen bekundet haben, zu uns zu kommen und die als deutsche Volkszugehörige oder Ehegatten die Voraussetzungen zur Aufnahme in der Bundesrepublik Deutschland erfüllen, zu ihrem Recht zu verhelfen."

In Bern weilt gegenwärtig auch eine Delegation des Bundestages unter Führung von Hans Graf Huyn, um sich über den Gang der Expertenkonferenz zu orientieren.

Heftige Gefechte im Golfkrieg

DW. Teheran/Paris

Bei den schwersten Golfkrieg-Gefechten seit Februar sind in der Nacht zum Sonntag auf der Halbinsel Fau nach iranischen Berichten 1500 Irakis getötet und 2600 verletzt worden. Die iranischen Streitkräfte hätten mit einem Präventivschlag einen irakischen Angriff vereitelt, hieß es. In Bagdad bezeichnete man den Bericht als "unsinnig". Irak will im Golfkrieg die strategisch wichtige iranische Eisenbahnbrücke von Qaflankuh, nahe der Stadt Mianeh, bei einem Bombenangriff zerstört haben. Die 340 Meter lange Brücke verbindet die iranische Hauptstadt Teheran mit der UdSSR und der Türkei.

Kyprianou für Gipfeltreffen

dpa, Nikosia

Die zyprische Regierung hat die jüngsten Vorschläge von UNO-Generalsekretär Perez de Cuellar zur Lösung des Zypernkonflikts abgelehnt. Statt dessen hat Staatspräsident Kyprianou ein erneutes Gipfeltreffen mit dem türkischen Volksgruppenführer Denktasch angeregt, um die strittigen Fragen zwischen griechischer und türkischer Volksgruppe zu klären. Perez hatte zur Überwindung der seit 1974 andauernden Teilung Zyperns die Schaffung einer föderativen Inselrepublik vorgeschlagen, in der beide Volksgruppen über weitgehende Selbstverwaltungsrechte verfügen sollen.

Marxisten bei Vatikan-Tagung

dpa, Vatikanstadt

Zu einem ersten Symposium zwischen Marxisten und Katholiken mit offizieller Beteiligung des Vatikans werden vom 8. bis 10. Oktober in Budapest Theologen und Wissenschaftler aus Ost und West zusammenkommen. Das Treffen (Thema: „Gesellschaft und ethische Werte") wird von dem vatikanischen Sekretariat für die Nichtglaubenden und von der ungarischen Wissenschaftsakademie organisiert. Ehrenpräsidenten der Tagung, an der Teilnehmer unter anderem aus der UdSSR, Polen, „DDR" und Bundesrepublik Deutschland teilnehmen, werden die Kardinäle Franz König und Paul Poupard sein.

Arafat nutzte Gorbatschows „DDR"-Besuch

iim., Bonn

Am Rande des SED-Parteitages in Ost-Berlin ist der sowjetische Parteichef Gorbatschow auch mit dem Chef der in sich zerstrittenen Palästinensischen Befreiungsorganisation PLO zusammengetroffen. Themen des einstündigen Gesprächs sollen nach Berichten der Beiruter Presse der Streit in der PLO sowie Arafats Beziehung zu arabischen Ländern und seine Möglichkeiten in Europa gewesen sein. Das PLO-Büro in Ost-Berlin hat, wie alle PLO-Büros in Ostblockländern, Botschafterstatus. Es wird geleitet von Issam Kamal Salem, dem rege Aktivitäten nachgesagt werden, und gilt als Zentrale für Operationen der Fatah, der Hausmacht Arafats und größten Organisation innerhalb der PLO. Ein eigener Vertreter unterhält enge Verbindung zu Abu Dschihad, Abu Iyad und Abu Hol, die von westlichen Sicherheitsexperten allgemein als Köpfe des Fatah-Terrors gelten, jeder mit verschiedenen Aufgaben.

Wie die WELT ferner aus Beirut und Damaskus erfährt, sollen in den letzten Wochen 45 Guerrillas der prosyrischen Gruppe von Georges Habbasch einen Spezialkurs in einem Lager bei Simferopol auf der Krim-Halbinsel beendet haben. Dabei sollen auch Verhaltenmuster westeuropäischer Polizeikräfte zum sechsmonatigen Studien-Programm gehört haben. Ein ähnlicher Kurs soll nun in Ost-Berlin für eine Gruppe von 15 ausgesuchten Kämpfern der Fatah angelaufen sein.

Arafat und andere PLO-Führer sind in Ost-Berlin häufig zu Gast. Der außenpolitische Sprecher der PLO, Kaddumi, der bisweilen als Nachfolger Arafats gehandelt wird, besuchte Ende Januar Ost-Berlin, nachdem er sich zuvor in Bukarest, Budapest und Moskau aufgehalten hatte. Er und Abu Hol sollen sich intern für die Wahl eines neuen PLO-Chefs ausgesprochen haben. Im Gespräch dafür ist auch Abu Saim, der lange Zeit die PLO in Jordanien vertrat. Vor allem Arafats enge Verbindung zu Kairo stößt auf Kritik. Das Treffen mit Gorbatschow dürfte Arafats Stellung allerdings gestärkt haben.

Hollands Parteien werben mit 36-Stunden-Woche

Streikwelle vor Wahlen / Koalition drohen Verluste

HELMUT HETZEL, Den Haag

Nach dem Scheitern der ersten Verhandlungen in der diesjährigen Tarifrunde droht in der niederländischen Metallindustrie mit rund 200 000 Beschäftigten ein massiver Arbeitskampf. Erstmals will die Gewerkschaft ihre Forderung nach Einführung der 36-Stunden-Woche für das gesamte Tarifgebiet durchsetzen.

Mit einer „großen Streikwelle", zu der die Industriegewerkschaft FNV und der Christliche Gewerkschaftsbund CNV aufriefen, soll die Produktion bei führenden metallverarbeitenden Betrieben stillgelegt werden. Schon gestern liefen erste Streikaktionen an. Sie konzentrieren sich vor allem auf Betriebe im Industriegebiet rund um Rotterdam.

Im Vorfeld der Tarifauseinandersetzungen hatte FNV-Chef Hans Pont harte Töne angeschlagen. Er gab für den Arbeitskampf die kompromißlos klingende Formel aus: „Jetzt oder nie." Die Arbeitgeberseite dagegen zeigt sich nun erneut verhandlungs- und kompromißbereit. Der Sprecher der Metallarbeitgeber betonte, daß man weiterhin auf Verhandlungen setze und „von unserer Seite noch heute ein neues Angebot auf den Tisch gelegt werden wird". Darin werde man die grundsätzliche Bereitschaft der Arbeitgeber ausdrücken, sich auf eine neue Arbeitszeitregelung zu einigen, „wenn sie den spezifischen Arbeitsabläufen einzelner Betriebe entspricht".

Mehrere Modelle denkbar

Eine solche flexible Lösung biete dann durchaus Möglichkeiten für eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung – zum Beispiel auf dem Gebiet der Vorruhestandsregelung. Aber auch andere Modelle, so der FME-Sprecher weiter, seien für die Arbeitgeber denkbar. Solche Arbeitszeitregelungen könnten aber nur auf regionaler Ebene und eben nicht landesweit für die ganze Branche einheitlich bindend ausgearbeitet und abgeschlossen werden. Man könne dieses schwierige Problem nur „betriebsspezifisch" lösen. „Es gibt für uns keine unüberbrückbaren Abstände", sagte er. Dennoch äußert die Unternehmerseite immer wieder Befürchtungen, daß eine weitere Arbeitszeitverkürzung die in den vergangenen Jahren mühsam wiedererlangte internationale Wettbewerbsfähigkeit der holländischen Metallbetriebe erneut gefährden könnte.

Politisch aufgewertet wurde dieser Tarifstreit durch spektakuläre Äußerungen des Haager Arbeitsministers de Koning. Der Christdemokrat mischte sich massiv in den schwelenden Konflikt ein und ergriff dabei eindeutig Partei. Er schrieb in einem Beitrag für ein Gewerkschaftsblatt: „Ich gehe davon aus, daß die 36-Stunden-Woche spätestens bis 1988 überall eingeführt sein wird."

Neue Arbeitsplätze

De Koning sieht sie als „ein geeignetes Mittel zur Schaffung neuer Arbeitsplätze". Durch die Einführung der 38-Stunden-Woche seien 1984 insgesamt 80 000 neue Arbeitsplätze in den Niederlanden geschaffen worden. Viele von Entlassung bedrohte Arbeitnehmer hätten ihre Stelle behalten können.

Der sich abzeichnende harte Arbeitskampf kommt der amtierenden Haager Mitte-Rechts-Regierung rund einen Monat vor den Parlamentswahlen äußerst ungelegen, da er insgesamt die Stimmung im Land für die in der Opposition stehende Sozialistische Partei der Arbeit (PvdA), der von allen Demoskopen große Stimmengewinne vorhergesagt werden, anheizen dürfte. Vor diesem Hintergrund muß daher das eindeutige Engagement des christdemokratischen Ministers für die Gewerkschaften gesehen werden. Es ist ein deutliches Signal der amtierenden Regierung an die Arbeitnehmerschaft und zielt darauf, diese Wählerschichten direkt anzusprechen und zu umwerben. Denn nach Umfragen droht der Koalition von Christdemokraten und Liberalen bei den Wahlen der Verlust der absoluten Mehrheit. Sie kann danach insgesamt nur noch mit 74 der 150 Parlamentsmandate rechnen.

Madrid spielt Terrorgefahr herunter

Furcht vor Devisenausfällen im Tourismus / Spanischer „Ehrengast" in Tripolis

ROLF GÖRTZ, Madrid

„Was Khadhafi sagte, war doch nur reine Rhetorik. Man hätte sie nicht überbewerten sollen." Mit diesem leicht dahergesagten Schlenker mühte sich der spanische Vizeministerpräsident Alfonso Guerra, die libysche Gefahr herunterzuspielen und damit die amerikanische Reaktion auf den ständigen und blutigen Terror des libyschen Revolutionsführers zu desavouieren.

Und offensichtlich mit dem Ziel, das Verhältnis zu Libyen und damit die Freundschaft zu Arabien allgemein nicht weiter zu belasten – trotz der Drohungen Khadhafis gegen die südeuropäischen Länder, mithin auch Spanien –, schnitt der sozialistische Innenminister Bario Nuevo dirkt das Thema Terrorismus in Spanien an.

In Khadhafis Zentrale

Er meinte, daß sich die Unterstützung der baskischen Terrororganisation ETA durch das Khadhafi-Regime bis 1982 nur schwer und seit der Amtsübernahme durch die sozialistische Regierung überhaupt nicht nachweisen ließe.

Vor dem amerikanischen Gegenschlag, als Madrid dringend um europäische Zusammenarbeit im Kampf gegen den Terrorismus in Spanien bat, hörte man das ganz anders.

Nicht ein Wort verlautet offiziell über den merkwürdigen Umstand, daß nach dem amerikanischen Bombenschlag „ein spanischer Gewerkschafter" als erster Kunde von der Unversehrtheit des libyschen Revolutionsführers gab. Der Spanier habe Khadhafi wenige Stunden nach dem Angriff persönlich gesprochen, hieß es in der Weltpresse. In spanischen Zeitungen erscheint Francisco Casero, ein anarcho-kommunistischer Landarbeiterführer, als „Ehrengast" Khadhafis.

Casero sorgte in den vergangenen Jahren mehrfach für Unruhe in Andalusien. Er organisierte den roten Protestmarsch beschäftigungsloser Landarbeiter durch die sechs Provinzen des Landes. Auf sein Konto gehen auch illegale Besetzungen mehrerer Landgüter und Höfe nach dem Vorbild sowjetisch organisierter Kolchosen im Alentejo nach der Revolution der „Roten Nelken" in Portugal. Caseros Besatzer mußten in fast jedem Fall von der Guardia Civil von den Höfen wieder vertrieben werden.

Wie spanische Korrespondenten aus Tripolis berichten, hält sich Francisco Casero mit 24 „Landarbeitern" bereits seit vier Wochen in Tripolis auf. Die Tatsache, daß er als erster vom Überleben Khadhafis berichten konnte, läßt die Vermutung aufkommen, daß zumindest er in der libyschen Terroristenzentrale untergebracht war – direkt neben dem Wohnpalast und der Befehlszentrale in der „Festung Khadhafi" gelegen. Dieser Zentrale galt der amerikanische Vergeltungsschlag.

1,6 Milliarden Dollar

Wegen drohender neuer Terroranschläge – zuletzt auf die TWA-Maschine auf dem Flug Rom–Athen – annullierten amerikanische Reiseunternehmen 85 Prozent ihrer Reservierungen an der spanischen Costa del Sol, wie der Präsident des Hotelverbandes dieser Zone, Angel Carazo, einen Tag nach dem amerikanischen Schlag bekanntgab. Nach Schätzungen der internationalen Touristenzentrale in Madrid dürften eine halbe Million Amerikaner in diesem Sommer weniger nach Spanien und Italien reisen als geplant. Der Devisenverlust wird mit 1,6 Milliarden Dollar angegeben. Offensichtlich im Bemühen, den Verlust möglichst gering zu halten, spielt Spaniens Regierung nun den libyschen Terror herunter. (SAD)

Budapest lockert die Zügel der Presse

CARL G. STRÖHM, Budapest

Als erstes kommunistisches Land des Ostblocks hat die ungarische Volksrepublik jetzt ein Pressegesetz, das staatliche Funktionäre dazu verpflichtet, Journalisten – im Rahmen gewisser gesetzlicher Grenzen – Auskünfte zu erteilen. Presse, Rundfunk und Fernsehen in Ungarn sind gemessen an vergleichbaren kommunistischen Ländern (vielleicht mit Ausnahme Jugoslawiens) seit langem um vieles lebendiger und offener, vor allem auch in der Kritik und im Aufdecken unbefriedigender Zustände im wirtschaftlichen Bereich. Dennoch darf natürlich kein Zweifel bestehen, daß die „führende Rolle der Partei" auch in den Medien nicht angetastet wird.

Ventil für Kritik

Die ungarischen Kommunisten reagieren damit wieder einmal flexibler auf gesellschaftliche Herausforderungen als ihre Genossen in anderen Staaten des „realen Sozialismus". Der Presse und den elektronischen Medien wird in Budapest eine gewisse Ventilfunktion zugeschrieben. Durch offene Kritik soll einer Mißstimmung der Wind aus den Segeln genommen werden. Das entspricht der Parteilinie, wie sie ZK-Sekretär Janos Berecz neulich in der parteitheoretischen Zeitschrift „Tarsadalmi Szemle" publizierte: Ohne das Vertrauen, die Zustimmung und die aktive Unterstützung des Volkes könne die führende Rolle der Partei – auch wenn sie nach außen gefestigt erscheine – keine Wurzeln schlagen.

Die ungarische Reformpolitik hat zwar einigen Schichten der Bevölkerung – etwa allen, die mit Handwerk, privatem Handel, aber auch mit Landwirtschaft etwas zu tun haben – gewisse materielle Vorteile, ja manchmal sogar relativen Reichtum beschert. Gleichzeitig aber hat sie die Industriearbeiterschaft, die Rentner, die studierenden Jugendlichen in eine Durststrecke geführt. Insgesamt hat sich der Lebensstandard der Ungarn, besonders in den „Randgruppen" der Gesellschaft, verschlechtert. Ein Kenner der Situation meinte, Ungarn erlebe jetzt die negativen Seiten der Marktwirtschaft, kombiniert mit den negativen Seiten des administrativen Sozialismus.

Aus dieser Situation kann leicht soziale Unzufriedenheit erwachsen. Die Stabilität des Kadar-Regimes beruhte ja nicht allein auf der ausgleichenden „Vaterfigur" an der Spitze, die auch den Nichtkommunisten ein gewisses Vertrauen einzuflößen vermochte. Sie war auch eine Folge der Tatsache, daß das „Gesetz von den steigenden Erwartungen" sich in Ungarn für große Teile der Bevölkerung realisierte. Dieses Gefühl, es könne eigentlich nur besser werden, ist in letzter Zeit einem Pessimismus bei jenen gewichen, die als erste der Teuerung (Anpassung an die marktgerechten Preise, Abbau der Subventionen) zum Opfer gefallen sind.

Eine der Konsequenzen der ungarischen Reformpolitik ist die Öffnung zum Weltmarkt – und das heißt, das Akzeptieren der internationalen Wirtschaftsbedingungen. Hier aber tun sich ungarische Betriebe immer noch schwer, die Konkurrenz und die größere Leistungsfähigkeit des Westens „in freier Wildbahn" auszuhalten. Mit einiger Sorge betrachtet Budapest daher die Tatsache, daß die Leistungsbilanz gegenüber den Ländern mit konvertiblen Währungen im vergangenen Jahr ein Minus von 457 Millionen Dollar zeigte, nach einem beträchtlichen Plus im Vorjahr.

Sorgenkind Comecon

Vor allem die Verschlechterung der Exportbedingungen für ungarische Agrarexporte macht der Budapester Regierung große Sorgen. Ein zweites Sorgenkind ist das Comecon (RGW), wo die Preise für Rohstoffe und Erdöl aus der Sowjetunion nun zum Teil erheblich über dem Weltmarktniveau liegen.

Was in der Zeit steigender Erdölpreise im Westen für die Ungarn ein Vorteil war – nämlich das sowjetische Verrechnungssystem, das den jeweiligen Erdölpreis für Lieferungen an Ostblockländer aus dem Durchschnittspreis der letzten fünf Jahre ermittelt –, verwandelt sich jetzt in einen Nachteil. Ungarn kann damit von sinkenden Erdölpreisen des Westens kaum profitieren.



MEINB



WO DER KOMMISSAR BADEN GEHT

Wer den ganzen Tag hart rangeht, braucht einen Platz, um aufzutanken. Körperlich und seelisch. Morgens und abends.

Das Ideal ist ein Bad, das in Form, Funktion und Farbe auf die Entspannungs- und Freizeitbedürfnisse des Menschen eingeht.

Ein individuelles Ambiente rund ums Ich, in dem Sanitärkeramik, Acryl-Wanne, Armaturen und Accessoires mehr ergeben als eine Summe von Einzelteilen.

Das Ideal ist ein Bad, das komplett aus einer Hand kommt: mit der Garantie für die Qualität von Design und Funktion.

Dieses Bad-Ideal kommt von Ideal-Standard. Zu sehen in den Ausstellungen des Sanitär-Fachgroßhandels. Einbau durch den Fachinstallateur.

IHR BAD VOM FACHMANN

Ideal-Standard GmbH
Euskirchener Str. 80, Postfach 1809
5300 Bonn 1, Telefon (0228) 5210
Telex 8869501, Btx *52111*

BAD-IDEAL

Ideal Standard

„Nicht die Technik, die Erfahrung zählt"

Ein neues Computer-unterstütztes Diagnoseverfahren verbessert die zellbiologische Früherkennung von Lungentumoren

Von LUDWIG KÜRTEN

In jedem Jahr sterben in der Bundesrepublik etwa 30 000 Menschen an Lungenkrebs. 90 Prozent davon sind Raucher, der Lungenkrebs ist eine weitgehend selbstverschuldete Krankheit. Leider sind die Heilungschancen gerade bei dieser Krebsform sehr schlecht, sie betragen nur etwa *fünf Prozent. Dies liegt* daran, daß Tumoren in der Lunge meist erst erkannt werden können, wenn sie sich schon in einem fortgeschrittenen Stadium (T II und T III) befinden, in denen eine Operation kaum noch Erfolg bringt. Abhilfe könnte hier möglicherweise ein zellbiologisches *Früherkennungsverfahren, die* sogenannte Sputumzytologie, schaffen.

Einfache Probennahme

Diese Diagnoseform wurde in den 50er Jahren in den USA entwickelt und in der Bundesrepublik von Professor Alfred Böcking *von der Hoch*schule Aachen weiterentwickelt. Für die Untersuchung müssen Patienten lediglich an drei aufeinander folgenden Tagen morgens kräftig husten, den Auswurf ausspucken und mit Alkohol versetzen. Das so fixerte Sputum wird dann an ein zytologisches *Institut zur Untersuchung* geschickt.

Die Sicherheit der Diagnose hängt vor allem von der Zahl der Proben ab. Im Institut von Prof. Böcking wurden in den letzten drei Jahren insgesamt *4300 Proben untersucht. Mit nur* einem Sputum konnten dabei 67 Prozent, mit zwei 78 Prozent und mit drei schon 86 Prozent der Bronchialkarzinome entdeckt werden.

Bemerkenswert ist, daß bei drei untersuchten Proben 85 Prozent der Tumoren im Stadium T I, also noch in der *operablen Phase, entdeckt* werden konnten. Die Sensitivität dieser Untersuchungsmethode unterscheidet sich bei zentral oder am Rande der Lunge liegenden Karzinomen nur geringfügig, auch verschiedene Tumorformen werden mit fast gleicher Treffsicherheit erkannt. Die wichtige *Unterscheidung zwischen dem* sogenannten kleinzelligen und dem nicht-kleinzelligen Karzinom war mit 96prozentiger Sicherheit möglich.

Fünf Prozent der Tumoren waren *mit* anderen Verfahren (Radiologie, Bronchoskopie) noch nicht nachweisbar. Böcking weist darauf hin, daß es *sich bei den Testpersonen um Patien*ten handelte, die sich bereits wegen Lungenbeschwerden in ärztlicher Behandlung befanden. Bei Massenuntersuchungen von Risikogruppen werde der Prozentsatz wahrscheinlich höher liegen.

Auf Grund dieser Ergebnisse hält Böcking es für möglich, daß die Sputumzytologie einmal für umfassende Vorsorgeuntersuchungen, vor allem *bei Risikogruppen wie Rauchern*, eingesetzt werden kann. Von anderer Seite wurde dies bisher mit Hinweis auf amerikanische Studien abgelehnt, die nur eine Treffsicherheit von 35 Prozent erreichten.

Sorgfältige Untersuchung

Böcking führt diesen großen Unterschied vor allem auf die zunehmende Erfahrung der *Zellbiologie* zurück. „Es ist nicht die Technik, die zählt, sondern unsere Fähigkeit, die Bilder zu lesen", zitiert er seinen amerikanischen Kollegen G. Saccomanno, der das Verfahren ursprünglich entwickelt hatte. Der Erfolg dieses Diagnoseverfahrens steht und *fällt* mit der *Fähigkeit* des untersuchenden Zytologen, entartete Zellen in den Proben zu erkennen.

Einem Lungenkarzinom gehen zunächst unterschiedlich starke Form*veränderungen* (Dysplasien) der Zellen voraus. Wenn man aus solchen Befunden vorhersagen kann, ob diese Zellen einmal bösartig werden, könnte die Früherkennung eines Tumors weiter verbessert werden. Die Unterscheidung, ob eine solche Dysplasie die Vorstufe zu einer bösartigen Geschwulst oder eine harmlose Veränderung ist, kann aber nicht an Hand rein zellmorphologischer Anhaltspunkte getroffen werden. Bökking zieht für diese Beurteilung daher Veränderungen an den Chromosomen der betroffenen Zellen, die sogenannte Aneuploidie, heran.

Solche Veränderungen können sichtbar gemacht werden, indem die Erbsubstanz in den Zellen angefärbt *und ausgemessen wird. In Aachen* ist dazu ein Computer-gesteuertes Mikroskop mit einem Fernsehbild-Analysesystem entwickelt worden, das diese Abläufe zum Teil vollautomatisch erledigen kann. Bei 17 von 28 Patienten, die Dysplasien aufwiesen, lautete die Computer-Diagnose auf Bösartigkeit. In allen Fällen wurde die Diagnose durch weitere Beobachtungen der Patienten auch morphologisch bestätigt. Von den restlichen Fällen waren sieben tatsächlich gutartig, zwei hingegen erwiesen sich später dennoch als maligne.

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales will noch in diesem Jahr mit einem großen Modellversuch beginnen, in dem geprüft werden soll, ob die Sputumzytologie die Früherkennung des Lungenkrebses so verbessert, daß ihr Einsatz in Reihenuntersuchungen gerechtfertigt ist.

Wo Anfragen und Proteste ungehört verhallen

In der Sowjetunion kämpfen einzelne Naturschützer bei den Behörden für die Rettung des bedrohten Baikalsees

Von R.-M. BORNGÄSSER

Auch im marxistischen Herrschaftsbereich ist die Öko-Katastrophe im vollen Gang. Gerade in der Sowjetunion, wo Unangenehmes in der Regel als Verschlußsache behandelt wird, zeichnet sich *eine gewaltige Umweltkrise* ab. Mitunter dringt etwas von diesem schwelenden „Kampf" zwischen Umweltschützern und Apparatschiks auch nach außen.

Ein Lehrstück, das kürzlich in der „Literaturnaja Gaseta" stand, offenbart die starken Diskrepanzen zwischen Wunsch und Wirklichkeit: Valentin Rasputin, der bekannte sowjetische Autor, engagierte sich für den Baikalsee, jenes „blaue Auge Sibiriens".

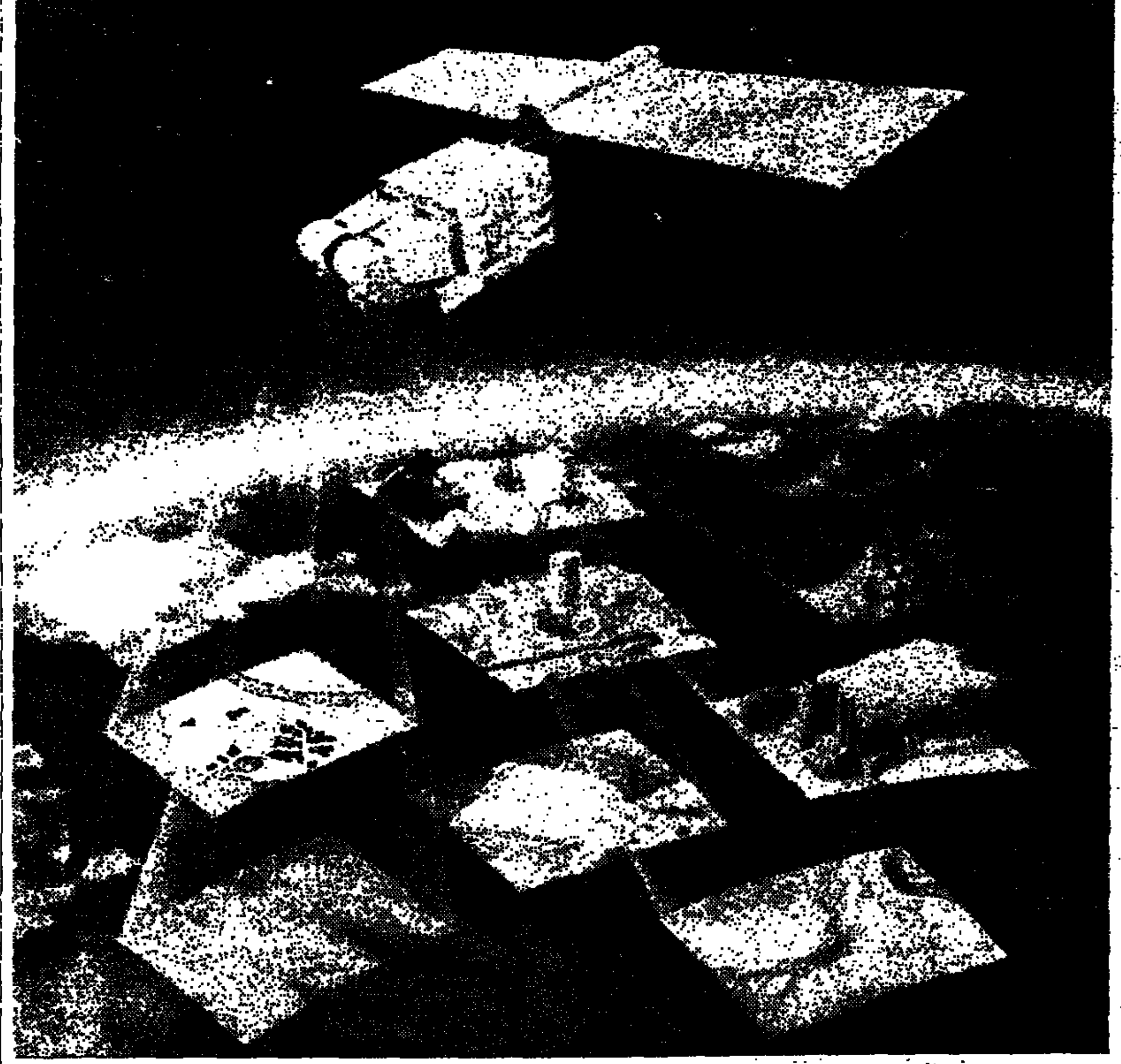
Ende der fünfziger Jahre beschloß die Sowjetunion, an diesem See eine Papierfabrik zu bauen. Mit den Abwässern des Zellulose-Kombinats ergossen sich fortan Gift- und Schadstoffe gleich tonnenweise in den Baikal. Wälder wurden rigoros abgeholzt, um dem Industrie-Giganten Rohmaterial zu liefern. Der Transport der Hölzer über den See zerstörte die Laichgründe. Wissenschaftler und Umweltschützer protestierten, doch geschehen ist bisher kaum etwas, wenn man der Schilderung von Rasputin folgt.

Was Anfang der 60er Jahre in Diskussionen und Prognosen nur „nebelig" angedeutet wurde, hat jetzt feste Konturen erhalten. Tausende von Hektar Wald sind gerodet oder ver*dorrt, das Wasser ist verschmutzt*. Der Omul, eine dem Lachs verwandte Fischart, ist bereits ausgestorben. Auch der Planktonkrebs Epischura, der für die Sauerstoffanreicherung des Sees sorgte, ist verschwunden. Der sowjetische Autor schildert dann seine Begegnung mit dem zuständigen Minister für Zellulose-Papier und Holzbearbeitungsindustrie.

„Ich wollte von ihm aus erster Hand etwas über das Schicksal des Baikal erfahren", so Rasputin. Der Dialog zwischen dem Schriftsteller und dem zuständigen Minister zeigt, wie wenig man nach dem „Preis" der Industrieanlagen und wieviel man nach Tonnen fragt. So berief sich der interviewte Minister immer wieder auf die Beschlüsse der Partei und der Regierung in dieser Umweltdebatte um den Baikal. Er gab zu, daß es „Vergehen" gegeben hätte, daß aber *die Schuldigen bestraft worden seien.*

„Doch der Baikal wird dadurch *nicht gesünder", so die resignierende* Feststellung Rasputins. Immer wieder hätte der zuständige Minister Michail I. Bussigin („der Sibirien im übrigen gut kennt") beteuert, daß der trübe „Schmutzfleck von den Abwässern der Zellulose-Fabrik" sich in den letzten Jahren nicht vergrößert habe. Valentin Rasputin entgegnet in der „Literaturnaja Gaseta": „Ich selber weiß noch zu gut, daß im Anfangsstadium der Fleck nur 0,7 Quadratkilometer groß war, doch jetzt ist er auf 60 Quadratkilometer angewachsen. Doch alle Veränderungen begründen die *Offiziellen* nur mit der *Ausrede* ‚Dürre-Jahre'. Und auf meine Frage, was aus dem Baikal im Jahre 2000 werden würde, wenn die Fabriken weiter so arbeiteten und wenn die Wälder weiter so abgeholzt würden, hat der zuständige Minister nur vertröstend geantwortet, der Baikal wird darunter nicht leiden."

Resignierend meint der populäre Autor, „alle meine Proteste für dieses Stück Natur, das so systematisch zerstört wird, winkte man von höherer Stelle ab, nannte sie nur ‚lyrisch und idyllische Demagogie'. Doch der Baikal darf nicht sterben, muß vor kurzsichtiger ‚Tonnenideologie' geschützt werden", *ruft Rasputin seinen Lesern* zu.



Der 550 kg schwere und – über die Solarzellen-Ausleger gemessen – acht Meter lange SPOT-Satellit ermöglicht mit hohem Auflösungsvermögen eine regelmäßige Kontrolle der Erdoberfläche GRAFIK: SPOT IMAGE

Ein Fernglas auf Erfolgskurs

Läuft Frankreich der Bundesrepublik mit dem Erdaufklärungs-Satelliten SPOT davon?

Von ANATOL JOHANSEN

Publizistisch gesehen ist der Start von Satelliten ein schlechtes Geschäft. Dies meinte schon in den sechziger Jahren Professor Hermann Bondi, damals Generaldirektor der europäischen Weltraumforschungsorganisation ESRO (European Space Research Organisati*on).*

Er hatte gute Gründe für diese Behauptung. Die Satelliten werden gestartet, meinte er, man beobachtet in erster Linie, ob die Rakete funktioniert oder nicht – und dann käme das große Schweigen. Da es zumeist einige Tage oder Wochen dauere, bis sich herausstelle, ob der Satellit alle in ihn gesetzten Erwartungen erfülle, *sei in der Zwischenzeit alles Interesse* der Öffentlichkeit an ihm verloschen. Bondis Bonmot stimmt auch heute noch.

Am 22. Februar startete in Kourou in Französisch-Guayana das *letzte* Exemplar der Ariane-1-Rakete. Die Nutzlast der Rakete – der schwedische Forschungssatellit Viking und der französische Erderkundungssatellit SPOT – *fielen sehr schnell der* Vergessenheit anheim.

US-Monopol durchbrochen

Dabei ist gerade SPOT einer der wichtigsten europäischen Satelliten der letzten Jahre. Mit ihm wurde das amerikanische Monopol auf dem Gebiet der Erderkundungssatelliten *durchbrochen*, die vielerlei nützliche Aufgaben – von der Überwachung land- und forstwirtschaftlicher Nutzflächen über die Suche nach Bodenschätzen bis hin zu archäologisch interessanten Aufnahmen – übernehmen können.

Die ausführliche Erprobung von SPOT – so teilte jetzt die französische Weltraumbehörde CNES in Paris mit – geht inzwischen ihrem Ende entgegen. Dabei stellt sich heraus, daß der von der Aerospatiale und der Firma Matra gebaute Satellit die in ihn gesetzten Aufgaben voll erfüllt.

*Das Gerät, das mit je 250 Kilo*gramm wiegenden Teleskopen ausgerüstet ist, sendet täglich etwa 700 Bilder, die jeweils einen 60 mal 60 Kilometer großen Geländeausschnitt zeigen. Dabei werden noch Objekte abgebildet, die eine Größe von zehn Metern haben.

SPOT umfliegt die Erde auf einer sogenannten Sonnen-Synchron-Bahn. Das bedeutet, daß er mit der Sonne so um die Erde kreist, daß es für ihn nie Nacht wird. Der Satellit ist also praktisch pausenlos im Einsatz und kann ständig Bilder zur Erde übermitteln. Er umrundet dabei unseren Planeten so, daß er ihn in 26 Tagen völlig ablichtet.

Zur Vermarktung der Bilder des Satelliten haben die Franzosen eine spezielle Privatgesellschaft „SPOT-Image" gegründet. Von ihr können SPOT-Aufnahmen bezogen werden, die nach Angabe der Organisation unter anderem für folgende Bereiche interessant sind: Kartographie, Landwirtschaft und Forstwesen, Städteplanung, Geologie, Prospektion auf Erdöl und andere Bodenschätze, Bodennutzung und Studium der Küstenregionen.

Die Franzosen sind besonders stolz darauf, daß sie in den Satelliten neuartige Technologien integriert haben, die über das bisher in diesem Rahmen Erreichte hinausgehen. So sorgten etwa bisher mit Kugellager arbeitende Kreiselsysteme dafür, daß Satelliten ihre richtige Fluglage im Weltraum beibehielten. *Die* Franzosen haben jetzt aber in einer zehnjährigen Entwicklungsarbeit Schwungräder entwickelt, die lediglich von magnetischen Kräften gehalten werden.

Doch SPOT verfügt nicht nur über dieses neuartige, magnetisch gelagerte Kreiselsystem. Die Franzosen haben für die Stromversorgung des Satelliten auch einen völlig neuartigen Sonnengenerator entwickelt. Das heißt, die etwa 27 000 Sonnenzellen, die den Satelliten mit Strom versorgen, sitzen erstmals auf einer sehr dünnen Haut, die aus glasfaserverstärktem Kapton hergestellt ist.

Bisher hatte man derartige Sonnenzellen auf sehr leichten, bienenwabenähnlichen Honeycomb-Konstruktionen untergebracht, die zwar leicht waren, aber *erheblich* mehr Platz einnahmen als die neue Kapton-Haut. Die französische Neukonstruktion sorgte dafür, daß die immerhin zehn Quadratmeter Sonnenzellen, *die* SPOT im Weltraum entfaltet hat, zu einer sehr dünnen Rolle zusammengerollt werden konnten.

Vollbetrieb beginnt im Mai

Nur so war es möglich, den Satelliten und die zahlreichen Sonnenzellen in dem relativ kleinen Raum unterzubringen, der auf der Ariane-1-Rakete zur Verfügung stand.

Wie die CNES jetzt mitteilt, soll der operationelle Betrieb von SPOT spätestens im kommenden Monat (Mai 86) beginnen. Die Franzosen wollen es allerdings mit dem sich abzeichnenden Erfolg von SPOT-1 nicht bewenden lassen. Weitere drei SPOT-*Satelliten sind bereits in der Planung.* Last but not least wird dann der erste militärische Aufklärungssatellit Europas folgen, den Paris mit der SPOT-Technologie entwickeln lassen will.

Die Bundesrepublik hatte bisher in Europa sowohl bei der Lieferung von Kugellager-gestützten Kreiselsystemen als auch bei den Sonnenzellen *eine führende* Stellung. Hier werden ihr die französischen Neuentwicklungen zweifelsohne zu schaffen machen.

Und auch mit dem ersten Aufklä*rungs-Satelliten Europas, der auf der* SPOT-Technologie basiert, zieht Paris Bonn davon: Die deutsche Bundesregierung hatte sich nicht zu einer Beteiligung an dem französischen Weltraum-Aufklärer entschließen können, obwohl sie zur Mitarbeit eingeladen war.

NOTIZEN AUS LABORS UND INSTITUTEN

Weltweiter Naturschutz

Genf (Reuter) – Die Naturschutzorganisation World Wildlife Fund (WWF) hat vor den zerstörerischen Folgen des Sauren Regens gewarnt. In einer gestern in Genf veröffentlichten Mitteilung heißt es, daß die ökologischen Kosten des aus industriellen Emissionen entstehenden Regens „unannehmbar hoch" seien. Nur eine deutliche Reduzierung der Verschmutzungswerte könne dem Waldsterben Einhalt gebieten. Die private Organisation, die sich seit 25 Jahren für weltweiten Naturschutz einsetzt, plädierte an die Industrie, bei neuen Anlagen in der Dritten Welt sicherzustellen, daß sich das Problem nicht verstärke.

Schwimmende Austellung

Bonn (DW.) – Vom 6. Juni bis 4. Juli wird die internationale Technologie-Austellung EXHIBIT der IBM in Bonn ihre Pforten öffnen. Ein 50 Meter langer, transparenter Pavillon wird auf einem Ponton am Brassertufer vor Anker liegen. Gezeigt wird die Welt der Informationsverarbeitung, von der Entstehung des Chips bis hin zu speziellen Anwendungen. Bisher informierten sich etwa 700 000 Besucher zwischen Rom und Oslo in der EXHIBIT über die Welt des Computers. Der Eintritt ist kostenlos. Anmeldungen werden schon jetzt unter Tel. 0711/785-2698 entgegengenommen; ab 20. Mai unter 0228/631000.

Transporter im All

Moskau (dpa) – Der sowjetische Raumtransporter „Progress 25", der die mit zwei Kosmonauten bemannte UdSSR-Raumstation „Mir" versorgt hatte, ist am späten Sonntag abend von dem Orbitalkomplex abgekoppelt worden und anschließend in der Erdatmosphäre verglüht. Wie es in einer Meldung der amtlichen Nachrichtenagentur TASS weiter hieß, verlaufe der Flug der beiden Kosmonauten Leonid Kisim und Wladimir Solowjow, die sich seit Mitte März im Weltraum aufhalten, weiterhin normal.

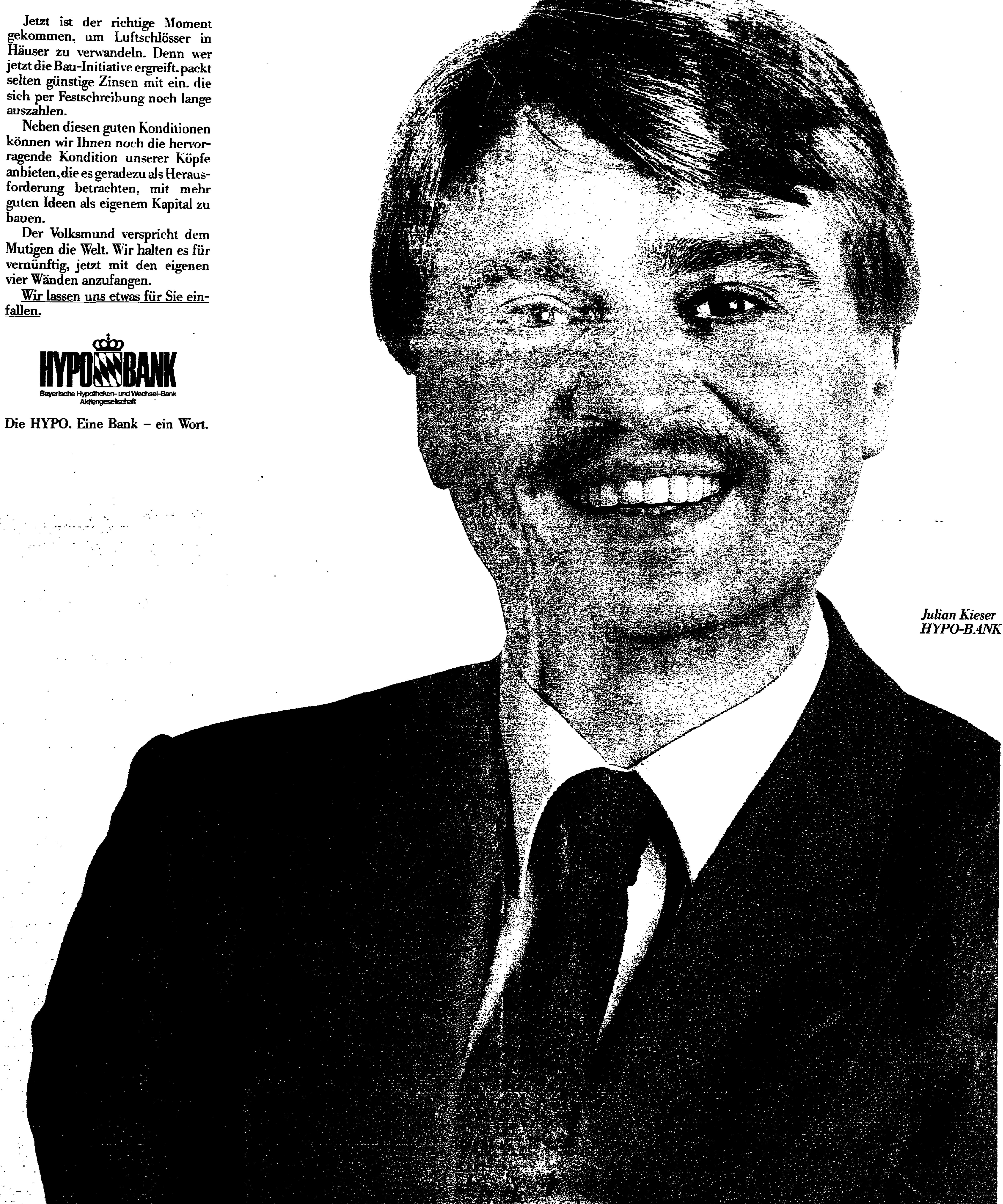
Belastung in Büros

Bonn (D. T.) – Erstmals in der Bundesrepublik ist jetzt in Düsseldorf bei einem staatlichen arbeitsmedizinischen Institut eine Abtei*lung für Arbeitspsychologie* eingerichtet worden. Die neue Abteilung unter Leitung des Diplom-Psychologen Eckhard Gros soll unter anderem psychische Belastungen in Büros, Mehrfachbelastungen durch Lärm sowie die Auswirkungen von Klima und Licht, Arbeitszeit und Pausengestaltung untersuchen.

Gefahr für Delphi?

Athen (AFP) – Einen „Hilferuf" zur Rettung der Überreste des antiken Apollo-Heiligtums in Delphi hat der Schweizer Umweltschützer Franz Weber an die griechische Kulturministerin Melina Mercouri gerichtet. Weber zeigt sich in einem gestern veröffentlichten Brief tief besorgt über Pläne der griechischen Regierung, gemeinsam mit der UdSSR eine *Aluminiumfabrik* bei Aghia Euftimia, nur 27 Kilometer westlich von Delphi, zu errichten. *Diese Anlage*, so der Umweltschützer, würde unvermeidlich zu einer schweren Luftverschmutzung im Umkreis des Heiligtums führen.

Jetzt muß der Groschen fallen. Bevor die Zinsen wieder steigen.



Julian Kieser
HYPO-BANK

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Das Südtiroler Paket

„Roms zögernde Autonomie-Politik läßt Südtiroler nach ‚Freiheit' rufen"; WELT vom 15. April

Sehr geehrte Damen und Herren.

warum eigentlich nicht Selbstbestimmung auf Südtirol, nachdem es mehr und mehr offensichtlich wird, daß die Südtiroler ein weiteres Mal betrogen worden sind?

1945 hofften sie auf die Gewährung des Selbstbestimmungsrechtes, was ihnen verweigert wurde, man versprach ihnen im „Pariser Abkommen" eine Autonomie. Bis 1960 geschah in Sachen Autonomie von Seiten Italiens gar nichts, was letztlich das Südtirolproblem vor die UNO brachte, mit der Aufforderung an Italien, mit Österreich (als Schutzmacht) endlich den Rahmen für die Autonomie festzulegen, was dann zum sogenannten „Paket" führte.

Dieses „Paket", das dann allmählich zum Angelpunkt der ganzen Südtirolpolitik wurde, konnte aber nur mit einer hauchdünnen Mehrheit durchgebracht werden und ist nie von der Gesamtheit der Südtiroler akzeptiert worden. Genau genommen sind die Zweifel der Paketgegner in der Zwischenzeit leider bestätigt worden. Es drängt sich daher immer mehr die Erkenntnis auf, daß mit der Paketpolitik das Überleben der Volksgruppe auf die Dauer nicht gesichert werden kann. Dies auch insofern, als die Zeichen in Italien auf Re-Italianisierungspolitik stehen.

Wenn also die Südtiroler noch den wirklichen Willen haben, ihre Sprache und ihr Volkstum zu bewahren, bleibt ihnen nur ein Weg: die Forderung des Selbstbestimmungsrechtes.

Südtirol bleibt weiterhin eine Frage des europäischen Gewissens, wobei jedermann angesprochen ist. Der Österreicher, weil Südtirol sein nationales Anliegen *sein sollte;* der Deutsche, weil dem Südtirolproblem ein auch ihn berührendes Anliegen innewohnt, nämlich die Frage nach der Wiedervereinigung eines geteilten Volkes. Auch der Europäer, weil es ihm nicht gleichgültig sein kann, wenn im Herzen Europas einem Volk seit 66 Jahren die Selbstbestimmung verweigert wird. Und schließlich der Italiener, an dessen politisches Gewissen in erster Linie appelliert wird.

Konrad Nagele,
Bad Vilbel

Ad absurdum

„Griff nach dem Skorpion"; WELT vom 16. April

Sehr geehrte Damen und Herren,

Herr Kremp schreibt ganz richtig, daß der Staatsterrorismus des Herrn aus Libyen durch selektive Schläge nicht vernichtet werden kann und daß die europäische Stillhalte-Diplomatie sich selbst ad absurdum geführt hat.

Hatten nicht die Assassinen, eine terroristische Sekte, von ihren befestigten Plätzen und uneinnehmbaren Schlupfwinkeln in Iran aus den Mittleren und Nahen Osten für eineinhalb Jahrhunderte mit Attentaten und Mordanschlägen überzogen? Die Mongolen stürmten die Hauptburg Alamut und räucherten diese Sekte aus. Und kaum 700 Jahre später soll ein ähnliches Vorgehen gegen den Herrn aus Libyen nicht mehr möglich sein? Helfen wir doch den Libyern mit einem Expeditionskorps, ihren Diktator loszuwerden!

Alfred Ewert,
Dortmund 30

Keine Intervention

„Reagan bezeichnet Khadhafi als einen ‚tollwütigen Hund'"; WELT vom 11. April

Sehr geehrte Damen und Herren,

in dem Bericht Ihres Korrespondenten Fritz Wirth steht folgende Passage: „Beide Schiffe (gemeint sind die Flugzeugträger ‚Coral Sea' und ‚America') waren vor wenigen Wochen an der bewaffneten Intervention gegen Libyen beteiligt. Berichte, nach denen Präsident Reagan bereits die grundsätzliche Entscheidung zu einer neuen Attacke gegen Libyen gegeben habe, ... wurden nicht bestätigt."

Mir ist unbegreiflich, wie es zu einer derartigen Formulierung kommen konnte. Die Vereinigten Staaten haben keine „bewaffnete Intervention" gegen Libyen unternommen, sondern ein Manöver in internationalem Gewässer. Erst als sie hierbei militärisch angegriffen wurden, haben sie zurückgeschossen. Diese Notwehrhandlung war keine „Attacke" (Angriff), sondern reine Verteidigung der Unversehrtheit von Flotte und Menschenleben und der freien Seefahrt. Entsprechend würde es sich bei einer künftigen „Attacke" auch nicht um eine neue (= weitere) Attacke handeln.

Wollen Sie die Vereinigten Staaten als Kriegstreiber und Friedensstörer erscheinen lassen, nach allem, was Libyen sich bisher geleistet zu haben scheint?

Mit freundlichen Grüßen
Ulrich Frhr. v. Heyl,
Lampertheim 1

Zustimmung

„Der braune Knüppel"; WELT vom 9. April

Leitartikeln stimmt man mehr oder weniger zu oder lehnt sie mehr oder weniger ab. Zum ersten Mal begegnet es mir, daß ich zu einem Leitartikel Satz für Satz ja sage, daß ich jedes einzelne Wort unterstreiche. Ich tue dies nicht nur aus gleichlaufender Überzeugung, was das Heute anbelangt, sondern auch aus eigenem Erlebnis und Erkenntnis, was das braune Gestern angeht; als einer „derjenigen, die aus eigener Erfahrung berichten können" (und die immwer weniger werden), Jahrgang 1906 und seinerzeit von den Nazis eingesperrt und nur zufällig noch am Leben.

Der „anarcho-liberale Zeitgeist" von heute, der unserem „Gemeinwesen allmählich die Lebensgrundlage" entzieht, der Verdacht daß „uns Menschen ein Übermaß an Freiheit und Wohlleben noch weniger bekommt als ein Übermaß an Not und Bedrängtsein", unter dem braunen Knüppel nämlich; dies beides kann, wenn es nicht gebremst wird, uns zu dem „eigentlichen Ende, das von Anfang an im Nazireich angelegt war", führen; wenn schon nicht brauner, dann anderer Färbung, von dem Ortlieb in ernster Warnung spricht. Schon Plato hat das gewußt.

J. A. Graf Kielmansegg,
Bad Krozingen

Mangelndes Interesse

„Lehrlings-Gehälter geringer gestiegen": WELT vom 11. April

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich habe 50 Jahre kaufmännische Lehrlinge ausgebildet und kann mit Stolz sagen, daß alle lebenstüchtige und erfolgreiche Menschen geworden sind.

Es ist eine traurige Erfahrung in der heutigen Zeit, daß das Interesse an einer Ausbildung stark abgenommen hat, während die hohen Gehälter sich in vielfacher Hinsicht negativ auswirken. Viele kleine und mittelständische Betriebe können heute die hohen Kosten für die Ausbildung nicht mehr erwirtschaften. Das erklärt die hohe Zahl arbeitsloser Lehrlinge.

Hier wirken sich die weit überzogenen Forderungen der Gewerkschaften in ihren tariflichen Verhandlungen in vielen Berufsgruppen als äußerst negativ für die Lehrlinge aus. Eine für bestimmte Berufsgruppen und Betriebsgrößen freiwillige Vereinbarung der Eltern mit den Ausbildungsbetrieben würde zweifellos vielen Tausenden Lehrlingen die Möglichkeit zu einer Ausbildung eröffnen.

Mit freundlichen Grüßen
Bernhard Trappe,
Waltrop

Wort des Tages

„Der Poet versteht die Natur besser als der wissenschaftliche Kopf."

Novalis (Friedrich von Hardenberg), deutscher Dichter (1772–1801)

Personalien

GEBURTSTAG

Der Direktor der Universitätsklinik für Hals-, Nasen- und Ohrenheilkunde der Universität Heidelberg, Professor Dr. **Hans-Georg Boenninghaus**, feierte seinen 65. Geburtstag. Nach Studien in Breslau und Innsbruck, wo er promoviert wurde, habilitierte er sich 1953. Nach Tätigkeiten an der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt am Main und als Chefarzt der HNO-Klinik in Karlsruhe wurde er 1965 als Ordinarius an die Universität Heidelberg berufen und zum Direktor der Universitätsklinik als Nachfolger für Professor **Kindler** bestellt. Sein Taschenbuch „Hals-, Nasen-, Ohrenheilkunde für Medizinstudenten" wurde zum Standardlehrbuch seines Faches.

MUSIK

Thomas Duis von der Musikhochschule Hannover hat bei dem Arthur-Rubinstein-Klavierwettbewerb in Tel Aviv als Bester unter den 34 Teilnehmern aus 18 Ländern abgeschnitten. Der 21jährige Musiker errang, begleitet von den Israelischen

Thomas Duis

Philharmonikern, mit dem Klavierkonzert d-Moll op. 15 von Johannes Brahms den zweiten, mit 5000 Dollar (rund 11 500 Mark) dotierten Preis. Der erste Preis wurde nicht vergeben.

*

Nach fast zweijähriger Pause geht die argentinische Sängerin **Mercedes Sosa** im Mai wieder auf Europa-Tournee. Unter dem Motto „Todavia cantamos" (Noch singen wir) tritt Mercedes Sosa mit ihren Musikern **Osvaldo Avena** jr., **Oscar Alem** und

Mercedes Sosa

Nicolas Brizuela in zwölf Städten auf.

UNIVERSITÄT

Dr. **Günter Weimann**, Leiter der Forschungsgruppe Optoelektronische Bauelemente im Forschungsinstitut der Deutschen Bundespost in Darmstadt, hat einen Ruf auf den Lehrstuhl für das Gebiet „Experimentalphysik, insbesondere Halbleiterlaser" im Fachbereich 4 Physik der Technischen Universität Berlin erhalten.

*

Professor Dr. **Horst Weber** von der Universität Kaiserslautern hat einen Ruf auf den Lehrstuhl für das Fachgebiet „Experimentalphysik, insbesondere *Laserphysik*" *im* Fachbereich 4 Physik der Technischen Universität Berlin erhalten.

MEDIEN

Der Aufsichtsrat der Evangelischen Kirchen Funk Niedersachsen GmbH hat den Präsidenten des Hannoverschen Landeskirchenamtes, **Eckehard von Vittinghoff**, zu seinem Vorsitzenden gewählt.

DIPLOMATIE

Der bisherige Vatikanische Sondernuntius und Ostexperte, Erzbischof **Luigi Poggi**, ist von Papst **Johannes Paul II.** zum neuen Apostolischen Nuntius in Italien ernannt worden. Nachfolger in seiner Position als Leiter der „Delegation des Heiligen Stuhles für die ständigen Arbeitskontakte mit der Volksrepublik Polen" wurde **Francesco Colasuono.**

WAHL

Der Bonner Staatsminister **Albrecht Martin** (CDU) ist in Hannover erneut zum Bundesvorsitzenden des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU gewählt worden. Stellvertretende Bundesvorsitzende in dem 17 Mitglieder umfassenden Vorstand sind Bundesverkehrsminister **Werner Dollinger** (CSU), Staatsminister **Friedrich Vogel** (CDU), der Hamburger Mediziner **Sieghardt-Carsten Kampf** und der Frankfurter Prokurist **Arnulf Borsche**.

Klaus Granzow, Schauspieler, Schriftsteller und Autor über 300 ausgestrahlter Hörfunksendungen in Hoch- und Plattdeutsch, ist nach



Klaus Granzow

langer Krankheit in Hamburg gestorben. Der gebürtige Pommer war fest angestellter Schauspieler am Hamburger Ohnsorg-Theater. Granzow, Träger des Pommerschen Kulturpreises, hat in vielfältiger Weise einfühlsam und überzeugend seine Erlebnisse der Kindheit in Pommern, wo er als Bauernsohn groß wurde, die Zeit seiner sowjetischen Gefangenschaft und Flucht und Vertreibung geschildert.

EISHOCKEY / Ein wichtiger deutscher 4:1-Sieg über Polen bei der Weltmeisterschaft in Moskau

Die deutsche Eishockey-Nationalmannschaft hat bei der Weltmeisterschaft in Moskau durch ein 4:1 über den Aufsteiger Polen erst einmal die Abstiegsangst gebannt. Die Spieler von Bundestrainer Xaver Unsinn nehmen damit vier Pluspunkte in die am Mittwoch beginnende Abstiegsrunde. Selbst bei Niederlagen gegen die USA, CSSR und Polen ist der Klassenverbleib noch möglich, wenn Polen auch verliert und gegen Deutschland nicht mit mehr als einem Zwei-Tore-Vorsprung gewinnt.

● Das 4:2 der UdSSR über die CSSR brachte die erste Sensation dieser Eishockey-Weltmeisterschaft. Der Schock des Absturzes von Weltmeister CSSR in die Abstiegsrunde hat in der Heimat bittere Reaktionen ausgelöst. Die Zeitung „Prace" brachte eine Karikatur: Ein Fernsehzuschauer brüllt vor dem Bildschirm den CSSR-Schlachtruf: „Do toho, do toho". Doch dann springt er auf und schlägt mit der Faust in den Bildschirm. Auch andere Pressestimmen gehen nicht zimperlich mit der Mannschaft um.

Unbeständigkeit bleibt weiterhin die größte Unbekannte im Kampf um den Klassenerhalt

sid/dpa, **Moskau**

Der Klassenerhalt ist fast gesichert. Nach dem 4:1 (0:0, 3:1, 1:0) im Schlüsselspiel gegen Polen ist die Erstklassigkeit der bei der Weltmeisterschaft *in Moskau selten erstklassig aufgetretenen* deutschen Eishockey-Nationalmannschaft halbwegs gesichert. Im letzten Spiel vor dem Beginn der Abstiegsrunde wurde sogar eine alte Schwäche im Team von Bundestrainer Xaver Unsinn zur Stärke: Vor 4000 Zuschauern nutzte sie die numerische Überlegenheit auf dem Eis zweimal zu Toren.

Die Frage, wie Deutschland das 1:10 gegen Finnland verdaut hatte, wurde lange Zeit nicht positiv beantwortet. Die DEB-Vertretung begann verhalten, geradzu vorsichtig. Polen schien die 3:12-Packung gegen Schweden besser weggesteckt zu haben. Aggressiv und frech begann der Aufsteiger, setzte die Schützlinge von Xaver Unsinn im ersten Drittel zeitweise unter starken Druck, und nur ein glänzend aufgelegter Helmut de Raaf im Tor verhinderte den Rückstand.

Erst nach einem frühen Tor zu Beginn des zweiten Drittels durch den Düsseldorfer Roy Roedger (23.) kam das deutsche Team besser ins Spiel. Der Kölner Peter Schiller (29.) baute die Führung mit seinem ersten WM-Treffer in Moskau aus, als Polen einen Spieler weniger auf dem Eis hatte. Die Freude über den sicheren Zwei-Tore-Vorsprung währte nur kurz. Zabawa (32.) nutzte mit dem Anschlußtor das Überzahlspiel, als Reindl auf der Strafbank saß, ehe der hervorragende Gerd Truntschka (38.) vom deutschen Meister Kölner EC bei deutscher Überzahl das 3:1 erzielte. Auch im Schlußdrittel hatte Deutschland einen glänzenden Start. Der Treffer von Franz Reindl (42.) vom SB Rosenheim machte alles klar.

Der deutsche Sieg kam nicht mehr in Gefahr und war aufgrund einer deutlichen Leistungssteigerung hochverdient. Im letzten Drittel setzte die Mannschaft sogar spielerische Akzente. Die Unbeständigkeit des deutschen Teams bleibt indes die größte Unbekannte im Kampf um den Klassenerhalt. Allerdings sollte der Sieg der deutschen *Mannschaft* das nötige Selbstvertrauen und Nervenstärke für die restlichen Spiele gegeben haben. Aufsteiger Polen, der als Außenseiter in die WM gegangen war, droht hingegen der sofortige Wiederabstieg.

*

Der Sturz des Eishockey-Weltmeisters CSSR in die Abstiegsrunde wurde von der tschechoslowakischen Presse mit harter Kritik kommentiert. „Unsere ganze Mannschaft war sehr, sehr müde. Wir haben keine Spiel-Idee", schreibt die führende Fachzeitung „Ceskoslovensko Sport". Und weiter: „Das Spiel gegen die UdSSR zeigte, wie unmöglich sich die CSSR durch ihren Beginn gegen Polen gemacht hat." Die Prager Jugend-Zeitung „Mlada Front": „Alle Gegner kannten unser Spielsystem. Die anderen Mannschaften sind im Training und Spiel moderner geworden."

Die großen Zeitungen der CSSR versuchten gestern, den Abstieg zu analysieren. Die Hauptgründe für das Versagen sieht „Ceskoslovensko Sport" in einer zu langen, kräfteraubenden *nationalen Meisterschaft.* Vom 25. September bis zum 20. März hätten die Spitzenmannschaften Dukla Ihlava und VSZ Kosice insgesamt 48 Punktspiele bestreiten müssen: „Diese Mannschaften, die 14 Nationalspieler stellen, waren total am Ende ihrer Kräfte!" Hinzu sei gekommen, daß unmittelbar nach der Meisterschaft fünf Länderspiele kurz vor der Weltmeisterschaft in Moskau den Spielern den Rest gegeben hätten.

„Jetzt ist es uns schon fast egal, auf welchem Platz die CSSR landen wird, es darf nur nicht der achte sein!" Dies schrieb gestern die „Praze". Mit einem Abstieg rechnet aber eigentlich niemand. „Wir werden wohl die nötigen Punkte holen", meinte die „Lidova Demokratia". Dieses Blatt rätselte: „Wir müssen die Fehler suchen. Aber wo liegen die Fehler nur?" Diese Frage *versucht die Zeitung selbst zu be*antworten: „Die Vorbereitung war schlecht. Aber es ist schwer zu sagen, was eigentlich alles passiert ist. Wir können nur hoffen." Hoffen auf eine bessere Zukunft.

In Moskau sei alles „absurd" gewe*sen, meinte die* „Ceskoslovenski Sport".

FUSSBALL / Vor dem Schlagerspiel in Bremen: Augenthaler gelassen – Interview mit Otto Rehhagel

Ein grobes Foul und seine Spätfolgen

sid/dpa, **München**

Rückblick: 23. November 1985, im Münchner Olympiastadion spielt der deutsche Fußball-Meister FC Bayern gegen Bundesliga-Spitzenreiter Bremen. Man schreibt die 16. Minute. 20 Meter hinter der Mittellinie holt Bayern-Libero Klaus Augenthaler den zu einem Alleingang ansetzenden Werder-Torjäger Rudi Völler mit einem *groben Foul von den Beinen.* Der Nationalstürmer, kaum genesen, humpelt noch zwölf Minuten und fällt nach einer Leistenoperation wochenlang aus.

Ausblick: Rudi Völler, Bremens „erster Geiger" (so Trainer Otto Rehhagel), steht vor einem möglichen Comeback – ausgerechnet im vielleicht entscheidenden Spiel um die deutsche Meisterschaft gegen die Bayern. Und Klaus Augenthaler wird die Spätfolgen seines Fouls heute abend beim Rückspiel im Bremer Weserstadion wohl oder übel zu spü*ren bekommen.* Er weiß, was ihn von den Rängen erwartet, schließlich haben einige Fanclubs offen „Rache" geschworen. „Die sind heiß auf mich, aber die haben auch keinen Freifahrtschein. Die Pfiffe stören mich nicht. Das ist höchstens Motivation für mich und meine Mannschaft. Wir haben nichts zu verlieren", gibt sich der Münchner Kapitän betont nüchtern und abgebrüht.

Klaus Augenthaler, für die Bremer Fans das personifizierte Feindbild, blickt einem möglichen Wiedersehen mit Rudi Völler auf dem Rasen zu*mindest nach außen hin gelassen ent*gegen: „Es wäre für uns sogar ein Vorteil, wenn der Rudi von Anfang an spielen würde. Dann ist nämlich die eingespielte Bremer Mannschaft aus den letzten Wochen auseinandergerissen."

Selbst vor Zweikämpfen mit dem *Rekonvaleszenten,* so Augenthaler vor dem Schlagerspiel, werde er sich nicht scheuen. „Ich hätte keine Angst. Gegen Rudi Völler muß man körperbetont spielen, wenn man Erfolg haben will", sagt der 28 Jahre alte Niederbayer, schränkt allerdings ein: „Bei zweifelhaften Situationen wird der Schiedsrichter sicherlich immer für Rudi Völler entscheiden."

Also ein psychologischer Vorteil für Völler und den Spitzenreiter Bremen? Werder-Trainer Otto Rehhagel spielt im Psychokrieg zumindest mit dieser Möglichkeit. Rudi Völler wird zu einer Art Damoklesschwert über den Bayern-Häuptern. Die Frage, ob er in Zivilkleidung oder im Sportdreß auf der Ersatzbank sitzen wird oder gar zum Einsatz kommt, ist allerdings offen.

Der in Sportfragen bewanderte Bremer Psychologie-Professor Fritz Stemme glaubt nicht an einen psychologischen Vorteil für den SV Werder, vermutet sogar eher eine schädliche Wirkung. „Ich sehe die Gefahr, daß Werder überaggressiv ist: zum einen durch das aufgepeitschte Publikum, das das Foul von Augenthaler noch nicht vergessen hat, zum anderen, weil die Mannschaft weiß, daß dies die einmalige Chance ist, endlich Meister zu werden", sagt Stemme und fügt an: „Die Bayern sind psychologisch im Vorteil. Sie stehen zwar mit dem Rücken zur Wand, können aber auf Bremer Fehler warten."

Im Schatten von Bremen stehen heute die anderen acht Begegnungen. In Leverkusen hat der VfB Stuttgart nur ein Ziel. „Wir wollen einen Punkt, dann ist uns die Teilnahme am UEFA-Cup-Wettbewerb sicher", steckte Interimstrainer Willi Entenmann die Marschroute für diesen Vergleich ab, in dem auch die Leverkusener den Erfolg benötigen. Trainer Erich Ribbeck will mit seiner Mannschaft ebenfalls im UEFA-Cup spielen.

Mit dem Rücken zur Wand steht der 1. FC Köln beim SV Waldhof Mannheim. Nur ein Sieg läßt die Kölner beruhigter dem Saisonfinale gegen den VfL Bochum entgegensehen. Erstmals wird Reinhard Saftig als Cheftrainer Borussia Dortmund im entscheidenden Heimspiel gegen Schalke 04 betreuen. Wie Köln gehört Dortmund zu den Mannschaften, die für den 16. Platz in Frage kommen.

Borussia Mönchengladbach wird gegen Bayer Uerdingen leichtes Spiel haben, wenn Krefelds Trainer Karl-Heinz Feldkamp seine Ankündigung wahr macht und mit mehreren Amateuren auf dem Bökelberg antritt. „Dieser Betrug am Zuschauer tut mir schon jetzt leid", meinte Feldkamp.

„Keine Friede-Freude-Eierkuchen-Stimmung"

BERND WEBER, **Bremen**

Zweimal wurde Trainer Otto Rehhagel mit Werder Bremen nur Vize-Meister. Heute abend, beim vielleicht entscheidenden Spiel um den Titel gegen die Münchner Bayern im Weserstadion, geht es für ihn auch darum, das Image des unglücklich geschlagenen Verlierers loszuwerden. Der Trainer sieht die Dinge indes anders. Die WELT sprach mit ihm.

WELT: Was würden Sie empfinden, wenn Sie wieder nur Zweiter würden? Wäre es nicht so eine Art persönliches Unglück für Sie?

Rehhagel: Auf dieser Ebene kann man mit mir über das heutige Spiel nicht diskutieren. Unglück, Tragik – ich lehne solche Wörter im sportlichen Bereich ab. Ein Unglück wäre es, wenn jemand aus meiner Familie etwas zustoßen würde.

WELT: Stapeln Sie nicht bewußt tief, um die eigene Unsicherheit zu kompensieren?

Rehhagel: Ich habe weder Grund unsicher noch nervös zu sein. Ich habe meine Mannschaft optimal vorbereitet. Das ist meine Aufgabe, mehr kann man von mir nicht verlangen.

WELT: Sie sollten sich nichts vormachen, ganz Bremen verlangt den Titel ...

Rehhagel: So naiv bin ich nun auch wieder nicht, als daß ich das nicht wüßte. Aber ich muß doch nicht, nur weil das Umfeld verrückt spielt, alle Aufgeregtheiten mitmachen.

WELT: Wie schotten Sie sich eigentlich gegen den ganzen Rum*mel ab?*

Rehhagel: Ich habe mir im Laufe der Jahre genügend Selbstbewußtsein angeeignet, um ruhig zu bleiben. Ich bin hier in einer exponierten Stellung. Ich bin, wenn man so will, leitender Angestellter des Vereins im sportlichen Bereich. Da habe ich logischerweise auch eine Vorbildfunktion gegenüber meinen Spielern. Und die würden sicherlich sauer, wenn ich jetzt auch noch durchdrehen würde.

WELT: Diese Aussage steht im krassen Widerspruch zu dem, was Sie früher einmal von sich gegeben haben: „Ich befürchte, der Streß frißt uns Trainer so auf, daß wir einen Platz in der Nervenklinik sozusagen vorab sicher haben ..."

Rehhagel: Die Gefahr besteht natürlich. Aber ich habe inzwischen erkannt, daß man sich dagegen wehren kann. *Also konkret sehe ich meine* Lage hier in Bremen so – ich habe die neue Werder-Firma mit aufgebaut. Diese Firma floriert, und sie wird auch nicht Konkurs anmelden müssen, wenn wir nicht deutscher Meister werden. Alles andere zählt für mich nicht.

WELT: Aber daß Sie den Ehrgeiz haben, den Titel zu holen, wollen Sie doch nicht ernsthaft bestreiten?

Rehhagel: Absoluter Ehrgeiz ist immer die Triebfeder meines Handelns gewesen, natürlich wollen wir die Bayern heute schlagen. Und wir werden, genau wie die Münchner im Hinspiel, alle unsere Möglichkeiten ausschöpfen, um das zu schaffen.

WELT: Das kann man auch als Drohung auffassen, schließlich sind die Bayern seinerzeit nach allgemeiner Auffassung ziemlich brutal zur Sache gegangen.

Rehhagel: Ich will niemandem drohen, doch unser Gegner wird selbst am besten wissen, daß ihn heute keine Friede-Freude-Eicherkuchen-Stimmung erwartet.

WELT: *Lassen wir mal außen vor,* ob Sie Rudi Völler letztendlich doch noch, zumindest als Auswechselspieler, bringen werden. Aber egal wie, Klaus Augenthaler, der ihn damals verletzt hat, muß sich wohl auf ein Spießrutenlaufen einrichten.

Rehhagel: Daß das Publikum ihn annehmen wird, ist wohl klar, da muß man einfach Realist sein. Aber auf die Abläufe im Spiel hat das meiner Meinung nach keinen allzu großen Einfluß. Schließlich leitet mit Volker Roth einer der besten deutschen Schiedsrichter die Begegnung.

WELT: Wie ist eigentlich Ihr Verhältnis zu Udo Lattek?

Rehhagel: Im Grunde bin ich es leid, immer wieder danach gefragt zu werden, obowohl die Dinge längst geklärt sind. Früher sind wir uns aus dem Weg gegangen, dann haben wir uns ausgesprochen, und heute ist der Udo für mich ein Kollege wie jeder andere auch.

UERDINGEN

Feldkamp: „Ist eine Zumutung"

dpa, **Hannover**

„Das ist schon eine Zumutung!" Keiner mochte nach dem Sonntag-Spiel der Fußball-Bundesliga dem Uerdinger Trainer Feldkamp widersprechen. Denn die 4000 Zuschauer im Niedersachsen-Stadion hatten vor allem in der zweiten Halbzeit deutlich gesehen, daß die in den vergangenen Wochen vom Erfolg verwöhnten Profis des Europapokal-Halbfinalisten Bayer Uerdingen mit ihren Kräften am Ende sind. Weil Kraft, Kondition und Konzentration nicht mehr für die vollen 90 Minuten reichten, gab es drei Minuten vor Schluß noch einen Treffer für Hannover 96 zum 1:1. In den Heimspielen gegen Frankfurt und gegen Düsseldorf will Uerdingen (Tabellen-Vierter) einen UEFA-Pokalplatz sichern.

STAND PUNKT / *Symbolfigur*

Das verdient schon Respekt: Da spielt einer, der schon 34 Jahre alt ist, zwei Jahre lang nur Tennis und ab und zu einmal Handball, und kann dann immer noch im internationalen Handball mithalten. Kurt Klühspies heißt der Mann, Weltmeister von *1978 und mehrmaliger Euro*pokalgewinner. Jetzt hat er mitgeholfen, daß sein Verein TV Großwallstadt das Finale im europäischen Pokalsieger-Wettbewerb (Gegner ist Barcelona) erreicht hat. Weil Personalmangel bestand, hat sich Klühspies noch einmal breit*schlagen lassen und ist in die* Mannschaft zurückgekehrt.

Dieser Auftritt, so jedenfalls sieht es Klühspies selbst, soll einmalig bleiben. Er sagt: „Ich mache keine halben Sachen, nun ist endgültig Schluß. Die Mannschaft muß ohne mich auskommen, das kann sie auch. Ich will keine Unruhe hineinbringen." Schade eigentlich, denn solche Persönlichkeiten wie Kurt Klühspies fehlen dem deutschen Handball einfach. Dennoch ist sein Wunsch verständlich, irgendwann muß Schluß sein. Die Muskeln und Sehnen halten längst nicht mehr eine dauernde Belastung aus. *Kurzfri*stig kann Kurt Klühspies noch einmal seine Klasse aufblitzen lassen, weil ihm seine große Routine dabei hilft. Aber er ist ein viel zu intelligenter Spieler, als daß er nicht wüßte, auf welchem schmalen Grat er sich da bewegt hat. Solche Kabinett*stückchen lassen sich nicht* beliebig wiederholen. Da kann einer ganz schnell vom Helden zum Buhmann werden.

Einen besseren Abschied als zu diesem Zeitpunkt kann er sich nicht wünschen. Er wird in Großwallstadt immer die Symbolfigur bleiben, zu der alle aufschauen.

U. D.

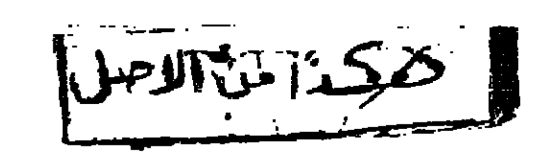
33. SPIELTAG

Heute spielen in der Bundesliga

DW. **Bonn**

Die Fußball-Bundesliga geht heute in ihre entscheidende Phase. Womöglich steht heute abend fest, wer deutscher Meister der Saison 1985/86 ist: Werder Bremen oder Bayern München. Gleich sieben Klubs müssen noch befürchten, Drittletzter zu werden und damit zu den Relegationsspielen gegen den Dritten der zweiten Liga antreten zu müssen.

Heute spielen, *um 20.00 Uhr:* Bremen – München (1:3), Düsseldorf – Nürnberg (2:3), Mannheim – Köln (1:0), Bochum – Hamburg (0:1), Frankfurt – Saarbrücken (2:2), Kaiserslautern – Hannover (2:3), Dortmund – Schalke (1:6), Leverkusen – Stuttgart (2:2), Gladbach – Uerdingen (1:1). *In Klammern die Ergebnisse der* Hinrunde.



TISCHTENNIS / Starkes Turnier in Holland

Olga Nemes wieder die Alte

dpa, Breda

Die 17 Jahre alte Olga Nemes (Saarbrücken) hat wieder wie 1985 den Ladys Grand Prix gewonnen, zu dem zehn der besten europäischen Tischtennisspielerinnen nach Breda (Niederlande) eingeladen worden waren. Eine Woche, nachdem die deutsche Meisterin bei den Europameisterschaften im Viertelfinale gescheitert war, bezwang Olga Nemes in einer Neuauflage des vorjährigen Grand-Prix-Finales die sieben Jahre ältere Niederländerin Bettine Vriesekoop mit 21:16, 21:14 und sicherte sich damit die Siegprämie in Höhe von 7000 Schweizer Franken.

Dabei war die Teilnahme von Olga Nemes an dieser mit einem Gesamtpreisgeld in Höhe von 22 500 Schweizer Franken ausgestatteten Veranstaltung vorübergehend sogar gefährdet gewesen: Die europäische Ranglisten-Erste hatte sich bei der Anreise in einem Taxi den Mittelfinger der rechten Hand gequetscht und litt unter heftigen Schmerzen. Aus den Gruppenspielen war sie als Erste aufgerückt – bei Sieggleichheit mit der Niederländerin Mirijam Kloppenburg und der Ungarin Zsuzsa Olah allerdings nur aufgrund des besseren Satzverhältnisses aus den direkten Vergleichen. „Ich weiß, daß ich nicht optimal gespielt habe. Die Verletzung hat sich doch als Handikap erwiesen." Immerhin: Im Finale ließ Olga Nemes dann doch wieder ihre Klasse erkennen und präsentierte sich in einer guten Form.

Wie schwer es für die gleichfalls 17jährige Csilla Batorfi werden wird, ihren Europameisterschaftssieg von Prag zu bestätigen, zeigte sich bereits in Breda: Die Ungarin gewann nicht eines ihrer vier Spiele und belegte nur Rang neun. Auch gegen Olga Nemes hatte sie im dritten Satz bereits geführt (7:1 und 10:3), schließlich aber doch noch die Begegnung mit 17:21, 21:19 und 14:21 am Ende verloren.

SPORT-NACHRICHTEN

Langer fiel zurück

Hilton Head Island (GAB) – Der Weltranglisten-Erste Bernhard Langer (Anhausen) fiel als Vorjahressieger bei der Golf-Heritage-Classic in Hilton Head Island mit 72+74+64+75=285 Schlägen in der Endwertung auf den 23. Rang zurück. Es siegte Fuzzy Zoeller mit 68+68+69+71=276 vor Roger Maltbie, Chip Beck (alle USA) und Greg Norman (Australien), je 277 Schläge.

Kessler: Autounfall

Brügge (sid) – Trainer Georg Kessler vom Fußball-Bundesligaklub 1. FC Köln überschlug sich auf der belgischen Autobahn in der Nähe von Brügge mit seinem Auto. Kessler erlitt Abschürfungen, Rückenprellungen und Schnittwunden, leitete aber bereits gestern wieder das Training der Kölner. Während des Unfalls saß am Steuer seines Autos Kesslers Schwager, der frühere Berliner Bundesliga-Profi Jochen Förster (30).

Trennung in Augsburg

Augsburg (dpa) – Der FC Augsburg trennte sich gestern mit sofortiger Wirkung von seiner Volleyball-Abteilung. Die Volleyball-Damen waren im letzten Jahr vor dem Übertritt zum FC Augsburg mit ihrem früheren Klub TG Viktoria Augsburg deutscher Meister und Pokalsieger geworden. Grund der Trennung: zu hohe Kosten.

Verlockendes Angebot

Seoul (sid) – Mit einem in der Geschichte der Olympischen Spiele bisher unbekannten Angebot von 20 Millionen Dollar hat sich Brisbane (Australien) um die Ausrichtung der Olympischen Sommerspiele 1992 bemüht. Außerdem wurde offeriert, Athleten, Trainern und Funktionären einen Teil der Flugkosten zu ersetzen.

Sieg mit Automatik

Monza (sid) – Langstrecken-Weltmeister Hans Stuck (Grainau) gewann mit seinem englischen Kollegen Derik Bell auf einem Werks-Porsche 962 C in Monza das Auftaktrennen zur Sportwagen-Weltmeisterschaft 1986. Das Auto war erstmals mit einem automatischen Getriebe ausgerüstet worden. Den zweiten Platz belegten die Italiener de Cesaris und Nannini auf einem Lancia LC 2.

Deutsche Vize-Weltmeister

Hamilton (dpa) – Die Engländer Robert White/Jeremy Newman verteidigten vor den Bermudas ihren Weltmeistertitel der Tornado-Segler. Vize-Weltmeister wurde die Kieler Crew Stefan Lange/Michael Starken, die erst seit eineinhalb Jahren in dieser Klasse segeln.

Unentschieden für Derwall

Istanbul (dpa) – Der vom ehemaligen deutschen Bundestrainer Jupp Derwall trainierte Tabellenführer der ersten türkischen Fußball-Division, Galatasaray Istanbul, erzielte beim Tabellenfünften Trabzonspor ein torloses Unentschieden. Galatasaray führt dennoch die Tabelle an.

Ohne Finanzprobleme

Seoul (dpa) – Südkorea hat keine Probleme bei der Finanzierung der Olympischen Spiele 1988. Das erklärte in Seoul der Generalsekretär des Organisationskomitees Lee Ha-Woo.

Bochum will Funk

Bremen (sid) – Der Fußball-Bundesligaklub VfL Bochum möchte den Bremer Ersatztorhüter Klaus Funk (32) verpflichten. Für Funk wurde bisher eine Ablösesumme von 100 000 Mark festgeschrieben.

Sieg für Griese

Punta Ala (sid) – Der Olympia-Zweite Achim Griese und sein Vorschoter Michael Marcour (Hamburg/Möhnesee) gewannen vor Punta Ala (Italien) das Frühjahrs-Championat der Starboot-Segler. Griese/Marcour deklassierten das gesamte übrige Feld.

ZAHLEN

FUSSBALL

Bundesliga: Hannover – Uerdingen 1:1 (0:1).

EISHOCKEY

Weltmeisterschaften in Moskau: UdSSR – CSSR 4:2 (1:0, 2:0, 1:2).

TENNIS

Damen-Turnier in Amelia Island/Florida, Finale: Graf – Kohde-Kilsch (beide Deutschland) 6:4, 5:7, 7:6. – Doppel, Finale: Kohde/Sukova (Deutschland/CSSR) – Sabatini/Tanvier (Argentinien, Frankreich) 6:2, 5:7, 7:6.

MOTOR

Sportwagen-Weltmeisterschaft, erster Lauf, 63 Runden: 1. Stuck/Bell (Deutschland/England) Porsche 962 C, 1:48:40,29 Std., 2. de Cesaris/Nannini (Italien) Lancia 1:49:29,39, 3. Sigala/Brun (Italien/Schweiz) Porsche 962 2 Rd. zur., 4. Larrauri/Pareja (Argentinien/Spanien) Porsche 956 2 Rd. zur., 5. Olson/Soutsen (USA/Belgien) Porsche 962 2 Rd. zur., 6. Mass/Wollek (Monaco/Frankreich) Porsche 962 2 Rd. zur., 7. Lässig/Ballabio (Deutschland/Italien) Porsche 956 2 Rd. zur.

GEWINNZAHLEN

Auswahlwette „6 aus 45": 12, 16, 24, 27, 28, 38, Zusatzspiel: 21. (Ohne Gewähr).

Briten deuten weitere Unterstützung für USA an

Flughafen-Benutzung für Libyeneinsätze nicht ausgeschlossen

dpa. Tripolis/Washington

Der libysche Revolutionsführer Muammar el Khadhafi hat gestern in Tripolis eine Delegation der blockfreien Länder empfangen, die am Vortag in Libyen eingetroffen war. Nach Angaben der libyschen Nachrichtenagentur Jana hat der Delegationsleiter und indische Außenminister Bali Ram Bhagat geäußert, die „bösartige Aggression der USA gegen Libyen" sei ein „Angriff auf jedes Mitglied der Blockfreien-Bewegung". Der Schlag gegen Libyen gefährde „die Unabhängigkeit und territoriale Unversehrtheit jedes Staates dieser Bewegung". Die Delegation habe Tripolis ihre Solidarität ausgesprochen.

Der britische Außenminister Sir Geoffrey Howe hat sich in einem Fernsehinterview geweigert, die erneute Benutzung von Luftwaffenstützpunkten in Großbritannien für US-Angriffe auf Libyen auszuschließen. Gleichzeitig verwies er darauf, daß Großbritannien in der Frontlinie des libyschen Staatsterrorismus stehe.

Das libysche Außenministerium versicherte unterdessen, in Libyen arbeitende Ausländer hätte im Zusammenhang mit den US-Luftangriffen keine Repressalien zu befürchten. Diplomaten von Botschaften dreier westlicher Länder bestätigten, daß ihnen von Vertretern des Ministeriums Garantien für die Sicherheit westlicher Ausländer gegeben worden seien. Pläne für eine Massenevakuierung von Ausländern seien vorerst beiseite gelegt.

Nach einem Bericht der „Washington Post" verdichten sich die Hinweise darauf, daß Libyen hinter dem Anschlag auf William Calkins, einem Angehörigen der US-Botschaft in Khartum, stand. Calkins war am vergangenen Dienstag in den Kopf geschossen worden; seitdem liegt er in einem Krankenhaus in Riad. Das Blatt schrieb weiter, daß Staatschef Khadhafi nach dem US-Angriff der vergangenen Woche in tiefe Depressionen verfallen sei. Die US-Geheimdienste hätten von Khadhafi das Bild eines manisch-depressiven Menschen mit extremen Gemütsschwankungen gewonnen. „An einem Tag ein Lamm, am nächsten ein Löwe."

EG-Maßnahmen gegen Libyens Diplomaten

WILHELM HADLER, Luxemburg

Mit einem Bündel gemeinsamer Sicherheitsmaßnahmen wollen die EG-Regierungen neuen Terrorakten Libyens entgegentreten. Sie beziehen sich vor allem auf die Beschränkung der Einreise und Bewegungsfreiheit für libysche Staatsbürger. Über die von Großbritannien geforderte Schließung der libyschen „Volksbüros" (Botschaften) konnten sich die Außenminister dagegen gestern nicht verständigen; auch an Wirtschaftssanktionen ist nicht mehr gedacht.

Der im dritten Anlauf in Luxemburg verabschiedete Katalog bedeutet im wesentlichen eine Konkretisierung und Präzisierung der bereits am vergangenen Montag vereinbarten Maßnahmen.

So soll laut Genscher künftig kein libyscher Diplomat, der im Zusammenhang mit einer Terrorismusanschuldigung aus einem EG-Staat ausgewiesen wurde, in ein anderes Land der Gemeinschaft einreisen können oder akkreditiert werden. Das Personal an den Botschaften der EG-Staaten in Libyen sowie das der Libyer in der Gemeinschaft soll „auf ein Minimum" reduziert werden. Diplomaten sprechen in diesem Zusammenhang von höchstens zwei Personen. Außerdem wird ihre Bewegungsfreiheit so eingeschränkt, daß sie ihren Dienstort Bonn nicht ohne Genehmigung verlassen dürfen.

Es soll auch geprüft werden, ob das nichtdiplomatische Personal Libyens – zum Beispiel bei Fluggesellschaften oder Wirtschaftsbüros – reduziert werden kann. Bei der Erteilung von Visa an libysche Staatsbürger soll, so Genscher, „der strengste nur denkbare Maßstab" angelegt werden.

Über die sicherheits- und nachrichtendienstliche Zusammenarbeit wollen sich die EG-Innenminister am Donnerstag in Den Haag verständigen. Es soll geprüft werden, ob die Mitgliedsstaaten Lebensmittellieferungen nach Libyen weiterhin subventionieren dürfen.

Unter Anspielung auf die Kritik des CSU-Vorsitzenden Strauß an den bisherigen Maßnahmen im Kampf gegen den internationalen Terrorismus sagte Genscher vor der Presse: Die EG-Beschlüsse seien „in voller Übereinstimmung mit dem Bundeskanzler" getroffen worden.

Moskau startet Propaganda-Offensive mit Hilfe deutscher Tarnorganisationen

Drei gezielte Wege der Steuerung / Psychologische Einwirkung auf die Öffentlichkeit

WERNER KAHL, Bonn

Druckereien, Agitatoren und Klebekolonnen – das technisch-propagandistische Netzwerk der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) und ihrer Tarnorganisationen – legten in den letzten Tagen Sonderschichten ein. Kommunistisches Brainstorming münzte am Wochenende Nazi-Parolen in denunziatorische Losungen gegen die USA um: „Heute Libyen – morgen die ganze Welt?" hieß es bei Demonstrationen gegen die Bekämpfung des Staatsterrorismus auf libyschem Territorium durch die Luftwaffe der Vereinigten Staaten.

Die antiamerikanischen Aktionen, die in Bonn von DKP-Anhängern mit Transparenten „Ami go home" angeführt wurden, sind nach einer Analyse der Bonner Sicherheitsbehörden Teil einer „neuen Entwicklungsoffensive", die von der Sowjet-Führung transkontinental in Gang gesetzt worden sei. Diese Offensive, die erste große weltweite Kampagne seit dem Scheitern des Kampfes gegen die NATO-Nachrüstung im Herbst 1983 in Westeuropa, werde nicht von den Mitgliedern des Politbüros der KPdSU im Kreml selbst geleitet, sondern über internationale gesellschaftliche Wege organisiert. Dies geschieht den Erkenntnissen der Bundesbehörden zufolge seit dem Amtsantritt Michail Gorbatschows wesentlich verfeinerter als unter seinen Vorgängern. Für das Instrument der Steuerung benutzt die Sowjetunion im wesentlichen drei Einflußwege:

● Die direkte Einmischung durch Interviews wie von Gorbatschow und Honecker sowie Veröffentlichungen auf Anzeigenseiten zum Beispiel in der „New York Times";

● der zweite Weg geht über Aktivitäten nationalkommunistischer moskautreuer Parteien wie der DKP;

● die dritte Ebene bildet eine Vielzahl nicht-kommunistischer Verbände, Vereine, Gruppen und berufsspezifischer Friedensinitiativen. Dazu gehören vor allem naturwissenschaftliche Institutionen, Wissenschaftler, Pädagogen und Journalisten. Hier werden die sogenannten „Frontorganisationen" ins Spiel gebracht. Das Wort Front bedeutet in diesem Zusammenhang (aus dem englischen Frontpage) soviel wie Fassade. Die größten Aushängeschilder und Werbeträger bei Kampagnen sind der „Weltfriedensrat" (Sitz Helsinki), eine internationale Gewerkschaftsorganisation mit etwa zwei Millionen Mitglieder, eine Weltföderation der Wissenschaftler, die „Christliche Friedenskonferenz (CFK)", die in Prag residiert, und eine internationale Journalistenorganisation, ebenfalls mit Sitz in der tschechoslowakischen Hauptstadt.

Zu den Aufgaben gehört es, psychologisch auf die Öffentlichkeit einzuwirken und die öffentliche Haltung zu bestimmten Vorgängen zu verändern. Ferner wird die Zusammenarbeit mit nichtkommunistischen Gruppen gesucht. Bei den Kampagnen tritt jedoch keine der großen Frontorganisationen als Veranstalter auf. Das ist ungeschriebenes Gesetz des universalen Steuerungsapparates der KPdSU, den der einundachtzigjährige Altbolschewist Boris Ponomarjow weitergibt. Vermutlich wird diese Funktion dem langjährigen Sowjetbotschafter in den USA, Anatoli Dobrynin (66), übertragen.

Cossiga: Nicht Geist von Genf aufs Spiel setzen

FRIEDRICH MEICHSNER, Bonn

Die europäische Integration als Instrument der Ostpolitik und die Ostpolitik als Gelegenheit und Anregung für die europäische Integration – dieses Konzept entwickelte der italienische Staatspräsident Francesco Cossiga in seiner Tischrede bei einem Abendessen auf Schloß Augustusburg, das Bundespräsident Richard von Weizsäcker gestern zu Ehren des am Vormittag in Bonn eingetroffenen Staatsbesuchers aus Rom gab.

„Der Geist von Genf", erklärte Cossiga in seinem stark politisch akzentuierten Trinkspruch, „läuft Gefahr, vom alten Mißtrauen und von neuen Krisenherden aufs Spiel gesetzt zu werden. Es ist Aufgabe Europas, diesen Geist der neuen Entspannung zu unterstützen, zu ermutigen und zu bekräftigen, sich dafür einzusetzen, daß die jüngsten Gründe für ein Auseinanderstreben ausgeräumt werden." Dieses Europa müsse „das Gewicht seiner Vitalität und wirtschaftlichen, politischen wie kulturellen Glaubwürdigkeit im Dialog mit dem Osten spüren" lassen.

Unter deutlicher Anspielung auf die europäisch-amerikanischen Differenzen bei der Bewertung der Repressalien gegen Libyen betonte Cossiga: „Niemand kann vernünftigerweise befürchten, daß eine verschiedenartige Bewertung von Aspekten der Politik und der Tätigkeit dieses oder jedes anderen, befreundeten Landes auch nur im geringsten Lauheit in der vom Pakt benötigten Freundschaft und Solidarität bedeutet."

Weizsäcker wies in seiner Begrüßung darauf hin, daß Cossiga „mit Festigkeit, Augenmaß und großer persönlicher Courage den Weg zum Kampf gegen den menschenverachtenden Terrorismus gewiesen" und ein Beispiel gegeben habe, „wie man der Gewalt mit Härte entgegentritt, ohne die Gesetze der Humanität zu verletzen, um deren Schutz es geht".

Ausdrücklich dankte der Bundespräsident seinem Gast dafür, daß er am Tag der italienischen Befreiung in Berlin-Plötzensee Männer und Frauen des deutschen Widerstandes ehren wolle. Dieser Besuch, fügte er hinzu, werde ihn von neuem erleben lassen, „daß die Teilung Deutschlands und Europas nirgends schmerzlicher spürbar ist als in dieser Stadt".

Botha wehrt Kritik ab

„Einmischung in innere Anlegenheiten" / Der Besuch von Brandt

DW. Kapstadt

Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt hat seine Südafrika-Reise beendet. Staatspräsident Botha, der ihn gestern zu einer einstündigen Unterredung empfing, setzte sich energisch gegen Kritik der Sozialdemokraten zur Wehr. Er betrachte die von den Brandt vorgebrachten Sorgen über die Entwicklung in Südafrika als grobe Einmischung in innere Angelegenheiten. Die Repräsentanten der schwarzen Opposition, mit denen Brandt in der vergangenen Woche in Johannesburg gesprochen hatte, seien nicht die richtigen Gesprächspartner gewesen. Dies wären vielmehr die Präsidenten der sogenannten Homelands – von Südafrika bestimmte Gebiete mit schwarzer Bevölkerung –, denen die weiße Regierung in Pretoria Selbstverwaltung und zum Teil formelle Unabhängigkeit zugesteht.

Botha, so sagte Brandt weiter, habe auch weitgehend bestritten, daß seine Regierung Gewalt anwende. Wo dies geschehe, sei es lediglich, um Schwarze vor Schwarzen zu schützen. Brandt stellte dem die Positionen der Sozialdemokraten gegenüber. Eine Lösung der kritischen Situation sei nur möglich, wenn die politischen Gefangenen freigelassen und alle Gesetze über die Rassentrennung aufgehoben würden. Brandt sprach auch die Möglichkeit wirtschaftlichen Drucks auf Pretoria an. Daraufhin habe Botha deutlich gemacht, daß er sich vorbehalte, jederzeit wieder von Notstandsregelungen Gebrauch zu machen.

Ein Besuch bei dem seit über 20 Jahren inhaftierten schwarzen Nationalistenführer Nelson Mandela wurde mit der Begründung verwehrt, „man wolle Mandela nicht zur Zentralfigur für ausländische Besucher machen". Botha betrachte Mandela als Kommunisten und Terroristen.

Palästinenser in Berlin verhaftet

W. K. Bonn/Berlin

Ein staatenloser Palästinenser mit angeblichen Verbindungen zum Abu-Nidal-Terrorkommando und zur PFLP ist in Berlin unter dem Verdacht der Beteiligung an dem Bombenanschlag auf die Westberliner Diskothek „La Belle" verhaftet worden. Bei einer Gegenüberstellung wurde er von Gästen erkannt. Die Polizei fand in der Wohnung Schriftmaterial über Kontakte in Ost-Berlin, aber bisher keine Spuren einer Täterschaft. Den Hinweis auf den Palästinenser gab nach Informationen der WELT die Londoner Polizei, die auf den Namen des Verdächtigen offenbar nach der Festnahme zweier Araber gestoßen war. Die Araber werden beschuldigt, einen Bombenanschlag auf eine El-Al-Maschine in London versucht zu haben. Den Sprengsatz hatte der Libanese Nezar Hindawi (35) in der Reisetasche seiner schwangeren Freundin versteckt.

Städte zahlen mehr Sozialhilfe

DW. Köln

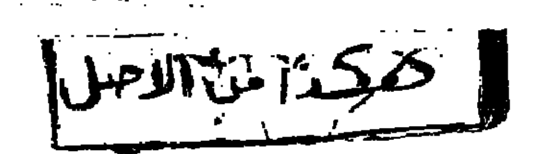
Die deutschen Städte müssen immer mehr Geld für Sozialhilfe ausgeben. Nach einer gestern in Köln veröffentlichten Erhebung des Deutschen Städtetags haben sich im vergangenen Jahr sowohl die Zahl der Hilfeempfänger als auch die entsprechenden Aufwendungen der Kommunen erhöht. So vergrößerte sich 1985 der Kreis derjenigen Menschen, die ihren Bedarf an Ernährung, Unterkunft, Heizung und Kleidung nicht in ausreichendem Maß aus eigenen Mitteln decken konnten, um 14 Prozent.

Die Ausgaben der Sozialämter stiegen bundesweit um 16 Prozent, in Nordrhein-Westfalen sogar um 23 Prozent. Der Städtetag sprach in einer Presseerklärung von einem „enormen Ausgabenschub" bei der Hilfe zum Lebensunterhalt, der vor allem auf die weitere Zunahme der Zahl Langzeitarbeitsloser zurückzuführen sei.

Peres in Paris eingetroffen

AFP, Paris/Jerusalem

Der israelische Ministerpräsident Shimon Peres ist gestern zu einem kurzen offiziellen Besuch in Paris eingetroffen. Im Verlauf seines 36stündigen Aufenthaltes in der französischen Hauptstadt wird Peres von Staatspräsident François Mitterrand empfangen werden und mit Premierminister Jacques Chirac zusammentreffen. Heute wird Peres vor dem Europarat in Straßburg eine Rede halten, die Informationen aus israelischen Regierungskreisen zufolge die Mittel zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus zum Hauptthema hat. Im Mittelpunkt seiner Gespräche in Frankreich dürften die Folgen des amerikanischen Vorgehens gegen Libyen und Fragen des Terrorismus stehen. Der israelische Regierungschef erklärte vor seiner Abreise, er wolle in Paris den Vorschlag eines „Marshall-Plans für den Nahen Osten" erörtern.



Politische Altlasten

A.G. – Was zu Beginn des Streitgesprächs in der SPD-Baracke an Formulierungen zwischen SPD-Umweltexperte Volker Hauff und Bayer-Vorstandsmitglied Eberhard Weise hin- und herflog, schien schier unüberbrückbar. Doch zum Schluß – als das Pulver der Pflichtübungen verschossen war – hatte man sich schon ein Stückchen genähert, in Teilbereichen zumindest.

Natürlich konnte man nicht erwarten, daß der Bayer-Manager am Ende der Veranstaltung in lautstarkem Beifall für die SPD-Vorstellungen über eine vorsorgende Chemiepolitik ausbrechen würde, zumal dieses Konzept eine Chemieabgabe auf Sondermüll als Finanzierungs- und insbesondere Steuerungsinstrument vorsieht. Aber in den Vorstandsetagen der chemischen Industrie scheint sich doch die Erkenntnis durchzusetzen, daß das Problem der Altlasten nicht ohne brancheneigenen Finanzierungsbeitrag zu bewältigen sein wird.

Und Hauffs Bekenntnis, daß die chemische Industrie einen wesentlichen Anteil am allgemeinen Wohlstand in der Bundesrepublik hat und daß seine Partei nicht daran denke, für den Chemiebereich die Planwirtschaft einzuführen, hat Weise sicher wohlgetan. Aber es wird noch eine Zeit vergehen, bis das tiefe Mißtrauen auf beiden Seiten abgebaut ist. Zu markante Spuren haben auf der einen Seite das Liebäugeln mancher Genossen mit „grünen" Experimenten und auf der anderen Seite die Katastrophen von Seveso und Bhopal hinterlassen. Auch zur Beseitigung dieser „Altlasten" wäre eine Gemeinschaftsaktion das beste.

Beispielhaft

dos. – Leicht ist es den Beteiligten sicher nicht gefallen, die angekündigte Teilprivatisierung der Prakla-Seismos AG zunächst auf Eis zu legen. Die Vorarbeiten für die Börseneinführung sind praktisch abgeschlossen, die Aktien bereits gedruckt. Wenn der Bund als Großaktionär, die mit der Emission befaßten Banken und der Vorstand des Unternehmens dennoch ihre im Herbst vorigen Jahres getroffene Entscheidung zurückstellen, so spricht das für ein beachtliches Maß an Verantwortungsbewußtsein. Denn soviel steht fest: die knapp 30 Millionen DM an Aktien, die privaten Anlegern zugedacht sind, wären im Handumdrehen gezeichnet worden. Neuemissionen haben das in diesen Tagen so an sich. Und nur die wenigsten hätten Gedanken daran verschwendet, daß der Tätigkeitsbereich von Prakla-Seismos zur Vorsicht mahnen sollte. So sind die Aufträge um 30 Prozent zurückgegangen. Die Suche nach Öl ist derzeit wenig attraktiv. Erst wenn der Markt in Ordnung kommt, soll das private Publikum in Anspruch genommen werden – ein beispielhaftes Verhalten.

FELDMÜHLE NOBEL / Flicks Kernkonzern wird für 285 DM pro Aktie angeboten

Die Deutsche Bank startet die größte Neuemission der Nachkriegszeit

JOACHIM GEHLHOFF, Düsseldorf

Mit einem Plazierungsbetrag von 1,995 Milliarden DM bietet die Deutsche Bank aus ihrem Eigentum über ein von ihr geführtes großes Bankenkonsortium die Aktien der aus dem industriellen Kernbereich des einstigen Flick-Konzerns entstandenen Feldmühle Nobel AG, Düsseldorf, ab 24. April zum Stückpreis von 285 DM einem breiten Publikum zur Zeichnung an.

Mit dieser größten Neuemission der Nachkriegszeit, so betonte Vorstandssprecher F. Wilhelm Christians zum Schlußakt der „Dekonzentration" des früheren Familienkonzerns, leiste die Bank einen Beitrag zur gesellschaftspolitisch erwünschten breiten Streuung des Produktivkapitals. Bewußt sei die Bank, so legten Christians und Vorstandskollege Herbert Zapp dar, mit dem Plazierungspreis von 285 DM pro Aktie des bei 350 Mill. DM Aktienkapital mit 1,69 Mrd. DM Eigenmitteln gepolsterten Feldmühle-Nobel-Konzerns unter dem bei heutiger Börsenlage Möglichen geblieben. Dies vor allem auch, um dem künftigen Publikumskonzern den Aufbau eines eigenen Emissionsstandings zu sichern. Die erste oder zweite Kapitalerhöhung nach der Ersteinführung (Börsennotiz voraussichtlich ab 5. Mai) werde dann über das Gelingen dieser Absicht entscheiden.

Die gute Absicht wird mit guten Zahlen untermauert. Der aus den drei Bereichen Buderus (Metallverarbeitung), Dynamit Nobel (Chemie) und Feldmühle (Papier) bestehende Konzern hat 1985 nach Herausrechnen der separat verkauften Beteiligungen Daimler, Gerling und Grace aus seinem um drei Prozent auf 9,7 Mrd. DM gestiegenen Weltumsatz einen Netto-Cash-flow von 646 Mill. DM und einen Jahresüberschuß von 146 Mill. DM erzielt. Letzterer wurde mit 70 Mill. DM für eine konstante Dividende von 5 DM auf 700 Mill. DM Kapital der alten Holding ausgeschüttet.

An diesem Betrag, ergo bei 10 DM Dividende, werde sich auch die 1986er Ausschüttung „orientieren", prophezeite Heribert Blaschke als Vorstandssprecher der neuen Konzernholding. Das Emissionshaus sekundiert aus eigener Analyse: Mit Steuergutschrift liege die Dividendenrendite im Bereich der Umlaufrendite für fünfjährige Rentenwerte und biete damit das leider noch seltene Faktum, daß die Rendite für Risikokapital nicht schlechter als für Rentenkapital ist.

Und weiter: Das von der Bank ermittelte DVFA-Nettoergebnis je Konzernaktie habe sich 1985 auf 29,50 (23,50) DM verbessert; es werde für 1986 „mit aller Vorsicht" bei 22,50 DM und für 1987 bei 23,50 DM erwartet. Der Rückgang erkläre sich bei unverändert hohem Netto-Cash-flow allein aus dem mit steigenden Investitionen für 1986 erwarteten Anstieg der Abschreibungen auf 480 (386) Mill. DM. Immerhin zeige aber auch das 1986er DVFA-Ergebnis in Relation zum Plazierungspreis ein Kurs-Gewinn-Verhältnis 12,6, was durchaus eine „börsengerechte" Bewertung der Aktie in heutiger Börsenlandschaft sei.

Aus alledem rechnet das Emissionshaus mit breitem Erfolg der Plazierung, an der sich die 42 600 Konzernbeschäftigten mit einer reservierten Quote von zehn Aktien je Kopf beteiligen können. Insbesondere möchte man möglichst viele Zeichnungswünsche der Privatkundschaft erfüllen.

Zugeknöpft zeigte sich der Vorstandssprecher der Deutschen Bank, die dem Erben Friedrich Karl Flick im letzten Dezember den damaligen Gesamtkonzern zum „Quasi-Festpreis" von circa fünf Mrd. DM mit eigenem Verwertungsrisiko abkaufte, über den Gewinn der Bank aus dieser Transaktion. Er deutete lediglich an, daß es für Flick nach erfolgreichem Abschluß der Groß-Plazierung einen „fairen Nachschlag" geben werde. Aus dem Verkauf Daimler/Gerling/Grace wurden abzüglich Nebenkosten 5,4 Mrd. DM erzielt und darauf 2,2 Mrd. DM Steuern gezahlt. Ein Nettoerlös-Rest von 450 Mill. DM (Buchwert dieser Beteiligungen) verblieb der neuen Holding Feldmühle Nobel AG, die ihr Leben als Publikumsgesellschaft „nettoschuldenfrei" beginnen kann.

EG–USA

Handelskrieg wird bis zum Gipfel vorerst ausgesetzt

WILHELM HADLER, Luxemburg

Mit dem amerikanisch-europäischen Konflikt im Agrarhandel haben sich gestern die Außenminister der EG in Luxemburg beschäftigt. Dabei wurde deutlich, daß die Gemeinschaft und Washington zumindest bis zum Weltwirtschaftsgipfel (4. und 5. Mai) eine weitere Zuspitzung des Streits vermeiden wollen.

Bei Gesprächen mit dem US-Handelsbeauftragten Clayton Yeutter hatte der Brüsseler Außenkommissar Willy de Clercq am Wochenende festgestellt, daß die Amerikaner nach wie vor hart auf Gegenkonzessionen der EG für die durch den Beitritt Portugals und Spaniens entstandenen Nachteile bei ihren Agrarexporten beharren, in der Form jedoch flexibel sind. Die Außenminister verzichteten ihrerseits gestern darauf, über die Liste möglicher Gegenmaßnahmen der Gemeinschaft näher zu diskutieren.

Als Entgegenkommen der US-Administration wurde in Luxemburg die Bereitschaft bewertet, die im Zusammenhang mit dem spanischen Beitritt entstandenen Streitfragen im Rahmen der im Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen (Gatt) vorgesehenen Konsultationen zu regeln.

Allerdings dringen die amerikanischen Unterhändler nicht nur auf schnelle Kompensationen (vor dem 1. Juli), sondern wollen sich offenbar auch die Vorteile im gewerblichen Bereich nicht auf Handelsverluste im Agraraustausch anrechnen lassen.

Die Gemeinschaft hatte bisher stets argumentiert, daß die USA im ganzen gesehen Vorteile der EG-Erweiterung haben. Sie beruft sich darauf, daß die durchschnittliche Zollbelastung für Lieferungen in die iberischen Länder nach der Übernahme des gemeinsamen Außenzolls durch Madrid und Lissabon von 15 auf fünf Prozent sinke.

Demgegenüber macht Washington geltend, daß seine Agrarexporte nach Spanien (durch die Ersetzung des bisherigen Zolls für Mais und Sorghum durch variable Abschöpfungen) mit sofortiger Wirkung belastet würden. Darauf antwortet Brüssel, eine Beeinträchtigung der US-Lieferungen sei in der Praxis unwahrscheinlich, weil die Gemeinschaft nach wie vor einen Importbedarf für beide Erzeugnisse habe.

Am explosivsten ist jedoch gegenwärtig der Streitfall über die Lieferungen nach Portugal: Hier hat die Gemeinschaft in den Beitrittsverhandlungen vereinbart, daß ihr während der Übergangszeit ein bestimmter Anteil am Getreidemarkt (15 Prozent) in Portugal reserviert wird und daß die Soja-Importe wie bisher kontrolliert werden.

Einseitige Gegenmaßnahmen der USA (auf die die EG antworten würde) waren ursprünglich für Anfang Mai angekündigt worden. Wegen des Weltwirtschaftsgipfels dürften sie nun zumindest bis danach verzögert werden.

Rationalisierung und Moral

Von JOACHIM WEBER

Daß der Rationalisierung, jener inzwischen wohl wichtigsten aller unternehmerischen Überlebensstrategien, immer wieder der Stempel des Unmoralischen aufgedrückt wird, daran hat man sich schon beinahe gewöhnt. So sehr sogar, daß selbst mancher Unternehmer eher verschämt als stolz von Rationalisierungserfolgen berichtet – gewünschter Effekt einer Dauerberieselung mit monokausalen Zusammenhängen nach dem Muster „Computer vernichten Arbeitsplätze".

Nicht nur, weil derlei Kurzschluß-Argumentation a priori unsinnig ist, gibt es keinerlei Grund zu schlechtem Gewissen: Rationalisierung findet in den meisten Fällen erst unter Druck statt, dann nämlich, wenn ein Unternehmen in der Klemme zwischen steigenden Kosten (im Wohlstandsland Bundesrepublik ganz wesentlich Lohn- und Sozialkosten) und dem Preisdruck der kostengünstiger produzierenden Konkurrenz seine Gewinne (und damit seine Investitions-, sprich: Erneuerungsfähigkeit) dahinschwinden und allmählich in Richtung der roten Zahlen abgleiten sieht.

Wenn sich die äußeren Rahmenbedingungen nicht mehr verändern lassen, bleibt als Ausweg nur der Griff zu den inneren Reserven. Erzwungen wird er zu allererst von denen, die ihn dann kritisieren: Gewerkschaftlern und Sozialpolitikern. Sie übersehen auch gar zu gerne, daß Rationalisierung häufig nur ein Nachholen jener organisatorischen Straffung ist, die in guten Zeiten versäumt wurde.

Doch selbst die vergleichsweise wenigen Unternehmenslenker, die klug und mutig genug sind, schon in den fetteren Jahren vorbeugend zu rationalisieren, haben keinen Grund zur Scham: Antizyklisch bewältigen sie das Problem um einiges schmerzloser, und schließlich geht es auch ihnen ums langfristige Überleben des von ihnen gesteuerten Organismus, um die Erhaltung der Arbeitsplätze.

Ihnen Gewinnmaximierung als Selbstzweck vorzuwerfen, ist in aller Regel vorsätzliche Diffamierung – die Praxis zeigt, daß gerade Unternehmen mit vorausschauender Überlebensstrategie ihre Gewinne größtenteils in den eigenen Aufbau und damit auch in neue Beschäftigungsmöglichkeiten stecken. Zudem geht es nur selten um Ertragssteigerungen, sondern darum, ein – in Deutschland nirgendwo exorbitant hohes – Gewinniveau zu verteidigen oder gar wiederzuerlangen.

Im Streit um die Rationalisierungsmoral ist nun noch eine weitere Facette hinzugekommen. In der Auseinandersetzung um den Paragraphen 116 tischte die IG Metall – ohne jede satirische Absicht – das Argument auf, die Unternehmen hätten sich in der ihnen eigenen unersättlichen Gewinnsucht selbst in die Klemme der Arbeitsunfähigkeit durch streikbedingt fehlende Zulieferungen hineinmanövriert, indem sie ihre Lagerhaltung (entgegen aller geltenden Moral, wie wiederum zwischen den Zeilen suggeriert wurde) zu minimieren versuchten.

Der dialektische Purzelbaum ist gründlich mißlungen. Denn konnte man der klassischen Rationalisierung zumindest bei kurzfristiger Betrachtung noch „Arbeitsplatzvernichtung" vorwerfen, so erweist sich der harte Griff in die Materialwirtschaft als nahezu beschäftigungsneutral. In den meisten Fällen erfordert er sogar einen höheren Personaleinsatz zur präzisen Steuerung der Warenströme.

Gespart wird hier nur an der Kapitalbindung, das allerdings gründlich. Darunter leiden schlimmstenfalls die Banken – und um sie hat sich bislang noch kein Gewerkschafter ernsthafte Sorgen gemacht.

Zudem muß man es ganz klar sehen: Wenn das Maß der sinnvollen Rationalisierung durch Automation, Produktionsverkettung, konstruktive Vereinfachung und ähnliches ausgeschöpft ist und der Druck von außen nicht nachläßt, dann geht es ans Eingemachte. Und in der Materialwirtschaft, über viele Jahre hinweg sträflich vernachlässigt (und bei der Mehrheit deutscher Unternehmen nach wie vor mit dem Prädikat „schlampig" zu versehen – das ist der einzige Vorwurf, der zutreffen würde) liegen noch die größten Reserven brach. Diese Halden wirtschaftlicher Leistung in Milliardenhöhe zu aktivieren, ist auch eine volkswirtschaftliche Aufgabe.

AUF EIN WORT



„Dirigismus und Bürokratie im Wirtschaftsablauf mögen kurzfristige Scheinerfolge produzieren können, längerfristig sind sie zum Mißerfolg verurteilt."

Dr. Oscar Schneider, Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau.
FOTO: RICHARD SCHULZE-VORBERG

Börsen stimmen für eine Reform

rtr, Frankfurt

Die Arbeitsgemeinschaft deutscher Wertpapierbörsen hat einstimmig dem neuen Statut der Arbeitsgemeinschaft und damit einem Reformkonzept für das deutsche Börsenwesen zugestimmt. Dies teilte die Arbeitsgemeinschaft nach den Beratungen gestern mit. Das Reformkonzept, das im Entwurf bereits im März von der Frankfurter Börse angenommen worden war, verschafft der Arbeitsgemeinschaft ein Hauptquartier in Frankfurt und gibt ihr Befugnisse zur Abwicklung überregionaler und internationaler Angelegenheiten. Die Unabhängigkeit der acht deutschen Börsen bleibt erhalten.

DEVISENMARKT

Nach Diskontsenkung steht Dollar weltweit unter Druck

cd. Frankfurt

Der Dollar hat gestern zum zweiten Mal in diesem Jahr für kurze Zeit die Marke von 2,20 DM nach unten durchbrochen, sich aber anschließend wieder erholt. Der amtliche Kurs ging von 2,2240 auf 2,2053 DM und somit auf den niedrigsten Stand seit Ende November 1981 zurück. Besonders stark stand der Dollar nach der amerikanischen Diskontsenkung trotz eines Gleichziehens der japanischen Zentralbank in Japan unter Druck.

Obwohl die Notenbank dort versuchte, mit dem Kauf von 1,5 Milliarden Dollar, dem bisher höchsten Interventionsbetrag, eine weitere Aufwertung des Yen zu stoppen, fiel der Dollar von 176 auf knapp 172 Yen. nach Meinung von Händlern dürfte er sich jetzt auf 165 Yen hinbewegen. In der Bundesrepublik befestigte sich die japanische Währung daraufhin von 1,2725 auf 1,2845 DM.

In Europa, wo der Dollarkurs morgens bis auf 2,1950 DM gesunken war, kam der Rückgang ohne Notenbankinterventionen zum Stillstand. Einen deutlicheren Abfall auf 2,15 DM erwarten Devisenhändler, wenn die „charttechnische Widerstandsmarke" von 2,18 DM unterschritten wird. Von der weiteren Dollarentwicklung wird es nach Meinung des Marktes auch abhängen, ob und wann die Bundesbank neue Zinssenkungsinitiativen ergreift.

Die gestrige Dollarabschwächung wirkte sich lähmend auf die Aktienbörse aus, wo exportorientierte Papiere wie Auto-, Maschinenbau- und Großchemieaktien zum Teil größere Kursverluste erlitten. Auch Renten tendierten mit Einbußen bis zu 50 Pfennig leichter.

STEUERPOLITIK

Opposition knüpft an eine weitere Reform Bedingungen

HH. Bonn

Die SPD-Bundestagsfraktion ist mit der von Finanzminister Stoltenberg schon für 1988 erwogenen weiteren Erhöhung des Grundfreibetrags einverstanden. Ihre Finanzpolitiker Apel und Spöri knüpften diese Zusage gestern vor Journalisten jedoch an die Bedingung, daß das Entlastungsvolumen der zweiten Stufe der Steuersenkung unverändert bei den beschlossenen knapp 10 Milliarden Mark verbleibe.

Die von der Koalition geplante Senkung des Spitzensteuersatzes treffe dagegen auf den „entschiedenen Widerstand" der SPD. Als „persönliche Meinung" fügte Apel hinzu, daß mit der von der SPD geplanten Verlängerung der unteren Proportionalzone (heute 22 Prozent auf zu versteuernde Jahreseinkommen bis 18 000/36 000 Mark für Ledige/Verheiratete) der Spitzensteuersatz von 56 Prozent erst bei höheren Jahreseinkommen erreicht werde (heute 130 000/260 000). Die Körperschaftsteuer soll unverändert bleiben. Die Vermögensteuer will die SPD mit dem Ziel ändern, Doppelbelastungen für Körperschaften zu beseitigen.

Auf den Widerstand der SPD stoßen auch angebliche Regierungspläne, die Steuerreform der nächsten Legislatur mit höheren indirekten Steuern zu finanzieren. Spöri will aus einem vertraulichen Papier des Finanzministeriums erfahren haben, Stoltenberg plane im Zuge der EG-Steuerharmonisierung eine Anhebung der Mehrwertsteuer um einen Punkt (etwa 8 Milliarden Mark) sowie weitere Erhöhungen, die zu Mehreinnahmen von rund 6 Milliarden Mark bei der Branntwein-, Bier- und Mineralöl- sowie einer neu zu schaffenden Weinsteuer führen sollen.

WIRTSCHAFTS-JOURNAL

BDI warnt vor Computer-Überwachung

Köln (dpa/VWD) – Der Bundesverband der deutschen Industrie (BDI) in Köln hat gestern vor den Gefahren einer Computer-Überwachung an den europäischen Binnengrenzen gewarnt. Von der EG-Kommision war nach Darstellung des BDI ein europaweites Verbundsystem von Verwaltungs- und Wirtschaftscomputern vorgeschlagen worden. Dies ziele darauf ab, Verwaltungsverfahren in den Bereichen Zoll-, Handels- und Agrarpolitik innerhalb der Gemeinschaft und gegenüber Drittländern zu automatisieren. Es widerspreche jedoch dem Sinn eines echten gemeinsamen Marktes, wenn physische Kontrollen an den Binnengrenzen abgeschafft würden, während gleichzeitig ein elektronisches Überwachungssystem installiert werde, erklärte der BDI.

Bankservice in Mexiko

Fankfurt (cd.) – Einen Bargeldauszahlungsservice für Eurocheques während der Fußballweltmeisterschaften in Mexiko bieten die Filialen der mexikanischen Bank „Bancomer" vom 16. bis zum 13. Juli in allen Spielorten an. Pro Eurocheque wird der Gegenwert von 130 US-Dollar in Pesos ausgezahlt. Im kanadischen Vancouver offeriert die Royal Bank of Canada während der „Expo 86" die Barauszahlung von bis zu 200 kanadischen Dollar je Eurocheque. In beiden Ländern werden Eurocheques sonst nicht akzeptiert.

Einigung in Sicht

Genf (dpa/VWD) – Die zähen Verhandlungen der 13 Minister der Organisation erdölexportierender Länder (Opec) schienen sich gestern, dem siebten Tag der zweiten Phase ihrer Sonderkonferenz in Genf, einem Ergebnis zu nähern. Es wurde angedeutet, daß zehn der 13 Minister sich auf eine Gesamtförderquote des Kartells von 16,3 Mill. Barrel (je 159 Liter) pro Tag geeinigt haben, die bis zum September eingehalten werden soll. Anschließend sollen bis zum Jahresende 17,2 Mill. täglich gefördert werden.

Consulting-Firmen stabil

Bonn (HH) – Die deutschen Consulting-Firmen haben 1985 Honorareinnahmen von 2,06 Mrd. DM erzielt. Wie der Verband unabhängig beratender Ingenieurfirmen (VUBI) mitteilt, hat sich der Umsatz damit – etwa je zur Hälfte In- und Auslandsprojekte – auf diesem Niveau in den letzten Jahren stabilisiert. Der Auftragseingang 1985 lag mit knapp 2,3 Mrd. DM um zwei Prozent über dem Vorjahr. Nach Angaben des VUBI-Vorsitzenden, Schnieders, sind zur Zeit 110 deutsche Consulting-Firmen in 136 Ländern an rund 2000 Projekten beteiligt.

30jährige EIB-Anleihe

Frankfurt (cd.) – Die Europäische Investitionsbank (EIB), Luxemburg, begibt über ein internationales Konsortium unter Führung der DG Bank eine 5,75prozentige Anleihe über 150 Mill. DM mit 30jähriger Laufzeit zu pari. Die Börseneinführung ist in Frankfurt vorgesehen.

Öffnung erwogen

Frankfurt (Wb.) – Die Führungsspitze der Gewerkschaftsholding Beteiligungsgesellschaft für Gemeinwirtschaft (BGAG), denkt darüber nach, ihre Töchter Bank für Gemeinwirtschaft (BfG) und die Volksfürsorge Versicherungsgruppe einem breiteren Publikum zur Kapitalbeteiligung zu öffnen. Während bei der Volksfürsorge die Emission von Aktien erwogen wird, steht bei der BfG auch die Ausgabe von Genußscheinen zur Debatte. Beide Maßnahmen seien allerdings erst in einem bis eineinhalb Jahren zu erwarten, so BGAG-Chef Alfons Lappas.

CHEMIE

Streitgespräch Industrie und SPD mit Annäherung

A. G. Bonn

Eine teilweise Überbrückung der anfänglich tiefen Meinungsunterschiede über die Notwendigkeit einer noch stärkeren Berücksichtigung des Umweltschutzes im Chemiebereich brachte gestern ein Streitgespräch im Bonner Erich-Ollenhauer-Haus zwischen dem Vorstandsmitglied der Bayer-AG, Professor Eberhard Weise, und dem Umwelt-Experten der SPD-Bundestagsfraktion, Ex-Forschungsminister Volker Hauff.

Ausgangspunkt war das von der SPD unlängst in den Bundestag eingebrachte Konzept für eine „umwelt- und gesundheitsverträgliche Chemiepolitik", das von der chemischen Industrie als „unrealistisch und verfehlt" abgelehnt wird. Während Weise eingangs von einer „Chemieverhinderungs- und Sündenbockpolitik" sprach und insbesondere „ideologische Verfälschungen" und Dirigismen anprangerte, forderte Hauff mehr Risikovorsorge. Chemiepolitische Vorsorge heiße, daß schon bei Verdacht auf Gesundheits- und Umweltgefahren gehandelt werden müsse. Die ökologische Modernisierung der chemischen Industrie, so die Suche nach Ersatzstoffen für gefährliche Chemikalien, sei ein Stück Daseinsvorsorge.

Einig waren sich schließlich beide Gesprächspartner, daß man künftig an einer verschuldensunabhängigen Haftung nicht vorbeikomme und daß die Sanierung der Altlasten bundeseinheitlich geregelt werden müßte. Während Hauff einen „Entgiftungsbeitrag" in Form einer Abgabe auf Sondermüll forderte, sprach sich Weise für eine Gemeinschaftsaktion zwischen Bund, Land, Kommunen und Industrie aus.

LUFTVERKEHR / Europäischer Gerichtshof prüft Preisgestaltung der Gesellschaften

Sind die Iata-Flugtarife nichtig?

DW. Bonn

Sind die Absprachen der Luftverkehrsgesellschaften über einheitliche Flugtarife in Europa mit den Wettbewerbsregeln im EWG-Vertrag vereinbar? Wenn nicht, sind die Iata-Tarife dann trotz Genehmigung durch die nationalen Behörden nichtig? Mit diesen Fragen wird sich in Kürze der Europäische Gerichtshof in Luxemburg beschäftigen, dem sowohl der deutsche Bundesgerichtshof als auch das Polizeigericht in Paris einen entsprechenden Fall zur Vorabentscheidung vorgelegt haben. Dabei soll geklärt werden, ob die Tarife gegen das Verbot abgestimmter Verhaltensweisen verstoßen und ob ihre Anwendung ausschließlich für Linienflüge als Ausnutzung einer marktbeherrschenden Stellung zu werten ist.

Das Problem war entstanden, nachdem die Zentrale zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs ein Reisebüro verklagt hatte, weil es „Weichwährungs-Flugscheine" verkaufte, um das Währungs- und Tarifgefälle zwischen der Bundesrepublik Deutschland und anderen Ländern durch das Auseinanderfallen von Iata-Verrechnungspreisen und offiziellen Wechselkursen auszunutzen.

Die Zentrale hielt dies für unlauter; vom zuständigen Landgericht wurde dem Reiseunternehmen untersagt, weiter Weichwährungs-Flugscheine zu verkaufen. In der Berufung wurde das Urteil unter Hinweis auf die vom Bundesminister für Verkehr genehmigten Tarife und das Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb bestätigt.

Dem Bundesgerichtshof sind indes Zweifel gekommen, ob diese Tarife mit den Römischen Verträgen vereinbar sind. Nach deutschem Recht sei freilich die Beförderung von Passagieren mit Weichwährungs-Tickets unzulässig: Vom einmal genehmigten dürfe sowohl im Inlands- als auch im Auslandsverkehr nicht mehr abgewichen werden. Die Genehmigungen selbst sind nach Ansicht der Bundesrichter auch kein Verstoß gegen deutsches Kartellrecht.

Der Generalanwalt beim Europäischen Gerichtshof, Carl Otto Lenz, hat in seinem Schlußantrag die Bedenken des Bundesgerichtshofs bestätigt. Nach seiner Auffassung sind nationale Bestimmungen, die die behördliche Genehmigung von Flugtarifen vorschreiben, dann ein Verstoß gegen die Wettbewerbsregeln, wenn die vorherige Abstimmung der Tarife zwischen den Fluggesellschaften nicht zuvor vom Kartellverbot freigestellt worden ist.

Das heißt freilich nicht, daß die Europa-Richter diese Meinung teilen werden: Der Generalanwalt ist zwar einem Richter gleichgestellt, äußert im Schlußantrag jedoch seine persönliche Meinung und nicht notwendigerweise die des Gerichts. Das Urteil soll in Kürze gefällt werden.

JAPAN

Zentralbank stützt Dollar

dpa/VWD, Tokio

Wegen der angespannten Finanzlage der öffentlichen Haushalte wird die japanische Regierung ihre Sparmaßnahmen im Haushaltsjahr 1987 fortsetzen. Das kündigte Finanzminister Takeshita an. Das weitere Wirtschaftswachstum werde weitgehend von der Inlandsnachfrage getragen, die nach der jüngsten Diskontsenkung zusätzlich angeregt werden dürfte. Dabei sei weiterhin mit einem relativ stabilen Preisniveau zu rechnen, erklärte Takeshita vor Führungskräften der regionalen Finanzbehörden. Der Anstieg des Yen und sinkende Ölpreise würden das Wachstum ebenfalls fördern. Er bekräftigte erneut, daß die Regierung mit mehreren Aktionsprogrammen zur Marktöffnung und zur Anregung der Inlandsnachfrage den Abbau des Handelsüberschusses fördern werde.

Kleinere Finanzinstitute können laut Takeshita mit Unterstützung der Regierung rechnen, wenn sie aufgrund der weiteren Liberalisierung der Finanzmärkte und der stärkeren internationalen Verwendung des Yen in Bedrängnis kommen sollten.

Mit dem Inkrafttreten der jüngsten Senkung des japanischen Diskontsatzes war gestern erneut über eine weitere Ermäßigung des Leitzinses spekuliert worden. Aus Kreisen der Regierung verlautete, die Zentralbank könne wegen der starken Aufwertung des Yens gegenüber dem US-Dollar schon nach dem Weltwirtschaftsgipfel in Tokio Anfang Mai erneut den Diskontsatz zurücknehmen. Am Wochenende hatte die Zentralbank den Diskontsatz um einen halben Punkt auf 3,5 Prozent gesenkt.

Ministerpräsident Yasuhiro Nakasone deutete gestern an, Japan werde künftig stärker auf dem Devisenmarkt intervenieren, um unerwünschten Fluktuationen der Wechselkurse entgegenzutreten. Die Worte untermauerten gestern die Eingriffe der japanischen Zentralbank. Rund 1,5 Milliarden Dollar kaufte sie, um die US-Währung auf dem Tokioter Devisenmarkt zu stützen. Dies war die bisher stärkste Intervention der japanischen Zentralbank, um einem Kursrückgang des Dollar gegenüber dem Yen entgegen zu wirken. Starke Kursschwankungen müßten vermieden werden, sagte Nakasone. Finanzminister Noboru Takeshita hält den Dollarsturz jedoch nicht für unkontrollierbar.

ITALIEN / TV-Sender kämpfen um schrumpfende Werbeetats – Sinkende Preise für einzelnen Spot mindern Einnahmen

Privatfernsehen breitet sich über Europa aus

GÜNTHER DEPAS, Mailand

Der italienische Fernsehpapst Silvio Berlusconi ist dabei, seine Aktivitäten im europäischen Fernsehgeschäft auszudehnen. Mit den acht spanischen Verlegern, die gegenwärtig um die erste der drei von der spanischen Regierung genehmigten privaten Fernsehkonzessionen ringen, ist Berlusconi einer eigenen Erklärung zufolge, wegen einer Kooperation bereits im Gespräch. Dabei kommt ihm zugute, daß er vor kurzem in Madrid für sechs Milliarden Lire (knapp neun Millionen DM) die „Estudios Roma" erworben hat, die Filme fürs Fernsehen herstellen.

Vor allem seiner Initiative ist es auch zu verdanken, daß kürzlich zwischen der deutschen Taurus, dem britischen Verleger Robert Maxwell, einer spanischen Gesellschaft und dem von Silvio Berlusconi und seinem Partner Jerome Seydoux betriebenen ersten französischen Privatfernsehen „Canal Cinq" das erste europäische *Fernsehkonsortium* entstanden ist. Das Konsortium wird über einen der drei Kanäle des französischen Fernsehsatelliten senden, der im November dieses Jahres auf Umlaufbahn gehen wird. Vorerst sind 18 Sendestunden am Tag in allen EG-Sprachen vorgesehen. Mit den Sendungen soll Anfang 1987 begonnen werden.

Die Aktivität, die der Mailänder Silvio Berlusconi in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft entwikkelt, soll nicht nur einen gemeinsamen Wirtschafts- und Kulturraum unterstützen, der auch eines die Länder überschreitenden Fernsehens bedarf, sondern folgt auch der Einsicht, daß Italien für das italienische Privatfernsehen zu eng zu werden beginnt.

2000 Kunden schalten

Zwar hat die heute mit Abstand größte private Fernsehgesellschaft Italiens, die Mailänder Firma Fininvest von Silvio Berlusconi fast 2000 Werbekunden gegenüber 300, mit denen die staatliche Rundfunk- und Fernsehgesellschaft RAI-TV auszukommen hat. Die scharfe Konkurrenz um Werbespots bringt es aber mit sich, daß die Preise in den Keller gesunken sind. Durchschnittlich betragen sie nur ein Viertel derjenigen in den USA und in Großbritannien. Die Folge davon ist, daß das aus den Sendern Canale Cinque, Italia Uno und Retequattro bestehende Berlusconi-Netz im vergangenen Jahr nur 850 Milliarden Lire für Werbung kassierte, gegenüber 2200 Milliarden Lire, die *aufgrund der Listenpreise* und der zur Verfügung gestellten Werbezeiten eigentlich hätten eingenommen werden müssen.

Insgesamt betrug das gesamte Werbevolumen im vergangenen Jahr in Italien beinahe 1900 Milliarden Lire, wovon 46,2 Prozent auf das Fernsehen, 43,3 Prozent auf die Presse und der Rest auf die übrigen Medien entfielen. An der inzwischen überragenden Rolle der Mattscheibe wird sich den Experten zufolge auch im laufenden Jahr *nichts* wesentlich ändern, auch wenn 1986 im Falle des Werbefernsehens nur mit einer Steigerung von 2,2 Prozent gerechnet wird, gegenüber einer Zunahme der gesamten Werbeausgaben von 3,5 Prozent.

Da die Inflation in diesem Jahr voraussichtlich bei sechs Prozent liegen wird, gegenüber knapp neun Prozent im vergangenen Jahr, bedeutet dies, daß real der gesamte Werbekuchen etwas schrumpfen wird. Im Falle des Fernsehens wird dazu auch eine gewisse Selbstbeschränkung eine Rolle spielen, die sich die Sendegesellschaften auferlegt haben.

Kritik an Werbezeit

Ausgangspunkt ist dafür die Kritik an der in den letzten Jahren eskalierten Zahl von Werbespots. Wie aus Untersuchungen des Verbandes der italienischen Werbetreibenden (UPA) in Mailand hervorgeht, ist das private Fernsehen noch werbeintensiver als in den USA. Für ein besseres Gleichgewicht zwischen Werbe- und sonstigen Sendungen tritt inzwischen auch die Wirtschaft selbst ein. Sie verspricht sich von der Verminderung der Werbeeinlagen auf höchstens zehn bis zwölf Prozent der Gesamtsendezeit (gegenüber 20 bis 25 Prozent in der zweiten Hälfte 1985) eine schärfere Selektion und eine bessere Qualität. Auch diese Sendegesellschaften selbst sind überzeugt, auf die Dauer mehr Nutzen als Schaden aus einer Reglementierung zu ziehen.

GROSSBRITANNIEN / Pkw-Hersteller werden geschont

Japan begrenzt Auto-Export

fu, London

Erneut hat die britische Automobilindustrie die Japaner dazu überreden können, sich mit Autoexporten nach Großbritannien zurückzuhalten. Mit dieser Selbstbeschränkung im Export von Neuwagen auf den britischen Markt verpflichten sich die japanischen Automobilhersteller, auch 1986 ihren Anteil am britischen Neuwagenmarkt auf maximal elf Prozent zu beschränken.

Das Selbstbeschränkungsabkommen im japanischen Pkw-Export war zwischen London und Tokio erstmals 1975 abgeschlossen worden. Auf diplomatischen Druck der britischen Regierung hin erklärten sich die japanischen Automobilhersteller damals bereit, ihren Anteil am britischen Neuwagenmarkt zunächst für drei Jahre auf elf Prozent zu beschränken. Damit sollte dem staatlichen Automobilkonzern British Leyland Luft verschafft werden, sich aus seiner verzweifelten Situation zu befreien.

Doch seither wird das Selbstbeschränkungsabkommen Jahr für Jahr aufs neue vereinbart. Zum Wochenbeginn haben führende Vertreter des britischen Automobilbau- und Händlerverbandes SMMT ihren japanischen Kollegen erklärt, daß sich die Neuwagenverkäufe in Großbritannien in diesem Jahr gegenüber dem Rekord-Vorjahr leicht abschwächen dürften, nämlich von 1,83 auf 1,82 Mill. Pkw. Für 1987 erwartet der Verband aufgrund einer zyklischen Abschwächung insbesondere im Firmenwagen-Bereich sogar einen Rückgang auf 1,785 Mill. Neuwagen.

Aufgrund dieser Angaben planen die japanischen Hersteller ihre Exportkontingente nach Großbritannien, wobei Überschreitungen der elfprozentigen Beschränkung stillschweigend toleriert werden, sofern sie sich im Rahmen halten. Das informelle Abkommen zwischen der japanischen und britischen Automobilindustrie schließt auch leichte Nutzfahrzeuge ein. In diesem Bereich erwarten die britischen Automobilhersteller ebenfalls einen leichten Rückgang des Neuwagen-Absatzes in diesem Jahr, nämlich von 228 500 auf 227 000. Dafür soll die Nachfrage im kommenden Jahr wieder leicht anziehen.

NIEDERLANDE / Arbeitslosigkeit drängt gute Wirtschaftsdaten in den Hintergrund

Sinkende Erdgaspreise hemmen Wachstum

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Der Preisverfall am internationalen Energiemarkt bringt dem Erdgas- und Ölexporteur Holland bedeutende Devisenausfälle und Wachstumsverluste. Obwohl sich die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Landes in anderen Bereichen weiter verbessert hat, dürfte sich 1986 (1985) das reale Wachstum seiner gesamten Ausfuhr auf 1,7 (4,7) Prozent und seines Bruttosozialprodukts auf 1,1 (2,1) Prozent vermindern, heißt es im Holland-Bericht der OECD. Dabei sind die sinkenden Energiepreise der letzten Wochen noch nicht in Rechnung gestellt.

Der Überschuß der holländischen Leistungsbilanz wird ohne Berücksichtigung der jüngsten Guldenaufwertung auf 15 (18,7) Milliarden Gulden veranschlagt, könnte aber auf Dollarbasis leicht zunehmen. Günstig eingeschätzt wird auch die Preisentwicklung. Wie für die Bundesrepublik erwartet die OECD einen Rückgang der Inflationsrate von 2,3 auf praktisch null Prozent, obwohl zum ersten Mal seit zwei Jahren die Reallöhne wieder steigen.

Bei leicht verbesserter Spartätigkeit wird sich der Anstieg des privaten Verbrauchs auf drei (1,5) Prozent verdoppeln, und trotz des weiter rückläufigen Wohnungsbaus wird sich die gesamte Investitionstätigkeit um 2,9 (2,5) Prozent erhöhen. Die *OECD errechnet daraus eine Zunahme* der Binnennachfrage um 2,4 (1,9) Prozent. Der Anstieg der Importe würde aber mit real 3,5 (5,7) Prozent geringer ausfallen als im Vorjahr.

Obwohl sich die Arbeitslosigkeit seit Anfang letzten Jahres etwas zurückgebildet hat, liegt sie mit 14 Prozent der aktiven Bevölkerung immer noch erheblich über dem OECD-Durchschnitt. Dies ist das größte Problem der Niederlande, heißt es in dem Bericht. Aber wegen des hohen Budgetdefizits könne die Regierung nicht durch konjunkturpolitische Maßnahmen die Beschäftigungslage verbessern. Übrigens sei die extreme Arbeitslosenquote hauptsächlich strukturell bedingt.

So empfiehlt die OECD den Holländern, die Defizite des Staatshaushalts und der Sozialversicherung zu reduzieren. Angesichts der gewaltigen öffentlichen Schulden, die etwa die Hälfte des Bruttosozialprodukts erreichen und deren Verzinsung den Haushalt schwer belasten, dürfte das aber sehr schwierig sein, zumal die Steuern in den Niederlanden kaum noch erhöht werden könnten.

Auch verbietet sich bei der sehr großen Liquidität des Bankensektors eine Lockerung der Geldpolitik, da die Zinssätze bereits weit unter das internationale Niveau gebracht worden sind. Deshalb käme als Konjunkturstütze nur eine „autonome" Expansion des privaten Wirtschaftssektors in Frage. Dies setze eine von der Erdgas- und Erdölförderung unabhängigere Restrukturierungspolitik voraus. Wie andere Öl- und Erdgasproduzenten der OECD hat auch Holland in den letzten Jahren seine anderen Wirtschaftszweige vernachlässigt. Die ihnen vom Staat bereitgestellten Mittel seien bescheiden.

Israels Finanzwelt unter Anklage

dpa/VWD, Tel Aviv

Der Untersuchungsbericht über einen Börsenkrach im Jahre 1983 erschüttert Israels Finanzwelt. Der Report einer unabhängigen staatlichen Kommission fordert eine Neuordnung des israelischen Bank- und Börsensystems sowie den Rücktritt des Präsidenten der Zentralbank, Mosche Mandelbaum, und die Demission der Generaldirektoren der vier führenden israelischen Banken innerhalb von 30 Tagen. Zahlreichen Bankiers wird Börsenmanipulation vorgeworfen. Der Direktor der zweitgrößten israelischen Bank, der Hapoalim-Bank, Giora Gasit, hat schon die Konsequenzen gezogen und ist gestern zurückgetreten.

Bei dem Börsenkrach 1983 hatten viele tausend Israelis mehrere hundert Millionen DM verloren. Die israelischen Banken hatten dem Kommissionsbericht zufolge mit dem Aufkauf ihrer eigenen Aktien die Kurse künstlich in die Höhe getrieben und die Gewinne kassiert. Als eines Tages die Kurse zusammenbrachen, büßten die Aktionäre erhebliche Summen ein.

PATENTRECHT / London plant umfassende Reform

Mehr Schutz für Erfinder

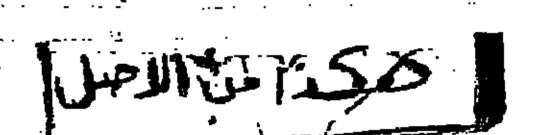
fu. London

Die britische Regierung hat einen Gesetzentwurf vorgelegt, mit dem zum ersten Mal seit 30 Jahren umfassende Reformen des Patent- und Urheberrechtes für einen verbesserten Schutz technologischer und wissenschaftlicher Erfindungen und Innovationen eingeführt werden sollen. Das entsprechende „Weißpapier" mit dem Titel „Geistiges Eigentum und Erfindungen" enthält Regierungsvorschläge von der Einführung einer Abgabe beim Kauf leerer Tonband-Cassetten bis zu vereinfachten und verbilligten Patent-Prozeßverfahren. Darüber hinaus soll das Patentamt eine eigenständige Einrichtung unabhängig vom britischen Staatsdienst werden.

Dem Gesetzentwurf zufolge plant London einen zehnjährigen Schutz für „funktionsbedingte Gebrauchsmuster". Mit diesem nicht eingetragenen Urhebetrecht sollen etwa Autoersatzteile für zehn Jahre vor Nachbildungen geschützt werden. Der Gebrauchsmuster-Schutz, der anders als in der Bundesrepublik in Großbritannien nicht besteht, soll nur für Produkte gelten, die zuerst in der EG abgesetzt werden und von einem Staatsbürger eines EG-Landes entwickelt worden sind, oder die aus Ländern stammen, in denen britische Erfindungen geschützt werden.

Diese Initiative richtet sich gegen Länder, die britische Produkte kopieren. Denn wie das Handelsministerium betont, wird es britischen Unternehmen freigestellt, funktionsbedingte, urheberrechtliche Gebrauchsmuster aus Ländern wie Japan nachzufertigen, die solche britischen Entwicklungen nicht schützen.

Während diese Vorschläge und die Bekräftigung, daß Computer-Programme unter den Schutz des reformierten Patent- und Urheberrechts gestellt werden, von der britischen Wirtschaft einhellig begrüßt werden, stößt die geplante Erhebung einer zehnprozentigen Abgabe beim Kauf leerer Tonband-Cassetten mit mehr als 35minütiger Spieldauer bei den Herstellern auf Widerstand.



INTERSPORT / Positiver Trend im Eigengeschäft

Hohes Wachstumstempo

nl. Stuttgart

Die Intersport Deutschland eG, Heilbronn, größte deutsche Einkaufsgenossenschaft für den Sportartikel-Fachhandel, behält ihr hohes Wachstumstempo bei. In den ersten sechs Monaten des laufenden Geschäftsjahres 1985/86 (30. 9.) wurde ein Umsatzzuwachs von 20,4 Prozent erzielt. Dabei setze sich, wie anläßlich der Mitgliederversammlung in Bonn mitgeteilt wird, besonders der positive Trend im Eigengeschäft fort.

Der Auftragseingang für das Herbst-Winter-Geschäft liege um 25 Prozent über dem Vorjahr. Hauptsächlich der textile Bereich weise dabei eine kräftige Steigerung auf. Da man mit der Bewältigung des Auftragsvolumens Probleme habe, denn es übersteige die Lager- und Verteilungskapazitäten, ist man bemüht, die für 1987 geplante Fertigstellung einer neuen Intersport-Zentrale (Investitionsvolumen 30 Mill. DM) „unter allen Umständen einzuhalten".

Im vergangenen Geschäftsjahr 1984/85 hat die Intersport ihren Umsatz um 23,9 Prozent auf 407 Mill. DM vergrößert. Bemerkenswert ist, daß sich dabei das Eigengeschäft sogar um 41,2 Prozent auf 106 Mill. DM erhöhte. Diese Zahl belege – so die beiden Vorstandsmitglieder Hartmut Fröhlich und Hans-Carl von Schönberg-Pötting –, daß es der Versandzentrale offensichtlich gelungen sei, die Anschlußhäuser mit ihren Sortimenten zu überzeugen und an sich zu binden. Während nämlich die gesamte Sportartikel-Branche in 1985 die Umsätze lediglich um etwa 2,4 Prozent gesteigert hat, kamen die Intersport-Fachgeschäfte auf eine Zuwachsrate von 10,8 Prozent.

Besonders stolz ist man bei der Intersport darauf, daß mit der Umatzsteigerung der Zentrale auch eine erhebliche Steigerung des Betriebsergebnisses um fast 64 Prozent verbunden gewesen sei. An die Mitglieder werden 3,7 (1,3) Mill. DM ausgeschüttet, der verbleibende Reingewinn von 1,8 (0,9) Mill. DM wird den Rücklagen zugeführt. Die Intersport-Tochter Sportring GmbH & Co. KG verbuchte eine Umsatzsteigerung von 26,9 Prozent auf 114 Mill. DM, die Zentrasport GmbH & Co. KG um 20,3 Prozent auf 160,7 Mill. DM zu.

SCHWARZARBEIT / Hohe Abzüge von Bruttolöhnen senken Steuermoral – Schweden und Dänemark an der Spitze

Europas Schattenwirtschaft erhält stetigen Zulauf

ALFRED ZÄNKER, Genf

„Während in den meisten Wirtschaftszweigen der industrialisierten Welt die Phase ungestümen Wachstums vorbei ist, scheint sich allenthalben eine ‚Branche' ungetrübter Prosperität zu erfreuen: die Schattenwirtschaft." Zu diesem Schluß kommt eine Studie der Schweizerischen Bankgesellschaft in Zürich.

Die Bedeutung dieses „inoffiziellen" Sektors, der von der Nachbarschaftshilfe und Schwarzarbeit bis zur Kriminalität reicht, ist statistisch schwer zu erfassen. Doch liegen inzwischen verschiedene Berechnungen und Schätzungen vor, nach denen sich sein Anteil an der Gesamtwirtschaft seit 1960 in den meisten Ländern verdoppelt oder sogar verdreifacht hat. Damals waren es nur zwei bis fünf Prozent des Bruttosozialproduktes; heute dürften es fünf bis 15 Prozent sein.

Grob gesehen lassen sich die Industrieländer in drei Gruppen einteilen. An der Spitze mit zwölf bis 15 Prozent Schattenwirtschaft stehen Schweden, Dänemark, Belgien und Italiens „Economia Sommersa", für die bisweilen noch höhere Zahlen genannt werden. Im Mittelfeld mit etwa acht bis zwölf Prozent liegt die Bundesrepublik zusammen mit den Niederlanden, Frankreich, Österreich, Norwegen, Großbritannien, Kanada und den Vereinigten Staaten. Am unteren Ende der Skala mit fünf bis acht Prozent liegen die Schweiz, Japan und auch Spanien und Irland.

In dieser Entwicklung spiegeln sich vor allem die Auswirkungen des modernen Wohlfahrtsstaates und seiner enormen Kosten wider. Ständig steigende Steuern und Sozialbeiträge, eine zunehmende Bürokratisierung haben die Abwanderung in die Schattenwirtschaft gefördert. Selbst in der Schweiz werden Einkommen heute durch Steuern und Sozialversicherung um etwa 50 Prozent höher belastet als 1960. Gleichzeitig wurden 35 Prozent mehr Gesetze und Verordnungen geschaffen.

Auch hat der Bürger heute viel mehr Freizeit um schwarz zu arbeiten und sich so steuerfreie Einnahmen zu verschaffen. Viele Arbeitslose und Frührentner suchen die ihnen zustehenden Sozialleistungen durch Schwarzarbeit aufzubessern; die illegale Beschäftigung von den „billigen" ausländischen Arbeitskräften hat allgemein zugenommen. Überall ist die „Staatsverdrossenheit" gewachsen, die Steuermoral gesunken. Umfragen in verschiedenen Ländern zeigen, daß Schwarzarbeit und damit verbundene Steuerhinterziehung von immer mehr Bürgern als Kavaliersdelikte betrachtet werden.

Ein eindeutiger Zusammenhang besteht zwischen Steuerdruck und illegaler Beschäftigung, betont Barbara Gorsler, die Verfasserin der Bankgesellschaftsstudie. Kein Zufall, daß Länder mit den höchsten Steuerlasten auch die größte Schattenwirtschaft aufweisen. Das gilt für Schweden mit einer Steuerquote von fast 51 und Dänemark mit 47 Prozent des Nationalproduktes (laut OECD). Auch Italien mit 41 Prozent liegt relativ hoch und leidet zudem an Bürokratisierung. Die Bundesrepublik figuriert auch bei den Steuern mit 37 Prozent im Mittelfeld. Dagegen bleiben die Schweiz mit 32 und Japan und Spanien mit 27 Prozent am unteren Ende der Steuerskala.

In Ländern mit relativ langer Arbeitszeit und niedriger Arbeitslosigkeit ist die Scharzarbeit bisher am wenigsten vorgedrungen. Während die Japaner noch über 2100 Stunden, die Schweizer über 1900 Stunden im Jahr arbeiten, liegt die Sollarbeitszeit in den meisten europäischen Ländern bei 1700 bis 1800 Stunden. Die Schweiz mit weniger als einem und Japan mit 2,5 Prozent verzeichnen die niedrigste Arbeitslosigkeit der westlichen Welt.

Es hilft wenig, die Schattenwirtschaft durch „Kriminalisierung" und harte Bußen zu bekämpfen. Wirksame Maßnahmen müßten bei den tieferen Ursachen ansetzen (Steuerdruck und staatliche Reglementierung), um die „Staatsverdrossenheit" zu überwinden. Dazu sei eine größere Transparenz des Sozialstaates und seiner Kosten erforderlich, betont die Züricher Bank. Die Schweiz steht verhältnismäßig gut da, da die Eidgenossen durch Volksabstimmung und Föderalismus größeren direkten Einfluß auf die Politik haben als die Steuerzahler anderer Staaten.

FERNMELDETECHNIK

Nixdorf kooperiert mit Hagenuk

dos, Hannover

Einen Vertrag über die Zusammenarbeit im Bereich der Fernmeldetechnik haben die Nixdorf Computer AG, Paderborn, und die zum bundeseigenen Salzgitter-Konzern gehörende Hagenuk GmbH, Kiel, abgeschlossen. Wie es heißt, wird Hagenuk für Nixdorf spezielle Kommunikations-Endgeräte entwickeln und fertigen.

Der Vertrag bedeute für die Salzgitter-Tochter eine Ausweitung des Geschäftsvolumens auf ihrem traditionellen Gebiet. Nixdorf folge mit dieser Zusammenarbeit der „Strategie partieller Technologie-Kooperationen zur Ergänzung eigener Aktivitäten" und wolle das nachrichtentechnische Marktangebot erweitern.

Salzgitter-Vorstandschef Ernst Pieper hatte bereits vor einigen Wochen „Überlegungen" in dieser Richtung angekündigt. Hagenuk gehört zu den florierenden Salzgitter-Firmen und hat sich bei der Entwicklung des schnurlosen Telefons einen Namen gemacht.

Zusammen mit der Schwestergesellschaft HDW-Elektronik GmbH repräsentiert Hagenuk einen Umsatz von 277 (i. V. 258) Mill. DM. Das Stammkapital beträgt 21 Mill. DM. Um vorhandene Kapazitätsengpässe in Kiel zu beseitigen, soll die Fertigung neu geordnet und erweitert werden.

Auf Anfrage erklärte ein Salzgitter-Sprecher, daß über eine finanzielle Beteiligung Nixdorfs an Hagenuk „derzeit nicht verhandelt" werde. Von anderer Seite verlautet, daß Nixdorf eine Beteiligung von einem Drittel des Kapitals „als zweiten Schritt" des Kooperationsverrages anstrebt. Der Salzgitter-Sprecher wollte das nicht bestätigen.

ROLAND-IMPORT / Mehr Schwung bei Spirituosen

Das Weingeschäft nimmt zu

hdt. Bremen

Von der zaghaften Aufwärtsentwicklung auf dem deutschen Spirituosenmarkt profitieren einerseits die Leichtspirituosen, andererseits jedoch die ausländische Spitzenerzeugnisse. Während 1985 die heimische Spirituosen-Produktion mit einem Minus von drei Prozent noch leicht rückläufig war, stieg der Import solcher Produkte in die Bundesrepublik um rund neun Prozent. Ihr Anteil am Gesamtkonsum erreicht inzwischen fast 30 Prozent. Davon profitierte auch die Roland Marken-Import KG, Bremen, die 1985 ihren Umsatz um 15 Prozent auf 53 (46) Mill. DM verbessern konnte. Der Absatz stieg auf 3,75 (3,3) Mill. Flaschen.

Roland-Geschäftsführer Rolf Meyer-Lübcke sieht darin bestätigt, daß sich starke Marken längerfristig gegen Handelsware und No-name-Produkte durchsetzen, da diese nur vorübergehend Erfolge aufgrund ihres Neuigkeitscharakters zu verzeichnen hätten. Dabei sind es auch bei dem Bremer Unternehmen vor allem die großen internationalen Marken, die für Schwung sorgen.

Als Beweis wird der Erfolg von „Baileys" genannt, dem Irish-Cream-Likör im Roland-Programm, von dem im Vorjahr 1,85 Mill. Flaschen (plus 16 Prozent) in der Bundesrepublik abgesetzt wurden. Auch „Malibu", einer weißen Spirituose mit Kokosnuß-Aroma, sei inzwischen der Durchbruch gelungen. Vorausgesagt wird dies auch für das mexikanische Nationalgetränk „Tequila", dessen Import in die Bundesrepublik in den beiden letzten Jahren bereits um 90 Prozent auf fast 800 000 Flaschen anstieg.

Verstärken will Roland in Zukunft auch seine Aktivitäten im Weingeschäft. Die Marken in diesem Programm steuern inzwischen etwa 40 Prozent zum Gesamtumsatz bei. Gut angelaufen ist auch das neue Jahr mit einem Umsatzplus von 16 Prozent im I. Quartal.

Computerzentrum für Kleinbetriebe

dpa/VWD, St. Augustin

Die Gesellschaft für Mathematik und Datenverarbeitung mbH (GMD) – eine der 13 Großforschungseinrichtungen der Bundesrepublik – hat gestern ihr neues Mikrocomputer-Zentrum in St. Augustin bei Bonn eröffnet. Es soll vor allem kleine und mittlere Betriebe über das Angebot an Personalcomputern informieren und sie so befähigen, Informationstechnik selbstständig nach ihren speziellen Bedürfnissen auszuwählen.

Kernstück des Zentrums ist eine Ausstellung, in der im Endausbau 20 deutsche und ausländische Hersteller ihre jeweils neuesten Mikrocomputer zusammen mit den wichtigsten Programmen zeigen. Dort können sich Interessenten beraten lassen und Geräte und Programme erproben. Als eine Art „Verbraucherzentrale" bietet das Zentrum Mitarbeitern aus Betrieben, aber auch der interessierten Öffentlichkeit die Möglichkeit, sich neutral und unbeeinflußt von den kommerziellen Interessen der Hersteller und Händler beraten und schulen zu lassen.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Württfeuer stockt auf

Stuttgart (nl.) – Unter Ausnutzung eines Teils des genehmigten Kapitals von insgesamt 15,4 Mill. DM stockt die Württembergische Feuerversicherung AG, Stuttgart, ihr Grundkapital um 8,8 Mill. DM auf 70,4 Mill. DM auf. Die neuen Aktien werden den Aktionären im Mai im Verhältnis 7:1 zum Preis von 250 DM je 50-DM-Aktie angeboten. Auf Basis des Kurses von derzeit 2270 DM errechnet sich ein Bezugsrecht von über 251 DM. Der HV am 5. Juni wird vorgeschlagen, für 1985 wiederum 9 DM Dividende plus 1 DM Bonus auszuschütten.

Eine Million ABS-Anlagen

Stuttgart (nl.) – Die Robert Bosch GmbH, Stuttgart, liefert in diesen Tagen das millionste Antiblockiersystem (ABS) aus. Seit Bosch 1978 als erster Hersteller ABS auf den Markt brachte, habe – wie es in einer Mitteilung heißt – das System seine große Zuverlässigkeit bewiesen. Inzwischen böten in Europa, USA und Japan 15 Automobilhersteller ABS von Bosch bei 27 verschiedenen Fahrzeug-Grundmodellen an. Ende 1986 dürften es voraussichtlich 20 Kunden mit fast 40 Modellen sein.

Nahrungsmitteltechnik

Düsseldorf (Py.) – 132 Unternehmen aus elf Ländern werden bis zum 25. April 1986 auf der 2. Inatec – Internationaler Congreß und Messe Nahrungsmitteltechnik in Köln vertreten sein. Fünf Tage lange steht sie im Mittelpunkt des Interesses der Lebensmittelindustrie, der Hersteller von Maschinen und Anlagen, der Verfahrenstechniker und Wissenschaftler der Branche. Die Spezialmesse findet alle drei Jahre statt.

Dividende gehalten

Saarbrücken (VWD) – Die Deutsche Bank Saar AG, Saarbrücken, schlägt der HV am 27. Mai für 1985 wieder 12 Prozent Dividende auf unverändert 35 Mill. DM Grundkapital vor. Großaktionäre sind die Deutsche Bank AG und der Credit Industriel d'Alsace et de Lorraine in Straßburg mit 69 und 24 Prozent. In den Aufsichtsrat soll Paul Weber, Präsident des Saarländischen Industriellenverbands, anstelle des früheren Vorsitzenden der Arbed-Saarstahl-Geschäftsführung, Jürgen Krackow, gewählt werden.

Gerresheim zahlt 7,50 DM

Düsseldorf (J. G.) – Die Gerresheimer Glas AG, Düsseldorf, schlägt der HV am 30. Juni für 1985 eine Dividendenerhöhung auf 7,50 (5) DM vor. Der Jahresüberschuß verbesserte sich auf 27,3 (23,7) Mill. DM.

Weitere Belegschaftsaktien

Stuttgart (nl.) – Daimler-Benz wird seinen Mitarbeitern auch 1986 wieder Belegschaftsaktien anbieten, und zwar können die Mitarbeiter im Rahmen des Vierten Vermögensbildungsgesetzes entweder eine Daimler-Benz-Aktie zum Vorzugskurs von 899 DM oder eine Mercedes-Automobil-Holding-Aktie zum Vorzugskurs von 753 DM erwerben. Im vergangenen Jahr hatten über 86 000 Mitarbeiter des Unternehmens Belegschaftsaktien erworben.

JAPAN / Auto-Exporte stoßen an politische Grenzen

Neue Absatzmärkte gesucht

dpa/VWD, Hamburg

Die japanische Autoindustrie, die die Fertigung in den vergangenen 20 Jahren rapide steigerte, kommt auf einigen Märkten politisch unter Druck. Hochlohnländer mit eigener Autoproduktion sind besorgt, von den japanischen Anbietern auf lange Sicht an die Wand gedrückt zu werden. Hintergrund dieser Befürchtung ist der schnelle Zuwachs japanischer Autos auf dem Weltmarkt.

Als Ausweg sehen einige japanische Hersteller den Bau eigener Produktionsstätten in den USA. So produzieren Honda und Nissan bereits seit einigen Jahren dort. Mazda nimmt im nächsten Jahr die Produktion in der Nähe Detroits auf. Eine eigene Produktion der Japaner in Europa scheint sich derzeit dagegen nicht zu lohnen.

So geht der Mazda-Präsident Yamamoto davon aus, daß die Rentabilität eines Werkes in Europa bei einer jährlichen Produktionszahl von 240 000 Einheiten eines Modells liegen dürfte. Diese Zahl sei aber für einen japanischen Einzelanbieter in Europa nicht absetzbar, da einige Länder die Einfuhr japanischer Autos begrenzt haben. So dürfen nur zehn Prozent aller Neuzulassungen in Großbritannien auf Autos aus Fernost entfallen, in Frankreich nur drei bis vier Prozent, und Italien hat sich praktisch total abgeschottet.

Lediglich die Bundesrepublik, die Benelux-Staaten und Skandinavien geben den Japanern freie Hand. So setzen die Japaner auf dem deutschen Markt über 300 000 Einheiten im Jahr ab und ihr Marktanteil liegt bei 14 Prozent. Das Ausweichen in Drittländer ist für die Japaner mittelfristig auch keine Lösung, da den meisten Staaten Schwarz-Afrikas die entsprechende Kaufkraft fehlt. Das trifft auf einige Länder Lateinamerikas ebenfalls zu.

Für die Zukunft erhoffen sich die Japaner, ebenso wie die europäischen Produzenten, einiges von einer Öffnung Chinas und der damit verbundenen Massenmotorisierung. Die großen japanischen Hersteller unterhalten bereits Kontaktbüros in Peking oder Shanghai. Zudem wollen die Japaner mit den Staatshandelsländern ins Autogeschäft kommen.

Prakla-Seismos: Das Ergebnis verbessert

dos, Hannover

Die bundeseigene Prakla-Seismos AG, Hannover, deren für Mitte dieses Jahres vorgesehene Teilprivatisierung wegen der Turbulenzen auf den internationalen Erdölmärkten vorerst ausgesetzt worden ist, wird diesen Schritt vollziehen, sobald die Entwicklung wieder überschaubar geworden ist. Finanvorstand Siegfried Ding erklärte auf Anfrage, die weitgehend abgeschlossenen Vorarbeiten zur Emission von 47 Prozent des Grundkapitals von dann 60 Mill. DM würden lediglich konserviert. Darüber sei Einigung mit dem Bankenkonsortium erzielt worden.

Die Gesellschaft, die sich weltweit mit der Suche von Rohstoffen beschäftigt, verzeichnete nach den Worten Dings 1985 eine günstige Geschäftsentwicklung. Der Umsatz sei um über 30 Prozent auf 407 (308) Mill. DM gestiegen. Auch ergebnismäßig (Jahresüberschuß 1984: 5,7 Mill. DM) habe sich eine deutliche Verbesserung ergeben. Gemeinsam mit dem Aktionär und den Banken sei der Vorstand aber zu der Auffassung gelangt, daß die privaten Zeichner zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht in Anspruch genommen werden sollten.

UNILEVER-KONZERN / Währungsschwankungen minderten das Ergebnis deutlich

Konzentration auf die Kernaktivitäten

JAN BRECH, Hamburg

Der britisch-niederländische Unilever-Konzern hat 1985 weitere Fortschritte bei der Konzentration und Umstrukturierung erreicht. Wie der Vorstand im Geschäftsbericht schreibt, arbeiteten die einzelnen Gesellschaften effizienter denn je und seien mit modernster Technologie ausgestattet. Dabei konzentriere sich die Gruppe nur noch auf Produkte und Märkte, die sie kenne und auf denen sie ihre Sporen verdient habe.

Der Unilever-Konzern ist gegenwärtig in 75 Ländern der Welt vertreten und beschäftigt rund 300 000 Mitarbeiter. Die Aktivitäten erstrekken sich auf das Gebiet von Artikeln des täglichen Bedarfs, vor allem Lebensmittel und Getränke, Waschmittel und Körperpflegemittel. Daneben ist der Konzern im Bereich chemischer Spezialprodukte, im Agrarsektor sowie in der Verpackungsindustrie tätig. Die Tochtergesellschaft UAC International hält Interessen im tropischen Teil Afrikas und in den Ländern am arabischen Golf mit der Distribution von Spezialprodukten für Verbraucher und Industrie.

In dem Zahlenwerk für 1985 werden die vom Vorstand proklamierten Fortschritte auf den ersten Blick nicht sichtbar. Umsatz und Gewinn sind stark von den Wechselkursveränderungen beeinflußt. So weist Unilever einen nur unveränderten Umsatz von 66,8 Mrd. hfl und einen um 1,2 Prozent gesunkenen Betriebsgewinn von 3,8 Mrd. hfl aus. Der den Aktionären zustehende Reingewinn aus dem normalen Geschäft ist ebenfalls um 1 Prozent auf 2,1 Mrd. hfl zurückgegangen. Ohne Währungsschwankungen wäre der Gewinn um 15 Prozent gestiegen.

Ergebnisschmälernd wirkten sich auch erhebliche Marktinvestitionen in den USA aus, die besonders die US-Gesellschaft Lever Brothers im Bereich Waschmittel vornahm. In Nordamerika ging der Umsatz währungsbedingt um 10 Prozent auf 11,6 Mrd. hfl und der Gewinn um 45 Prozent auf 432 Mill. hfl zurück. Schließlich erforderte die Reorganisation der Gruppe wieder außerordentliche Aufwendungen. Nach 250 Mill. hfl im Jahr 1984 mußten 1985 nochmals 137 Mill. hfl aufgewendet werden.

Die insgesamt nicht mehr ganz so hohen außerordentlichen Aufwendungen im Jahr 1985 ermöglichen es immerhin, an die Aktionäre fünf Prozent mehr auszuschütten. Die Dividende für die niederländische Gruppe beträgt pro 20-hfl-Stammaktie 14,82 (14,11) hfl, für die britische Unilever pro 25-Pence-Aktie 38,62 (35,52) Pence. Gemessen am realen Geschäft sei 1985 für nahezu alle Unilever-Aktivitäten ein gutes Jahr gewesen, wird im Geschäftsbericht betont. Das gilt besonders für Europa, der nach wie vor wichtigsten Region.

Im Mittelpunkt der Unternehmenspolitik bleiben bei Unilever hohe Investitionen in die Kernbereiche, Stärkung der Marktpositionen durch Neuerwerbungen und Rückzug aus Nebenaktivitäten. Insgesamt investierte der Konzern 2,65 Mrd. hfl, davon 442 Mill. für den Zukauf von Unternehmen. Der Verkauf von Gesellschaften, die nicht mehr ins Konzept passen, brachte 844 Mill. hfl in die Kasse. Die liquide „Kriegskasse" verdoppelte sich auf 2 Mrd. hfl. In diesem Jahr werden wieder Investitionen von 2,5 Mrd hfl geplant.

Kämmerer wieder auf Expansionskurs

dos, Osnabrück

Die Kämmerer GmbH, Osnabrück, nach eigenen Angaben einer der führenden Hersteller technischer Spezialpapiere, hat 1985 nach langjähriger Durststrecke wieder Anschluß an frühere gute Jahre gefunden. Geschäftsführer Richard Bühring erklärte auf Anfrage, daß ein „deutlich positives Ergebnis" erzielt wurde. Die umfangreichen Investitionen der Muttergesellschaft, der finnischen Ahlström Oy, würden nunmehr Früchte tragen.

Seit der Übernahme von Kämmerer im Jahre 1976 hat Ahlström über 150 Mill. DM in Osnabrück investiert. Den Schwerpunkt bildeten neue technische Einrichtungen für die drei Papierstraßen und die Veredlung. Derzeit wird bei Kämmerer ein 20-Mill.-DM-Projekt zur Veredlung von Silikonrohpapieren abgewickelt. Die Anlage soll im August in Betrieb gehen.

Die Trendwende kündigte sich bereits 1984 an, als der Umsatz um rund 20 Prozent auf gut 200 Mill. DM stieg und ein ausgeglichenes Ergebnis vorgelegt wurde. Im vergangenen Jahr ergab sich erneut ein Umsatzplus von elf Prozent auf 229 Mill. DM. Der Exportanteil lag bei 35 Prozent. Die derzeit günstige Beschäftigungslage lasse für 1985 eine weitere Umsatzsteigerung um rund zehn Prozent erwarten, meinte Bühring.

TH. GOLDSCHMIDT

Das Aktienkapital wird heraufgesetzt

dpa/VWD. Essen

Das Chemieunternehmen Th. Goldschmidt AG, Essen, hat 1985 seinen Weltumsatz um 40 Prozent auf 1,02 Mrd. DM erhöht. In einer Mitteilung des Unternehmens wird dieser Sprung vor allem auf die Übernahme der restlichen Anteile an der Keramchemie GmbH, Siershahn, zurückgeführt. Ohne diesen Erwerb hätte die Zuwachsrate bei sieben Prozent gelegen.

Der Jahresüberschuß der AG, deren Umsatz um 6,5 Prozent auf 554 Mill. DM zunahm, erhöhte sich auf 15,3 (1984: 14,2) Mill. DM. Wie im Vorjahr sollen davon 5 Mill. DM der freien Rücklage zugeführt werden. Aufsichtsrat und Vorstand schlagen der für den 20. Juni einberufenen Hauptversammlung vor, aus dem Bilanzgewinn von 10,3 (9,2) Mill. DM eine von 16 auf 18 Prozent angehobene *Dividende zu zahlen.*

Außerdem sollen die Anteilseigner einer Kapitalaufstockung um 7 Millionen auf 65 Mill. DM zustimmen. Bei einem Bezugsverhältnis von neun zu eins sind als Bezugspreis je 50-DM-Aktie 175 DM vorgesehen. Die neuen Aktien sollen für das Geschäftsjahr 1986 zur Hälfte gewinnberechtigt sein. Hauptaktionär ist mit über 25 Prozent die Vermögensverwaltung Erben Dr. Karl Goldschmidt *GmbH, Essen.*

Der Exportanteil am AG-Umsatz des vergangenen Jahres war mit 43 Prozent kaum verändert. Die Investitionen blieben mit 13 Mill. DM deutlich unter denen von 1984 (19,2 Mill. DM), sollen jedoch in den nächsten Jahren wieder ansteigen. Die Zahl der Beschäftigten nahm um 16 auf 1910 zu. Der Vorstand rechnet auch im laufenden Jahr mit einer „befriedigenden Geschäftsentwicklung".

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Bonn: Nachl. d. Antonie Luise Hover, Königswinter; **Rendsburg:** Klaus Lemcke, Kapitän, Quickborn; **Krefeld:** Texchem Verfahrenstechnik GmbH, Kempen; **Neustadt:** Kienle Baustoffhandel GmbH; **Siegburg:** KAMO Kabelmontage GmbH, Troisdorf-Spich; **Weißenburg:** Wermaplast GmbH & Co. Kunststoffverarbeitung u. Formenbau KG, Treuchtlingen; **Wesel:** Heinrich Pannen, Kaufmann.

KKB BANK / Kundeneinlagen haben Sechs-Milliarden-Marke überschritten – Glänzendes Betriebsergebnis

Neue Tochter soll den Gewerbekredit forcieren

HARALD POSNY, **Düsseldorf**

Nach einer eigenen Lebensversicherung (siehe WELT vom 8. 4.) legt sich die KKB Bank KGaA, Düsseldorf, jetzt auch eine separate Bank für den gewerblichen Investitionsgüterkredit (30 000 bis 1 Mill. DM) zu. Um *vorhandene Marktchancen* bei kleinen und mittleren Unternehmen auch *organisatorisch* besser *nutzen* zu können, will die KKB Bank diesen bisher in den eigenen Geschäftsstellen geführten Bereich in den nächsten Monaten verselbständigen. Das Kind hat auch schon einen Namen: Gewerbekreditbank AG.

Nach den Worten des Sprechers der persönlich haftenden Gesellschafter, Günter Schneider, wird der *direkte und indirekte* Vertrieb eigenständig und unabhängig vom Netz der 279 KKB-Zweigstellen (in 177 Städten) erfolgen. Bisher liegt das Gewerbe-Kreditvolumen bei 30 Mill. DM. Es sei rasch ausbaufähig, jedoch wolle man den gewerblichen und privaten Bereich strikt auseinanderhalten.

Anders als der Gewerbekredit fällt die KKB Lebensversicherung in die Geschäftsphilosophie der auf den privaten Kunden zugeschnittenen „Finanzdienstleistungen aus einer Hand", wenn auch nicht von ein und demselben Sachbearbeiter. Schon „in Kürze" wird mit dem Aufbau einer eigenen mobilen Außendienstorganisation begonnen, die Lebensversicherungs- und Bankprodukte anbietet. Die mit zehn Köpfen zunächst nur kleine Crew soll Testergebnisse für den Ausbau bringen. Bisher habe man noch keine fremde Vertriebsorganisation gefunden, die „seriös und gut genug für uns ist" (Schneider).

Die verbesserte Vermögenslage der privaten Haushalte hat auch auf das *Spar- und Kreditgeschäft der KKB* Bank abgefärbt. Auf der Einlagenseite *wurden neue Formen* der Geldanlage (Vorsorgeplan mit Versicherungsschutz, KKB-Pärmiensparen und Sparbuch mit Extrazins mit gestaffelten Zinssätzen nach Einlagen-Größenklassen) eingeführt. Mit dieser Preisstaffelung im Einlagen- und Kreditbereich will Schneider das KKB-Prinzip leistungs- und kostengerechter Preise verdeutlichen.

Und der Kunde akzeptiert das. Immerhin wuchs das Kreditvolumen der KKB Bank seit 1980 im jährlichen Durchschnitt um elf Prozent, bei den Banken- und Sparkassen-Wettbewerbern um 5,5 Prozent. Und die Zahl der Gehalts-, *Spar- und Kreditkonten* hat sich in den letzten neun Jahren auf rund zwei Mill. verdoppelt. Das gilt auch für die Kundenzahl.

Die Refinanzierungsquote aus Kundeneinlagen ist durch den kräftigen Einlagenzuwachs (zu Lasten der Bankengelder) weiter gestiegen und erreichte Ende 1985 99 (94) Prozent. Die Kundenforderungen verzeichneten das bisher *höchste absolute* Wachstum (555 Mill. DM). Dies ist *nicht zuletzt auf den unbürokratischen* Scheck-Kredit zurückzuführen. *Er macht schon fast 30 Prozent* des gesamten Kreditgeschäfts der Bank aus.

Auch für den Fiskus (94 nach 61 Mill. DM) und die KKB-Aktionäre, davon 95 Prozent Citibank, war 1985 ein erfolgreiches Jahr. Bei verlangsamtem Wachstum der Verwaltungsaufwendungen stieg das Betriebsergebnis um 20,5 (10,5) Prozent auf 229 Mill. DM. Realisierte Kursgewinne aus Wertpapiergeschäften von 32 Mill. DM beeinflußten die von 108 auf 86 Mill. DM gesunkene Position Wertberichtigungen und Rückstellungen für Kreditrisiken. Sie betragen zwei Prozent des Forderungsbestands.

Aus dem Jahresüberschuß fließen 39 (24) Mill. DM den Rücklagen zu, 19 (16) Mill. DM erhalten die Aktionäre als eine auf 12 (10) DM je 50-DM-Aktie aufgestockte Dividende plus 6,75 (5,62) DM Steuergutschrift. Das Ergebnis je Aktie beträgt 38,59 (25,76) DM.

Im 1. Quartal 1986 überschritten die Kundeneinlagen mit einem Zuwachs von 0,5 Mrd. DM auf 6,3 Mrd. DM erstmals die 6-Mrd.-DM-Marke. Das Kreditvolumen erhöhte sich auf fast 6 (5,9) Mrd. DM. Die Hauptversammlung findet am 28. 5. statt.

KKB Bank	1985	±%
Gelder v. Banken (Mill. DM)	750	- 21,5
Gelder v. Kunden	5814	+ 15,7
dav. Spareinlagen	2917	+ 10,0
Sparbriefe	2514	+ 26,8
Ford. an Banken	357	- 8,2
Ford. an Kunden	5892	+ 10,4
Bilanzsumme	7338	+ 9,2
Zinsüberschuß	538	+ 4,7
in % d. Bil.-Summe	7,3	(7,6)
Provisionsüberschuß	103	+ 49,3
Eigenkapital	397	+ 11,8
in % d. Bil.-Summe	5,4	(5,3)
in % d. Verbindlk.	6,0	(5,9)
Liquide Mittel	931	+ 10,7
in % d. Verbindlk.	14,1	(14,0)
Jahresüberschuß	58,5	+ 45,2
Ausschüttung	19,4	+ 19,8

LEHNKERING / Kapitalerhöhung soll das Investitionsprogramm finanzieren

Mehr Transporte zu Wasser und zu Lande

Py. **Duisburg**

Mit der Übernahme der Montan Transport GmbH präsentiert sich die bisher nur im Bereich Schiffahrt, Umschlag und Lagerung tätige Lehnkering Montan Transport AG, Duisburg (bisher Lehnkering AG), im neuen Unternehmensverbund mit dem Speditionsgeschäft als „zukunftsorientiertem Schwerpunkt".

Im Geschäftsbericht 1984/85 (30. 9.) hat der Speditionsbereich mit 76 Tank- und Planzügen sowie Spezialfahrzeugen mit 114 Mill. DM Umsatzanteil sogar das bisher vorherrschende Binnenschiffahrtsgeschäft (97 Mill. DM) auf den zweiten Platz verwiesen. Die Gesamtflotte zählt 117 Schiffe und Leichter mit zusammen 205 700 t Gesamttonnage sowie acht Küstenmotorschiffe mit zusammen 14 000 t. Die Gesellschaft transportierte 1984/85 insgesamt zu Wasser und zu Lande 15,7 (11,7) Mill. t Güter (plus 34 Prozent), während der Gesamtumsatz durch die Fusion um 68 Prozent auf 305 Mill. DM wuchs.

Mit den Speditionsaktivitäten (über 20 Niederlassungen in der Bundesrepublik sowie Tochtergesellschaften in Belgien, den Niederlanden und Großbritannien) gehört zu den zukunftsträchtigen Aufgaben der Gesellschaft die Bildung komplexer Transportketten und die Beratung bei logistischen Problemen. Lehnkering bietet jetzt mit 900 (584) Mitarbeitern der Kundschaft alle Transporte „aus einer Hand".

Durch die Fusion hat sich der Rohertrag auf 91 (69) Mill. DM erhöht. Der guten Geschäfts- und Ertragsentwicklung standen *1984/85 Störfaktoren* durch ungünstige Witterung und *Niedrigwasser entgegen, die nicht* ganz ausgeglichen werden konnten.

Der Jahresüberschuß von 3,4 (2,3) Mill. DM stärkt mit 1,7 Mill. DM das Eigenkapital. Die Aktionäre, allen voran die Metallgesellschaft AG (95,4 Prozent des 12,1 nach 9 Mill. DM Grundkapitals), erhalten wie seit fünf Jahren 7 DM je 50-DM-Aktie.

Der Hauptversammlung am 13. Mai *wird eine Kapitalerhöhung um 7,7 auf* 19,8 Mill. DM vorgeschlagen, die das *mittelfristige* Investitionsprogramm finanzieren soll. Die neuen Aktien werden *für das halbe Geschäftsjahr* gewinnberechtigt sein und im Verhältnis *11:7 zum Preis von 170 DM* angeboten. Im letzten Jahr wurden 15 *(2,4) Mill. DM in Sachanlagen* investiert, 10 (7) Mill. DM wurden auf *Sachanlagen abgeschrieben*. Im laufenden Jahr wird vor allem in Lagerei *und Umschlag* sowie *in den Ausbau* der Containeranlagen investiert.

NAMEN

Franz Schneider (63), persönlich haftender Gesellschafter der KKB Bank KGaA, Düsseldorf, wechselt am 28. Mai 1986 in den Aufsichtsrat, dessen Vorsitzender Dr. **Werner B. Fischer** (71) ausscheidet. Für **Schneider** und den aus Citibank-Diensten ausgeschiedenen persönlich haftenden Gesellschafter **Adolph J. Zubick** treten der bisherige Generalbevollmächtigte **Ronald S. Geesey** und der geschäftsführende Direktor Dr. **Peter Lütke-Bornefeld** in den Kreis der Gesellschafter ein.

Peter Strong (39), geschäftsführender Direktor von EMAP National Publications LTD, wurde mit Wirkung vom 1. Mai zum geschäftsführenden Direktor von Gruner + Jahr Großbritannien ernannt.

Brooks Beveroux *wurde zum Vice* President für Finanzangelegenheiten *und Hauptfinanzdirektor der Bio*gen-Firmengruppe gewählt.

SPATENBRÄU / Joint-venture-Projekt mit China

Das Lizenzgeschäft floriert

sz. **München**

Die Gabriel Sedlmayer Spaten-Franziskaner-Bräu KGaA, drittgrößte Brauerei Münchens, hat das Auslands-Lizenzgeschäft entdeckt. Und schon in der Anfangsphase entwikkelt sie *recht beachtliche Aktivitäten*. Das größte Projekt ist ein Joint Venture mit der Volksrepublik China, wo in Wuhan derzeit eine Brauerei gebaut wird. Die erste Ausbaustufe soll eine Jahreskapazität von 0,5 Mill. hl haben und wird Investitionen von rund 100 Mill. DM erfordern, davon über 50 Mill. DM für Maschinen. Am Kapital der Venture-Gesellschaft von 23 Mill. DM ist Spaten mit knapp fünf Prozent beteiligt.

Angelaufen ist kürzlich die Produktion von Spatenbier in Ungarn. Die zweitgrößte Brauerei des Landes in Niskolc wird nach Angaben von Dieter Soltmann, einem der vier persönlich haftenden Gesellschafter, zunächst pro Jahr etwa 50 000 hl herstellen.

Ohne die Politik des „kontrollierten, qualitativen Wachstums" zu vernachlässigen, so Soltmann, ist es Spaten im Sudjahr *1984/85 (30. 9.)* gelungen, deutlich besser als die Branche *abzuschneiden. Um 7,5 Prozent auf* 1,33 Mill. hl stieg der gesamte Getränkeausstoß im *Konzern. Auf Bier* entfielen davon 0,93 Mill. hl (plus 5,9 Prozent); ins Ausland wurden etwa 160 000 hl (plus 13 Prozent) verkauft. Um gar 11,3 Prozent auf 0,4 Mill. hl nahm der Absatz an alkoholfreien Getränken zu.

Auch auf der Ertragsseite konnte Spaten, so Soltmann, „die Spur des Erfolgs halten". Vor allem aufgrund des höheren Spezialbier-Absatzes und des Gastronomie-Geschäfts (40 Prozent des Inlandsverkaufs) stieg der Konzernumsatz um 10,2 Prozent auf 207,7 Mill. DM und in der KGaA um 9,1 Prozent auf 185,3 Mill. DM. Der Cash-flow verbesserte sich *um 3* Prozent auf 21,6 Mill. DM. Investiert wurden *24,8 (31,5)* Mill. DM bei Abschreibungen von 16,7 (20,2) Mill. DM.

Aus dem Jahresüberschuß von 1,13 (1,07) Mill. DM wurden wieder 0,4 Mill. DM den Rücklagen zugeführt. Auf das Grundkapital von 3,85 Mill. DM *schüttet* Spaten diesmal neben einer unveränderten Dividende von *20 Prozent noch einen* Bonus in Höhe von zwei Prozent aus. Das gesamte Nennkapital beträgt 7,125 Mill. DM.

Zuversichtlich beurteilt Soltmann auch *das Jahr 1985/86*. Trotz einer Bierpreiserhöhung um durchschnittlich sechs bis sieben Prozent habe sich der positive Trend im Absatz und Umsatz weiter fortgesetzt.

ELF MINERALÖL / Erfolge mit neuer Struktur

Verluste stark abgebaut

Bm. **Essen**

Die Elf Mineralöl GmbH, Düsseldorf, Tochter der französischen Gruppe Elf Aquitaine, hat ihre Verluste im Geschäftsjahr 1985 erheblich abgebaut. Das *ist die Folge* der vor Jahren eingeleiteten strukturellen *Anpassungsmaßnahmen.* Nach einem Fehlbetrag von 104,2 Mill. DM in 1984 weist die Bilanz *für* 1985 *nur* noch einen Jahresverlust von 38,6 Mill. DM aus. *Diese* Verbesserung des Ertrages konnte bei nahezu gleichbleibendem *Konzernumsatz* und bei kaum geringeren Absatzzahlen erzielt werden. Der Umsatz erreichte 1985 3,05 (3,0) Mrd. DM. Im Berichtsjahr wurden 2,94 (3,2) Mill. Tonnen Mineralölprodukte abgesetzt.

Der Bilanzverlust setzt sich im wesentlichen aus der Schließung der Erdölraffinerie Speyer und der Saarlandraffinerie, aus Aufwendungen für die Umstrukturierung und aus Be*standsabwertungen nach Kursverfall* des Dollar zusammen. Das ohne diese *Belastungen* erzielte wirtschaftliche Ergebnis wird von der Geschäftsfüh*rung* als „nahezu ausgeglichen" bezeichnet. Zur Finanzierung der außerordentlichen Aufwendungen stellte die Mutter ein Darlehen von 30 Mill. DM zur Verfügung.

Nach Rückzug aus der Verarbeitung weisen alle Unternehmensbereiche positive oder doch ausgeglichene Ergebnisse aus. Nur das Tankstellengeschäft, das unter ruinösem Wettbewerb zu leiden hatte, konnte kein ausgeglichenes Ergebnis erzielen. Die Bitumen-Raffinerie Brunsbüttel, die als einziger Verarbeitungsbetrieb weitergeführt wird, erzielte zufriedenstellende Erträge. Künftige Aufgabe ist die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit.

Konzentration in der Fleischindustrie

hdt. **Minden**

Vor allem mit dem sinkenden Preisniveau erklärt die Bauerngut Fleisch- und Wurstwaren GmbH, Minden, ihren 1985 mit 0,6 Prozent geringen *Umsatzrückgang auf 173,2* Mill. DM. Mit dem wirtschaftlichen *Erfolg ist man jedoch durchaus zu*frieden. Das zur Edeka-Gruppe gehörende *Unternehmen beschäftigte zur* Jahreswende 338 Mitarbeiter. Es verarbeitete im Werk Minden rund 300 000 Schweinehälften und 47 500 Rinderviertel, *aus denen 13 000 Ton*nen Frischfleisch und 4200 Tonnen *Brüh-, Koch- und Rohwurst produ*ziert wurden.

*Der Betrieb in Bockum-Hövel steu*erte weitere 5100 Tonnen Münster*länder Schinkensorten zur Gesamt*produktion bei. Zu den Abnehmern *gehört nicht nur die Edeka-Organisa*tion, rund 30 Mill. DM betrug der Umsatz mit anderen Handelsunternehmen. Derzeit beginnen die ersten Lieferungen nach Großbritannien.

Auch vor dem Hintergrund der Konzentrationswelle in der Fleischwarenindustrie wird die zukünftige Entwicklung optimistisch beurteilt und für 1986 eine Umsatzsteigerung auf 186 Mill. DM angestrebt. Die vorgesehenen Investitionen von rund 3,5 Mill. DM liegen erheblich über den 2,4 Mill. DM von 1985, denen Abschreibungen von 1,8 Mill. DM gegenüberstanden.

CLAAS GUSS / Anzahl der Gießereien nimmt weiter ab

Chancen in Marktnischen

hdt. **Bielefeld**

Von den rund 1100 Eisen-, Stahl- und Tempergießereien, die es noch vor zwei Jahrzehnten in der Bundesrepublik gab, waren zum Jahreswechsel nur noch 472 tätig. Etwa ein knappes Drittel von ihnen, vor allem kleinere Betriebe, dürften nach Schätzungen der Branche in absehbarer Zukunft ebenfalls aufgeben, da sie nicht über die erforderliche Kapitalbasis verfügen, um alle Investitionen zu tätigen, die die neue Technische Anleitung Luft vorschreibt.

Erstmalig *läßt* diese Verordnung auch kein Aussetzen der Auflagen aus wirtschaftlichen Gründen mehr zu, dabei schreiben etwa 45 Prozent *aller Gießereien rote Zahlen. Insge*samt dürfte die TA Luft die Herstel*lungskosten um rund 8 Prozent* erhöhen, was ihre Konkurrenzfähigkeit gegenüber ausländischen Anbietern vermindert, die insgesamt über einen *Anteil von 10 bis 15 Prozent auf dem* Inlandsmarkt verfügen.

Vor diesem Hintergrund hat die Claas Guss GmbH & Co. KG, Bielefeld, in den letzten Jahren eine durchaus positive Entwicklung genommen. Die Umsatzsteigerung des Unternehmens lag in den letzten drei Jahren bei durchschnittlich 12 Prozent, sie betrug im Geschäftsjahr 1984/85 (30. 9.) 13,1 Prozent, womit sich der Umsatz auf 72,6 (64,2) Mill. DM erhöhte. Dieser Zuwachs liegt genauso über Branchendurchschnitt wie der Produktionszuwachs von 9,2 Prozent auf 22 200 Tonnen, da die Branche 1985 mengenmäßig nur ein Wachstum von 3,3 Prozent vermelden.

Claas Guss mit seinen drei etwa gleich großen Betrieben in Bielefeld, Gütersloh und Saulgau sieht seine Chancen vor allem in Marktnischen. Hier bieten sich mit rund 9000 „lebenden" Gußmodellen Problemlösungen an, kleinere Serien mit hohem Schwierigkeitsgrad eingeschlossen. *Bei etwa 15 Prozent* Exportanteil sind Zuwächse in den Bereichen Pumpen, Verdichter, Antriebstechnik, Ölhydraulik und Pneumatik zu verzeichnen, zurück ging die Nachfrage an Guß für Armaturen, Textil- und Landmaschinen, obwohl die Claas-Landmaschinen-Gruppe, Harsewinkel, *die eine Minderheitsbeteiligung* hält, rund 30 Prozent zum Umsatz *beitrug. Mehrheitsgesellschafter* sind die drei persönlichen Inhaber der Firma Claas. Die Umsatz*rendite* vor Steuern betrug 2,7 (2,6) Prozent.

Bei Abschreibungen von 2,9 Mill. DM erfolgten Investitionen in etwa gleicher Höhe. Für das *laufende Jahr* sind 7 Mill. DM vorgesehen. Die Zahl der Mitarbeiter erhöhte sich *im* Berichtsjahr auf 623 (596). Die Umsatzerwartung für das laufende Jahr sieht ein Plus von etwa 8 Prozent vor.

SCHWING–STETTER / Trotz der schwierigen Marktlage noch Gewinne erzielt

Entlassungen nicht ausgeschlossen

DANKWARD SEITZ, **München**

„Es gilt fast uneingeschränkt: Für uns und unsere Branche ist die weltweite Situation schlecht." Realistisch, aber dennoch *keineswegs* entmutigt beurteilt so Gerhard Schwing, *geschäftsführender Gesellschafter* der Schwing/Stetter-Gruppe, im Bereich Betonpumpen der größte Hersteller der Welt, die Lage dieser Baumaschinen-Sparte. Und mit etwas neidischem Unterton blickt er dabei auf die Produzenten von Straßen- und Tiefbaumaschinen, die zunehmend von der Trendwende am Bau profitieren. Ganz im Gegensatz dazu werden seiner Ansicht nach die auf *Baustoffanlagen* und *den Hochbau* spezialisierten Maschinenbauer kaum Wachstumsraten verzeichnen können.

Diese Sparte könnte, so scheint es, schon zufrieden sein, wenn sie das niedrige Niveau des Vorjahres wieder erreicht. „Drastische" Einbrüche mußten da vor allem seit 1982 die Betonpumpen-Hersteller hinnehmen. Der schlechte Inlandsmarkt und der fast totale Ausfall des Nah- und Mittelostgeschäfts ließ die Absatzzahlen bis Ende 1985 von gut *180 000* Stück um über ein Drittel zusammenschmelzen. Und für 1986 deutet sich, so Schwing, wenn überhaupt eine leichte Besserung in der Bundesrepu*blik, Fernost und Brasilien* an. Weiter verschlechtern dürften sich dagegen die Chancen *in den USA und* Mittelost.

Entsprechend *vorsichtig sind die* eigenen Umsatzerwartungen. „Im günstigsten Fall" rechnet Schwing für seine Gruppe mit einem konsolidierten Umsatz von 357 Mill. DM (plus 2 Prozent). Auf die Schwing GmbH, Herne, dürften davon 180 Mill. DM und die Stetter GmbH, Memmingen, 107 Mill. DM entfallen. *Um weitere „leichte" Kapazitäts*anpassungen – beschäftigt werden in Herne 920 und in *Memmingen* 550 Mitarbeiter – werde man dennoch kaum herumkommen.

Im vergangenen Jahr erzielte die Gruppe einen Umsatz von 350 (330) Mill. DM. Dazu steuerten Schwing 176 (174) Mill. DM und Stetter 103 (120) Mill. DM, ein Montagewerk in den USA etwa 40 Mill. DM und eine österreichische Tochter 20 Mill. DM bei. Trotz der insgesamt sehr schwierigen Marktlage habe dabei Schwing mit einem Gewinn abgeschlossen. Und noch erfreulicher sei gewesen, daß auch Stetter nach einem Verlust – schätzungsweise insgesamt 5 Mill. DM für 1983 und 1984 – „erstmals seit der Übernahme 1982 ein leicht positives Ergebnis" erzielen konnte. Die Exportquote für beide Unternehmen bezifferte Schwing auf jeweils 80 Prozent.

Hauptprodukt von Schwing sind Auto-Betonpumpen, mit einem Umsatz von ungefähr 155 Mill. DM. Der Rest entfällt auf stationäre Betonpumpen, Dickstoffpumpen *und* Hydraulikbagger. Bei Stetter dürften gut 60 Prozent des Umsatzes mit Auto-Betonmischern und etwa 40 Prozent mit stationären Mischanlagen erzielt werden. Als „noch nicht umsatzrelevant" bezeichnete Schwing die *jüngsten* Diversifikationsprodukte: Bugstrahlruder für Hochseeschiffe und eine Zielbohrstange, die im Untertagebau eingesetzt wird. Beides seien aber durchaus ebenso vielversprechende Entwicklungen für die Zukunft wie Pumpen für die Chemieindustrie, ein Trockenbeton-Fahrmischer oder Hydraulik- und Elektrosteuerungen.

Inlandszertifikate

	Ausg. 21.4.	Rückn. 21.4.	Rückn. 18.4.
AAR-UNIV.F.1	184,50	175,94	175,94
Adifonds	75,93	72,34	72,55
Adirenta	25,52	24,78	24,74
Adiropa	105,03	101,97	101,11
Aditec	109,04	105,85	104,07
Adiverba	195,48	186,17	186,15
Aegis Ertr.-Fds	41,31	39,35	39,38
Aegis Wachst.-Fds.	66,06	62,90	62,95
AGI Fonds	170,69	162,56	162,56
Akkumula	214,30	204,08	204,54
Albingia Rendite Fds.	52,85	50,73	50,76
Alte Kapital Fds.	40,37	37,54	37,89
Allianz-Rentenfonds	125,77	122,71	122,51
Analytik Fonds	36,89	34,30	34,19
Aro-Rendit.	59,91	57,83	57,65
AriDeka	60,87	58,59	58,39
Assecura I	96,92	94,44	95,63
Austr. Pazifik	53,54	51,98	52,65
Berenberg-U-Fonds	444,57	451,62	453,57
Berenberg-U-Renten	127,29	124,19	124,34
BW-Renta-Univ.	58,03	56,34	56,54
BW-Wartberg-Univ.	146,45	141,14	141,14
Colonia Rentenfonds	52,74	50,95	50,95
Concentra	41,78	40,76	41,09
dbl-Fonds V 1	59,29	59,29	58,99
DekaFonds	59,84	56,85	57,04
DekaRent	34,44	33,44	33,45
DekaSpezial	268,36	254,95	254,00
DekaTresor	61,87	60,31	60,45
DespaFonds	83,86	79,67	79,67
DEVIF-Invest	114,20	108,74	108,77
DEVIF-Rent	57,50	55,76	55,77
DIFA-Fonds	186,50	177,10	177,50
DIFA GRUND	104,26	99,05	99,55
DIT Fonds f. Verm.	75,74	73,89	74,22
DIT Rohstoffonds	73,82	70,89	71,81
DIT Pazifikfonds	112,64	109,36	106,05
DIT Technologiefonds	85,29	82,72	82,65
DIT Fds.f.Wdlu.Opt.A	141,56	137,91	138,00
Dt. Rentenfonds	85,77	84,04	83,80
Dt. Vermögensb. Fds. A	45,80	41,71	41,96
dgl. I	55,47	52,83	53,29
dgl. II	28,21	27,29	27,39
DWS Bayern Spezial	112,45	107,08	106,11
DWS Energiefonds	88,06	85,87	84,17
DWS Provesta	84,10	82,00	81,65
DWS Rohstoff Fds.	82,60	80,55	80,90
DWS Technologie Fds.	94,50	92,19	92,42
Fondak	80,55	77,00	–
Fondirent	87,06	86,47	86,73
Fondis	66,45	63,27	63,30
Fondra	124,94	118,99	119,19
FT Accuzins	145,27	141,04	141,22
FT Am Dynamik	25,40	23,24	23,54
FT Frankf. Eff. F	152,43	144,81	145,25
FT Interspezial I	51,14	22,49	23,59
FT Interspezial II	56,05	52,97	53,06
FT Interzins	46,48	45,05	44,90
FT Nippon Dynamik	83,84	80,37	80,68
FT Re-Spezial	196,44	186,42	186,61
Gerling Dynamik	74,21	71,02	71,28
Gerling Rendite	57,10	55,44	55,31
GKD-Fonds	79,20	76,15	76,51
Gerirent	102,65	99,08	98,97
Grundbesitz-Invest.	73,20	69,63	69,63
Grundwert-Fonds	132,37	125,47	125,20
Hag.-M. Rentenfonds	59,82	57,52	57,35
Hansainternational	55,89	54,00	54,10
Hansaprofit	–	29,44	29,45
Hansarenta	49,70	48,32	47,86
Hansasecur	73,57	70,82	71,11
Hansazins	50,21	48,51	48,42
Haus-Invest	71,50	68,04	67,92
i-Fonds Nr 1	114,80	109,20	109,20
dgl Nr 2	74,30	70,70	70,70
Industria	65,78	65,86	64,02
INKA-Global	92,20	87,70	88,80
INKA-Rent	56,30	54,60	54,60
INKA-Re-Invest	140,60	134,40	134,40
Investa	74,35	72,49	72,32
Interglobal	157,29	152,71	152,49
Inter-Renta	40,75	39,55	39,56
Intervest	105,70	100,64	100,87
Interkapital	30,50	29,50	28,80
Int. Rentenfonds	85,66	83,57	84,06
Investa	77,70	73,99	74,37
Invescon Fds.	16,59	15,52	15,44
Iverafonds	64,80	60,59	60,59
Japan-Pazifik-Fds.	79,40	77,09	–
Kapitall. Spezial	148,80	137,64	138,41
Magdeb. W.-Fd. DIT	88,41	84,20	84,70
Medico-Invest	132,24	123,80	124,30
Merkur I	32,87	32,07	31,97
NB Rent	58,26	54,56	54,51
Nordcumula	82,04	79,65	80,04
Nordrenta Int.	61,38	59,79	60,00
Nordstern-F. RK	53,06	51,26	51,23
Nürnberger Rentenfds.	50,76	48,42	48,47
Oppenh. Int. Rent.	103,06	100,55	99,95
Oppenh. Priva-Rent	116,52	113,12	113,11
Oppenheim-Privat	60,49	57,60	57,67
Oppenheim-Spez. I	134,23	130,51	130,37
Oppenheim-Spez. II	96,54	92,24	92,00
Plusfonds	82,37	78,45	78,60
Privatfonds	76,88	73,12	72,99
Re-Inrenta	172,15	167,92	168,58
Rendideka	35,99	34,94	34,84
Renak	144,15	137,84	137,50
Rentex	111,92	108,54	108,36
Rentenanlagefonds	58,39	56,49	56,22
Ring Aktien-Fds. DWS	52,40	50,81	50,55
Ring Renten-Fds. DWS	48,60	46,38	46,50
Schutzi-U-Fonds	166,45	161,60	161,60
SMH-Rentenfonds	54,48	52,69	52,77
Südinvest I	76,06	72,44	73,13
dgl. II	87,27	83,11	83,16
dgl. III	27,60	26,80	26,73
dgl. IV	95,15	91,49	91,95
Thesaurent	70,79	69,06	69,85
Thesaurus	259,00	252,66	254,68
Transatlanta	32,71	31,74	31,89
Unifonds	36,20	34,40	34,48
Uniglobal	102,30	97,58	97,24
Unirak	95,50	90,91	91,39
Unirenta	45,40	47,11	42,24
Unispezial I	–	61,15	61,42
Universal-Eff.-F.	99,04	97,10	97,18
Unidex	116,80	112,39	112,17
Verm.-Aufbau-F.	130,08	123,86	124,79
Verm.-Ertrag-F.	104,05	100,05	100,26
VICTORIA Rent-Adig	75,18	72,64	72,46

Auslandszertifikate

	Ausg. 21.4.	Rückn. 21.4.	Rückn. 18.4.
Austro-Inv. DM	35,20	33,20	33,55
Bond Valor DM	112,24	110,65	110,65
Convert Fund A DM	34,50	32,50	32,40
Convert Fund B DM	102,50	97,50	97,70
CS Money Market DM	1079,64	1079,65	1079,57
Euriwest DM	94,80	90,90	90,40
Eurunion DM	200,77	185,86	184,09
Formular Sel. DM	85,07	79,54	79,54
GT Inv. Fund DM	67,10	63,60	63,00
Interspar DM	30,00	28,50	28,53
Japan Sel. DM	414,85	387,90	387,90
Unico DM	79,70	77,55	77,55
Amerika-Valor sfr.	530,00	501,50	500,00
Asia Fd. $	296,47	282,35	unerh.
Automation sfr.	130,00	121,00	120,00
Bond-Invest sfr.	unerh.	unerh.	64,50
Bond Valor Yen	10700,00	10500,00	10478,00
Bond Valor $	125,11	122,77	122,44
Bond Valor sfr.	107,80	105,80	105,70
Bond Valor Bfr.	109,44	107,40	107,25
Canasec	661,80	629,80	640,00
CSF-Bonds sfr.	79,50	76,75	76,50
CS Money Market $	1135,46	1135,65	1134,95
CS Money Market Stri.	1094,34	1094,34	1094,07
CS Money Market Yen	102504,0	102585,0	102498,0
Convert Valor sfr.	137,80	135,25	134,70
Convert Valor $	152,61	149,76	148,47
Dreyfus $*	14,34	13,48	13,48
Dreyfus Internat. $*	unerh.	unerh.	47,38
Dreyfus Intercont. $*	48,51	45,40	unerh.
Dreyfus Leverage $*	23,28	21,38	21,23
Energie-Valor DM	172,65	163,97	165,10
Europa Valor sfr.	212,00	201,75	202,00
Fonsa sfr.	unerh.	unerh.	201,50
Founders Growth $*	10,04	10,04	10,01
Founders Mutual $*	11,38	11,38	11,41
Goldmines hfl.	–	215,80	221,80
Intercont. Tr. sfr.	–	389,75	389,25
Interswiss sfr.	164,00B	163,50G	163,50
Intervalor sfr.	94,75	91,50	91,50
Japan Portfolio sfr.	1253,50	1180,00	1138,50
Kemper Growth $*	13,87	13,79	13,82
Pacific-Valor sfr.	187,25	175,50	171,75
Pharmafonds sfr.	357,50	312,50	315,00
Pioneer Fund $*	25,88	25,68	25,96
dgl. II $*	21,19	19,39	19,39
Schweizeraktien sfr.	542,75	514,50	512,50
Siat-Imm. sfr.	1750,00B	1740,00G	1740,00G
Siat 63 sfr.	1340,00B	1350,00G	1350,00G
Swissimmob. N.S. sfr.	2680,00	2540,00	2540,00
Swissimmob. 1961 sfr.	1580,00	1515,00	1515,00
Swissvalor sfr.	438,50	426,00	425,00
Technology $*	15,36	14,85	14,15
Technogrowth Fd.	112,21	105,87	105,87
Templeton Growth $*	14,75	13,48	13,44
Universal B.S sfr.	81,25	78,25	77,75
Universal Fund sfr.	151,23	126,66	126,44
Ussec	840,00	808,00	812,00

*Vortags-Kurs (alle Kursangaben ohne Gewähr für Übermittlungsfehler)

Optionshandel

Frankfurt: 21. 4. 1986

34 578 Optionen = 348 800 (317 850) Aktien, davon 766 Verkaufsoptionen = 39 450 Aktien

Kaufoptionen: AEG 7-300/56; 320/40G; 340/27, 360/17,4; 380/11; 400/9; 10-300/70, 320/52G, 330/45, 340/40B; 360/35, 380/21,2G; 400/15, 1-340/50B, 380/35, 400/25, **BASF** 7-260/81,25, 270/70; 290/54,75; 300/47, 310/40B, 320/29,6; 330/27, 340/20; 350/16, 360/14,95, 370/12; 380/10; 10-280/64,75; 300/55,75, 310/53,50; 320/43,5; 350/33; 360/22; 380/17; 1-320/50,25B, 340/45, 360/31; 380/23; **Bayer** 7-267,45/85; 270/87G; 277,45/75; 280/71G; 287,45/61, 297,45/55,1; 300/55, 310/46, 320/38,9; 330/33,8; 340/28; 10-340/38; 360/30; 380/20, 400/25,4, 410/15G, 1-340/48; 360/36, 380/28; 400/18; **BBC** 7-270/48B, 10-270/60, 300/12G; 1-300/50G; 360/25G, **BHF** 7-510/85, 600/40; 650/15G 10-600/50G; 650/30G, 1-700/29G; **Bay.Hypo.** 7-600/123,75G, 650/55G; 700/42; 10-650/100G; 700/60G, 800/28, 1-800/30G, **Beiersdorf** 7-110/30,8, 120/20,8, 130/11,8; 140/5; 10-120/23, 130/15, 140/10; 1-150/10G; **BMW** 7-500/13G; 550/90B; 560/70; 600/50; 650/30; 700/15G, 750/10, 10-550/140G; 600/75, 650/55B, 700/29, 750/14B, 1-650/60, 700/38, 750/28; **Bay.Vereinsbk.** 7-550/138; 600/75; 700/27; 10-650/50G; 700/40,5, 1-700/60G; **Commerzbk.** 7-30/60, 300/85, 320/69,5; 350/50; 360/38; 370/35, 10-300/95B, 320/86; 340/62,75, 360/54; 380/40,75, 400/30, 420/24; 1-360/70, 400/44, 420/30; **Conti** 7-190/72, 210/58B; 220/48; 230/37; 240/30B; 250/27; 260/17, 280/12; 300/6, 10-220/70; 230/45, 240/42B; 260/29, 280/23,8; 1-260/48, 280/32, 300/21,2; **Daimler** 7-1200/380; 1300/280, 1400/205, 1450/175; 1500/130; 10-1700/400B; 1300/330; 1400/230G, 1500/150; 1600/130; 1700/98,75, 1800/70B; 2000/40; 1-1500/210G, 1600/160, 1700/134B; 1800/100B; **Dt. Babcock St** 7-270/27G; 240/16,6, 260/8,6; 10-200/55G; 240/24; 260/15, 1-280/17, **Dt. Babcock Vz.** 7-200/41B, 234,50/33B, 10-220/27; 240/14B, 1-20/41G, **Deutsche Bk.** 7-800/125; 820/100, 850/85G, 900/60; 950/45B, 10-850/125, 900/85; 950/62, 1000/40, 1100/25, 1-950/90B; 1000/70, 1100/39, **Degussa** 7-550/41,5; 590/22B, 600/18G; 650/3,5; 10-600/40, 650/15G; **Dresdner Bk.** 7-370/140B, 400/120, 410/115, 420/90; 460/80; 460/70B, 10-420/120, 480/80, 480/62; 500/59, 550/40; 600/25, 1-500/60, 550/55; 600/39; **GHH St.** 10-240/50; 260/26G; 300/8; 1-260/40B, **GHH Vz.** 7-234,50/12B; 240/10B, 10-220/30, 240/18B; **Harpener** 7-400/41B; 10-480/19, **Hoechst** 7-310/54; 320/29; 330/25; 340/19,9; 360/12,5; 400/4G, 10-300/58; 310/49G, 320/44; 340/30, 350/29,8B; 360/24, 380/15; 400/13,2, 1-320/48, 340/38; 360/28; 380/18; **Hoesch** 7-160/39; 170/31; 180/27, 190/21, 200/15; 230/9,9; 10-180/40; 190/30; 200/15,8; 200/20, 210/17, 230/12, 240/8, 250/6; 1-200/36 210/21G, 220/30, **Karstadt** 7-350/60B; 380/20G, 1-400/35G, 440/25, **Kaufhof** 7-430/55; 440/45G; 10-460/40B, 1-480/47G, 500/30G, **KHD** 7-320/18G, 10-370/26, **Klöckner** 7-100/10,6, 110/7,5; 120/6,5, 130/4; 10-10/8, 100/15; 110/11,5, 130/7; 1-100/19, 110/17,5; 120/15,6B; **Lufthansa St.** 7-250/40; 260/29; 280/19,5; 300/10B, 10-260/45, 280/36B, 300/25B, 320/15, 1-280/40G; 320/20B; **Lufthansa Vz.** 7-260/25B, 280/16B, 300/8,5, 10-260/45, 280/30B, 300/17, 320/8, 1-320/25; **Linde** 10-800/10G, 1-850/25G, **MAN** 7-220/20, **Mercedes** 7-1200/200; 1300/150, 1400/98B, 1500/50; 1600/40B; 10-1400/124G; 1500/80; 1600/55, 1800/32, 1-1400/130G; 1500/115, 1600/80, **Metallges.** 7-400/21; 420/16,5B; 10-420/25G; **Mannesmann** 7-240/44; 260/30; 280/18, 300/12; 320/8, 325/6,5, 10-260/43, 280/30; 300/21,5; 320/17; 1-280/38G; 300/31, 320/22, **Nixdorf** 7-640/45G, 650/39,8B, 670/25B, 700/18G, 10-620/50G, 650/48,75G; 700/35G, **Porsche** 7-1300/35, 1400/11,4G, **Preussag** 7-220/34, 240/23, 260/10, 280/6, 300/3, 10-240/20B, 270/15, 280/10, 300/6, 1-280/19B; 300/14; **RWE St.** 7-197, 200/78; 217,20/58, 227,20/42, 237,20/39; 240/36; 245,20/30; 247,20/28, 260/24, 280/18, 10-27,2/50B, 217,20/60B, 240/40; 260/3G; 267,20/27B; 275,20/25B; 280/23, 300/18, 320/8,5G, 1-260/41; 280/27; 300/22, 320/12G, **RWE Vz.** 7-227,20/36,5, 237,20/33B; 240/31; 255,20/25B, 260/19B; 280/14B, 300/8,6B, 10-217,20/50G; 260/25G; 1-260/53; 300/21B; **Schering** 7-700/10G; 10-650/35; 1-700/30, 750/15; **Kali + Salz** 7-300/15; 320/8; 340/6; 10-300/22, 360/10,8, 1-320/50; 380/8G; **Siemens** 7-60/25B; 700/65; 750/34; 850/24, 10-700/85; 750/65; 800/36, 850/29, 1-700/118,75G; 750/82,4; 800/65; 850/41; **Thyssen** 7-180/23; 190/15,5, 195/14; 200/12, 205/10; 220/5,5, 10-175/35, 190/26, 200/19,5; 215/16, 220/13, 1-230/27, **Varta** 7-380/19,1G; 400/15G, **Veba** 7-40/58, 270/79; 280/70; 290/60, 300/49; 310/40; 320/31; 340/25; 350/20; 360/15, 380/10; 10-300/65; 310/50B, 330/45; 350/38, 360/31, 380/17B, 400/13,2; 1-360/35, 380/26; 400/20; **VEW** 7-160/39B; 190/18,2, 10-160/45B, 190/21G; 200/17, 220/11,6G; **VW** 7-460/230B, 500/185, 550/145, 573/118, 580/115, 600/90, 610/77, 650/55; 700/38; 750/30; 800/18, 10-550/160; 600/110, 700/55; 750/43; 800/27, 1-600/180G; 650/110G; 700/80; 750/60; 800/45; **Alcan** 7-73/8,6B, 75/4,8B, 10-75/7; 80/5B; 85/4B; 1-75/12,7B; 85/5,3; **Chrysler** 1-100/15, 110/13; 120/9,9B; **GE** 7-100/5G; 10-75/40; 100/15; 110/5G, 1-110/7G; **General Motors** 7-180/31; 190/18,7B, 200/13, 210/11B, 220/7B; 10-200/25; 220/14, **IBM** 7-360/22; 380/13, 400/7,8, 10-380/25, 400/12G; 1-380/32,5; 400/25G, **Norsk Hydro** 7-40/7; 45/3,4; 50/1,5; 10-40/9; 45/6, 50/3,4; 55/2; 1-40/11; 45/7,5; 50/5,5; 55/3; **Philips** 7-44,50/12; 50/10; 55/6; 60/3,1; 64,50/2; 65/1,8, 10-49,50/13G; 50/1,7B; 55/7,9; 60/5; 65/3,5; 70/2,5; 1-52/15B, 55/9,9, 60/8, 65/6B; 70/3,9; **Royal Dutch** 7-160/15B, 170/10G, 180/6G; 10-160/22B; 170/10,6B; 180/10; **Sony** 7-55/2,5, 55/3,8, **Sperry** 7-150/7; 10-130/10; 140/8,4; 1-140/11,5; **Xerox** 7-150/9; 160/7; 10-160/9,4B.

Verkaufsoptionen: AEG 7-300/2G; 320/5; 10-300/4; 310/10, 320/10,5, 340/20, 1-280/5,4; 320/15G; **BASF** 7-300/2; 310/3; 320/5, 10-280/1G, 300/4, 320/9,4; 1-300/8,4; 320/16,5; 340/25B, **Bayer** 7-320/2, 340/8, 10-300/2,5G; 320/5,4; 340/11, 1-330/5G, 320/19,05, 340/18; **Bay. Hypo** 7-650/9B, 10-650/20G; **BMW** 7-500/5,1B; 550/9; 600/12G; 10-550/30G; 1-550/35; **Commerzbk.** 7-320/3, 340/4, 360/8; 10-320/4; 340/8,5; 360/16, 1-320/3; 340/15, 360/20G, **Conti** 7-240/3B; 10-240/8G, 1-220/4,5; 240/5G; **Daimler** 7-1300/6, 1500/21, 1400/30; 10-1200/15G; 1300/35B, 1400/50; 1500/60G, 1-1200/25G, 1300/49G; 1500/80G, **Deutsche Bk.** 7-800/5,5B; 850/15B, 900/25G; 10-900/35, 1-850/35G, **Degussa** 7-500/8, **Dresdner Bk.** 7-460/6,5; 480/12,4; 500/28; 10-440/9G; 460/15; 480/30; 1-440/20B; 480/35G; **Harpener** 10-400/7,3; **Hoechst** 7-290/2, 300/2,4; 320/6; 10-280/7,5; 300/6, 320/12; 1-300/2, 320/14, **Hoesch** 7-170/2B, 180/4, 190/5,5; 10-160/2, 170/3, 180/5,9; 190/7,1, 1-150/2G; 170/5B, 180/7B; **Karstadt** 7-300/30; 320/4,6B; 360/8; 10-340/6, 360/15G; **Kaufhof** 7-430/6G; 450/9G; 10-440/9,4G, 450/15G; 460/21G; 480/29,2G; 1-440/19G, 460/24,2G, **Klöckner** 7-95/2,4; 100/3,8; 110/6,6; 10-95/3,6; 100/7, 110/8, 1-95/5,15, 100/9,4; 110/12G; **Lufthansa St.** 10-260/12, 1-260/12G; **Lufthansa Vz.** 7-280/4,5; 1-260/10G; **Linde** 7-750/10B, 10-750/30G, 750/26G, **Mercedes** 7-1300/22; 10-1200/20; 1300/55G; 1-1300/40; **Metallges.** 7-350/10,6B, **Mannesmann** 7-240/3,5, 260/9; 10-240/4,6; 260/17; 1-240/7,7; 260/22B, **Nixdorf** 10-600/15,7G; 1-650/30G, **Preussag** 7-240/9,6, 1-220/8B, 240/12B, **RWE St.** 7-220/2,5B; 10-240/5, **RWE Vz.** 10-240/6,5G, **Siemens** 7-650/5,1, 700/16G; 10-650/12; 700/25G, 1-700/38, **Thyssen** 7-170/2,5, 180/4,1; 190/9,6; 10-170/3,6; 180/7,4; 1-180/3,9 **Veba** 7-300/18, 340/6G; 10-300/3, 320/5; 1-320/5, 320/12G, **VEW** 10-190/3,4, 1-190/7, **VW** 7-600/6, 650/21, 700/49, 10-650/30, 700/52G, 1-600/20, 650/35G; **Alcan** 7-65/1,9; **Norsk Hydro** 7-40/1,7, 45/3, 10-40/1,8, 45/4B; 1-40/2,4; 45/4,5, **Philips** 7-55/1G, 66/4, 10-55/2G, 60/4,55.

WELT-Aktien-Indizes

Chemiewerte: 187,39 (189,31). Elektrowerte: 332,22 (338,55). Autowerte: 862,89 (872,36). Maschinenbau: 181,82 (181,42). Versorgungsaktien: 198,02 (196,77); Banken: 461,83 (463,25). Warenhäuser: 152,86 (154,84). Bauwirtschaft: 532,57 (530,59). Konsumgüterindustrie: 179,61 (179,72). Versicherung: 1724,65 (1704,98); Stahlpapiere: 186,49 (185,25)

Kursgewinner (Frankfurt):

Act	90,00	+15,00	+20,0%
Herlitz St.	219,50	+19,00	+9,4%
Aesculap	490,00	+40,00	+8,8%
Beiruc	141,80	+10,80	+8,2%
Monachia	3000,00	+200,0	+7,1%
Gerling NA Vz.	600,00	+35,00	+6,1%
GHH Vz.	225,50	+10,50	+4,8%
Württ. Bd. Vers.	3090,00	+140,0	+4,7%
Allweiler Vz.	257,90	+11,50	+4,6%
Bankges. v 1899	795,00	+33,20	+4,3%

Kursverlierer (Frankfurt):

Dt. Centralboden	951,00	-49,00	-4,9%
Frankf. Hypo	1250,00	-65,00	-4,9%
Brau AG	492,00	-24,00	-4,6%
Altana	450,00	-21,00	-4,4%
Buderus	650,00	-30,00	-4,4%
Koepp	220,00	-10,00	-4,3%
Pfaff M.	115,00	-5,00	-4,1%
Audi NSU	670,00	-28,00	-4,0%
Münch. Rück. Inh.	3760,00	-160,0	-4,0%
WMF St.	202,00	-8,00	-3,8%

Junge Aktien

Berlin: Hermes 750G, Kötitzer 1850T, VAB 300GT **Düsseldorf:** BASF 319, Bayer 324, BHF 562, Com-gas 400, Dresdner Bk. 476, IWK 311T, KSB St. 220T, KSB Vz. 205T, Metallges. 335T, Nixdorf 619,5, Rutgers 422T, Salamander 340,5, VEW 177bG **Frankfurt:** Act 80G, Allweiler St. 285G, Allweiler Vz. 240bG, BASF 317, Bayer 324, BHF 562, Commerzbk. 356, Contigumm 258, Dresdner Bk. 478, Hoechst 318, IWK 311, KSB 220T, KSB Vz. 210T, Linde 747, Magdeburger Feuer NA 800G, Mannkroh 520T, Metallges. 338, Moto Meter 280,1 Nixdorf 619,8, Pfaff 747, Rutgers 410, Salamander 346, Schering 595, VEW 180, Wella 648, Ymos Vz. 207 **Hamburg:** Doag 470T, Schering 590 **München:** Bayer 325, Bay. Hdlbk. 625bG, Br Wolfk. 275G, Contigas 413, Dresdner Bk. 480, Hoechst 310G, Linde 750, Nixdorf 610bG, Rutgers 408T, Salamander 340T, Schering 589,8, Stumpf 160G, VAB 3300Gr, VEW 182, Wanderer 660B

Bezugsrechte: München: entfallen.

Devisenmärkte

Die Diskontsenkungen des Wochenendes hatten für die betroffenen Währungen am 21. April keine Konsequenzen. Sowohl die Reduzierung um ½ Punkt in den USA als auch in Japan wurde von vielen Marktteilnehmern bereits in der vergangenen Woche als sicher angesehen. Die US-Währung wurde heute dicht bei 2,195 umgesetzt. Der endgültige Durchbruch durch die Marke von 2,20 blieb jedoch vorerst aus. Man registrierte immer wieder aufkommende Kaufbereitschaft auf der niedrigen Basis, so daß der Kurs am Nachmittag bei 2,205 angesiedelt war. Das Fixing von 2,2053 stellt einen vorläufigen Jahrestiefststand dar. Der Yen notierte fest gegen den Dollar und wurde gegen D-Mark mit 128,45 um 1,2 Pfennig erhöht festgestellt. Der Franc entfernte sich weiter vom oberen Interventionspunkt. Seine heutige Notiz lautete 31,36. Die Norwegen Krone, die Lira und die Peseta notierten historisch tief. US-Dollar in: Amsterdam 2,483, Brüssel 45,0875, Paris 7,0345; Mailand 1513,50, Wien 15,451, Zürich 1,8487, Ir. Pfund/DM 3,038, Pfund/Dollar 1,5118, Pfund/DM 3,334

Devisen und Sorten

21.4.1986	Frankf. Devisen Geld	Frankf. Devisen Brief	Wechs. Ank.-Kurs*	Frankf. Sorten* Ankauf	Frankf. Sorten* Verkauf
New York[1]	2,2013	2,2093	2,192	2,14	2,24
London[2]	3,327	3,341	3,303	3,26	3,41
Dublin[2]	3,031	3,045	2,996	2,96	3,11
Montreal[1]	1,5862	1,5942	1,5695	1,54	1,64
Amsterd.	88,495	88,715	88,39	87,75	89,50
Zürich	119,19	119,39	119,15	118,00	120,75
Brüssel	4,882	4,902	4,941	4,75	4,95
Paris	31,28	31,44	31,12	30,50	32,25
Kopenh.	27,00	27,12	26,865	26,25	28,00
Oslo	31,33	31,45	32,735	30,75	32,50
Stockh.**	30,92	31,08	32,545	30,25	32,00
Mailand[3]**	1,4525	1,4625	1,4285	1,40	1,50
Wien	14,226	14,256	14,222	14,15	14,37
Madrid**	1,567	1,577	1,542	1,51	1,63
Lissabon**	1,49	1,51	1,43	1,25	1,90
Tokio	1,283	1,286	–	1,24	1,30
Helsinki	44,02	44,22	43,345	43,00	45,00
Buen.Air.	–	–	–	–	3,50
Rio	–	–	–	0,05	0,18
Athen* **	1,559	1,613	–	1,20	1,90
Frankl.	–	–	–	1,71	1,93
Sydney*	1,587	1,605	–	1,49	1,64
Johannbg.*	1,090	1,124	–	0,77	1,02
Hongkong*	28,21	28,49	–	27,50	33,50

Alles in Hundert; [1] 1 Dollar, [2] 1 Pfund, [3] 1000 Lire
*Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage · * nicht amtlich notiert
** Einfuhr begrenzt gestattet.

Ihr Leben war reich und erfüllt durch Fürsorge und Liebe.

Dr. med. Irmgard Koska-Klink

Trägerin des Bundesverdienstkreuzes

* 15. 11. 1907 † 20. 4. 1986

In großer Dankbarkeit

Barbara Jentz-Koska
Thies Jentz
mit Janina und Henric
Detlef K. Koska
Marianne E. Koska-Johnson
mit Julie und Erik

Essen-Bredeney

Graumannsweg 59
2000 Hamburg 76

306 N. Aldine Avenue
Park Ridge, Illinois 60068/USA

Die Trauerfeier findet statt am Freitag, dem 25. April 1986, um 13.00 Uhr in der Kapelle des Südwestfriedhofs (Ehrenfriedhof), Essen, Fulerumer Straße.

Die Verstorbene hat anstelle von Blumen und Kränzen um eine Spende für den Deutschen Frauenring (für Sozialarbeit), Postgirokonto Essen Nr. 406 39-438 (BLZ 360 100 43).

Ein langes, reich ausgefülltes Leben ist beendet.

Nach kurzer Krankheit verstarb am 16. April 1986 unser Vater, Großvater und Urgroßvater, Herr Direktor

Franz Kalischer

geb. 20. August 1896

Träger des Großen Bundesverdienstkreuzes am Band

Lotte Rensch geb. Kalischer
Kurt Kalischer
und Familien

Die Beisetzung findet im Familienkreis statt.
3131 Tolstefanz, „Jägerhof"

Statt evtl. zugedachter Kranzspenden bitten wir um Überweisung eines Betrages auf das Konto der „Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger" bei der Vereins- und Westbank Hamburg, BLZ 200 300 00, Kto.-Nr. 1/07 557.

Familienanzeigen und Nachrufe

Telefon:
Hamburg (0 40) 3 47 – 43 80, oder – 42 30
Berlin (0 30) 25 91–29 31
Kettwig (0 20 54) 1 01–5 18 u. 5 24

Telex:
Hamburg 2 17 001 777 as d
Berlin 1 84 611
Kettwig 8 579 104

BEKANNTMACHUNGEN

– Im Wege der — 19 K 82/85

Zwangsvollstreckung

soll am Dienstag, dem 13. Mai 1986, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Am Burgfeld 7, Saal 24, in Lübeck, versteigert werden die im Seeschiffsregister des Amtsgerichts Hamburgs Band 143, Blatt-Nr. 13753 eingetragene Motoryacht aus Kunstoff „Jamila", und zwar Unterscheidungssignal: DLAK, Jahr des Stapellaufs und Bauort: 1978, Gaete, Italien, Cantiere Navali Italcraft, Heimathafen: Hamburg, Länge: 11 m, Breite: 3,76 m, Umfang: 6,20 m, Länge über alles: 12,26 m, Maschinenleistung: 2 × 240 PS. Das Schiff liegt auf dem Freigelände der Böbs-Werft, Lübeck-Travemünde.

Lübeck, den 15. April 1986 — Amtsgericht, Abt. 19

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer †, Dr. Herbert Kremp

Chefredakteure: Peter Gillies und Manfred Schell

Stellvertretender Chefredakteur: Dr. Günter Zehm

Meinungen: Enno von Loewenstern

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Jens-Martin Lüddeke, Rüdiger v. Wolkowsky, Bonn: Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Armin Reck (stellv.); Diethart Goos (Deutschlandpolitik); Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Bildungs- und Kulturpolitik, Geisteswissenschaften: Dr. Paul F. Reitze; Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Detlev Ahlers; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach, Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Norbert Koch, Dr. Rudolf Zewell (stellv.), Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt; Fotoredaktion: Bettina Rathje.

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Giskes, Werner Kahl, Dr. Rainer Nolden, Lothar Schmidt-Mühlisch

Hamburg-Ausgabe: Knut Teske, Klaus Bruns (stellv.)

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Arnulf Gosch, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Dieter Dose, Klaus Geitel; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Michael Jach, Dominik Schmidt; Kiel: Georg Bauer; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Harald Günter, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein, Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Kopenhagen: Gottfried Mehner; Miami: Werner Thomas; Moskau: Rose-Marie Borngässer; Paris: Peter Ruge, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD. Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günter Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09
Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf 1, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main) 1, Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11; Telex 4 12 449
Fernkopierer (0 69) 72 79 17
Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11 - 13
Telex 4 185 525

7000 Stuttgart 1, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813
Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39
Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 27,10 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 37,10 einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 64 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 14 gültig ab 1. 10. 1985, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 50.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 5, gültig ab 1. Oktober 1985.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.
Nachrichtentechnik: Harry Zander
Herstellung: Werner Koziak
Anzeigen: Hans Biehl
Vertrieb: Gerd Dieter Leilich
Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler
Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp.

FINANZANZEIGEN

FELDMÜHLE NOBEL
Aktiengesellschaft

Verkaufsmitteilung

über

DM 350 000 000,– auf den Inhaber lautende Aktien der Feldmühle Nobel Aktiengesellschaft, Düsseldorf

mit Gewinnanteilberechtigung
erstmals für das Rumpfgeschäftsjahr vom 1. Februar bis 31. Dezember 1986

Im Rahmen der Neuordnung der Eigentümerstruktur sollen Stück 7 000 000 Aktien zu je DM 50,– der Feldmühle Nobel Aktiengesellschaft, Düsseldorf, die das gesamte Grundkapital der Gesellschaft in Höhe von DM 350 000 000,– repräsentieren, breitgestreut placiert und an den deutschen Wertpapierbörsen zum Handel und zur amtlichen Notierung zugelassen werden. Die auf den Inhaber lautenden Aktien sind gewinnanteilberechtigt erstmals für das Rumpfgeschäftsjahr vom 1. Februar bis zum 31. Dezember 1986.

Für interessierte Anleger besteht

ab dem 24. April 1986

die Möglichkeit, Kaufangebote zum Preis von DM 285,– je Aktie über DM 50,– abzugeben bei den Banken des Konsortiums:

Deutsche Bank AG
Deutsche Bank Berlin AG
Baden-Württembergische Bank AG
Bank für Handel und Industrie AG
Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank AG
Bayerische Vereinsbank AG
Berliner Commerzbank AG
Berliner Handels- und Frankfurter Bank
Commerzbank AG

Deutsche Genossenschaftsbank
Dresdner Bank AG
Georg Hauck & Sohn Bankiers KGaA
Merck, Finck & Co.
Sal. Oppenheim jr. & Cie.
Schweizerischer Bankverein (Deutschland) AG
Trinkaus & Burkhardt KGaA
Vereins- und Westbank AG
Westdeutsche Landesbank Girozentrale

sowie bei:

Bayerische Landesbank Girozentrale
Berliner Bank AG
Citibank Aktiengesellschaft
CSFB-Effectenbank AG
Delbrück & Co.

Hessische Landesbank Girozentrale
Bankhaus Hermann Lampe Kommanditgesellschaft
Landesbank Schleswig-Holstein Girozentrale
B. Metzler seel. Sohn & Co.
Norddeutsche Landesbank Girozentrale

und im Ausland bei:

Algemene Bank Nederland N.V.
Banca Commerciale Italiana
Bankers Trust International Limited
Banque Nationale de Paris
Banque Paribas
Barclays Merchant Bank Ltd.
Baring Brothers & Co. Ltd.
H. Albert de Bary & Co. N.V.
Creditanstalt-Bankverein
EBC Amro Bank Ltd.
Enskilda Securities, Skandinaviska Enskilda Ltd.
Generale Bank

Goldman Sachs International Corp.
Kleinwort, Benson Ltd.
Merrill Lynch International & Co.
Morgan Grenfell & Co. Ltd.
Morgan Stanley International
The Nikko Securities Co. (Europe) Ltd.
Nomura International Ltd.
Salomon Brothers International Ltd.
J. Henry Schroder Wagg & Co. Ltd.
Swiss Volksbank
Société Générale
Union Bank of Switzerland (Securities) Ltd.
S.G. Warburg & Co. Ltd.

sowie bei:

DB Capital Markets (Asia) Ltd.
Deutsche Bank Australia Ltd.
Deutsche Bank Capital Corp.

Deutsche Bank Capital Markets Ltd.
Deutsche Bank (Suisse) S.A.

Kaufangebote werden von diesen Banken freibleibend während der üblichen Schalterstunden entgegengenommen, wobei die inländischen Banken im Namen und für Rechnung der Alma Beteiligungsgesellschaft mbH, Frankfurt, einem Konzernunternehmen der Deutsche Bank Aktiengesellschaft, handeln. Für den Fall, daß das Placierungsvolumen nicht ausreicht, sämtliche Kaufwünsche zu befriedigen, bleibt vorbehalten, Kaufangebote nicht oder nur teilweise anzunehmen.

Die Banken haben sich verpflichtet, die in den jeweiligen Ländern geltenden Regeln für Aktienplacements und deren steuerliche Behandlung sowie alle einschlägigen Verkaufsbeschränkungen einzuhalten. Die Aktien sind nicht nach dem Securities Act von 1933 der Vereinigten Staaten von Amerika registriert worden und dürfen im Rahmen der Placierung nicht in den Vereinigten Staaten oder an amerikanische Steuerpflichtige verkauft werden.

Der Kaufpreis für die Aktien zuzüglich Börsenumsatzsteuer und üblicher Effektenprovision ist von den Erwerbern am 30. April 1986 zu entrichten.

Nach Zahlung des Kaufpreises werden die Aktien den Erwerbern zunächst auf Girosammeldepotkonto gutgeschrieben. Bis zum Vorliegen effektiver Stücke (voraussichtlich im Herbst 1986) können Ansprüche auf Auslieferung nicht geltend gemacht werden. Die Aktien stehen dann mit Gewinnanteilscheinen Nr. 1–20 sowie Erneuerungsschein in Einzelurkunden über DM 50,– und Sammelurkunden über je 10 Aktien zu DM 50,– und je 50 Aktien zu DM 50,– zur Verfügung.

Die Aktien der Feldmühle Nobel Aktiengesellschaft sind an allen deutschen Wertpapierbörsen zum Handel und zur amtlichen Notierung zugelassen. Die Börsennotierung wird voraussichtlich am 5. Mai 1986 aufgenommen. Börsenzulassungsprospekte sind bei den genannten Banken erhältlich.

Düsseldorf, im April 1986

Der Vorstand

Montag, 2. Juni 1986, 12 Uhr...

... laden wir unsere Aktionäre zur

110. ordentlichen Hauptversammlung

im Neubau der Bank, Landschaftstraße 2, 3000 Hannover, ein.

Wegen der Tagesordnung verweisen wir auf den Bundesanzeiger Nr. 75 vom 22. April 1986

Hannover, den 21. April 1986
Der Vorstand



Braunschweig-Hannoversche Hypothekenbank Aktiengesellschaft · Hannover

Aktien überwiegend leichter

Gewinnrealisationen wurden fortgesetzt

DW. – Auch am Wochenbeginn bestand auf den Aktienmärkten die Neigung zu Gewinnrealisationen fort. Daran konnte auch die von den USA und von Japan eingeläutete neue Zinssenkungsrunde nichts ändern. Von den Finanztiteln konnten sich nur Versicherungsaktien noch etwas verbessern, während Banken weiter abbröckelten. Im Zuge der seit Wochen auf dem deutschen Markt herrschenden Anlagerotation wird zur Zeit Ausschau nach neuen Schwerpunkten gehalten. Freundlich lagen die Aktien der Versorgungswerte.

Von den VW-Aktien ist die Verstimmung über die Kapitalerhöhung durch Ausgabe stimmrechtsloser Vorzugsaktien noch nicht gewichen. Ihr Kurs gab vorübergehend nach, konnte sich aber gegen Schluß wieder etwas erholen. Ähnlich ging es auch anderen Standardaktien, so daß schließlich die Zuversicht auf Rückkehr zur freundlich bis festen Tendenz wieder gewachsen ist. Von den Bankaktien profitierten Bayern Hypo von den als kulant empfundenen Konditionen der angekündigten Kapitalerhöhung. Großbanken hingegen gaben um ein bis drei DM nach. Chemieaktien verloren bis zu knapp fünf DM. Im Elektrobereich stellten Siemens-Aktien mit einem über 10 DM hinausgehenden Tagesverlust die seit einigen Wochen hier herrschende Empfindlichkeit erneut unter Beweis. Von den Versorgungswerten lagen neben RWE auch Bekula fester. Von den Maschinenbaupapieren setzten Linde ihren Anstieg fort.

Frankfurt: Aesculap zeigten sich um 40 DM erholt, EVA erhöhten sich um 10 DM und Enka zogen um 15 DM an. Altana sanken um 21 DM, Hutschenreuther verloren 10 DM und Kali + Salz 8,70 DM.

Düsseldorf: Bilfinger verloren 7 DM und Dyckerhoff St. 12 DM. Concordia Chemie erholten sich um 8 DM und DAB gewannen 2 DM. Glas Schalke wurden um 7 DM niedriger taxiert und Hageda ermäßigten sich um 6 DM.

Hamburg: HEW erhöhten sich um 3 DM und Beiersdorf um 5 DM. Vereins- und Westbank schwächten sich um 13 DM ab. Hapag Lloyd wurden mit plus 1,50 DM bezahlt.

Berlin: Berthold zogen um 19 DM, Herlitz St. um 11,50 DM und Deutsche Hypobank Berlin um 10 DM an. Rheinmetall St. mußten um 10 DM und Engelhardt um 4 DM zurückgenommen werden.

München: Audi AG sanken um 15 DM, Deckel AG verminderten sich um 7 DM und Großkraft Franken sanken um 5 DM. AKS erholten sich um 3,50 DM, Dywidag stiegen um 3 DM und Süd Chemie um 10 DM.

Stuttgart: Württembergische Feuerversicherung konnten sich um 20 DM erholen, Moto Meter waren im Freiverkehr um 10 DM ansteigend. Württembergische Hypothekenbank waren um 25 DM ermäßigt und DLW gaben 10 DM ab.

Nachbörse: uneinheitlich

WELT-Aktienindex: 315,95 (315,39)
WELT-Umsatzindex: 4984 (9675)
Advance-decline-Zahl: 85 (89)

TOYOTA. ZUM DRITTEN MAL.

Bei der 4.214 km langen Safari-Rallye leistete Toyota Technologie wieder einmal schier Unglaubliches.
Das fortschrittliche Motorenkonzept sicherte den Toyota Celicas nicht nur den Gesamtsieg, sondern auch den 2. und 4. Platz. Dies setzt die Erfolgsserie von 1985 (1. und 2. Platz) und 1984 (1. Platz) fort.
Bei diesem Wettbewerb forderten die schlechtesten Straßen Afrikas das Beste, was Toyota an Motor-Leistung und -Zuverlässigkeit zu bieten hat. Die Toyota Kraftwerke überlebten nicht nur extrem heiße und staubige Bedingungen, mörderische Gebirgsstrecken und Geraden mit 230 km/h, sondern ließen hierbei auch die Konkurrenz hinter sich.
Natürlich ist die Safari-Rallye nur einer von vielen Wettbewerben, an denen Toyota sich beteiligt. Toyota beweist und verbessert seine Technologie in Wettbewerben überall auf der Welt.
Deshalb finden Sie in jedem Toyota einen Motor mit der Zuverlässigkeit und Leistung, die zum Gewinn einer Rallye erforderlich sind.

TOYOTAS ERFOLGSSERIE BEI DER AFRIKA-SAFARI-RALLYE:

1984 1.

1985 1. & 2.

1986 1., 2. & 4.



TOYOTA

Wassermann entdeckt die „Zuschauerdemokratie

Das Etikett bleibt haften

Eigentlich ist es eine Binsenweisheit, daß das Ideal der Demokratie, die Identität von Regierenden und Regierten, in der praktischen Staatsgestaltung nie realisiert werden kann. Trotzdem wird immer wieder der untaugliche Versuch unternommen, parlamentarische Demokratien daran zu messen. Das negative Ergebnis solcher Untersuchungen steht damit von vornherein fest.

Auch wenn sich der Braunschweiger Oberlandesgerichtspräsident Rudolf Wassermann mit seinem Plädoyer für eine Erneuerung der Parteiendemokratie nicht in die große Schar jener Beckmesser der demokratischen Staaten einreihen will, so liefert er ihnen doch mit seiner einprägsamen Formel von der Zuschauerdemokratie das Stichwort. Gewollt



oder ungewollt wird den Bürgern damit suggeriert, daß sie am politischen Leben praktisch nur wie die Zuschauer in einem Fußballstadion am Geschehen auf dem grünen Rasen teilnehmen können.

Gewiß, der einstige „Vordenker" der nur zum Teil geglückten Rechtsformen der sozialen-liberalen Koalition spricht sich sehr entschieden dafür aus, die „Zuschauerdemokratie" durch eine „Teilnehmerdemokratie" zu ersetzen. Das Etikett, das der ebenso scharfsinnige wie geistvolle Jurist mit seinem sehr negativ beladenen neuen Schlagwort der Bundesrepublik Deutschland angeklebt hat, wird haften bleiben. Eben das ist ganz und gar nicht im Sinne Wassermanns, der schon einmal die sehr schmerzliche Erfahrung machen mußte, daß ein Wort von ihm absichtlich mißverstanden wurde. Sein Eintreten für den „politischen Richter" wurde von dem „progressiven" Teil der Richterschaft dazu benutzt, die Rechtssprechung der Gerichte zur Systemveränderung zu mißbrauchen.

Wassermann beklagt zwar, daß in den 70er Jahren „die Entwicklung des Rechts mit den stürmischen Veränderungen, die sich in der Gesellschaft vollzogen hatten, nicht Schritt gehalten hatte". Er weist aber zugleich darauf hin, daß das Recht auch die Aufgabe hat, als stehende Ordnung jenes Maß an Normativität und Stabilität zu garantieren, das für die Handlungsfähigkeit des Menschen und den Bestand einer Gesellschaft unerläßlich ist.

Wassermann geht mit allen hart ins Gericht, die unter Berufung auf die Demokratie die Bindung an das Recht zumindest partiell in Frage stellen. Und er stellt die mehr als berechtigte Frage, ob das Recht nur noch für die Dummen da ist, wenn der Bürger auswählt, wo er dem Recht gehorchen und wo er ihm nicht gehorchen will.

Die „glückliche Verbindung", die Rechtsstaat und Demokratie in der Bundesrepublik eingegangen sind, kann allerdings nicht nur an einem solchen „selektiven Rechtsgehorsam" zerbrechen. Sie ist auch durch eine allzu große Verrechtlichung der Politik gefährdet. Immer häufiger werden unpopuläre Entscheidungen den Gerichten zugeschoben.

So scharf Rudolf Wassermann das Bundesverfassungsgericht tadelt, daß es „im Überschwang verfassungspolitischen Hochgefühls" mitunter in aktuelle politische Auseinandersetzungen eingegriffen hat, seine schonungslose Kritik an allen Fehlern und Mängeln der parlamentarischen Parteiendemokratie ist im Grunde genommen eine geheime Liebeserklärung an die Bundesrepublik Deutschland, die er vor allem durch die allzu große Verstaatlichung der Parteien und des Politikerberufs bedroht sieht.

Wassermanns Rezepte sind allerdings weder neu noch überzeugend. Abgesehen davon, daß Plebiszite auf Bundesebene zu einem Freund/Feind-Denken in der Politik führen würden, kann durch sie auch, wie das Beispiel Schweiz zeigt, keine größere Bürgerbeteiligung am politischen Geschehen erreicht werden. Und so gutgemeint der Vorschlag auch sein mag, den Einfluß der Parteien im Staat zurückzudrängen: Nur wenn diese selbst zu größerer „Enthaltsamkeit" wie beispielsweise bei der Besetzung von Stellen im öffentlichen Dienst bereit sind, wird die Gefahr der Parteipolitisierung zu bannen sein. HENNING FRANK

Rudolf Wassermann, „Die Zuschauerdemokratie", Econ Verlag Düsseldorf/Wien 1986, 240 Seiten, 36 Mark.



Die Matchinson-Sisters, Vertreterinnen des schlüpfrigen „englischen Genres" im „Folies Bergères", wie Henri Gabriel Ibels sie für die „Assiette au Beurre" zeichnete FOTO: KATALOG

„Bilderwelten" in Dortmund: Satirische Illustrationen der Jahrhundertwende

Wer nimmt Rücksicht auf Victoria?

In Dortmund kann man den „Gotha" des „Rire" besichtigen. Charles Léandre begann diese satirische Ahnengalerie der Dreyfus-Anhänger und Dreyfus-Gegner 1897, dem Jahr vor der Revision. Da erschien als Nr. 1 natürlich Emile Zola. Als Nr. 7 zierte Edouard Drumont, der Menschenfresser, der gerade genüßlich einen Juden auf die Gabel gespießt hat, die Titelseite des „Rire". Diese und noch eine ganze Reihe anderer Köpfe sind im Museum für Kunst und Kulturgeschichte zu sehen.

Auf die Nr. 9 des „Gotha" hat man allerdings verzichtet, obwohl es neben Drumonts Kopf sicherlich die bekannteste und deshalb vielfach variierte Karikatur dieser Serie ist. Sie zeigt nämlich Rothschild mit der Krone vom Goldenen Kalb als einen Greis, der die Welt in den Klauen hält. Daß dieses Blatt nicht in der umfangreichen Sammlung Ulrich von Kritter, die mit dem zweiten Teil der Ausstellung „Bilderwelten" nun „Satirische Illustrationen im Frankreich der Jahrhundertwende" zeigt, vorhanden sein sollte, ist kaum anzunehmen. Außerdem hätte man es dann – wie einige andere Beispiele – auch woanders ausleihen können. Es wird wohl wieder einmal jenes Gedankens Blässe gewesen sein, die diesen Verzicht angelegen sein ließ.

Aber solche hamletsche Rücksicht paßt sehr gut zum Thema. Denn diese Ausstellung macht einmal mehr auf das Elend der Karikatur aufmerksam, die sich gern progressiv und unerschrocken gibt, tatsächlich sich aber am Markt der vorherrschenden Meinungen orientiert. Das klingt allerdings nur im Katalog zaghaft an, in der Ausstellung selbst wird es nicht exemplifiziert.

Die Auswahl beschränkt sich auf Beispiele aus den drei führenden satirischen Zeitschriften Frankreichs am Ende des 19. Jahrhunderts. Das sind der „Gil Blas illustré", „Le Rire" und „L'Assiette au Beurre". Ihr Repertoire ruht auf drei Säulen, dem Spott über den Klerikalismus, die Militärs und die Justiz. Mag es aus heutiger Sicht oft recht wagemutig scheinen, wie rigoros die Karikaturisten mit dem Papst und der katholischen Kirche (z. B. Galantara und Giris), mit den Richtern und der Polizei (Jossot und d'Ostoya), den Kapitalisten oder den karrieresüchtigen Beamten (Hermann-Paul und Forain) umgingen, so darf man doch nicht übersehen, daß sie fast nie den Schritt vom Allgemeinen zum Konkreten wagen. Die Affäre Dreyfus ist da die eine Ausnahme, und die andere sind außenpolitische Ereignisse. Bei Angriffen auf z. B. Königin Victoria oder Kaiser Wilhelm kennt man solche Zurückhaltung nicht.

Es gab eben auch im Frankreich der „Belle Epoque" jene „progressiven Linken" aus gutbürgerlichem Hause, die einen ausreichenden Markt für diese Mischung aus politischer Aufmüpfigkeit und einer gehörigen Portion Frivolität, die ein wesentliches Ingrediens dieser Zeitschriften war, bildeten („konkret" und ähnliche Journale hatten also längst ihre Vorgänger). Und es läßt sich heute kaum noch feststellen, weshalb die satirischen Blätter gekauft wurden. Daß aber z. B. „L'Assiette au Beurre" viele Nummern – vor allem die Ausgaben, in denen ein Künstler ein Thema behandelte – oft mehrmals nachdrucken ließ, spricht eher für den Connaisseur als den Revolutionär. Die Ästhetik siegte allemal über die Botschaft. (Bis 8. Mai; Katalog 49 Mark, im Buchhandel 74 Mark) PETER DITTMAR

Casanova erinnert sich: Neues auf Wiener Bühnen

Erst einmal ankommen

Wollte man sich einmal das Vergnügen machen, die Wiener Theaterszene als Angesicht zu sehen, heiter oder ernst, tiefgründig oder leicht dahin, mit Nase, Augen, Mund als den großen Bühnen (Burgtheater etc.), so dürfte man die vielen lustigen Sommersprossen nicht vergessen, die von den weit über die Gesichtshaut verstreuten Kleinbühnen herrühren. Sie sind es, die das Bild beleben, hier finden junge Leute ihre Verwirklichung, und diese Theaterchen sind fast die einzigen, die Uraufführungen bringen. Hier ist man nicht arriviert, hier muß man erst ankommen. Nicht immer ist furchtbar wichtig, was da geschieht, aber oft auch findet sich ein neues Talent wie etwa letztes Jahr der Autor Heinz Rudolf Unger.

Ohne das „K & K Theater" (Kabarett und Komödie) am Naschmarkt wäre man in Wien wohl um das Gastspiel des unverwüstlichen Johannes Heesters mit Louise Martini gebracht worden. Keine der größeren Bühnen hätte sich der kleinen, erstmals in Deutsch gegebenen Köstlichkeit angenommen, die nun bald durch die Bundesrepublik tingeln wird. Weltumstürzendes tut sich ja nicht in „Casanova auf Schloß Dux" des Prager Autors Karl Gassauer, aber eben doch ein leicht dramatisch belebtes, letztes Erlebnis des berühmten Frauenhelden, dessen Memoiren einst unseren Großeltern verruchte Freuden gebracht haben.

Hier vollzieht sich mit dem schon abgetakelten, aber eigener Meinung nach immer noch seetüchtigen Abenteurer, der die letzten Lebensjahre als Bibliothekar auf einem Grafenschloß verbringt, eine erotisch verklärte Begegnung mit einer prallen Haushälterin. Er schreibt gewissermaßen seine letzte Szene, noch ehe er sie im Buch niederlegen kann. Der Regisseur, Rudolf Steinböck, hat leichtes Spiel mit den beiden Darstellern, die sich in dem vergnüglichen, von Melancholie überwehten Stück glänzend aus der Affäre ziehen.

Ebenfalls zum ersten Mal in deutscher Sprache wird das Stück „Irisches Porzellan" gegeben. In technisch gekonnter Kleinmalerei entrollt die irische Autorin Christina Reid die heimatlichen Verhältnisse in dem teilweise heiteren, im Grunde aber tiefunglücklichen Stück, das jetzt im Studio des Volkstheaters zu sehen ist. In winzigen Bildern werden innerhalb zwei Stunden rund 40 Jahre einer protestantischen Arbeiterfamilie reflektiert und zugleich der unheilbare Zwiespalt der Konfessionen angeleuchtet. Daß die Hauptdarstellerin, Renate Olavora, das irische Porzellan – kostbares Erbstück – zuletzt verzweifelt zerschlägt, nein, vom Symbolwert her genommen, davon eine Tasse bewußt fallen läßt, was den Wert des Services stark mindert, ist gewiß nicht überrasend, weist aber doch über das pure Milieu hinaus.

Unter der Regie von Marie-Luise Stein wird mit schlichtesten Utensilien gearbeitet. Dennoch läßt sie zwei Leichen auf der Bühne sehen, als ginge es um ein echtes großes Drama. Statt dessen ist es nur ein Winzling, aber nicht unsympathisch, und es belebt, wie gesagt, die Wiener Theaterszene. ERICK G. WICKENBURG

Kabarett & Komödie: bis 10. Mai, in Frankfurt (12. 6.–5. 7.), Düsseldorf (8. 9.–21. 9.), Hamburg (30. 10.–30. 11.). Volkstheater: bis 10. Mai

KULTURNOTIZEN

Der Hildesheimer Dom und die evangelische Pfarrkirche St. Michael wurden in die Unesco-Liste des „Kultur- und Naturerbes der Welt" aufgenommen.

Luigi Pirandello ist die Quartalsschrift des von Giorgio Strehler geleiteten „Théâtre de l'Europe" in Paris gewidmet.

„Frauen in Deutschland" ist der Titel eines Bilderzyklus von Salomé, die bis zum 18. Mai in der Berliner Galerie Raab gezeigt wird.

„Grafik des Expressionismus", eine Ausstellung, die deutsche Kunst des 20. Jahrhunderts im Ausland vorstellen soll, hat im Stuttgarter Forum für Kulturaustausch Premiere (bis 6. Juli)

Mittelalter-Archäologie am Beispiel der Burg Bietigheim und Funden vom Deutschhof Heilbronn sind vom 25. April bis 22. Juni im Museum Heilbronn zu sehen.

Picassos kubistische Werke zeigt die Genfer Galerie Jan Krugier bis zum 18. Juni.

Der Gitarrist Antonio Lauro aus Venezuela ist Alter von 69 Jahren gestorben.

Das erste „Godesberger Mediengespräch": Jetzt Sorgen um einen EG-Streit

In Rheinland-Pfalz bald Privat-Radio

Vom 30. April an sendet im rheinland-pfälzischen Ludwigshafen ein Radioprogramm privater Anbieter. Bis zum Sommer sollen drei weitere UKW-Frequenzen in diesem Bundesland privat genutzt werden. Vom mühsamen Weg bis zu diesem Anfang war gestern auf dem ersten „Godesberger Mediengespräch" zu hören. Ursprünglich gab es 215 Bewerber, was dazu führte, daß nur in sich plurale, ausgewogene Veranstalter-Gemeinschaften in die nähere Auswahl kamen. Sie mußten sich dann auf einen Gesamtprogramm-Rahmen einigen, wie der Staatskanzlei-Staatssekretär Hanns-Eberhard Schleyer berichtete. Denn nur vier Frequenzen (von 100 bis 104 MHz) stehen zur Verfügung. Bis zum Sommer nächsten Jahres sollen diese vier Programme in allen Ballungsgebieten des Landes zu empfangen sein.

Eine der Schwierigkeiten, mit denen die neuen Sender zu kämpfen haben, liegt darin (so der Geschäftsführer der „Mainzer Allgemeinen Zeitung", Eckard Kentsch), daß die Nachfrage nach Werbezeiten im Radio geringer ist als das Angebot. Dies liege nicht nur am Südwestfunk, sondern auch an ausländischen Veranstaltern (wie z. B. Radio Luxemburg), die nach Rheinland-Pfalz hineinstrahlen. Schleyer hielt es für möglich, zumindest die Werbezeiten der öffentlich-rechtlichen Anstalten gesetzlich einzuengen. Kentsch bedauerte, daß die Entwicklung auf dem Gebiete des privaten Hörfunks und Fernsehens bisher vor allem juristische Arbeitsplätze geschaffen habe. Er lehnte es ab, daß den Kirchen auf den privaten Kanälen Sendezeit zugestanden werden soll, die die Programm-Veranstalter zu bezahlen hätten.

Einen anderen Weg als Rheinland-Pfalz geht Bayern, wo in den letzten zwei Jahren Dutzende von regional begrenzten Sendern mit geringer Reichweite aus dem Boden sprossen (sogenannte low power stations), die zum Teil nur eine potentielle Kundschaft von 30 000 Hörern haben. Mit den dadurch möglichen Werbeeinnahmen, so berichtete Barbara Dickmann vom Ufa-Radio, sei kein professionelles Programm von 24 Stunden am Tag zu machen – man müsse schon dauernd auf Sendung sein, um eine Chance zu haben.

Kanzleramts-Staatssekretär Schreckenberger sprach davon, daß die privaten Veranstalter ein „Recht auf einen gesetzlichen Rahmen" hätten. Allerdings verhält sich die Bundesregierung in der EG anders als die CDU/CSU in den Bundesländern. Denn die EG-Kommision will die Obergrenze des Werbe-Anteils bei 15 Prozent des Gesamtprogramms ziehen, während die neuen Landesmedien-Gesetze 20 Prozent erlauben. Überhaupt bedrückte einige Diskussionsteilnehmer die Vorstellung, daß im Rahmen der EG neue Vorschriften beschlossen werden und dadurch weitere end- und fruchtlose Auseinandersetzungen möglich werden könnten. DETLEV AHLERS

KRITIK

Zweimal SED: Was vorenthalten wurde

Am Anfang stand die Frage des Interviewers Günter Gaus, wieso der SED-Spitzenideologe und Honecker-Berater Professor Otto Reinhold sich überhaupt auf ein Interview im westlichen Fernsehen einließ. Das selbstsichere Lächeln zur gewundenen Antwort – daß der Dialog nützlich sei usw. – sagte den wahren Grund: weil der Vertreter der Diktatur kaum peinliche Fragen zu erwarten hatte.

So war es denn auch. Gaus lobte im Gespräch der Reihe **Deutsche (ARD)** die „bemerkenswerten Aufbauleistungen" des SED-Staates und wagte nur zarteste Umgehungsfragen: wie Reinhold persönliche Freiheit definiere, ob sich die Gefahr einer „neuen Elite, neuen Klasse" anbahne, ob Reinhold sich „Freizügigkeit in ganz Europa vorstellen" könne. Natürlich konnte Reinhold sich das vorstellen – wenn „bedeutende Veränderungen" eingetreten sind, die „Konfrontation abgebaut" ist. „Neue Klasse"? Nein, fast alle Offiziere und Professoren sind Arbeiterkinder, man bemüht sich, sechzig Prozent Arbeiterkinder an den Universitäten zu haben.

Daß es jetzt schon eine neue Klasse gibt, die in Villen lebt, große Autos fährt und Luxusgüter beziehen darf, und daß ein Vertreter dieser Klasse ihm gegenübersaß, muß Gaus aber nach so vielen Jahren in Ost-Berlin doch wissen! Fragen wie: Warum die Mauer? Warum der Schießbefehl, warum die politischen Gefangenen, warum lassen Sie die Menschen nicht frei reden, nicht frei wählen, nicht frei reisen; wir dürfen doch auch reisen, trotz „Konfrontation" – keine dieser Fragen wurde klar gestellt. Und wenn Gaus sie andeutete, dann gingen sie im Wortschwall unter, ohne daß nachgefaßt wurde. Etwa: „Persönliche Freiheit" bedeute „für uns" (also für Reinhold) soziale Sicherheit; es gebe keine Arbeitslosigkeit in der „DDR". Gaus kam nicht auf die Frage, wieviele entlassen wurden, weil sie Ausreise-Anträge stellten. Er kam auch nicht auf die Frage, ob die „soziale Sicherheit" nicht der von Leibeigenen ähnelt. Die Fragen eines US-Senders wären, so darf vermutet werden, andere gewesen.

ENNO v. LOEWENSTERN

*

Ein wichtiges, ein reizvolles Thema, auch guter Wille der Autoren war unverkennbar. Dennoch blieb die Dokumentation **So entstand die SED (ZDF)** unbefriedigend. Der Grund: Einseitiges Filmmaterial aus den Jahren 1945/46 illustrierte eine Darstellung, die zwar den Zwangscharakter der Vereinigung von SPD und KPD in der Ostzone klarmachte, aber wesentliche Akzente unzureichend gewichtete.

Der Kernfehler lag darin, daß Guido Knopp und Ralf Piechowiak das Thema zu sehr vom Gesichtspunkt der heutigen SED aus betrachteten. Deshalb sah man auch viel zu oft den ehemaligen KPD-Vorsitzenden Wilhelm Pieck, kaum aber den eigentlichen Drahtzieher jener Tage, den heute nur noch selten erwähnten Walter Ulbricht. Ganz zu schweigen von jenen Sozialdemokraten, die im Frühjahr 1945 vergeblich um einen gemeinsamen Start mit der KPD geworben haben. Ihre Namen und Aktivitäten blieben im Dunkel.

Otto Grotewohl, damals Vorsitzender des SPD-Zentralausschusses, tauchte in der Dokumentation zum erstenmal auf, als er unter russischem Druck schon „umgefallen" war. Wie er sich vorher in ganz anderer Weise für eine unabhängige, starke SPD eingesetzt hatte, wurde dem TV-Zuschauer vorenthalten. Die zentrale Bedeutung des Freiheitskampfes der Berliner SPD kam überhaupt nicht zum Ausdruck.

Dies alles mag damit zusammenhängen, daß die Autoren nur Propaganda-Filmmaterial der Ostberliner DEFA, aber keine einzige westliche Wochenschau aus jenen Tagen ausgewertet haben. So mußte die historische Rekonstruktion mißlingen.

BERNT CONRAD

Eugen, der Löwe als Feldmarschall

Ludwig XIV. hatte ihn unterschätzt: Als der junge Prinz Eugen aus dem Herzogtum Savoyen den König von Frankreich um eine Offiziersstelle bat, wies er ihn ab. Der Sonnenkönig konnte nicht wissen, daß er damit eine Niederlage nicht nur beim Spanischen Erbfolgekrieg heraufbeschwor. Denn Eugen ging von Paris an den österreichischen Hof nach Passau, von wo aus er später als Oberbefehlshaber Österreichs dem Hegemoniestreben Frankreichs empfindlich schadete. Bei den Habsburgern gelang Eugen eine Blitzkarriere.

WDR-Autor Klaus Ingo Plümecke dokumentiert die Schlacht-Erfolge des Savoyers mit Gemälden aus dem

Rückblende – WDR III, 20.45 Uhr

Heeresgeschichtlichen Museum in Wien. 1683 bewährte sich Eugen bei der Schlacht am Kahlenberg gegen die Türken. 1697 schlug er den Sultan bei Zenta. Das Soldaten-Lied vom Prinzen Eugen, dem „edlen Ritter", besingt die Eroberung von Belgrad (1717).

Der Kaiser bedankte sich bei seinem erfolgreichen Kriegsminister mit Ländereien in Ungarn und hohen Geldsummen – zwei Millionen Gulden hinterließ der Feldherr bei seinem Tode. Klaus Ingo Plümecke läßt den Zuschauer einen Blick in die Österreichische Nationalbibliothek werfen: 15 000 in Leder gebundene Bücher umfaßt der Nachlaß Eugens. Prinz Eugen starb vor 250 Jahren. In der Todesnacht, so berichtete sein Tierwärter, hat ein Löwe im Park „zu brüllen angefangen und von selbiger Stunde an sich ungemein traurig bezeigt". Das Tier spürte wohl die Artverwandtschaft. Denn es heißt im Lied: „Prinz Eugenius auf der Rechten, tät als wie ein Löwe fechten, als Gen'ral und Feldmarschall."

CHRISTIAN GEYER

Prinz Eugen von Savoyen (1663–1736) FOTO: KEYSTONE

ARD | ZDF

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.45 ZDF-Info Verbraucher
10.00 heute
10.03 WISO
10.35 100 Karat
11.25 Die Brunnenvergifter
11.55 denkmal
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

12.25 Eishockey-WM
CSSR – Kanada
15.00 Abenteuer heute
Pferde ohne Sattel
15.50 Tagesschau
16.00 Liebe, Schmerz und Tod
7. Teil: Erste Liebe
16.45 Die Besucher
4. Teil: 43 Grad Fieber
17.45 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Was bin ich?
Heiteres Beruferaten mit Robert Lembke
21.00 Kontraste
Themen: Vor dem Antes-Prozeß. Ladendiebe von drüben. Außen- und innenpolitsche Analysen des SED-Parteitages. Ostberliner Vergangenheitsbewältigung.
Moderation: Jürgen Engert
21.45 Dallas
Entscheidung um Ewing Oil
22.30 Tagesthemen
23.00 Kulturwelt
Das zweite Gesicht
Die National Portrait Gallery
Film von Elisabeth Pfister
23.45 Eishockey-WM
UdSSR – USA
0.15 Tagesschau
0.20 Nachtgedanken

ZDF

16.00 heute
16.04 Computer-Corner
Moderation: Biggi Lechtermann
16.20 Schüler-Express
Magazin für junge Leute
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.45 Tom und Jerry
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.20 Rate mal mit Rosenthal
Ein fröhliches Quiz
Regie: Ferry Olsen
19.00 heute
19.30 Die Reportage
Fünf Tage im April
Gestern ging im Ostberliner Palast der Republik der XI. Parteitag der SED zu Ende. Bilder zwischen Parteitagskulisse und dem Ostberliner Alltag haben Werner Brüssau und Joachim Jauer eingefangen.
20.15 Happy birthday
So feierte die BBC – und nun auch das ZDF – den Geburtstag von Königin Elisabeth II.
21.45 heute-journal
22.05 Fußball-Bundesliga
Berichte vom Spieltag
23.05 Am nächsten Morgen kehrte der Minister nicht an seinen Arbeitsplatz zurück
Das kleine Fernsehspiel
0.15 heute

III.

WEST
17.30 Telekolleg II
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Auslandsreporter
Jürgen Reitz in den Slums von Santo Domingo
20.45 Rückblende
Vor 250 Jahren gestorben: Prinz Eugen von Savoyen
21.00 Formel Eins – Hitparade
21.45 Ich denke nur ans Publikum
Deutsche Schauspielerinnen
23.00 Neues aus Bonn
Ausländische Fernsehkorrespondenten
23.45 Nachrichten

NORD
18.00 Sesamstraße
18.30 Formel Eins
19.15 Arbeit der Zukunft – Zukunft der Arbeit (2)
20.00 Tagesschau
20.15 Treffpunkt
Arbeitslose in Winsen/Luhe
21.00 Der Lift
Fernsehspiel mit Eduard Wegrostek, Helga Leitner u. a.
Regie: Georg Tressler
22.30 Mein Leben für Zarah Leander
23.30 Nachrichten

HESSEN
18.00 Sesamstraße
18.30 Hessen Drei heute
18.35 Formel Eins
19.20 Hessenschau
19.55 Drei aktuell
20.00 Der Sohn vom Boß
Amerikanischer Spielfilm (1978)
Mit Asher Brauner u. a.
Regie: Bobby Roth
21.30 Drei aktuell
21.45 Kultur aktuell in Hessen
22.30 Im Brennpunkt: Kultur
23.15 Jazz – in Concert
Horst Jankowski

SÜDWEST
18.58 Schlagzeilen
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.26 Sandmännchen
19.30 Die Sprechstunde
Nur für Baden-Württemberg:
20.15 Kinokalender
20.45 Landespolitik
Nur für Reinland-Pfalz:
20.15 Fragezeichen
Gemeinschaftsprogramm:
21.15 Feuer und Flamme
Französischer Spielfilm (1981)
Mit Yves Montand
23.00 Biedermeier-Kaleidoskop
23.30 Nachrichten

BAYERN
18.45 Rundschau
19.00 Heimatland Europa
20.00 Reisewege zur Kunst
20.45 Die Sprechstunde
Asthma bronchiale
21.30 Rundschau
21.45 Al Capone – Spekulation – Sensation?
22.45 Scarface – Das Narbengesicht
Amerikanischer Spielfilm (1932)
Mit Paul Muni, Ann Dvorak u. a.
Regie: Howard Hawks
0.15 Rundschau

SAT 1

15.00 Perrine
Das Geheimnis des Namens
15.30 Schüler-Länderspiel
Deutschland – England
17.00 Die Leute von der Shiloh Ranch
Ein unbequemer Herr aus England
18.00 Taxi
Alex und die alte Dame
Anschließend:
Dick Tracy
Oder: Regionalprogramme
18.30 APF blick
Nachrichten und Quiz
18.45 Spezialauftrag
Eine Chance für Hexen
Anschließend:
Zauber der Magie
19.45 SV Werder Bremen – FC Bayern München
Bundesliga live aus dem Weser-Stadion
21.55 APF blick
22.40 F. A. Z. extra
Das Thema des Tages
23.10 S. T. E. P. IN
John Denver und seine Freunde
0.00 APF blick

19.00 Nachbar Europa
Mit der Kamera dabei
Vorstoß in die Unterwelt
19.45 off-off Autotest
Ford Fiesta
Fiat Uno
Honda Civic
20.00 Tagesschau
20.15 Eishockey-Weltmeisterschaft
CSSR – Kanada
21.45 Endstation
Von John le Carré
Mit Hans Schweikart, Peter Striebeck u. a.
23.15 Frauenschicksale
Bruchteile des Lebens
Ungarischer Spielfilm (1980)
0.45 Nachrichten

3SAT

18.00 Mini-ZIB
18.10 Rock & Rock
Musik und Mode
19.00 heute
19.20 3SAT-Studio
19.30 Ich heirate eine Familie
Familienzuwachs
Bei Familie Schumann hat sich Nachwuchs angekündigt. Angi und Werner stehen nun vor dem Problem: Wie sag' ichs meinen Kindern?
21.15 Zeit im Bild 2
21.35 Kulturjournal
21.45 Club 2
Anschl. 3SAT-Nachrichten

RTL-plus

18.35 Hans-Werner kauft alles
18.53 7 vor 7
19.22 Karichen
19.30 KAZ
20.15 RTL-Spiel
20.20 Filmvorschau
20.30 Hemmungslose Manon
Franz.-ital. Spielfilm (1968)
Mit Catherine Deneuve u. a.
Regie: Jean Aurel.
22.10 RTL-Spiel
22.15 Blick in die Welt
22.25 Stefan Heym. Ein Interview
23.10 Wetter / Horoskop / Betthupferl

Laßt uns Cato retten!

reich – In kriegsgeschichtlichen Werken, Prozeßberichten und ähnlichem, wie auch in Tagebüchern und Biographien, waltet für mich eine feinere, schärfere Spannung als in der fiktiven Erzählung. Bei der muß man sich fragen: Wie geht es weiter, wie geht es aus? Wenn ich aber von vornherein weiß, wie die Sache ausgeht – das Leben Goethes, der Feldzug Hannibals gegen Rom, der Fall des Doktor Crippen –, dann lese ich so, wie man etwa einem entschwindenden Flugzeug nachschauen mag: mit der eben so unerwünschten wie unbegründeten ängstlichen Hoffnung, es wider Erwarten und gegen den Augenschein doch noch abstürzen zu sehen. Existentielle Sensationsgier ergreift mich.

Wie denn auch nicht! Hamlet ist letzten Endes doch nur eine Erfindung, Cato hingegen hat wirklich gelebt. So möchten wir doch lieber Cato gerettet sehen als den Hamlet. Und die scheinbar so widersinnige Spannung angesichts der Tatsache, daß Cato schon lange vergangen ist und sein Leben nicht mehr korrigiert werden kann, speist sich aus der Erkenntnis: Es hätte damals auch anders kommen können!

Auch die zweite und dritte Lektüre einer fiktiven Erzählung bringt sie mir nicht näher an das wirklich gelebte Leben heran. Im Tatsachenbericht hingegen finden wir bei jeder erneuten Lektüre neue Ursache, mit dem Schicksal zu rechten.

Warum hat dieser Feldherr oder jener Staatenlenker gerade dies getan und nicht das? Warum hat er immer nur auf seine Frau gehört und nicht auf seinen Leibsklaven? Warum hat er sich nicht mit den richtigen Verbündeten zusammengetan, warum hat er auf der Höhe seiner Macht nicht konsolidiert, statt sich in immer neue kriegerische Abenteuer zu stürzen? Warum, warum, warum...

So rütteln wir, durchaus vergeblich, an den Weichen der Vergangenheit, und eben dies ist es wohl, was jene herbe Spannung erzeugt, die uns keine auch noch so gut erfundene Geschichte ersetzen kann.

Neue Fragestellungen an die Baukunst: Das Frankfurter Architekturmuseum zeigt vier Ausstellungen von der Antike bis heute

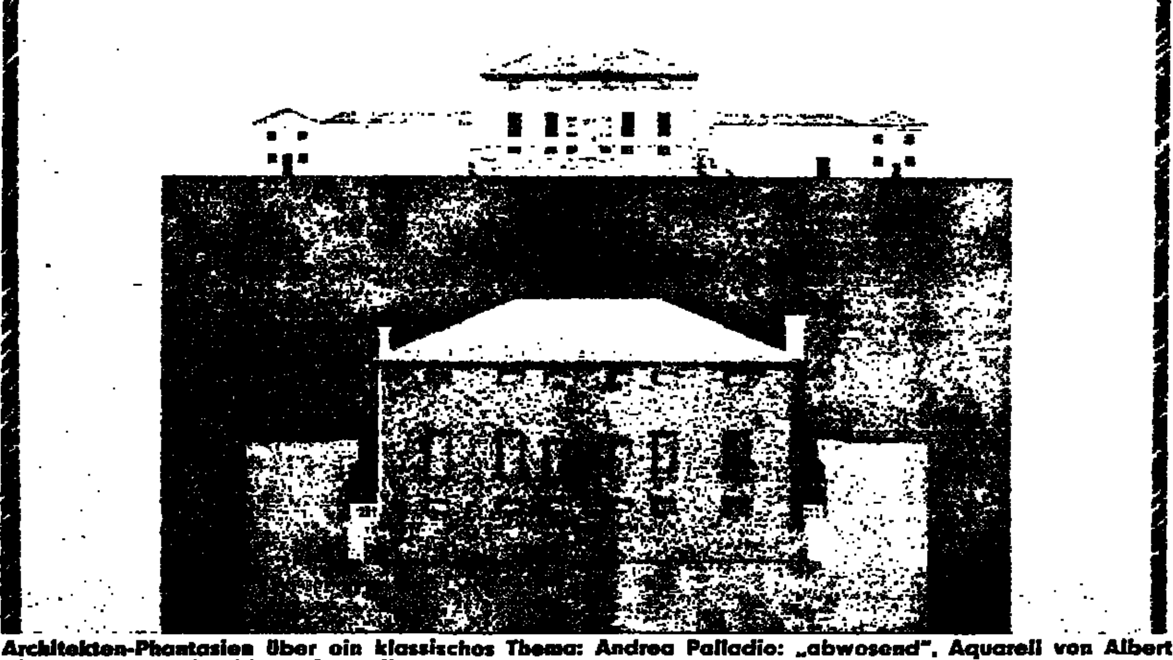
Die Sehnsucht nach Weite und Unversehrtheit

Was haben Lego-Bausteine, Walter Gropius, der Malerarchitekt Albert Cüppers und neue Ausgrabungen in Kleinasien miteinander zu tun? Auf den ersten Blick nur soviel: daß diese vier vollkommen disparaten Themen den Stoff zu vier gleichzeitigen Ausstellungen im Deutschen Architekturmuseum Frankfurt abgeben.

Eine geradezu abenteuerliche Zusammenstellung: Hier die Symbolgestalt des industrialisierten, funktionalen Bauens in einer Aufarbeitung seines architektonischen Werkes, für die zum erstenmal amerikanische und deutsche Archivbestände in einer großen Zusammenschau herangezogen werden. Dort die phantastische Aquarellwelt der verzerrten, verfremdeten, zerstückten Architekturen, Landschaften und Archetypen des Kasseler Professors aus Holland, Albert Cüppers. Hier das grellbunte Bausteinpanoptikum bizarrer Phantasievillen von 30 Architekten aus zehn europäischen Ländern, dort die akribisch und maßstabsgetreu rekonstruierten Kultstätten griechischer Baukunst und Stadtplanung, Didyma und Milet – eine suggestive Phantasiewelt im höchsten, dem Trubel entrückten Museumsgeschoß.

Deren Verbindung zu den anderen Ausstellungen wird durch den überraschenden Titel der Schau sofort klar: „Antike aktuell". Nicht die Ausgrabungen als solche, mit denen der Architekt Walter Voigtländer unter anderem eine westanatolische, noch völlig unbekannte Kultur entdeckt zu haben glaubt, sondern die Rekonstruktion des in seinen Ausmaßen gewaltigen Tempels III von Didyma und die getreue Nachbildung des Zentrums von Milet sind das Thema: ein Architektur- und ein Stadtmodell der Antike, die als Seminararbeiten an der TH Darmstadt entstanden.

Für Voigtländer und seine Mitarbeiter hat sich mit dieser Arbeit ein atemberaubendes Erlebnis verbunden: Im Oktober 1979 entdeckten sie an den Wänden des Didymaions originale Werkrisse, die den Riesenbau, der in 600 Jahren Bauzeit niemals vollendet wurde, in seiner geplanten endgültigen Gestalt zeigen. Die in Rötel geritzten, millimetergenauen Zeichnungen aus dem 3. Jahrhundert v. Chr. bedecken eine Fläche von 200 Quadratmetern – ein Sensationsfund, denn noch nie, so Voigtländer, sind Architekturzeichnungen der griechischen Antike in solcher Vielzahl und Vollständigkeit bekannt geworden.



Architekten-Phantasien über ein klassisches Thema: Andrea Palladio: „abwesend". Aquarell von Albert Cüppers, aus der Frankfurter Ausstellung FOTO: KATALOG

Nach diesen Werkrissen bauten Voigtländer und seine Mitarbeiter das Modell im Maßstab 1:100. Mehr und mehr wurden sie dadurch in etwas verstrickt, das Voigtländer als „die Neigung griechischer Künstler" beschreibt, „Werke durch ein geometrisches Bezugssystem für jeden Betrachter berechenbar und in einem höheren Sinn erfahrbar werden zu lassen".

„Es ist nicht die Antike allein, die wir sehen", schreibt Novalis einmal und erläutert: „Gerade so, wie der Stern im Fernrohr erscheint und dasselbe durchdringt, ebenso eine himmlische Gestalt in der Marmorfigur." In diesem Wort, das eine Erfahrung beschreibt, die dem Erlebnis der Darmstädter Modellbauer mit dem Projekt „Antike aktuell" sehr ähnlich zu sein scheint, enthüllt sich der tiefere Bezug auch zu den anderen Ausstellungen des Architekturmuseums. Sie alle haben nicht einfach nur mit den Themen und der Geschichte der Architektur, sondern vielmehr mit dem Mysterium der Kunst zu tun.

Um die „zeichnerische und malerische Aneignung eines vorgefundenen Materials, inhaltsschwer und mit der Anziehungskraft vergangener Epochen", um die „umfassende Sehnsucht nach Weite, nach Unversehrtheit, nach der Jugend der Menschheit" geht es nämlich auch Cüppers, und sein „Fernrohr", sprich: seine Malweise soll beim Betrachter den Wunsch wecken, „seine eigenen Bilder mit hineinzusehen".

In einem für die dritte Ausstellung typischen Text heißt es: „Der große Plan ist wie ein archäologischer Ausgrabungsplan, der den verwehten Spuren einer verzauberten Märchenwelt nachgeht. Grundriß, Schnitt und Ansichten bleiben jeweils fragmentarisch, weil sie weitergebaut, weitergedacht und weitererlebt werden wollen von dem homo ludens ‚in the real nowhereland'."

Das sind Erläuterungssätze der Frankfurter Architekten Jochem Jourdan und Bernhard Müller zu ihrem Beitrag für die Lego-Schau. Was sich hier ohne jedes Vorwissen von den begleitenden Ausstellungen ausspricht (die Lego-Villen wurden erstmals 1985 im Pariser Centre Pompidou gezeigt), das ist der Grundakkord nicht nur dieser drei Ausstellungen, sondern neuer Fragestellungen an die Kunst.

Schinkel war der Meinung, der tiefe innere Zusammenhang eines Kunstwerks, der auf das „nicht Darstellbare" hindeute, werde nicht anders klar, „als indem jedes fühlende Gemüt ihn in den dargestellten Formen und Gestalten durch eigene Tätigkeit ergreift". Diese Arbeit am „nicht Darstellbaren", dieses Bauen, „Weiterdenken", Kombinieren, Rekonstruieren an idealen Vorbildern und Urtypen ist das eigentliche Thema der drei Ausstellungen – symbolisiert in jenem Raum, der für die „eigene Tätigkeit" der Kinder in der Lego-Welt reserviert wurde.

Muß sich Gropius, dessen Bauten keine Veränderung und kein „Weiterdenken" dulden, in der Gesellschaft dieser Ausstellungen nicht wie ein Fremdling ausnehmen? Nicht, wenn man die Botschaft der vierten, ihm gewidmeten Ausstellung nicht allzu vordergründig auslegt. Bereits die Veranstaltung einer großen Retrospektive für den Schematisierer des Bauens ist Ausdruck einer Art „Gegenkult" zu den heiligen Grundsätzen des Bauhauschefs, der die Tradition, der er nun selber angehört, so sehr verachtete, daß er alle baugeschichtlichen Werke aus der Universitätsbibliothek warf.

Aber wer war Gropius wirklich? Die Frankfurter Ausstellung, die zuvor in Berlin zu sehen war (WELT vom 19. 12. 1985), stellt die Frage völlig neu. Denn der wirkliche Anteil von Gropius an seinen eigenen Bauten läßt sich kaum noch ermitteln, da er nicht zeichnen konnte und nur wenige kleine Schmierskizzen hinterlassen hat. Die Erarbeitung eines Bildes vom Architekten Gropius ist also „Archäologie", bei der jeder Ausgraber „seine eigenen Bilder mit hineinsieht".

So hat jedes dieser Ausstellungsthemen sein Nebenthema, das in einem „tiefen inneren Zusammenhang" zu den Parallelausstellungen steht: das Auftauchen eines „Nowhereland", das sich über die nackte, ausgeforschte, plattgetretene Wirklichkeit schiebt. Ist es nicht dargestellt in jenem Modell von Milet, von dem Walter Voigtländer schreibt, es möge „den Reiz vermitteln, der in dem Gegensatz jener weitgehend über einem Raster entworfenen Architektur zu der durch Überschwemmungen und Verwehungen verschliffenen Landschaft aus Lehm beruht"?

Über die Lehren aus dem Dialog dieser vier Ausstellungen kann man nur staunen.

DANKWART GURATZSCH

Bis 19. Mai; Kataloge: Gropius 35 Mark; Lego 18 Mark; Cüppers 20 Mark; Antike aktuell 10 Mark.

Tanzfest Wien: Ensembles aus aller Welt trafen sich in der Donaumetropole

Grüne Nebel umwölken Queen Mab

Tanz '86 oder In achtundachtzig Veranstaltungen um die Welt: Auch wenn die Wette heutzutage nichts mehr gilt und sich selbst die Kunst in Jet-set-Geschwindigkeit um den Erdball bewegt, kann sich das Wiener Ballettpublikum gleichwohl glücklich schätzen. In keiner anderen Stadt ist in letzter Zeit mehr getanzt und umfassender informiert worden als in der Donaumetropole. Zwei Monate lang zeigten Ensembles aus aller Herren Ländern, was das eigentlich ist: Tanz in unserem Jahrhundert.

Gerhard Brunner, seines Zeichens Ballettdirektor der Wiener Staatsoper, hatte die getanzte Tour d'horizont im Auftrag des Städtischen Kulturamtes programmiert, und er sparte dabei weder historische Reminiszenzen aus noch die aktuellsten Entwicklungen. Gerade in der erklärten Gegensätzlichkeit von Alt und Neu, Ost und West, Kunst und Experiment sollten dem Zuschauer die immensen Ausdrucksmöglichkeiten eines *Mediums* bewußt gemacht werden, das sich eben nicht im Walzerschritt erschöpft.

Wie es sich für ein wohlproportioniertes Festival gehört, wechselten auch in Wien ganz gezielt attraktive Sondergastspiele mit einheimischen Vorstellungen, für die sich eher Insider interessierten: Schließlich erlahmt selbst bei ständiger Anstrengung einmal die Aufmerksamkeit des Publikums. Eine Uraufführung wie die des Tanztheaters Wien, unter dem Titel „Der Schrei des Kardinals" zum Festspiel-Finale erarbeitet, erscheint unter diesen Voraussetzungen also mindestens ebenso sinnvoll wie der Starauftritt des Bolschoi-Balletts oder der Brüsseler Béjart-Kompanie (bezeichnenderweise mit seiner Erfolgsproduktion „Wien, Wien, nur du allein") – auch wenn die eingeschworene Mannschaft von Liz King mit ihren Francis-Bacon-Assoziationen wie mit ihrer Video-Clip-Dramaturgie diesmal nicht so zu Rande kam, wie es die Fans wohl erwarteten.

Was Wunder, wenn das Ballett der Budapester Staatsoper mit seiner funkelnagelneuen „Romeo-und-Julia"-Einstudierung den eigentlichen Schlußpunkt von „Tanz '86" setzte. Immerhin rechnet man László Seregi nicht erst seit seiner „Sylvia"-Entstaubung zu den kundigsten, erfahrensten, theatralischsten Choreographen unserer Zeit. Seregi läßt sich denn auch nicht lange bitten. Er schöpft aus dem vollen und geniert sich erst gar nicht, sowohl Zeffirellis Film zu zitieren wie Crankos Choreographie-Modell. Aber er ist deswegen noch lange kein Plagiator.

Seine Fassung, von vornherein durch den historischen Shakespeare-Rahmen als bewußtes Bühnenereignis deklariert, besitzt künstlerische Kraft und tänzerische Eigenständigkeit, so daß sie mühelos mit allen anderen Ballettdeutungen mithalten kann, ihnen in manchem Detail sogar überlegen ist. Ständig ist in seiner Aufführung etwas los. Auf dem Marktplatz von Verona reiben sich frühmorgens die Verkäufer den Schlaf aus den Augen. In der Küche der Capulets streckt die Amme schwitzend zwar mal alle viere von sich, aber sie bringt auch alsbald die versammelte Dienerschaft wieder auf Trab. Mercutio beweist sich als ein wahrer Hexenmeister, der nicht nur mal einen roten Apfel zauberkundig verschwinden läßt, sondern am Ende wie ein Clown aus seinem Tod noch ein akklamiertes Schaustück macht.

Problematisch wird seine Produktion nur dann, wenn die Schicksalsmächte offenbar ihre Hand im Spiel haben. Da taucht beispielsweise Queen Mab, von grünlichen Nebeln umwölkt, urplötzlich aus der Versenkung auf, um wie die leibhaftige Schlange im Paradies zwischen den rivalisierenden Familien Unfrieden zu stiften. Da senkt sich im ersten Akt auf höheres Geheiß auf einmal Julias Balkon wie ein Lift zu Boden, damit sich ihr Romeo nicht körperlich echauffieren muß. Da hebt sich vor allem am Schluß das Totenbett der beiden wie ein Altar in die Höhe, den rosagewandete Liebespaare ringelreihend umschwärmen.

Aber die generelle Qualität erleidet durch solche *Extravaganzen* keine Einbußen. Das temperamentvolle Ensemble, von der blutjungen Katalin Volf und dem poetischen Jenö Löcsei angeführt, triumphiert über alle kritischen Einwände und bringt „Tanz '86" zu einem guten Ende, wie es sich Gerhard Brunner eigentlich nur wünschen kann. HARTMUT REGITZ

Psychopathen unter sich: Ludwig Fels' „Lieblieb" in Darmstadt uraufgeführt

„Ich liebe nur noch zu Silvester . . ."

Das Publikum war nicht nur gut vorbereitet auf das neue Stück „Lieblieb" von Ludwig Fels durch die *Staatstheaterzeitung (Randgruppen, Sprachlose, reiche Gefühle im Schmerz, kein Ausweg so wie im Leben)* und durch eine Matinee, das Publikum hatte sogar die Kasse gestürzt, denn es ging um „seinen" Ludwig Fels, den Leonce-und-Lena-Preisträger.

Der heruntergekommene Kneipenhocker Rudi macht die ältere Frau Rosina an, die, mit Psychopharmaka und einer Arbeitsstelle ausgerüstet, soeben aus der Klinik entlassen ist und die Kneipe betritt. Sie reden sofort von ihren Leiden, er versteht sie gut, und statt sie ins Wohnheim ihres Arbeitgebers zu führen, schleppt er die nur halb Widerstrebende auf seine Bude.

Die Gespräche sind sonderbar. In der Kneipe fragt sie ihn plötzlich: „Und wann *sind Sie gestorben?*", und er antwortet: „Nach Ihnen" und reicht ihr ein Glas. Unterwegs zur Bude verspricht er ihr, anständig zu sein, und sie sagt: „*Ich bin der Liebe liebste Schwester. Ich liebe nur noch zu Silvester. Ach, schenk mir deinen Schwanz, mein Bester. Das geht aber nicht. Das führt zu weit.*"

Margit Schulte-Tigges ist jung und soll in Rosina eine alte Frau, offenbar eine psychisch verkorkste Pennerin, darstellen. Darauf weist der gelegentliche vulgäre Wortschatz hin, über den auch Rudi (Georg Marin) verfügt. Gleichzeitig aber haben beide noch aus früheren Zeiten auch eine anspruchsvollere Diktion.

Rosina kommt an ihrem Arbeitsplatz nie an, sie wird von *Rudi* in seiner Bude eingesperrt. Er versucht, sie zu gebrauchen, aber er ist impotent, immer besoffen, die geleerten Flaschen fliegen ununterbrochen durchs Zimmer. Sie heult, rebelliert, schluckt Pillen, aber sie gewöhnt sich sehr schnell. Und warum ist er krank, impotent und ein Säufer? Neben dem Bett steht eine Badewanne voll Erde und Pflanzen, mit einem Blumenkreuz und der Tafel: Hilde; die Nachbildung eines Grabes also.

Diese Hilde ist ihm in den Flitterwochen weggestorben, und vor dieser Badewanne pflegt er zu heulen. Hilde ist für ihn das glorifizierte Überweib, keine andere kann konkurrieren, und das beweist er mit seiner Impotenz und der Verachtung und Gewalt für die anderen. Jede verdient Prügel und kriegt sie *reichlich*. Trotzdem heult Rosina mit ihm gemeinsam an der Gedächtnis-Badewanne. Und er schluchzt in die Wanne hinein: „Hast du es ein bißchen schön da unten?" Seine Hilde erscheint ihm manchmal veritabel und redet Liebesschnulzenpalaver mit ihm.

Als er Rosina seinem jugoslawischen Freund Vanko (Hermann Scheidleder) ausleiht, wird das auch nichts. Jetzt kann plötzlich auch der nicht und schreit: „Diese Frau ist kein Glück. Der Schwanz ist ein Idiot." Rosina sagt: „Macht mit mir, was ihr wollt, Hauptsache, einmal ist es vorbei." Und damit ist auch das Stück vorbei.

Das Publikum applaudiert der Schwerarbeit besonders Rosinas. Die Schauspielerin hat versucht, die rebellierend Leidende zu einer glaubwürdigen Figur zu machen, und scheute kein Herumfliegen, Stürzen, Kopfaufschlagen. Als Ludwig Fels fröhlich in den Applaus trat, empfing ihn das bereitwillige Publikum mit einem – Sturm von Buhs. Er winkte fröhlich, die Buhs verstärkten sich, aber er blieb fröhlich.

Was lag vor? Es gibt kein ungeeignetes Thema, nur ungeeignete Mittel. Betont ärmlicher Text, aufgerauht durch viele Todessentenzen der leidenden Frau, monotones Herr-Hund-Verhältnis, Suff und wieder Suff zu Hause und in der Kneipe, kläglicher Zuhältereiversuch – wenn das alles zu einer konvulsivischen Ballung geführt hätte, wäre das Publikum so begeistert hinausgegangen, wie es gekommen war.

Aber zwei Hindernisse haben alles ruiniert: der monotone Text, der die Monotonie dieses Daseins gerade nicht versinnlichte, und das Unvermögen des Regisseurs Jean-Claude Kuner, diese Armut zu einer bedrückenden Vision zu ballen; es wurde nur langweilig. Selbst das aufwendige Bühnenbild (Susanne Thaler) verstärkte die Diskrepanz, statt sie zu überdecken. Fels wird natürlich denken, das Publikum habe seine Philosophie verdrängt. Er irrt.

RUDOLF KRÄMER-BADONI

Ein Streit ist zu Ende: Die Moshe-Dayan-Sammlung in Jerusalem

Tiere zwischen Kult und Kunst

Nun kann man sie endlich sehen, die Antiken, die einst Moshe Dayan besaß. Etwa 600 Objekte wurden aus der Sammlung, die mehr als tausend Gegenstände umfaßt, im Israel-Museum in Jerusalem vorgestellt. Die Sammlung ist so kontrovers wie der Soldat-Staatsmann, der sie besaß. Während die Öffentlichkeit in Israel seine sehr persönlichen und unautorisierten Sammelmethoden kritisierte, insbesondere die Tatsache, daß er illegale Ausgrabungen unternommen hatte, wurde doch niemals irgendein offizielles Verfahren gegen Dayan angestrengt.

Das Israel Museum gelangte in den Besitz der Sammlung, indem es sie von der Witwe, Rachel Dayan, im Jahre 1982 für eine Million US-Dollar erstand. Die Summe wurde durch private Spenden in den USA und Israel aufgebracht.

„Dies ist eine sehr persönliche ‚dayaneske' Sammlung", kommentiert Jakob Meshorer, der als Kurator für die Ausstellung verantwortlich zeichnet. „Man kann sehen, daß Dayan ein Mann der Erde war – die Erdhaftigkeit ist klar wahrnehmbar in der ungewöhnlichen Auswahl fundamentaler Gegenstände, die er sammelte. Er liebte große, massive Objekte und zog solche vor, die dem täglichen Gebrauch dienten. Das Zeitalter, das er besonders mochte, war das Chalcollithische (etwa 3550 v. Chr.)."

„Dayan hatte eine tiefe, gefühlvolle Zuneigung, ja fast eine physische Liebe zu seinen Funden", enthüllt Meshorer. „Er setzte mit Vorliebe die Bruchstücke zusammen – nur brauchten dann die Museums-Restauratoren anderthalb Jahre, um sie richtig zusammenzusetzen..."

Die meisten Fundstücke der Sammlung sind aus Ton. Sie zeigen jedoch in Form und Zweck eine große Vielfalt. Das reicht von gewöhnlichen Gefäßen für den täglichen Gebrauch bis hin zu Grabbeigaben. Außerdem gibt es viele Kultobjekte, manche von ihnen selten und bemerkenswert, sowie eine Fülle von kleinen Tonfiguren, sowohl von Menschen als auch von Tieren.

Die Auswahl der Tiere ist interessant: der Stier zum Beispiel diente einerseits als Zugtier bei der täglichen Arbeit und war andererseits ein religiöses und rituelles Symbol. Ähnlich ist es bei den Menschendarstellungen, die Abbilder waren und zugleich eine magische Amulett- und Kultrolle zu übernehmen hatten. Diese Ambivalenz zwischen Kult und Kunst, die für die Menschen des Altertums natürlich nicht existierte, macht den Reiz dieser Sammlung aus, die die persönliche Handschrift des Sammlers nicht verleugnet. (Bis Oktober; Katalog in Englisch soll Ende Mai vorliegen.) LILI EYLON



Lasttiere aus Ton, israelitische Periode (8.–10. Jhdt. v. Chr.), aus der Dayan-Sammlung FOTO KATALOG

Kölner Untersuchung zur „Heftchen"-Literatur

Alle lesen Arztromane

Was man immer schon ahnte, wenn man in Eisenbahnabteile, Busse und Flugzeuge hineinblickte, das ist jetzt auch wissenschaftlich untermauert worden: Frau Doktor liest genauso viel und gern Heftchenromane wie ihre Raumpflegerin. Das ist jedenfalls das Ergebnis einer Untersuchung, die Walter Nutz und Volker Schlögell im Rahmen einer Arbeit des „Kölner Instituts für Massenkommunikation" vorlegten. Mit mehr als 3000 Fragebögen, die „Heftchen"-Romanen eines großen einschlägigen Verlages beigegeben waren, sei man erstmals nach mancherlei Forschung, die eigentlich meist nur die „heile Welt" der trivialen Literatur vorführte und sie am Niveau der Kultur-Literatur maß, in größerem Umfang an den Leser selbst herangekommen.

Für die Millionen-Auflagen der „Heftchen" ist es nun keineswegs nebensächlich, daß männliche Jugendliche bis 18 Jahre mit Volksschulbildung Wildwestromane allen anderen vorziehen, während Gleichaltrige mit höherer Schulbildung zum Horror- und Gruselroman tendieren. Liebesromane nach Art der Hedwig Courths-Mahler sind ex, der schicke Liebesroman mit Sex ist in. Arztromane liest jeder, „was möglicherweise den großen Erfolg der TV-Serie ‚Die Schwarzwaldklinik' erklärt". Im einzelnen hatten 38 Prozent der Fragebogen-Rücksender eine höhere Bildung als Volksschule. Frauen bekannten in genau dem gleichen Maße wie Männer, daß sie Krimis lesen, und Frauen sind zwischen den verschiedenen Genres („Heimat", „Liebe") beweglicher als Männer.

Das falsche Image der „Heftchen" legen die Autoren Nutz und Schlögell der Ausdeutung von „Trivialliteratur" unter politisch-ideologischem Aspekt durch Herbert Marcuse und Theodor Adorno in den 60er Jahren zur Last. Mit der „liturgisch wiederholten Formel von der repressiven Kultur, die mittels Literatur für die Unterschicht das Bewußtsein bestimme, das nur am Konsum manipulativ orientiert sei, um das kapitalistische System zu affirmieren", habe man vorübergehend Eindruck gemacht. Diese Deutung scheine aber „endgültig den Atem verloren" zu haben. EBERHARD NITSCHKE

JOURNAL

„Böll-Fonds" hilft verfolgten Autoren

dpa, Düsseldorf

Aus den Mitteln eines „Böll-Fonds" sollen in Nordrhein-Westfalen verfolgte ausländische Autoren unterstützt werden. Das aus Haushaltsmitteln finanzierte Hilfsprogramm, das zur Erinnerung an den verstorbenen Literaturnobelpreisträger Heinrich Böll eingerichtet worden ist, sieht ein Grundstipendium von monatlich 1500 Mark vor; außerdem will das Land bei Lesungen und der Vermittlung von Übersetzungen helfen. Als erster Autor soll der aus politischen Gründe aus seiner Heimat ausgebürgerte Türke Nihat Behram unterstützt werden.

Skulpturen von Fred Sandback

DW. Mannheim

„Was die Ausstellung nicht leisten kann, soll im Katalog erreicht werden", heißt es im Katalog der Fred-Sandback-Retrospektive in der Städtischen Kunsthalle Mannheim mit „Skulpturen 1966–1986". Wie bei vielen zeitgenössischen Künstlern, die Installationen und Objekte eigens für bestimmte Räume und Ausstellungen schaffen, können die Werke nur photographisch dokumentiert werden. Das gilt auch für viele Arbeiten Sandbacks, die sich meist auf minimale Akzente in leeren Räumen beschränken. Die Ausstellung dauert bis 11. Mai (Katalog: 32 Mark).

Kompositionswettbewerb für Kammermusik

Reg. Dresden

Die Dresdner Musikfestspiele und die Hochschule für Musik haben im Rahmen des „Internationalen Carl-Maria-von-Weber-Wettbewerbs" für 1987 einen Kompositionswettbewerb für Kammermusik ausgeschrieben. Einsendetermin für die noch nicht veröffentlichten Werke ist der 1. Januar.

Byzantinische Kirchen Polens verfallen

JJG. Warschau

Von den zahlreichen orthodoxen Kirchen Polens sind seit 1945 rund die Hälfte vernichtet worden oder verfallen, weil das Geld für die Restaurierung fehlt. Darauf macht die Untergrundpublikation „Unabhängige Kultur" aufmerksam. Es handelt sich vornehmlich um Kirchen in den Vertreibungsgebieten, aus denen orthodoxe Ukrainer nach Schlesien und Ostpreußen deportiert wurden.

Erneut Kamerapreis zur photokina

dpa, Köln

Zum dritten Mal ist jetzt der „Deutsche Kamerapreis Köln" ausgeschrieben worden. Bei dem Wettbewerb zur Weltmesse des Bildes „photokina" (3. bis 9. September in Köln) sollen Leistungen deutscher und in der Bundesrepublik ansässiger Kameraleute gewürdigt werden. Veranstalter sind unter Mitwirkung von WDR und ZDF die Stadt Köln und die Deutsche Gesellschaft für Photographie.

Führer durch die Museen in Westfalen

DW. Münster

176 Museen vom Heimatmuseum Ahlen bis zum Märkischen Museum Witten stellt die überarbeitete und ergänzte Neuausgabe des Führers „Museen in Westfalen" vor. Er beschreibt die einzelnen Häuser ausführlich, nennt Öffnungszeiten und Eintrittspreise, weist auf die Schwerpunkte der Sammlungen und Publikationen hin. Ein Register der Sachgebiete und der Künstler erleichtert außerdem den Zugang zu speziellen Kollektionen. Der Museums-Führer kostet 19,80 Mark (Verlagsgesellschaft Eggenkamp, Greven).

Finnland Festivals '86: Tanz, Gesang und Jazz

akk, Helsinki

Der finnische Festivalsommer mit internationalen Künstlern beginnt dieses Jahr in Kuopio mit den Tanzfestspielen (4. bis 10. Juni). Ilmajoki lädt vom 6. bis 14. Juni zu Musiktheater und Konzerten ein. Das Sängerfest (12. bis 15. Juni) wird in Joensuu im Zeichen der Kirchenmusik stehen. Kammermusikfreunde kommen in Naantali (13. bis 25. Juni) auf ihre Kosten. Jazz findet vom 5. bis 13. Juni in Pori statt, Volksmusik in Kaustinen (14. bis 20. Juni) und Theater in Tampere (12. bis 17. August).

Jean-J. Gautier †

dpa, Paris

Der französische Schriftsteller und Kritiker Jean-Jacques Gautier ist gestern in Paris im Alter von 78 Jahren gestorben. Gautier arbeitete von 1941 bis 1974 für den „Figaro" und anschließend für das „Figaro-Magazine". Der Schriftsteller, der 1946 für „Histoire d'un fait divers" den renommierten Literaturpreis „Goncourt" erhalten hatte, wurde 1972 Mitglied der Academie Française.

Eine Frau führt jetzt die verwaiste Camorra

Italiens Mafiosi sind auf weibliche Mithilfe angewiesen

KLAUS RÜHLE, Rom

Die Camorra macht weiter gute Geschäfte, obwohl Polizei und Karabinieri ihr mit einigem Erfolg nachstellen. Wenn die neapolitanische Verbrecherorganisation immer noch floriert, wie der jetzt aufgedeckte Fußball-Toto-Skandal beweist, dann geht das entscheidend auf das Konto einer 49jährigen Frau. Sie spielt nach Überzeugung der Untersuchungsrichter die Rolle der grauen Eminenz und hält die Fäden der sogenannten „neuen Camorra" in Händen, seitdem ihr Bruder Raffaele Cutolo, oberster Boß der Organisation, im Gefängnis sitzt.

Rosetta Cutolo, eine schwergewichtige brünette Dame, ist seit langer Zeit die Leitstelle der Geschäfte und Racheaktionen der Cutolo-Bande, die weiter aktiv bleiben konnte, obwohl ihr Chef abwesend ist. Rosetta wurde zweimal verhaftet, doch mußten die Untersuchungsrichter sie beide Male aus Mangel an Beweisen wieder freilassen. Als die Indizien endlich ausreichten, entzog die „Lady Camorra" sich der Festnahme durch Flucht und ist seither verschwunden.

Sie wird unter anderem für den Tod des Vizedirektors des Gefängnisses von Poggioreale verantwortlich gemacht. Rosetta ließ ihn, so wird vermutet, durch zwei Killer „beseitigen", weil er auf die Bestechungsversuche ihres Bruders nicht einging und diesem jede Art von Privilegien in der Haft verweigerte. Außerdem scheint sie dafür gesorgt zu haben, daß der einstmals engste Vertraute ihres Bruders, Vincenzo Casillo, für immer von der Bildfläche verschwand. Casillo kannte alle Geheimnisse des Cutolo-Clans. Er war zum Verräter geworden und mußte deshalb sterben.

Rosetta gibt nicht nur die Weisungen ihres Bruders an die rund 2000 Mitglieder der Cutolo-Camorra weiter, sondern kümmert sich auch persönlich um das Wohlergehen der Familien, wenn das Familienoberhaupt im Gefängis sitzt. Zu diesem Zweck hat sie eine Hilfskasse gegründet und sammelt emsig Gelder für den „wohltätigen Zweck".

Nur wenige Geschäftsleute in den neapolitanischen Camorra-Zonen wagen es, der energischen Rosetta Spenden zu verweigern, denn sie kennen die Rachsucht der Cutolos. Die meisten Gelder kommen der Familie Cutolo selbst zugute, die sich unter anderem ein Schloß mit 365 Zimmern kaufen konnte.

Camorra-Statthalterin Rosetta gilt als treue Katholikin, die bis zu ihrem Verschwinden jeden Tag zur Messe ging. Rauschgiftgeschäfte und Mordbefehle scheinen ihr Gewissen nicht sonderlich zu belasten...

Wie die neapolitanische Camorra ist auch die sizilianische Mafia auf weibliche Mithilfe angewiesen. Vier dieser Mafia-Damen gehören zu den Angeklagten des gigantischen Prozesses von Palermo. Sie mischten kräftig im Drogengeschäft mit und besorgten Verstecke für von der Polizei gesuchte Bandenmitglieder.

Auch wenn die Mafia im Grunde eine Männergesellschaft ist und folglich in ihrer Struktur den Freimaurerlogen ähnelt, hat sich bei der Umwandlung in eine Verbrecherorganisation herausgestellt, daß sie auf die Beihilfe treu ergebener und zugleich skrupelloser wie geldgieriger Frauen nicht verzichten kann. Es scheint, als hätten sich Mafia und Camorra gleichsam den Zeitläuften angepaßt und den Frauen Gleichberechtigung zugestanden...

Mehr als 200 Tote bei Fährunglück

dpa, Dhaka

Beim Untergang einer Personenfähre, die in einer schweren Hagelböe sank, sind am Sonntag südlich von Dhaka, der Hauptstadt von Bangladesch, mehr als 200 Menschen ums Leben gekommen. Man rechnet sogar mit bis zu 300 Todesopfern. Rettungsmannschaften bargen bis gestern mittag 175 Tote. Im Rumpf des Flußbootes befinden sich aber noch mindestens 70 weitere Leichen.

Die Hagelböe traf das Schiff, nachdem es die etwa 50 Kilometer südlich von Dhaka gelegene Hafenstadt Muschiganj verlassen hatte. Als die „Ekhlas Star" kenterte und sank, konnten sich etwa 200 der insgesamt 1200 Passagiere schwimmend ans Ufer retten.

100 Asylplätze für Bootsflüchtlinge

dpa, Köln

Niedersachsen und Hessen haben zugesagt, je 50 vietnamesische Bootsflüchtlinge aufzunehmen, die von dem deutsch-französischen Rettungsschiff „Cap Anamur II" geborgen werden. Das berichtete der Vorsitzende des Deutschen Notärzte-Komitees, Rupert Neudeck, gestern in Köln. Die „Cap Anamur", die in der vergangenen Woche bereits 328 Bootsflüchtlinge in ein philippinisches Flüchtlingslager gebracht hatte, ist wieder im Südchinesischen Meer.

Unterstützung erhofft sich Neudeck vom Europäischen Parlament. Die EG-Kommission wurde von einigen Abgeordneten aufgefordert, 1,1 Millionen Mark aus dem Katastrophenfonds bereitzustellen.

Sechzig Jahre liegen zwischen dem pausbäckigen Wunderkind und dem Grandseigneur, der heute in London seinen siebzigsten Geburtstag feiert. Nie werden die Deutschen vergessen, daß Yehudi Menuhin ihnen kurz nach dem Krieg die Hand zur Versöhnung reichte.

FOTO: ULLSTEIN / AP

Kunst als Hoffnung für die Menschheit

KLÄRE WARNECKE, Hamburg

„Eine herrliche Geige ist ein lebendiges Wesen; ihr Holz speichert die Geschichte, die Seele ihrer verschiedenen Besitzer. Ich selbst spiele niemals, ohne zu fühlen, daß ich diese Geister befreit oder absorbiert oder – auch das – verletzt haben könnte." Eine ungewöhnliche Liebeserklärung. Sie stammt von keinem anderen als von Yehudi Menuhin, und sie charakterisiert diesen Musiker auf einnehmendste Weise. Denn unser Jahrhundert verdankt ihm ja nicht nur bedeutende Geigenkunst, sondern zugleich auch ein Künstlertum, das gegen alles eitel virtuose Gepränge so schönen altmodischen Idealen wie Ehrfurcht, Liebe und Bescheidenheit huldigt. Idealen, die manch jüngerem Virtuosen keineswegs selbstverständliche Verpflichtung sind.

Aber eine Ausnahmeerscheinung war Menuhin, der heute seinen siebzigsten Geburtstag feiert, ohnehin Zeit seines Lebens. Und da darf, ja, da muß man immer wieder an seine frühe, ganz und gar außergewöhnliche Wunderkindzeit erinnern, als sich der Knabe in schlichten Kniebundhosen mit einer Instinktsicherheit und einer gänzlich unverbogenen Musikalität auf den berühmtesten Konzertpodien im Handumdrehen Weltruhm erspielte.

Er saß im Geiger-Olymp, ehe er noch ganz trocken hinter den Ohren war. Nicht nur sein Publikum, selbst die hartgesottensten Musikerkollegen waren vor Entzücken perplex. Ältere Konzertbesucher erinnern sich noch heute voller Bewunderung an sein spektakuläres Berliner „Konzert der drei B" im Jahre 1929, als er unter dem von Menuhin ebenso hingerissenen Bruno Walter die Konzerte von Bach, Beethoven und Brahms an einem Abend spielte.

Was sich über die Schallplatte hinübergerettet hat aus den Jahren des jungen Geigengenies Menuhin, kann denn auch heute noch bewegenden Aufschluß darüber geben, wie Menuhin sich in jungen Jahren selbst die schwierigsten musikalischen Abläufe spielerisch-intuitiv und unglaublich empfindsam erschloß.

Vor allem sein früher Mozart strahlt eine Heiterkeit, eine Unbefangenheit, eine ganz und gar unverzärtelte Kraft aus, die diese historischen Aufnahmen zu zeitlosen Zeugnissen höchster Geigenkunst machen.

Daß Menuhin sich auf diesem in jugendlicher Unschuld erklommenen Gipfel nicht hat halten können, daß ihm harte Krisen zusetzten, die ihn zu einer völligen Neuerarbeitung seiner Technik zwangen, hat man über die Jahre hinweg immer wieder lautstark beklagt, und er selbst hat aus diesen Krisen auch kein Geheimnis gemacht. Doch hat solch Nachlassen seiner rein geigerischen Kräfte der Verehrung für ihn kaum jemals Abbruch getan.

Denn der Künstler Menuhin gewann sich eine Dimension der Menschlichkeit hinzu, die aus der direkten Verantwortung für den Zustand dieser Welt erwuchs. Ja, je schärfer ihm die verheerenden Gefährdungen unserer Zeit bewußt wurden, desto entschiedener hat er seine Stimme erhoben, um gegen Krieg und Haß und für Versöhnung und Frieden einzutreten. Ein Prediger in der Wüste, ein unermüdlicher Mahner, ein Moralist, dessen Integrität von keinem angezweifelt wurde.

Unvergessen, wie er, der Jude, kurz nach dem Krieg mit einem Konzert unter der Stabführung Furtwänglers in Berlin den Deutschen die Hand zur Versöhnung reichte.

„Kunst als Hoffnung für die Menschheit" ist denn auch folgerichtig der Titel, unter dem der Piper Verlag jetzt als Geburtstagspräsent für Menuhin Reden, Essays und Betrachtungen des Künstlers veröffentlichte.

Unter diesem Motto steht auch seine erfolgreiche Arbeit als Pädagoge, als animierender Förderer der musikalischen Jugend. Daß er, dem wir maßstabgebende Bach-, Beethoven-, Mozart- und Bartok-Interpretationen verdanken, sich aber auch immer wieder in die oft geschmähten Gefilde der leichteren Muse begab, sich mit seinem Jazzgeiger-Freund Stephane Grappelli lierte, um mit ihm kreuzfidel betagte Kino-Schlager, Musical-Hits und Gershwin- und Cole-Porter-Melodien zu fiedeln, soll beim Geburtstagsgruß nicht übergangen sein. „Jeder Geiger hat einen vulgären Kern", bekannte Menuhin mit grandseigneuraler Selbstironie.

WETTER: Schauer und mild

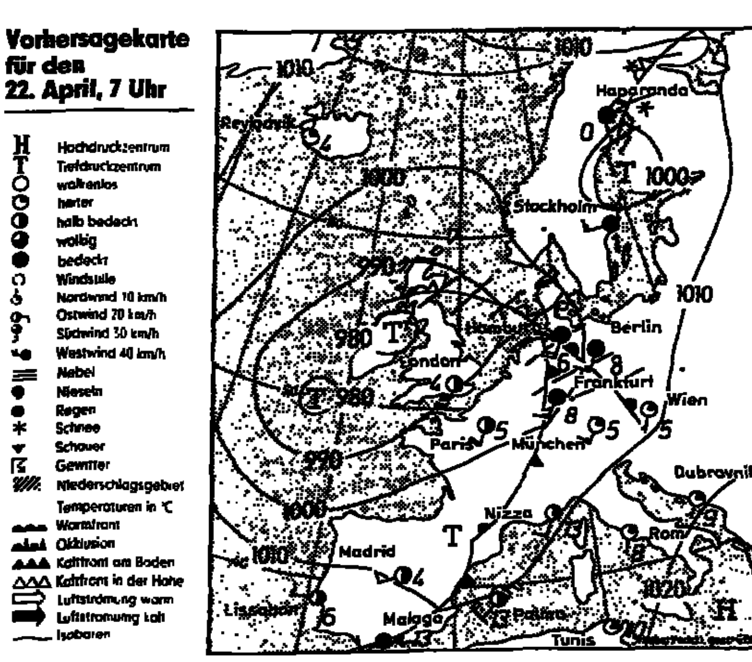
Lage: Die Ausläufer eines Tiefs über Irland überqueren in der Nacht zum Dienstag den größten Teil Deutschlands. Auf der Rückseite wird milde Meeresluft wetterbestimmend.

Vorhersage für Dienstag: Am Nachmittag im Südwesten einsetzender Regen. Tagestemperaturen 11 bis 16, nachts bis 8 Grad. Im Norden und Nordwesten auflockernde Bewölkung, sonst wechselnd, meist stark bewölkt und noch zeitweise Regenfälle, zum Teil schauerartig verstärkt. Temperaturen 12 bis 16 Grad. Am Nachmittag und Abend frischer, in Böen starker bis stürmischer Wind aus Südwest.

Weitere Aussichten: Wechselhaft mit schauerartigem Regen, mild.

Sonnenaufgang am Mittwoch: 6.11 Uhr*, Untergang: 20.31 Uhr; **Mondaufgang:** 19.20 Uhr, Untergang: 5.50 Uhr (* in MESZ, zentraler Ort Kassel).

Vorhersagekarte für den 22. April, 7 Uhr



Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Montag, 14 Uhr (MESZ):

Deutschland:		
Berlin	12	bw
Bielefeld	10	bw
Braunlage	18	he
Bremen	11	be
Dortmund	12	bw
Dresden	12	bw
Düsseldorf	12	bw
Erfurt	11	bw
Essen	10	bw
Feldberg/S.	2	iW
Flensburg	8	bw
Frankfurt/M.	10	bd
Freiburg	15	bd
Garmisch	12	bw
Greifswald	11	be
Hamburg	12	be
Hannover	14	bw
Kahler Asten	5	bw
Kassel	10	bw
Kempten	11	bd
Kiel	10	bw
Koblenz	11	R
Köln-Bonn	11	bw
Konstanz	13	bw
Leipzig	12	he
List/Sylt	8	he
Lübeck	13	bw
Mannheim	11	bd
München	13	bw
Münster	11	bw
Norderney	10	he
Nürnberg	11	bw
Oberstdorf	12	bw
Passau	10	bd
Saarbrücken	10	bw
Stuttgart	13	bw
Trier	9	R
Zugspitze	-8	bw

Ausland:		
Algier	22	he
Amsterdam	9	bd
Athen	18	be
Barcelona	16	he
Belgrad	16	he
Bordeaux	17	bw
Bozen	12	he
Brüssel	8	bd
Budapest	14	bw
Bukarest	15	be
Casablanca	16	he
Dublin	6	R
Dubrovnik	14	he
Edinburgh	8	bw
Faro	16	bw
Florenz	13	bd
Genf	13	bw
Helsinki	6	bd
Hongkong	22	R
Innsbruck	13	bw
Istanbul	14	bd
Kairo	28	he
Klagenfurt	15	be
Konstanza	15	bw
Kopenhagen	7	bw
Korfu	16	be
Las Palmas	21	be
Leningrad	6	bd
Lissabon	14	Sp
Locarno	13	bw
London	5	R
Los Angeles	27	wl
Luxemburg	8	R
Madrid	10	bw
Mailand	13	he
Malaga	21	he
Mallorca	18	he
Moskau	8	R
Neapel	17	be
New York	15	bd
Nizza	16	bw
Oslo	2	S
Ostende	8	bw
Palermo	17	be
Paris	11	R
Peking	18	wl
Prag	13	be
Rhodos	19	be
Rom	14	be
Salzburg	15	be
Singapur	31	bw
Split	15	be
Stockholm	1	R
Straßburg	15	bw
Tel Aviv	27	be
Tokio	18	bw
Tunis	21	he
Valencia	20	be
Varna	16	bw
Venedig	13	be
Warschau	7	bd
Wien	12	bw
Zürich	13	he

bd = bedeckt; bw = bewölkt; Gr = Graupel; Gw = Gewitter; he = heiter; iW = in Wolken; Ne = Nebel; R = Regen; Rs = Regenschauer; S = Schneefall; Ss = Schneeschauer; Sp = Sprühregen; Sr = Schneeregen; wl = wolkenlos; – = keine Angabe

„ß" oder „ss" beschäftigt den Landtag

dpa, Garmisch-Partenkirchen

Jeder Schüler schlägt sich mit dem Problem herum – auch vielen Erwachsenen bereitet die Sache bis ins hohe Alter Kopfzerbrechen: Die Schreibweise von „ß" und „ss", für viele eine Buch mit sieben Siegeln. Fast acht Jahrzehnte mußte sich auch der Garmisch-Partenkirchner Hansheinrich Kirchgessner wegen seines eigenen Namens mit diesem Thema herumschlagen. Jetzt hat sich der 83jährige an den Landtag in München gewandt.

Der gebürtige Münchner, in dessen Geburtsurkunde 1903 das „ß" noch in deutscher Schrift eingetragen wurde, ist es einfach leid, ständig Probleme mit der Schreibweise seines Namens zu haben. „Im Interesse unzähliger Bürger unseres Staates stelle ich den Antrag, zu beschließen, daß behördlicherseits die Schreibweise 'ß' und 'ss' gleichgestellt wird", heißt es in der Petition Kirchgessners an den Landtag, was bei vielen Rechtschreibegeplagten auf helle Zustimmung stoßen dürfte.

Weil er besonders bei Reisen ins Ausland, wo es das „ß" nicht gibt und statt dessen häufig als „b" gelesen wird, bei den Ankunfts- und Zollkontrolle immer in unnötige Debatten verwickelt wurde, hat der Garmisch-Partenkirchner kürzlich seinen Paß ändern lassen. 200 Mark knüpfte ihm das Landratsamt dafür ab, daß aus dem „Kirchgeßner" ein „Kirchgessner" wurde. Das empörte den Mann so, daß er sich an das Parlament wandte. Für den vielgereisten 83jährigen handelt es sich dabei nicht allein um eine bayerische, sondern um eine deutsche Angelegenheit, von der „sicher Hunderttausende" betroffen seien.

Doch für das Innenministerium geht es konkret nur um Kirchgessners Paß – der schreibt natürlich stets von seinem „Pass". Die Behörde verweist auf die erleichterten Möglichkeiten zur Namensänderung. Eine allgemeine Gleichstellung werfe ebenso rechtliche wie praktische Probleme auf. Doch zumindest ein Trost bleibt dem alten Herrn: Das Landratsamt Garmisch-Partenkirchen erklärte sich bereit, die Gebühr für die Änderung des Passes von 200 auf 100 Mark herabzusetzen.

Happy Birthday Ma'am

Vieles hat sich im 60jährigen Leben der britischen Queen geändert, nur das Wetter nicht. Genau wie am 21. April 1926, als Elizabeth Alexandra Mary das Licht der Welt erblickte, regnete es auch am 21. April 1986 in Strömen. Damit dürfte klar sein, daß der vor Jahrzehnten gefaßte Beschluß berechtigt war, die offizielle Geburtstagsfeier auf den Juni zu verlegen. Weder das Wetter noch das in den letzten Tagen erheblich gewachsene Sicherheitsrisiko konnten Königin Elizabeth II. davon abhalten, ihren 60. Geburtstag so zu feiern, wie sie es haben wollte. Dazu gehörte eine Rundfahrt durch das Städtchen Windsor, ein Spaziergang durch den Covent Garden in London und die Order an die Sicherheitskräfte: keine menschliche Schutzmauer zwischen mir und meinem Volk.

„Happy birthday Ma'am, and God bless you", lautete der zentrale Satz eines besonders für diesen Tag komponierten Geburtstagsständchens, das der Königin am Nachmittag vor dem Buckingham Palace von 6000 Kindern aus den verschiedensten Teilen des Vereinigten Königreichs und dem Commonwealth dargebracht wurde. Jedes der Kinder winkte mit einem Strauß von 20 Osterglocken hinauf zur Jubilarin, die sich mit einem Teil der königlichen Familie auf dem Palast-Balkon eingefunden hatte. Und so wogte mitten im grauen London ein gelbes Meer von 120 000 Narzissen.

Den Geburtstagsmorgen verbrachte die Königin in dem mittelalterlichen Riesenkomplex von Windsor Castle. Diese größte bewohnte Schloßanlage der Welt, etwa 30 Kilometer nordwestlich von London, dient der Königin als Zufluchtsstätte vor der Londoner Hektik.

Die Kavallerie und die Garde standen in strömendem Regen Wacht, Fanfaren ertönten, als die Queen in mimosagelbem Mantel unter einem durchsichtigen Regenschirm zum privaten Dankgottesdienst in der Schloßkapelle eintraf. Neben einigen hundert Freunden, Bekannten, Mitgliedern des königlichen Haushalts, altgedienten und inzwischen pensionierten Militärs und ein paar wenigen Politikern, darunter der 92jährige Lord Stockton und der frühere Premierminister Harold Macmillan, hatten sich 45 Mitglieder der königlichen Familie im Gotteshaus eingefunden. Hofreporter meinen, dies sei die größte königliche Zusammenkunft gewesen, die man jemals bei den Windsors zu sehen bekommen hat.

Das breitete vor allem dem Sicherheitspersonal Kummer. Kurz vor der Stadtrundfahrt in der von vier Schimmeln gezogenen Staatskarosse waren nicht nur die Kanalschächte und Briefkästen untersucht worden, sondern auch die den Weg säumenden Blumenarrangements. Nicht anders das Bild in London, wo vom Tower zur Mittagszeit 62 Salutschüsse abgefeuert worden waren. Scharfschützen auf den Dächern, Extrakontrolle der Geburtstagspost und Schnüffelhunde in der Oper.

Die offiziellen Feiern gingen gestern abend mit einer rauschenden zweieinhalbstündigen musikalischen Galavorstellung in der Nationaloper im Covent Garden zu Ende. Die Königin überstand diesen großen Tag entspannt und in sichtlich guter Laune. Viel Zeit zum Ausruhen bleibt ihr nicht: Heute kommt das spanische Königspaar zum Staatsbesuch nach London. REINER GATERMANN



Die Glocken aller Kirchen in Großbritannien haben gestern morgen den 60. Geburtstag von Königin Elisabeth II. eingeläutet und 6000 Kinder brachten ihr vor dem Buckingham Palast ein Ständchen. Mit 34 Jahren Amtszeit gehört die Queen zu den respektiertesten Persönlichkeiten des Landes.

FOTO: AP

Reiselust der Deutschen ist ungebremst

dpa, München

Der Allgemeine Deutsche Automobilclub (ADAC) sieht einen „heißen" Auto-Reisesommer herankommen. Nach der ersten Zwischenbilanz haben bisher etwa zwölf Prozent mehr reiselustige Bundesbürger beim ADAC Tourenpakete mit Informationsmaterial angefordert als 1985, teilte der Club gestern mit. Insgesamt wurden bislang 338 121 Tourenpakete ausgegeben. 1985 waren es zum selben Zeitpunkt 301 470.

Die meisten Bestellungen, nämlich 56 148, gingen für Italien ein. An zweiter Stelle rangiert Frankreich (38 852) vor der Bundesrepublik Deutschland (31 269), Spanien (31 226), Österreich (27 951) und Jugoslawien (26 924). Nach Prozenten hält die Türkei mit 64,2 Prozent mehr Anfragen als im Vorjahr (7538 Tourenpakete) die Spitze. Die zweithöchste Zuwachsrate mit 32,8 Prozent verzeichnen die Vereinigten Staaten (18 051 Bestellungen).

Hotelbrand in Japan

AP, Tokio

Bei einem Hotelbrand in dem 136 km südwestlich von Tokio gelegenen Seebad Kawazu sind gestern früh drei Menschen ums Leben gekommen und 54 Personen verletzt worden. Der in dem hölzernen, zweistökkigen Gebäude ausgebrochene Brand wurde von der Feuerwehr nach zwei Stunden gelöscht. In dem Hotel befanden sich 117 Gäste.

Sexualmord gestanden

dpa, Augsburg

Ein 17jähriger, Mitglied der als rechtsradikal geltenden „Skinheads", hat einen Sexualmord an einem 16jährigen Mädchen in Augsburg gestanden. Die Schülerin war in der Nacht zum Sonntag nach dem Besuch einer Gaststätte mißbraucht und getötet worden. Wenige Stunden, nachdem die nackte Leiche entdeckt worden war, nahmen Beamte einen betrunkenen Jugendlichen fest, dessen Kleidung Blutflecke aufwies.

Der Hehlerei angeklagt

dpa, Dortmund

Eine von jugoslawischen Zigeunern gesteuerte „Baby-Bande" von strafunmündigen Kindern unter 14 Jahren hat bei mehr als 3000 Villen- und Wohnungseinbrüchen im Raum Dortmund Schmuck und Edelsteine im Wert von mindestens dreieinhalb Millionen Mark erbeutet. Ein Dortmunder Ehepaar, das mit einem Teil der Beute Handel betrieben haben soll, muß sich von Dienstag kommender Woche an wegen des Verdachts der Hehlerei vor einem Dortmunder Gericht verantworten.

Beim Einbruch gestorben

dpa, Nürnberg

Ein 34jähriger Zeitschriftenwerber starb in Nürnberg bei einem Einbruchsversuch: Als er sich durch eine Türöffnung zwängen wollte, blieb er stecken und drückte sich die Hauptschlagader im Bauchbereich ab. Da er weder vor noch zurück konnte, rief er um Hilfe. Der Notarzt konnte nur noch den Tod des zuvor von der Feuerwehr aus der Öffnung herausgeschnittenen Mannes feststellen.

In Kairo ermordet

AP, Kairo

Die schon seit mehreren Jahren in Ägypten lebende 26jährige Deutsche Hannelore Werk ist nach Mitteilung der deutschen Botschaft in ihrer Kairoer Wohnung ermordet aufgefunden worden. Sie wurde mit etwa 20 Messerstichen getötet. Der Eigentümer der Wohnung hatte die Polizei verständigt, weil die Balkontür der Erdgeschoßwohnung entgegen sonstiger Gewohnheit offen gewesen war.

ZU GUTER LETZT

Eine neue Übersetzung des Kürzels „DDR" hat der sowjetische Parteichef Michail Gorbatschow geliefert. „Wissen Sie, wie man in der Sowjetunion DDR übersetzt – dawai, dawai, rabotatch", habe er einmal zu Staats- und Parteichef Erich Honecker gesagt, erinnerte sich Gorbatschow während seines Besuches in Ost-Berlin. Zu deutsch: „Auf, auf, arbeiten."